

WISSEN **SCHAFFT** DEMOKRATIE

SCHRIFTENREIHE DES INSTITUTS FÜR
DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

2026 | **19**

SCHWERPUNKT:
DEMOKRATIE UND
GESCHLECHT



Liebe, Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie

Florian Lamade



Demokratie und Geschlecht – Warum Gewalt gegen Frauen die Demokratie bedroht

Judith Rahner & Monika Remé



Weiblich, wehrhaft, weiß. Feministisch? Femonationalismus als Mobilisierungsstrategie der extremen Rechten

Matthias Meyer, Lydia Weiler & Cynthia Möller



WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE (2026), Bd. 19

DEMOKRATIE UND GESCHLECHT

ZUM EINSTIEG

8 **Vorwort**

Nadja Sthamer (Beauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann des Freistaates Thüringen)

10 **Einleitung**

Axel Salheiser & Cynthia Möller

TEIL I GRUNDLAGEN DEMOKRATISCHER GESCHLECHTERORDNUNG

18 **Liebe, Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie**

Florian Lamade

30 **Wer wird gehört, für wen wird geplant? Eine Perspektive zu feministischer Stadtentwicklung am Beispiel der Stadt Erfurt**

Luise Keffel & Birgit Meusel

44 **Zwischen Emanzipation und Anpassung: Die Ehe für alle**

Carla Riese

TEIL II GESCHLECHT, UNGLEICHHEIT UND DEMOKRATISCHE PRAXIS

58 **Analyse des Gender Gaps in der Links-Rechts-Selbsteinstufung unter Jugendlichen in Deutschland – Ausmaß, Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen**

Rahim Hajji

74 **Perspektiven zur Stärkung der kommunalpolitischen Partizipation von Frauen in Ostdeutschland am Beispiel Sachsens**

Anna Sive & Kathrin Mahler Walther

88 **Demokratie und Geschlecht – warum Gewalt gegen Frauen die Demokratie bedroht**

Judith Rahner & Monika Remé

104 **Antifeministische Angriffe und Delegitimierung queerer und feministischer Jugendprojekte – ein praxisbezogener Blick auf Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten**

Anna Blume Böttcher & Marie Künne

TEIL III ANTIFEMINISTISCHE MOBILISIERUNG

- 122 **Feminismus – eine große Assimilationsagenda?**
Hanin El-Auwad, Julia Haas & Saskia Lanser
- 136 **Facetten des Femonationalismus in der europäischen extremen Rechten: Alice Weidel im Vergleich mit Marine Le Pen und Giorgia Meloni**
Sabine Volk
- 148 **Weiblich, wehrhaft, weiß. Feministisch? Femonationalismus als Mobilisierungsstrategie der extremen Rechten**
Matthias Meyer, Lydia Weiler & Cynthia Möller
- 164 **„Die Sicherheit unserer Frauen steht auf dem Spiel“ – Geschlechternarrative in lokalen Protesten gegen Geflüchtetenunterkünfte**
Sophia Fechter
- 176 **„Bitch Hunt“ – misogynie Straflust im Dienst des Patriarchats**
Interview mit Veronika Kracher
- 188 **Aktuelles aus der Forschung**
- 202 **Aktuelle Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung**
- 206 **Impressum**



ZUM EINSTIEG



Vorwort

Nadja Sthamer (Beauftragte für die Gleichstellung von Frau und Mann des Freistaates Thüringen)

Es ist ein Irrglaube, dass das Fallen einer Demokratie die plötzliche Eruption sei. Demokratie wankt leise. Wenn wir sehen, dass Parlamente als YouTube-Studio benutzt und verächtlich gemacht, Gerichte geschwächt oder Medien delegitimiert werden, ist der Prozess schon weit vorangeschritten. Aber es beginnt viel früher: Dort, wo die Gleichwertigkeit von Menschen infrage gestellt wird. Dort, wo neu verhandelt wird, wer sichtbar sein darf, wer glaubwürdig spricht und wessen Freiheit zählt. Dort, wo Menschen bewusst bedrängt, beschränkt und unsichtbar gemacht werden und ihre Sicherheit plötzlich verhandelbar erscheint.

Dass Fragen von Geschlecht und Gleichstellung in demokratischen Krisenzeiten so erbittert umkämpft sind, ist deshalb kein Zufall. Es ist ein Machtkampf. Schauen wir auf internationale Entwicklungen, wird klar: Feministische Errungenschaften, queere Sichtbarkeit und Gleichstellungspolitik geraten nicht zufällig unter Druck, wenn autoritäre Bewegungen an Einfluss gewinnen. Sie werden bekämpft, weil sie Machtverhältnisse verschieben. Denn wo Gleichwertigkeit wächst, verlieren Hierarchien an Selbstverständlichkeit, werden Eliten aufgebrochen. Antifeminismus ist deshalb nicht bloß Begleiterscheinung demokratischer Krisen, sondern ein strategisches Instrument ihrer Vertiefung.

Vielleicht haben progressive Kräfte manche Errungenschaft vorschnell für selbstverständlich gehalten und kleine Fortschritte mit gesellschaftlicher Stabilität verwechselt. Denn Demokratie war bisher nie ein Ort völliger Gleichstellung. Demokratie entstand in Gesellschaften, die Öffentlichkeit und Privatheit strikt trennten: hier das Politische, dort das Fürsorgliche; hier Macht und Sichtbarkeit, dort Sorgearbeit und Unsichtbarkeit. Noch heute leben Demokratien von Arbeit, die sie politisch kaum anerkennen – von Care-Arbeit, emotionaler Verantwortung und sozialen Infrastrukturen, die überwiegend von Frauen getragen werden. Demokratien ruhen auf Voraussetzungen, die sie selbst oft nicht ausreichend sichtbar machen und als gegeben voraussetzen. Auch progressive politische Kräfte haben sich zu sehr an jene unsichtbare Arbeit gewöhnt, auf der gesellschaftliche Stabilität bis heute beruht.

Vielleicht liegt eine der großen demokratischen Selbsttäuschungen darin, gleiche Rechte mit gleichen Möglichkeiten zu verwechseln. Denn formal mag politische Teilhabe allen offenstehen, tatsächlich aber sind Zeit, Sicherheit, ökonomische Freiheit und politische Handlungsspielräume höchst ungleich verteilt. Die Frage nach echter Gleichstellung ist deshalb keine identitätspolitische Randfrage, sondern berührt den Kern demokratischer Teilhabe. Gerade deshalb braucht Gleichstellungspolitik mehr als Symbolik. Sie braucht konkrete Infrastruktur: Schutz vor Gewalt, gerechte Verteilung von Sorgearbeit, digitale und analoge Räume ohne Einschüchterung, ökonomische Unabhängigkeit und reale Repräsentation.

Gewalt gegen Mädchen, Frauen und queere Menschen begrenzt Freiheit. Wer Angst haben muss, wird leiser. Wer bedroht wird, zieht sich zurück. Wer Sichtbarkeit mit Gefahr verbindet, beteiligt sich anders oder gar nicht. Demokratie aber lebt davon, dass Menschen sprechen können, ohne Angst vor Sanktionierung ihrer Existenz oder Gewalt. Diese Ausgabe erscheint in einer Zeit, in der vieles zugleich fragiler, aber auch sichtbarer geworden ist. Die Herausforderung unserer Gegenwart liegt darin, Demokratie nicht als abgeschlossenen Zustand zu begreifen, sondern als fortlaufende Aufgabe und manchmal auch als Zumutung: die Zumutung, Freiheit immer wieder neu zu teilen, Macht neu zu verhandeln und Gleichwertigkeit dort ernst zu nehmen, wo sie bestehende Gewissheiten infrage stellt. Denn wenn das Wanken von Demokratien keine plötzliche Eruption ist, sondern ein schleichender Prozess, dann gilt umgekehrt auch: Demokratische Resilienz entsteht nicht über Nacht. Sie wächst dort, wo Menschen erfahren, dass ihre Würde nicht verhandelbar ist.

Gleichstellung ist deshalb kein nachgeordnetes Politikfeld für gute Zeiten. Sie ist demokratische Vorsorge. Gleichstellung zu stärken, ist keine Aufgabe einzelner politischer Ressorts, engagierter Initiativen oder derjenigen, die selbst Diskriminierung erfahren. Es ist eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung. In Schulen und Familien. In Parlamenten und Verwaltungen. In Unternehmen, Medien und digitalen Räumen. Überall dort, wo entschieden wird, wer sprechen darf, wem geglaubt wird, wer geschützt wird und wer nicht. Die Eruption geschieht nicht über Nacht. Sie kündigt sich lange vorher an: in der Gewöhnung an Abwertung, im Schweigen über Ungleichheit, in der Akzeptanz von Angst und Ausschluss. Demokratie wird in Zukunft weniger daran zu messen sein, wie laut ihre Institutionen Stärke behaupten, sondern vielmehr daran, wie gerecht sie Freiheit organisiert. Umgekehrt gilt aber auch: Demokratie wird nicht allein in Krisen verteidigt. Sie kann jeden Tag überall dort wachsen, wo Menschen auf Gleichwertigkeit bestehen.

Einleitung

Axel Salheiser & Cynthia Möller

Es gibt diese Stimmen, die viele von uns nur allzu gut kennen: die Stimme, die das Gendern als Verfall der Sprache beklagt, die alles, was nicht der vermeintlichen Norm entspricht, abwertet und als Gefahr für die Gesellschaft bezeichnet. Die Stimme, die Perspektiven und Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen infrage stellt, die Trans-Personen ihre Identität abspricht und Homosexualität als „Phase“ bezeichnet. Die Stimme, die Verunsicherung streut, wo Vielfalt sichtbar wird, und das (vermeintlich) „Andere“ reflexartig zum Problem erklärt. Diese Stimmen sind in den letzten Jahren aggressiver und lauter geworden.

Antifeminismus und Heterosexismus sind Ausdruck einer Abwehrhaltung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen, die patriarchale Macht- und Geschlechterordnungen infrage stellen. Sie richten sich gegen die Gleichstellung der Geschlechter ebenso wie gegen die Anerkennung vielfältiger Lebens-, Familien- und Beziehungsformen. Je sichtbarer geschlechterdemokratische Errungenschaften werden und je stärker traditionelle Rollenbilder an Bedeutung verlieren, desto häufiger werden sie als Bedrohung dargestellt. Antifeministische und heterosexistische Narrative dienen dabei der Verteidigung bestehender Privilegien und der Stabilisierung traditioneller gesellschaftlicher Hierarchien.

Am deutlichsten zeigen sich die Auseinandersetzungen um Geschlechtsidentitäten und Geschlechterordnungen im Falle der umstrittenen Akzeptanz von LSBTIQ*. Einerseits ist Deutschland in den letzten Jahrzehnten spürbar liberaler geworden. An einigen Orten ist queere Sichtbarkeit sogar eine Selbstverständlichkeit. Andererseits haben Angriffe und Bedrohungen gegen LSBTIQ*, insbesondere gegen Trans-Personen, in jüngster Zeit markant zugenommen. Je mehr Regenbogenfahnen gehisst werden, desto stärker verspüren selbst ernannte „Kritiker*innen“ eines angeblichen „Gender-Wahns“ den Drang, LSBTIQ* zurück ins sprichwörtliche „closet“, die gesellschaftliche Unsichtbarkeit, schicken zu wollen. Auch in deutschen Parlamenten gibt es Stimmen, die Vielfalt als ein schützenswertes Gut in der Demokratie negieren oder sogar offen die Rückkehr zu Ausgrenzung und Diskriminierung fordern – am Modell von Putins Russland oder Trumps USA und in verhängnisvoller historischer Kontinuität.



**„DIE ENTSCHIEDENDE FRAGE
IST NICHT NUR, WIE VIEL
KONFLIKT EINE DEMOKRATIE
AUSHÄLT, SONDERN AUCH,
WELCHE FORMEN VON
FRIEDEN SIE ERMÖGLICHEN
KANN, WENN TEILHABE NICHT
LÄNGER AN NORMATIVE
VORSTELLUNGEN VON
GESCHLECHT GEBUNDEN
BLEIBT. EINE DEMOKRATIE, DIE
GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT
ALS VORAUSSETZUNG
VERSTEHT, GEWINNT.“**

Axel Salheiser & Cynthia Möller

Warum so viel Abwehr, Hass und Angst? Wieso fürchten sich manche so sehr vor einer Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt sind? Und was gewinnen wir, wenn wir diese Angst überwinden? Wie sähe eine Demokratie aus, die Vielfalt und Gleichheit von Geschlechterperspektiven nicht nur als ein theoretisches Ideal begreift, sondern als Bereicherung sieht und umfänglich verwirklicht?

Es ist an der Zeit, andere Stimmen zu stärken: Stimmen der Geschlechtersensibilität, der Vielfalt, der Akzeptanz und der demokratischen Partizipation. Das sind Themen, die in diesem Band unserer Schriftenreihe „Wissen schafft Demokratie“ im Fokus stehen. Beginnen wir mit der Frage, wie sich Demokratie anfühlt, wenn sie nicht permanent unter Druck steht, sich gegen ihre eigenen Möglichkeitsräume verteidigen zu müssen. Und mit der Frage, warum Debatten um Geschlecht so häufig als gesellschaftliche Krise inszeniert werden. Dahinter steht nicht allein die Ablehnung einzelner gleichstellungspolitischer Maßnahmen, sondern wie bereits oben ausgeführt die Verteidigung einer patriarchalen Geschlechterordnung und der mit ihr verbundenen Machtverhältnisse. Diese Ordnung verteilt gesellschaftliche Privilegien ungleich, räumt insbesondere Jungen und Männern strukturelle Vorteile ein und lässt diese als selbstverständlich erscheinen. Gerade weil emanzipatorische Politiken, geschlechtliche Vielfalt und vielfältige Lebensweisen diese Ordnung infrage stellen, werden sie immer wieder zum Gegenstand heftiger Abwehr.

Vermutlich kennen wir alle auch die wiederkehrenden Argumente: die „pray-the-gay-away“-Rhetoriken, die skeptischen Kommentare beim Familienessen, die scheinbar harmlosen Witze, die doch markieren, wer als „normal“ gilt und wer nicht. Wir kennen die Erklärungen, die immer wieder gegeben werden müssen – über Pronomen, über Identitäten, über Körper, über Selbstbestimmung. Und wir kennen auch die Erschöpfung, die daraus entstehen kann.

Gleichzeitig lohnt es sich, den Blick zu verschieben. Denn neben all diesen Erfahrungen von Abwehr und Aushandlung gibt es auch andere Realitäten: Räume, in denen Menschen sich selbstverständlich zeigen können, ohne sich permanent rechtfertigen zu müssen. Arbeitskontexte, in denen Geschlecht nicht als Risiko gelesen wird. Beziehungen, in denen Unterschiedlichkeit nicht sofort in Hierarchie übersetzt wird. Und gesellschaftliche Entwicklungen, die zeigen, dass Gleichstellungspolitiken nicht nur Konflikt erzeugen, sondern auch Sicherheit, Teilhabe und Freiheit erweitern können. Deshalb stellt sich die Frage, warum Geschlechtergerechtigkeit so häufig noch immer als Bedrohung diskutiert wird – als würde die Erweiterung von Rechten zwangsläufig den Verlust anderer bedeuten. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Demokratische und geschlechtergerechte Strukturen funktionieren nicht nach dem Prinzip eines begrenzten Kuchens. Sie sind kein Verteilungskampf um knappe Anerkennung, sondern die Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe.

Hier setzt der Begriff der Geschlechterdemokratie an. Er beschreibt ein Verständnis von Demokratie, in dem Geschlecht nicht als nachgelagerte „Spezialfrage“, sondern als grundlegende Strukturkategorie gesellschaftlicher Ordnung verstanden wird. Geschlechterdemokratie meint damit nicht nur formale Gleichberechtigung, sondern die tatsächliche Möglichkeit aller Geschlechter, gleichberechtigt an politischer, sozialer und kultureller Gestaltung teilzuhaben – frei von Gewalt, Diskriminierung und strukturellen Ausschlüssen. Sie fragt also nicht nur nach Rechten auf dem Papier, sondern nach der gelebten Realität demokratischer Teilhabe. Dem gegenüber stehen Gegenbewegungen, die unter Begriffen wie Antifeminismus, Anti-Gender-Ideologie oder in Angriffen auf Gleichstellungspolitik sichtbar werden. Diese Strömungen sind dabei nicht bloß einzelne Gegenpositionen zu spezifischen Maßnahmen, sondern häufig umfassendere Reaktionen auf gesellschaftliche Transformationsprozesse. Sie verbinden Kritik an feministischen und queeren Errungenschaften mit der Behauptung, traditionelle Geschlechterordnungen seien naturgegeben oder gar bedroht.

Der vorliegende Sammelband nimmt diese Spannungsfelder ernst, ohne sich in ihnen zu erschöpfen. Er fragt nach den historischen Linien, den politischen Dynamiken und den alltäglichen Praktiken, in denen Geschlecht und Demokratie miteinander verwoben sind. Denn die entscheidende Frage ist nicht nur, wie viel Konflikt eine Demokratie aushält. Sondern auch, welche Formen von Frieden sie ermöglichen kann, wenn Teilhabe nicht länger an normative Vorstellungen von Geschlecht gebunden bleibt. Eine Demokratie, die Geschlechtergerechtigkeit nicht als Einschränkung, sondern als Voraussetzung versteht, gewinnt.

Der Schwerpunkt des *I. Teils* liegt auf den *Grundlagen demokratischer Geschlechterordnung*. **Florian Lamade** untersucht das Konzept einer „Politik der Liebe“ im Kontext von Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit auf Grundlage der Überlegungen von Audre Lorde, Martha Nussbaum und bell hooks. Der Beitrag zeigt, dass Liebe über intime Beziehungen hinaus als gesellschaftliche und politische Ressource verstanden werden kann, die sowohl individuelle Selbstverhältnisse als auch institutionelle Strukturen prägt. Dabei werden unterschiedliche Arenen identifiziert, in denen Liebe wirksam wird, und Möglichkeiten ihres Zusammenspiels für eine demokratische und geschlechtergerechte Gesellschaft aufgezeigt. **Luise Keffel & Birgit Meusel** beleuchten feministische Stadtplanung als demokratisches Aushandlungsfeld, in dem sich gesellschaftliche Machtverhältnisse und Teilhabechancen im urbanen Raum widerspiegeln. Der Beitrag verdeutlicht, wie diskursive und institutionelle Barrieren feministische Perspektiven in der kommunalpolitischen Praxis begrenzen und welche konkreten Folgen eine fehlende geschlechtersensible Planung für Sicherheit, Nutzung und Lebensqualität hat. Der Beitrag von **Carla Riese** betrachtet die Neuordnung staatlicher Geschlechterverhältnisse im Kontext der Einführung der Ehe für alle in Deutschland. Auf Basis der Entwicklung vom Lebenspartnerschaftsgesetz bis zur Eheöffnung

werden Verschiebungen in Vorstellungen von Familie, Geschlecht und Sexualität sowie deren Verknüpfung mit sozialstaatlichen und ökonomischen Dynamiken herausgearbeitet.

Die Beiträge des *II. Teils* drehen sich um das Thema *Geschlecht, Ungleichheit und demokratische Praxis*. **Rahim Hajji** widmet sich geschlechtsspezifischen Unterschieden in der politischen Selbsteinstufung von Jugendlichen entlang der Links-Rechts-Achse. Die Befunde verweisen darauf, dass weibliche Jugendliche häufiger linke und männliche Jugendliche häufiger rechte Positionen einnehmen, mitbedingt durch soziale Lagen und Einstellungen. Daraus ergeben sich Implikationen für demokratische Aushandlungsprozesse, etwa in der Gleichstellungs- und Klimapolitik. **Anna Sive & Kathrin Mahler Walther** bündeln zentrale Ergebnisse einer qualitativen Studie zur politischen Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen. Der Beitrag macht deutlich, dass strukturelle Hürden, Sexismus und antidemokratische Entwicklungen die Teilhabe erschweren. Zugleich benennen die Autorinnen zentrale Treiber und Erfolgsfaktoren für gelingende politische Partizipation von Frauen und leiten konkrete Handlungsempfehlungen ab. Der Beitrag von **Judith Rahner & Monika Remé** rückt geschlechtsspezifische Gewalt als fortwirkenden Machtmechanismus und als Hindernis für gleichberechtigte politische Teilhabe in den Vordergrund. Dabei werden widersprüchliche Entwicklungen sichtbar, die zwischen Fortschritten durch frauenpolitische Errungenschaften und aktuellen autoritären sowie antifeministischen Tendenzen verlaufen. Zugleich wird Gewaltbetroffenheit als möglicher Ausgangspunkt für politisches Engagement gefasst und mit Forderungen nach strukturellen Reformen und Ressourcen verknüpft. Im Beitrag von **Anna Blume Böttcher & Marie Künne** wird Antifeminismus als wachsende Herausforderung für queere und feministische Praxisfelder der Sozialen Arbeit analysiert, insbesondere im ostdeutschen Kontext. Auf Grundlage von Expert*inneninterviews zeigen die Autorinnen, wie Anfeindungen und politische Einflussnahmen Arbeitsbedingungen und Handlungsspielräume prägen. Abschließend werden Strategien zwischen Selbstschutz, Anpassung und politischer Positionierung skizziert.

Teil III beschäftigt sich mit *antifeministischer Mobilisierung*. Im Beitrag von **Hanin El-Auwad, Julia Haas & Saskia Lanser** werden antifeministische Argumentationen in islamistischen Diskursen in Deutschland untersucht, in denen Feminismus als westliches Gegenmodell zum Islam konstruiert wird. Auf Basis einer qualitativen Inhaltsanalyse deutschsprachiger Online-Beiträge arbeitet der Beitrag heraus, wie entsprechende Positionen begründet, verbreitet und diskurstheoretisch eingeordnet werden. Dabei wird deutlich, welche Funktionen diese Narrative für Abgrenzung, Identitätsstiftung und die Stabilisierung traditioneller Geschlechterordnungen erfüllen und wie sie gesellschaftliche sowie politische Teilhabe einschränken. Der Beitrag von **Sabine Volk** greift das Spannungsverhältnis zwischen antifeministischer Ideologie und weiblichen Führungsfiguren in rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien auf. Im Mittelpunkt steht das Konzept des

Femonationalismus, also die Instrumentalisierung feministischer Anliegen für rassistische Politik, das anhand von Diskursstrategien zentraler Akteurinnen des europäischen parteipolitischen Rechtsextremismus (Alice Weidel, Giorgia Meloni und Marine Le Pen) konturiert wird. **Matthias Meyer, Lydia Weiler & Cynthia Möller** rücken extrem rechte aktivistische Frauengruppen in den Mittelpunkt und arbeiten ihre strategische Rolle im Kontext des transnationalen Femonationalismus heraus. Im Fokus steht ihre Positionierung zwischen Vorfeld und Partei, ihr Mobilisierungspotenzial, insbesondere mit Blick auf bislang schwer erreichbare junge Wählerinnen, sowie ihre Vernetzungsleistungen. **Sophia Fechter** nimmt in ihrem Beitrag geschlechtsspezifische Sicherheitsnarrative in kommunalen Protesten gegen Geflüchtetenunterkünften in den Blick. Anhand zweier Bürgerinitiativen wird nachgezeichnet, wie Geflüchtete als Bedrohung für lokale Frauen konstruiert und Abwehrhaltungen über einen vermeintlichen Frauenschutz begründet werden. Das Interview mit **Veronika Kracher**, geführt von **Anne Tahirovic**, beleuchtet digitale Hasskampagnen gegen prominente Frauen und ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen. Anhand ausgewählter Fälle wird Misogynie als kollektive Praxis der Sanktionierung und Kontrolle konturiert, getragen von Doppelstandards, der Verharmlosung männlicher Gewalt und Rape-Culture-Narrativen.

Der Band schließt mit der Rubrik *Aktuelles aus der Forschung*. Dort werden ausgewählte wissenschaftliche Veröffentlichungen aus den drei Bereichen des IDZ – „Digitale Konfliktforschung“, „Diversität, Engagement & Diskriminierung“ sowie „Rechtsextremismusforschung und demokratische Kultur in Thüringen“ – zusammengefasst.



TEIL I

**GRUNDLAGEN
DEMOKRATISCHER
GESCHLECHTERORDNUNG**

Liebe, Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie

Florian Lamade

Wie kann Liebe im politischen Kampf für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit eingesetzt werden? Was können wir unter einer Politik der Liebe verstehen? Der vorliegende Beitrag beleuchtet diese Fragen anhand der Überlegungen von Audre Lorde, Martha Nussbaum und bell hooks. Diese räumen mit dem Missverständnis auf, dass sich Liebe nur im Rahmen von intimen Geschlechterbeziehungen realisieren ließe. Liebe wird stattdessen als Weg zur Selbstfindung und zur besseren Gesellschaft gesehen. Die Dichterin Audre Lorde betont in ihrer erotischen Liebesphilosophie das Körperliche und zeigt, dass wir anders lieben können, als es uns eine patriarchale Sozialisation nahelegt. Die Moralphilosophin Martha Nussbaum zeigt, dass Liebe unabhängig vom Geschlecht in den Institutionen einer politischen Gemeinschaft zum Tragen kommen kann. Die Kulturtheoretikerin bell hooks weist schließlich mit ihren Analysen den Weg für eine neue Ethik der Liebe, an der sich Frauen und Männer gleichermaßen orientieren können, um für Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie zu kämpfen. Es soll nicht entschieden werden, welche der drei Ansätze „besser“ oder „schlechter“ ist. Vielmehr geht es darum, mithilfe der Ansätze unterschiedliche politische Arenen auszuweisen, in denen Liebe wirken kann, und Überlegungen zu einem Zusammenspiel anzustellen.

Empfohlene Zitierung:

Lamade, Florian (2026). Liebe, Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 18–29.

Schlagwörter:

Politische Theorie, Audre Lorde, Martha Nussbaum, bell hooks, Politik der Liebe



**„ES BENÖTIGT WEITERE
AUFKLÄRERISCHE
BILDUNGSARBEIT,
WISSENSCHAFTLICHE
FORSCHUNG ZUM THEMA
UND VOR ALLEM POLITISCHES
ENGAGEMENT, UM DIE LIEBE
ZU DEM ZU MACHEN, WAS SIE
SEIN KANN: EIN GEGENMITTEL
GEGEN FASCHISMUS,
RASSISMUS, ANTISEMITISMUS
UND SEXISMUS UND
EIN MOTOR FÜR
GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT
UND DEMOKRATIE.“**

Einleitung: Die Liebe politisch neu erfinden

Liebe ist politisch. Diese These ist durch gesellschaftskritische Analysen feministischer Theoretiker*innen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder bestätigt worden. Einerseits wurde in diesen Analysen gezeigt, dass geschlechtliche Liebesbeziehungen stets auch Machtbeziehungen sind und Liebe eine durch Märchen, Romane, Musik und Filme vermittelte Ideologie sein kann. Insbesondere romantische Liebesideologien stehen hierbei in der Kritik, Frauen dazu zu treiben, ihre Männer zu vergöttern, die eigenen Bedürfnisse zu missachten und toxische Beziehungen oder gar Gewalt zu akzeptieren. Shulamith Firestone (1987, 140) schreibt entsprechend in den 1970er-Jahren: „Liebe ist – wahrscheinlich mehr noch als das Kinderkriegen – der Schlüssel zur Unterdrückung der Frauen heute“.

Andererseits haben sich viele feministische Denker*innen und Aktivist*innen in ihren politischen Ausrichtungen positiv auf eine Idee der Liebe bezogen und sie zu einem Ankerpunkt des weiblichen Widerstandes erklärt. Sich positiv auf die Liebe zu beziehen, bedeutet nicht, den kritischen Analysen zu widersprechen oder zu leugnen, dass Liebe ein Instrument patriarchaler Unterdrückung sein kann. Es heißt, um

Viele feministische Denker*innen und Aktivist*innen haben sich in ihren politischen Ausrichtungen positiv auf eine Idee der Liebe bezogen und sie zu einem Ankerpunkt des weiblichen Widerstandes erklärt.

den Begriff zu kämpfen, ihn feministisch und demokratietheoretisch weiterzuentwickeln und zu versuchen, eine neue Praxis des Liebens plausibel zu machen und gesellschaftlich durchzusetzen. Die Durchsetzung einer neuen Art zu lieben wird dabei als Weg gesehen, auch die sozialen Verhältnisse und die politischen Institutionen insgesamt gerechter zu gestalten. Bereits 1949 erkannte Simone de Beauvoir in „Das andere Geschlecht“ die politische Bedeutung der Entwicklung eines neuen Liebesverständnisses, wenn sie schreibt:

„Erst wenn es eines Tages möglich sein wird, in ihrer Stärke und nicht in ihrer Schwäche zu lieben, nicht um sich zu fliehen, sondern um sich zu finden, nicht um sich aufzugeben, sondern um sich zu behaupten, wird die Liebe für sie [die Frau] wie für den Mann eine Quelle des Lebens und keine tödliche Gefahr.“ (Beauvoir 2021, 830)

Bei Beauvoir ist die Liebe damit zugleich ein analytischer Ansatzpunkt für die Kritik an patriarchalen Geschlechterverhältnissen und ein normativer Bezugspunkt für eine feministische Zukunftsvision. Wenn wir die Liebe politisch umgestalten wollen, müssen wir zunächst einsehen, dass es

nicht die eine ‚wahre‘ Form von Liebe gibt, sondern sie in unterschiedlichen gesellschaftlichen Formationen erscheint. Wie wir in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit lieben, ist historisch gewachsen, kulturell vermittelt und durch politische Machtverhältnisse strukturiert. Beauvoir hat das erkannt und die zukünftigen Generationen dazu aufgerufen, an der gesellschaftlichen Stellschraube namens Liebe zu drehen und sie für eine gerechtere Zukunft zu nutzen.

Der vorliegende Artikel nimmt die Überlegungen von drei Autorinnen in den Blick, die Beauvoirs Aufruf nachgekommen sind und mit ihren Texten wichtige Bausteine liefern, um Liebe nicht nur anders zu denken, sondern auch anders leben zu können. Es handelt sich um die Dichterin Audre Lorde (1934–1993), die Moralphilosophin Martha Nussbaum (*1947) und die Kulturtheoretikerin bell hooks (1952–2021). Ihre Überlegungen ergänzen sich, indem sie unterschiedliche phi-

losophische Traditionen feministisch theoretisieren: Lorde belebt die Denktradition des Eros, der körperlich-erotischen Liebe neu. Nussbaum entwickelt die Schule der Philia, der freundschaftlich-tugendhaften Liebe weiter und hooks greift die spirituell-göttliche Liebe auf, die von den alten Griechen Agape genannt wurde. Für die Entwicklung einer politischen Theorie der Liebe genügt es nicht, sich auf eine der drei großen Liebestraditionen zu beschränken, es gilt vielmehr, sie in einen Dialog zu bringen.

Audre Lorde belebt die Denktradition des Eros, der körperlich-erotischen Liebe neu. Martha Nussbaum entwickelt die Schule der Philia, der freundschaftlich-tugendhaften Liebe weiter und bell hooks greift die spirituell-göttliche Liebe auf.

Audre Lordes erotische Liebe

Die antike Bedeutung von Erotik

Wenn heute von Erotik die Rede ist, haben die meisten wohl eher sexuell-intime statt kulturell-politische Assoziationen im Sinn. Doch in der griechischen Antike war Eros nicht der Gott der sexuellen Lust, wofür Aphrodite zuständig war, sondern vielmehr der menschlichen Schöpfung, auch über die Zeugung eigener Kinder hinaus. Laut der Lehre der Priesterin Diotima in Platons Dialog „Symposion“ ist Eros nicht einmal ein Gott, der gemeinsam mit Zeus, Hera und den anderen Gottheiten auf dem Olymp wohnt, sondern ein innerer Dämon, der zwischen dem Ewigen und dem Sterblichen vermittelt. Er ist eine Kraft, die uns erkennen lässt, was wirklich gerecht, gut und schön ist. Eros lässt uns andere Menschen, uns selbst, unsere Tätigkeiten und unsere Ideen lieben. Er motiviert dazu, schöne Werke in der Dichtung oder der bildenden Kunst zu vollbringen oder gute Dinge zu tun, etwa die Entwicklung der Medizin zum Wohl der Menschen voranzutreiben. Vor allem aber

kann Eros uns laut Platon zu einem gerechten Umgang mit anderen führen, indem er uns die Idee der Gerechtigkeit zeigt und uns dazu bringt, diese Idee bei der Gestaltung des Selbst und der Beziehungen zu anderen ernst zu nehmen. Für Sokrates bedeutete Erotiker sein nicht, sexuell besonders aktiv oder erfolgreich, sondern frei und gerecht im Denken und im Handeln zu sein, sich nicht von Befehlen und Fremdzuschreibungen leiten zu lassen, sondern mündig seinen Lebensweg zu gehen.

Für Sokrates bedeutete Erotiker zu sein, frei und gerecht im Denken und im Handeln zu sein und mündig seinen Lebensweg zu gehen.

Erotik als weibliche Selbstermächtigung

Audre Lorde (2023, 54) greift diesen alten griechischen Begriff in ihrem Essay „Vom Nutzen der Erotik“ auf und schreibt, Eros sei die „Verkörperung der Liebe in all ihren Formen“. Sie grenzt weibliche Erotik vom männlichen Pornografischen ab und bezeichnet das Erotische als „eine Bejahung weiblicher Lebenskraft und schöpferischer, ermächtigender Energie, die wir uns jetzt durch unsere Sprache, unsere Geschichte, unseren Tanz, unser Leben, beim Lieben und Arbeiten zurückerobern und zu unserem Nutzen einsetzen“ (ebd.). Die Dichterin und Aktivistin zeigt uns in ihrem Werk und durch ihren Lebensstil, was es heißt, nicht in Abhängigkeit, sondern als freie und mündige Frau zu leben und zu lieben. Freiheit ist für Lorde weniger etwas, das rational begründet und rechtsstaatlich gesichert wird, sondern etwas, das gefühlt wird und immer wieder erkämpft werden muss. Egal, ob es sich um einen Tanz, eine Trennung, das Tapezieren der Wohnung, das Schreiben eines Gedichtes oder um politischen Widerstand handelt, eine Wahrheit der Liebe drücke sich mit dem Satz aus: „das fühlt sich richtig an“ (ebd., 55). Eine Neuentdeckung der erotischen Liebe wird nach Lorde zu einem Weg, sich selbst zu lieben, sich neu zu (er)finden und sich politisch zu ermächtigen. Sie verändert, wie Frauen sich selbst sehen und definieren, motiviert sie zum Widerstand gegen männliche, heterosexuelle oder weiße Fremdbestimmung und wirkt dadurch politisch. Entsprechend ist die weibliche Erotik vom Patriarchat auch gefürchtet. „Denn sobald wir anfangen, alle Lebensbereiche wirklich zu erspüren, möchten wir uns und unser Handeln mit der Freude in Einklang bringen, die wir empfinden können.“ (Ebd., 56)

Die Begegnung mit anderen als Weg zur Selbstgestaltung

Die erotische Neuerfindung des Selbst geschieht nicht durch Meditation oder anderen Formen des In-sich-Gehens, sondern durch offene Begegnungen mit lebendigen Menschen, in denen uns unsere Unterschiede offenbart werden. In ihrem autobiografisch orientierten Roman „Zami“ betont Lorde die Bedeutung von Lebendigkeit und Körperlichkeit für ihre Philosophie. Sie schildert hier ihre Selbstgestaltung zur „erotischen Mutter“, die über eine Quelle von Weisheit und Kraft verfügt, aus

der sie ihr Leben lang zu ihrem eigenen Wohl schöpfen wird (Jacobs 2015, 126). Mit Lorde verstehen wir, dass Themen wie die Menstruation, die Körpersprache, das Haar, das Essen und das Kochen unsere Beziehungen zueinander gestalten und eine politische Bedeutung tragen. Die Hinwendung zu den lebendigen Körpern sensibilisiert für die Gestaltbarkeit und Vielseitigkeit des Miteinanders.

Sie orientiert sich bei der Erkundung neuer Liebesformen nicht an den Ideen kanonisierter Philosoph*innen, sondern an den Begegnungen mit lebendigen Frauen, die sie zu der machten, die sie war. Und so kann sie sagen: „Ihre Namen, Wesen, Gesichter nähren mich wie Mais vor meiner Arbeit. Ich lebe jede von ihnen als Teil von mir“ (Lorde 2025, 412). Mit „Zami“ habe Lorde „ihren Schwestern in aller Welt gezeigt, dass alles sagbar ist, wenn wir es nur wagen, es zu sagen“ (Kraft 2021, 152). Lordes Einfluss zeigt sich nicht nur in einer hohen Zitationsrate in Texten zum Thema Heteronormativität und Erotik, sondern insbesondere in ihrer fruchtbaren Aufforderung, das eigene Leben selbst zu gestalten und sich selbst zu ermächtigen. Das für die Schwarze Community in Deutschland wichtige Buch „Farbe bekennen“ ist 1986 auch entstanden, weil Lorde die bis dahin verstreuten afrodeutschen Frauen dazu aufgerufen hat, einander zu begegnen und ihre Lebensrealitäten zu teilen.

Martha Nussbaums freundschaftliche Liebe

Auf Traditionen aufbauen und Bewährtes verbessern

Martha Nussbaum betont die Verwurzelung der Liebe in der Geschichte und setzt auf eine Weiterentwicklung und Verbesserung vorhandener Liebestheorien und politischer Institutionen. Die Moralphilosophin orientiert sich in ihrer Theoriebildung an philosophischen Werken und Traditionen und dabei insbesondere an Aristoteles und dem Liberalismus. Von Aristoteles übernimmt sie die Idee der politischen Freundschaft, die auf einem tugendhaften Umgang der

Martha Nussbaum betont die Verwurzelung der Liebe in der Geschichte und setzt auf eine Weiterentwicklung und Verbesserung vorhandener Liebestheorien und politischer Institutionen.

Staatsbürger untereinander basiert. Den Liberalismus verteidigt sie gegen die feministische Kritik, dieser sei eine Ideologie der rein männlichen Freiheit. Stattdessen erkennt sie in den Texten von Immanuel Kant oder John Stuart Mill eine politische Freiheitsidee, die zu Ende gedacht zwischen Männern und Frauen keinen Unterschied macht (Nussbaum 2002, 71). Sie fokussiert in ihrer politischen Theorie die Gemeinsamkeiten aller Menschen, fundiert diese emotionstheoretisch und stellt die Forderung: „Die Tore der kosmischen Stadt müssen sich allen öffnen“ (Nussbaum 2020,

316). Doch wie lässt sich eine solche Stadt oder gar ein Land verwirklichen, wo kein Unterschied zwischen Mann und Frau oder zwischen Migrant und Einheimischer gemacht wird und welche Rolle spielt dabei ein Konzept der Liebe?

Liebe politisch fördern und gut gestalten

In ihrem Werk „Politische Emotionen“ erörtert Nussbaum diese Frage. Sie vertritt hier die These, dass „alle entscheidenden Emotionen, die eine gute Gesellschaft tragen und zusammenhalten, ihre Wurzel in der Liebe haben oder eine Form von Zuwendung sind“ (Nussbaum 2016, 32). Ihre Ansatzpunkte sind dabei erstens die Möglichkeit, die politischen Institutionen von Nationen und Städten so einzurichten, dass ein erfüllendes Miteinander

möglich wird und zweitens die Unterscheidung „zwischen einer aus Regeln abgeleiteten und einer aus Liebe hervorgegangenen Moral“ (ebd., 268). Ihre umfassende Analyse von emotionalen Gestaltungsmöglichkeiten in der Politik durch öffentliche Ansprachen und Denkmäler oder den Möglichkeiten der Stadtarchitektur führt sie zu verschiedenen politischen Gefühlsstrukturen. Während autoritäre Gefühlsstrukturen darauf zielen, Hass, Feindseligkeit, Ekel, Angst und Ressentiments in der Gesellschaft zu schüren, fördern demokratische Gefühlsstrukturen Mitgefühl, Empathie, Zuneigung, Freude und vor allem Liebe. Es ist dabei die Aufgabe der Politik, die Gefühlsstrukturen entsprechend zu gestalten.

Während autoritäre Gefühlsstrukturen darauf zielen, Hass, Feindseligkeit, Ekel, Angst und Ressentiments in der Gesellschaft zu schüren, fördern demokratische Gefühlsstrukturen Mitgefühl, Empathie, Zuneigung, Freude und vor allem Liebe.

Eine Stadt kann beispielsweise Begegnungsräume für Buchclubs oder Stammtische schaffen, in denen diese Gefühle erlernt und positiv ausgelebt werden können. Öffentliche Parks können so gestaltet werden, dass sie als Stätten des demokratischen Miteinanders fungieren und auf nationaler Ebene können Gefühle der Liebe durch Aufklärung und Bildung gefördert werden. Nussbaum zieht etliche Vorbilder aus der Ideengeschichte wie Mahatma Gandhi oder Martin Luther King heran, die sich für eine politische Liebe eingesetzt haben. Auch Abraham Lincoln ist ihrer Interpretation zufolge ein Förderer der gesunden Liebe zur Nation und ein Vorbild für politisches Handeln, das sich an einer Liebesidee orientiert. Der 16. US-Präsident plädierte in seiner berühmten „Gettysburg Address“ von 1863 „für eine Vaterlandsliebe, die nicht bellizistisch gegenüber anderen Nationen ist, sondern nach einem zukünftigen allgemeinen Frieden und nach universeller Gerechtigkeit strebt“ (ebd., 357). Politische Entscheidungsträger*innen können auf Liebe basierende Freundschaften zwischen den Mitgliedern einer Nation ebenso fördern wie demokratische Verfassungen und Institutionen.

Eine Politik des Eros und eine der Philia können sich ergänzen. Für Audre Lorde wird Liebe als erotische Kraft der körperlichen Selbstermächtigung politisch. Martha Nussbaum blickt auf die politischen Institutionen und Strategien von Politiker*innen, die die Fähigkeit zu lieben entweder fördern oder einschränken und entfremden können. Lorde lehrt uns, erotische (Selbst-)Liebe zu nutzen, um politisch für unsere Körper einzutreten. Nussbaum weist uns einen Weg, Liebe dauerhaft in politische Einrichtungen zu tragen. So entsteht ein liebestheoretisches Wechselspiel, in dem sich politisches Handeln einerseits richtig anfühlt, und andererseits gegenüber anderen als freundschaftlich begründet werden kann.

bell hooks' spirituelle Liebe

Perspektiven auf eine neue Kultur der Liebe

Die dritte Perspektive auf die politische Bedeutung von Liebe bezieht sich nicht primär auf das Subjekt oder staatliche Institutionen, sondern nimmt die Kultur insgesamt zum Ausgangspunkt der Analyse. In ihrem Buch „Selbstliebe“ schreibt die Kulturtheoretikerin bell hooks Folgendes:

„Wenn wir die Strukturen der Herrschaft nicht ändern, erhalten wir die Kultur der Lieblosigkeit. Liebe ist zutiefst politisch. Die größte Revolution wird eintreten, wenn wir das verstanden haben. [...] Die transformative Kraft der Liebe ist die Grundlage jedes großen gesellschaftlichen Wandels.“ (hooks 2023a, 42 f.)

Anders als bei Nussbaum, die auf Nationen und Stadtgemeinschaften zielt, richtet sich hooks an Communitys und soziale Bewegungen. Sie fordert Widerstandsbewegungen dazu auf, sich an einer Ethik der Liebe zu orientieren. Dabei adressiert sie sowohl die Black-Power- und die Bürgerrechtsbewegung als auch die Frauenbewegung und andere. Erst wenn sich politische Bewegungen von einem Geist der Liebe leiten lassen, können sie Geschlechtergerechtigkeit realisieren und eine neue Kultur erkämpfen.

bell hooks richtet sich an Communitys und soziale Bewegungen und fordert sie dazu auf, sich an einer Ethik der Liebe zu orientieren.

bell hooks baut auf Lordes Betonung der Selbstliebe auf und überträgt ihre Überlegungen zur körperlichen Selbstermächtigung auf Fragen des Kulturkampfes. In „Alles über Liebe“ meint sie eine gemeinsame Arbeitsdefinition, „die uns sagt, dass Liebe die Handlung ist, die wir zugunsten unseres eigenen spirituellen Wachstums oder anderer ergreifen, liefert uns eine erste Blaupause, um an unserer Selbstliebe zu arbeiten“ (hooks 2023b, 94). Selbstliebe bietet für sie die Möglichkeit,

persönlich auf eine spirituelle Art und Weise zu wachsen, die auch gut für andere ist. Das wichtigste Schlachtfeld der Selbstliebe und des Kulturkampfes sieht sie in einer Auseinandersetzung zwischen Liebe und Gier, denn die „Anbetung des Geldes verhärtet unsere Herzen“ (ebd., 169). „Um die eigene Gier zu befriedigen, muss man auch das Konzept der Dominanz verinnerlichen. Und die Welt der Dominanz ist immer eine Welt ohne Liebe.“ (Ebd., 172)

Die Umgestaltung von Geschlechterbeziehungen als Weg zu mehr Demokratie

hooks betont schließlich, wie wichtig es für die Gestaltung einer neuen Liebeskultur ist, Geschlechterbeziehungen anders zu führen und kritisiert dementsprechend die Idee des „Mars-Venus-Universums“. Nach diesem leben Männer und Frauen in verschiedenen Welten. Hier geht es nicht um Liebe, sondern ausschließlich um Macht. Sie diagnostiziert in unserer Kultur eine Angst vor der Liebe, die Frauen dazu bringt, sich auf die Partnersuche zu konzentrieren

Liebe ist für bell hooks gleichermaßen ein Konzept, durch das wir Geschlechterbeziehungen neu verhandeln können, wie auch eines, mithilfe dessen wir demokratische Prinzipien leben können. Beide Aspekte laufen in ihrer Theorie in einer Kultur der Liebe zusammen.

und sich an Büchern zu orientieren, wie „Die Kunst, den Mann fürs Leben zu finden“ von Ellen Fein und Sherrie Schneider, das auch in Deutschland zum mehrfach aufgelegten Bestseller wurde. Hier würden Frauen aufgefordert, „bei der Partnersuche zu täuschen und zu manipulieren“ (ebd., 207). Solche Ratgeber bringen laut hooks den Zynismus unserer Zeit zum Ausdruck und geben Tipps, „wie man mit den Waffen einer Frau Machtspielchen spielt, sie bieten jedoch keine Ratschläge, wie man liebt und geliebt wird“ (ebd.). Um die Kunst des Liebens zu praktizieren, müssten wir uns nicht auf die Suche nach dem richtigen Partner konzentrieren, sondern uns zunächst wirklich für die Liebe entscheiden und „uns eingestehen, dass wir die Liebe erfahren und wir wirklich lieben wollen, selbst wenn wir nicht wissen, was das bedeutet“ (ebd., 209). Liebe ist für sie also gleichermaßen ein Konzept, durch das wir Geschlechterbeziehungen neu verhandeln können, wie auch eines, mithilfe dessen wir demokratische Prinzipien leben können. Beide Aspekte laufen in ihrer Theorie in einer Kultur der Liebe zusammen.

Fazit

Halten wir fest: Audre Lorde lehrt uns, dass Liebe immer zwischen den lebendigen Menschen besteht, dass sie genau hier auch veränderbar ist und dass wir uns entscheiden können, anders zu lieben, als es uns eine patriarchale und kapitalistische Sozialisation nahelegt. Die Dichterin und Lebenskünstlerin zeigt uns, dass jede Liebe anders und ein Einzelfall ist. Trotzdem können wir nach Martha

Nussbaum politische Institutionen so gestalten, dass es uns einfacher fällt, einander zu lieben. Nussbaum legt einen politiktheoretischen Grundstock für die Beantwortung der Frage, wie die Liebe auf der Ebene der Stadtgemeinschaft oder der Nation emotional zum Tragen kommen kann. bell hooks fordert schließlich soziale Bewegungen dazu auf, für die Liebe zu streiten und dabei eine ‚richtige‘ Art zu lieben zu vertreten. Das Eintreten für die Emanzipation von Frauen und anderer unterdrückter Gruppen, der Kampf gegen die emotionale Abhängigkeit von patriarchalen Geschlechterbeziehungen und die Suche nach einer demokratieförderlichen Definition von Liebe gehen in ihren Texten miteinander einher.

Die Liebe lässt sich so als Scharnier zwischen Demokratisierung und Geschlechtergerechtigkeit betrachten. Sie äußert sich nicht nur in Geschlechterbeziehungen, sondern kann dies auch in den affektiven Bindungen zwischen den Bürger*innen einer Nation oder den Bewohner*innen einer Stadt tun. Im Unterschied zur gängigen Trennung von rationaler Politik und privatem

Die Liebe lässt sich als Scharnier zwischen Demokratisierung und Geschlechtergerechtigkeit betrachten.

Gefühl richtet die Einbeziehung von Liebe einen politiktheoretischen Blickwinkel ein, mit dem Demokratie nicht nur institutionell, sondern auch emotional gesehen werden kann. Eine Politik der Liebe ist bei den drei skizzierten Theoretikerinnen keine rhetorische Metapher, sondern ein konkreter Handlungsvorschlag. Durch unterschiedliche Ansätze liefern sie uns Anhaltspunkte, wie wir eine liebevollere Gesellschaft stiften und im Sinne Beauvoirs in unserer Stärke lieben können. Zusammen betrachtet helfen sie uns, einerseits die politische Bedeutung von Liebe in unserer Gesellschaft differenzierter analysieren zu können, und andererseits Strategien der Demokratisierung zu entwickeln, indem sie die Liebeskonzepte in drei politische Arenen hineintragen: 1. Lordes Politik der Erotik zielt auf emanzipatorische Körper- und Identitätspolitik. 2. Nussbaums Politik der Philia drängt primär auf die Demokratisierung von politischen Institutionen, Rechten und Verfassungen. 3. hooks Politik der Agape stellt sich dem Kampf um einen neuen Zeitgeist, der untrennbar mit materiellen Verteilungsfragen verbunden ist.

Lorde, Nussbaum und hooks zeigen in ihren Schriften, dass Liebe keine bloße Privatsache ist, sondern eine starke politische Ressource sein kann. Das gilt besonders, wenn die klassischen drei Felder der Liebestheorie Eros, Philia und Agape gemeinsam und im Austausch miteinander bespielt und feministisch wie demokratisch entwickelt werden. Es benötigt jedoch weitere aufklärerische Bildungsarbeit, wissenschaftliche Forschung zum Thema und vor allem politisches Engagement, um die Liebe zu dem zu machen, was sie sein kann: ein Gegenmittel gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus und ein Motor für Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie.

Florian Lamade hat Politikwissenschaft und Psychologie an der Universität Heidelberg studiert. Dort forscht er seit 2024 als Doktorand zum Thema „Politische Theorien der Liebe von der Antike bis zur Gegenwart“ am Institut für Politikwissenschaften.

Literaturverzeichnis

- Beauvoir de, Simone (2021). Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau. Übersetzt von Uli Aumüller und Grete Osterwald. 24. Aufl., Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Firestone, Shulamith (1987). Frauenbewegung und sexuelle Revolution. „The Dialectic of Sex“. Übersetzt von Gesine Stempel-Frohner. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag.
- hooks, bell (2023a). Selbstliebe. Über Herkunft und Gerechtigkeit. Übersetzt von Elisabeth Schmalen. Hamburg, HarperCollins.
- hooks, bell (2023b). Alles über Liebe. Neue Sichtweisen. Übersetzt von Heike Schlatterer. 6. Aufl., Hamburg, HarperCollins.
- Jacobs, Bethany (2015). Mothering Herself: Manifesto of the Erotic Mother in Audre Lorde's *Zami: A New Spelling of My Name*. MELUS 40 (4), 110–128.
- Kraft, Marion (2021). Empowerment und Widerstand. Inspirierende Begegnungen mit Audre Lorde. Hiddensee, w_orten & meer.
- Lorde, Audre (2023). *Sister Outsider. Essays*. Übersetzt von Marion Kraft. München, btb.
- Lorde, Audre (2025). *Zami. Eine neue Schreibweise meines Namens*. Übersetzt von Karen Nölle. München, btb.
- Nussbaum, Martha (2002). Konstruktion der Liebe, des Begehrens und der Fürsorge. Drei philosophische Aufsätze. Übersetzt von Joachim Schulte. Stuttgart, Philipp Reclam jun.
- Nussbaum, Martha (2016). Politische Emotionen. Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist. Übersetzt von Ilse Utz. Berlin, Suhrkamp.
- Nussbaum, Martha (2020). Kosmopolitismus. Revision eines Ideals. Übersetzt von Manfred Weltecke. Darmstadt, wbg.



**„LORDE, NUSSBAUM UND
HOOKS ZEIGEN IN IHREN
SCHRIFTEN, DASS LIEBE
KEINE BLOSSE PRIVATSACHE
IST, SONDERN EINE STARKE
POLITISCHE RESSOURCE SEIN
KANN.“**

Florian Lamade

Wer wird gehört, für wen wird geplant? Eine Perspektive zu feministischer Stadtentwicklung am Beispiel der Stadt Erfurt

Luise Keffel & Birgit Meusel

Stadtentwicklung und Stadtplanung sind zentrale Felder demokratischer Aushandlung, da sie darüber entscheiden, wessen Bedürfnisse und Lebensrealitäten im Stadtraum berücksichtigt werden. Feministische Stadtplanung zielt darauf ab, strukturelle Ungleichheiten sichtbar zu machen und Teilhabe für marginalisierte Gruppen zu verbessern. Trotz ihrer wissenschaftlichen Etablierung stößt sie im kommunalpolitischen Alltag häufig auf Widerstände, die weniger fachlich als diskursiv und machstrukturell begründet sind. Anhand kommunalpolitischer Erfahrungen der Fraktion Mehrwertstadt im Erfurter Stadtrat sowie empirischer Beispiele wird deutlich, wie Sprache, institutionelle Strukturen und Repräsentationsverhältnisse feministische Perspektiven begrenzen. Gleichzeitig zeigen Studien zu Mobilität, Care-Arbeit und Bewegung, dass fehlende geschlechtersensible Planung konkrete Auswirkungen auf Sicherheit, Nutzung und Lebensqualität hat. Stadtentwicklung erweist sich damit nicht als neutraler Prozess, sondern als Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Feministische Stadtplanung bleibt vor diesem Hintergrund ein notwendiger Ansatz zur Verwirklichung einer Stadt für alle.

Empfohlene Zitierung:

Keffel, Luise/Meusel, Birgit (2026). Wer wird gehört, für wen wird geplant? Eine Perspektive zu feministischer Stadtentwicklung am Beispiel der Stadt Erfurt. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 30–43.

Schlagwörter:

*Feministische Stadtplanung, Kommunalpolitik, politischer Diskurs, Wähler*inneninitiative*



**„EIN ZENTRALER AUFTRAG
BESTEHT DARIN, DIE
FEMINISTISCHE PERSPEKTIVE
BEWUSST EINZUNEHMEN UND
KONTINUIERLICH DARAUF
HINZUWIRKEN, DASS SIE
MITGEDACHT WIRD.“**

Luise Keffel & Birgit Meusel

Städte befinden sich in permanentem Wandel und spiegeln gesellschaftliche Entwicklungen wider, geprägt von Auf- und Abwertungen durch aktuelle Transformationen wie beispielsweise Wachstum und Schrumpfung (Jakubowski 2005). Stadtentwicklung ist dabei stets ein Aushandlungsprozess und Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse. In politischen Gremien wird über soziale Infrastrukturen, Begrünung, Straßen und öffentliche Räume entschieden (Erfurt 2025a, 36). Diese Entscheidungen beeinflussen maßgeblich Teilhabe, Sichtbarkeit und Lebensqualität in Kommunen und Quartieren.

Stadtentwicklung ist ein Aushandlungsprozess und Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse. In politischen Gremien wird über soziale Infrastrukturen, Begrünung, Straßen und öffentliche Räume entschieden.

Trotz ihrer wissenschaftlichen Etablierung (Kern 2020; Jackowska und Novas Ferradás 2022) stoßen feministische Ansätze in der Stadtplanung im kommunalpolitischen Alltag häufig auf Widerstände. Anhand von Beobachtungen aus der Arbeit der Wähler*innengruppe *Mehrwertstadt*¹ in Erfurt zeigt dieses Essay exemplarisch, dass feministische Planungskonzepte in der Praxis oft nicht verhandelbar sind und Debatten sich dabei vom Sachlichen auf eine symbolisch-diskursive Ebene verlagern. Die Frage, die sich daraus ableiten lässt, lautet: Warum stößt feministische Stadtplanung in der Kommunalpolitik auf Widerstand und wie wirkt sich das auf demokratische Teilhabe aus?

Aufgaben für Stadtentwicklung und Stadtplanung aus feministischen Perspektiven

In Wissenschaft und Fachdisziplinen wie der feministischen Geografie gewinnt die Relevanz care-zentrierter Perspektiven auf Stadtentwicklung an Bedeutung. Begriffe wie „feministische Stadtplanung“ oder „sorgende Städte“ bündeln diesen Diskurs und vereinen unterschiedliche Forschungsansätze. Ziel ist es, Stadt als sozialen Raum für alle zu denken und sich an vielfältigen Lebensrealitäten sowie an Aspekten wie Care-Arbeit, Mobilität, Sicherheit, Barrierefreiheit und kollektiver Nutzbarkeit zu orientieren (Fabricius et al. 2025, 202). Feministische Stadtplanung befasst sich dabei u. a. mit Bewegungen im öffentlichen Raum, dem Zugang zu Care-Infrastrukturen und der Einbindung marginalisierter Gruppen in Planungsprozesse.

1 Die Mehrwertstadt stellt bereits in der zweiten Wahlperiode eine Fraktion im Erfurter Stadtrat und hat sich 2018 aus verschiedenen Bewegungen heraus gegründet. Die Mehrwertstadt arbeitet unter dem Slogan „Gemeinsam für eine lebenswerte, lebendige Stadt“. Sie setzt sich für eine Politik für alle Menschen in der Stadt ein.

In einer Fallstudie der Agentur Architektoniczki wurde das Verhalten von *Mädchen* und *Jungen*² auf Schulhöfen von Grundschulen in Katalonien analysiert. Über ein Jahr hinweg dokumentierte das Team die Bewegungsmuster der Kinder. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen körperlich aktiven und (unfreiwillig) körperlich unaktiveren Kindern. Erste vorläufige Ergebnisse der Untersuchung weisen darauf hin, dass die aktive Gruppe überwiegend aus Jungen und die weniger aktive Gruppe vor allem aus Mädchen besteht. Diese Muster verstärken sich insbesondere in sportplatzzentrierten Räumen (Subramanian et al. 2023, 45). Auch das Bewegungsverhalten älterer Kinder und Jugendlicher in Deutschland verdeutlicht geschlechtsspezifische Unterschiede: Laut Journal of Health Monitoring erreichen lediglich 10 % der Mädchen, 21 % der Jungen und 12 % der gender-diversen Jugendlichen die tägliche Bewegungsempfehlung (Robert Koch-Institut 2024, 68).



Abbildung 1: Fassadengestaltung Erfurter Turnhalle (anonymisiert)

Ein weiteres Beispiel, diesmal auf symbolischer Ebene, zeigt die Fassadengestaltung einer Erfurter Turnhalle, auf der nahezu ausschließlich Männer beim Sport dargestellt sind (vgl. Abbildung 1). Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund geringer Bewegungsaktivität von Mädchen problematisch. Die fehlende Sichtbarkeit von Sportlerinnen

Eine fehlende Sichtbarkeit von Sportlerinnen hat nachweisbare Konsequenzen: Laut der KIM-Studie 2022 haben lediglich 5 % der Mädchen ein sportliches Vorbild.

² Die Begriffe *Frau* und *Mädchen* sowie *Mann* und *Junge* sind als Beschreibung des sozialen Geschlechts zu verstehen. Damit ist eine Person gemeint, die in der Gesellschaft als weiblich bzw. männlich angesehen und dementsprechend behandelt wird.

hat nachweisbare Konsequenzen: Laut der KIM-Studie 2022 haben lediglich 5 % der Mädchen ein sportliches Vorbild gegenüber 54 % der Jungen (mpfs 2022, 20).

Für die Stadtplanung ergibt sich daraus die Aufgabe, öffentliche Räume so zu gestalten, dass sie für alle funktionieren. Eine feministische Perspektive auf Stadt beschränkt sich dabei nicht auf das Design, sondern umfasst unterschiedliche Aspekte des Alltags der Anwohnenden. Leitlinien für eine feministische Stadtplanung sollten sein:

- nutzbare und sichere öffentliche Räume für alle,
- Orientierung der Planung am Alltag vielfältiger Lebensrealitäten,
- Barrierefreiheit, gute Erreichbarkeit und kurze Wege,
- breite, inklusive Beteiligung,
- Fokus auf soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, nicht nur auf Design (Hoelzel 2025).

Caroline Criado-Perez (2020) zeigt in ihrem Buch „Unsichtbare Frauen“, dass sich Mobilitätsmuster nach Geschlecht unterscheiden. Internationale Daten belegen, dass Frauen Alltagswege überdurchschnittlich häufig zu Fuß oder mit dem öffentlichen Nahverkehr zurücklegen, während Männer eher das Auto nutzen (The World Bank 2025). Dabei unterscheiden sich nicht nur die Verkehrsmittel, sondern auch die Wegeführungen. Während Wege von Männern häufiger direkt sind, koordinieren Frauen aufgrund der Mehrbelastung durch unbezahlte Care-Arbeit komplexere Alltagswege. Criado-Perez veranschaulicht diese Unterschiede am Beispiel des Schneeräumplans der schwedischen Stadt Karlskoga. Dort wurden 2011 zunächst die Hauptverkehrsadern priorisiert geräumt, während Fuß- und Fahrradwege zuletzt berücksichtigt wurden.

Aufgrund unterschiedlicher Mobilitätsmuster waren Frauen dadurch stärker von Verletzungen durch Ausrutschen betroffen als Männer, sodass der Schneeräumplan nicht genderneutral war. Nach der Umstellung des Plans, bei der Fuß- und Fahrradwege zuerst geräumt wurden, gingen die Unfallzahlen deutlich zurück. Das führte zugleich zu Einsparungen für die Kommune. Auch wenn der Schneeräumplan nicht bewusst zum Nachteil von Frauen gestaltet war, zeigt dieses Beispiel, wie weibliche Perspektiven in städtischen Abläufen häufig fehlen (Criado-Perez 2020, 51–74).

Ein Beispiel aus der schwedischen Stadt Karlskoga zeigt: Zuerst wurden die Hauptverkehrsadern geräumt, zuletzt die Fuß- und Fahrradwege. Aufgrund unterschiedlicher Mobilitätsmuster waren Frauen stärker von Verletzungen durch Ausrutschen betroffen als Männer.

Eine ganzheitliche Stadtentwicklung unter Berücksichtigung aller Perspektiven ist nur schwer erreichbar. Zwar soll Stadtplanung allen Menschen zugutekommen, doch Entscheidungen über Projekte und Abläufe liegen bei wenigen Akteur*innen in Verwaltung und Politik und sind zusätzlich von Faktoren wie Haushaltslage und Förderprogrammen abhängig. In politischen Gremien und Planungsbehörden wird festgelegt, welche Gruppen mit ihren Bedürfnissen in die Gestaltung von Stadträumen einbezogen werden und welche außen vor bleiben. Aus einer Perspektive der Teilhabe ergeben sich daraus zentrale Fragen:

- Für wen wird geplant?
- Wer wird durch Planung repräsentiert?
- Welche Bevölkerungsgruppen bleiben unsichtbar?

Mit Repräsentation ist hierbei vor allem die Sichtbarkeit sowie die Möglichkeit zur Identifikation und freien Bewegung im Stadtraum gemeint. Am Beispiel eines Beschlussvorschlags zur feministischen Stadtplanung aus dem Jahr 2023 werden diskursive Ausschlüsse im Erfurter Stadtrat untersucht.

Diskursive Ausschlüsse als demokratiepolitisches Problem

Obwohl kommunale Planung in vergleichsweise großem Maßstab stattfindet, lässt sich beobachten, dass sie von politischen Machtkämpfen geprägt ist. Dadurch besteht die Gefahr, dass Stadtentwicklung nicht allein nach fachlichen, sondern nach strategischen Kriterien bewertet wird. Diese Verschiebung zeigt sich etwa daran, dass feministische Ansätze zunehmend unter dem Begriff der „sorgenden Stadt“ beziehungsweise „Caring City“ verhandelt werden. Dabei werden feministische Bezugspunkte weniger ausdrücklich benannt. Feministische Perspektiven stellen die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit sowie geschlechtsspezifische Machtverhältnisse in den Mittelpunkt. Das Konzept der „sorgenden Stadt“ setzt den Fokus stärker auf die räumlichen, infrastrukturellen und kommunalpolitischen Bedingungen von Care-Beziehungen (Huning und Müller 2025, 3–7). Zwar knüpft es damit an feministische Forschung und Kritik an und zielt auf den Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten. Zugleich zeigt diese begriffliche Verschiebung, dass feministische Anliegen in stadtpolitischen Kontexten häufig anschlussfähiger erscheinen, wenn sie nicht ausdrücklich als feministisch benannt sind. Dadurch besteht die Gefahr, dass die weiterhin überwiegend von Frauen getragene zusätzliche Care-Last durch die allgemeinere Perspektive auf Care-Arbeit abgeschwächt

Obwohl kommunale Planung in vergleichsweise großem Maßstab stattfindet, lässt sich beobachten, dass sie von politischen Machtkämpfen geprägt ist.

oder weniger sichtbar gemacht wird (Fried und Wischnewski 2024, 3 f.). Außer Acht bleiben dabei Ungleichheiten und bestehende Machtverhältnisse im urbanen Raum. Konzepten „sorgender Städte“ wird dadurch mehr Aufmerksamkeit zuteil als explizit feministischer Stadtplanung. Das führt zu einer begrifflichen Unschärfe in der feministischen und gendergerechten Stadtplanung.

In Erfurt erstellt die Stadtverwaltung zu jedem von einer Stadtratsfraktion eingebrachten Beschlussvorschlag vor der Beratung im zuständigen Fachausschuss eine Stellungnahme. Wird ein Beschlussvorschlag hingegen von der Verwaltung selbst eingebracht, erfolgt die inhaltliche Debatte ausschließlich im zuständigen Ausschuss. Die Ausschüsse setzen sich aus gewählten Ratsmitgliedern sowie sachkundigen Bürger*innen zusammen und werden durch Vertretungen der zuständigen Fachämter und der jeweiligen Dezernatsebene ergänzt.

An der Schnittstelle von Verwaltung und Kommunalpolitik wirken strukturelle Faktoren nachteilig für feministische Stadtplanung.

An der Schnittstelle von Verwaltung und Kommunalpolitik wirken strukturelle Faktoren nachteilig für feministische Stadtplanung. In der vergangenen Wahlperiode ist der Stadtrat zu etwa zwei Dritteln männlich besetzt (Thüringer Allgemeine 2024). Im zuständigen Stadtentwicklungsausschuss³ ist das Ungleichgewicht noch ausgeprägter: Frauen stellen dort nur rund ein Viertel der Mitglieder. Zum Zeitpunkt der hier im Beitrag skizzierten Debatte 2023 fehlte es somit deutlich an paritätischer Repräsentation (Erfurt 2025b). Selbstkritisch ist dabei auch festzuhalten, dass die Fraktion Mehrwertstadt zu diesem Zeitpunkt im Ausschuss ausschließlich durch Männer vertreten war. Insgesamt mangelt es im Ausschuss an vielfältigen Perspektiven. Das zeigt sich darin, dass spezifische Erfahrungs- und Lebensrealitäten von Frauen und FLINTA*⁴, insbesondere im urbanen Alltag, in den Debatten und Beiträgen kaum berücksichtigt werden.

Die Gleichstellungsanalyse der Personalstatistik zeigte für das Jahr 2022 (Stand August), dass Frauen in der Verwaltung seltener Führungspositionen innehatten als Männer. Die Altersstruktur der Führungskräfte war überwiegend mittleren und höheren Alters zuzuordnen, während jüngere Führungskräfte kaum vertreten waren. Zudem arbeiteten weibliche Führungskräfte häufiger in Teilzeit als männliche. Stand 2022 arbeiteten 49 % aller weiblichen Beschäftigten und 90 % aller männlichen Beschäftigten in Vollzeit, 44 % der Frauen und 9 % der Männer in Teilzeit mit 75–99 %.

3 Der zuständige Fachausschuss in Erfurt heißt „Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr“ (kurz SBUKV).

4 *FLINTA** ist eine Abkürzung und steht für für Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans* und agender Personen sowie weitere Geschlechtervielfalten.

In Teilzeit unter 75 % arbeiteten 7 % der Frauen und 2 % der Männer in der Verwaltung (Erfurt 2022). Weder Verwaltung noch Kommunalpolitik waren zum Debattenzeitpunkt (annähernd) paritätisch besetzt. Die Debatte wurde also mehrheitlich von Männern und damit mehrheitlich ohne die Repräsentation weiblicher Perspektiven und Erfahrungen geführt.

Kommunalpolitische Praxis am Beispiel des Erfurter Stadtrats

Ein zentraler Aspekt kommunalpolitischer Entscheidungsfindung ist ihr überwiegend ehrenamtlicher Charakter, der mit hohem Zeitaufwand und einer Vielzahl komplexer Themen einhergeht. Eine Studie zur Rolle der Kommunalpolitik in der Stadtentwicklung und Bürger*innenbeteiligung im Auftrag der vhw Forschung zeigt, dass eine notwendige Einarbeitung in Sachfragen und rechtliche Grundlagen häufig an begrenzten zeitlichen Ressourcen scheitert, während parteipolitische Auseinandersetzungen einen erheblichen Teil der verfügbaren Zeit beanspruchen (Brandt et al. 2021, 4).

Anhand der Erfahrungen der Fraktion Mehrwertstadt wird deutlich, welchen Hürden feministische Stadtplanung auf kommunaler Ebene begegnet. Beobachtet werden kann, dass bereits der Begriff polarisierend wirkt und dazu führt, dass Debatten vom Inhalt abgelenkt oder Vorschläge aufgrund ihrer Bezeichnung zurückgewiesen werden. Kann der Fokus auf betroffene Bevölkerungsgruppen bereits sprachlich nicht gesetzt werden, handelt es sich nicht nur um ein patriarchales Machtspiel oder kulturelles Missverständnis, sondern um

Kann der Fokus auf betroffene Bevölkerungsgruppen bereits sprachlich nicht gesetzt werden, handelt es sich um ein strukturelles Problem, mit Auswirkungen auf demokratische Teilhabe und die Identifikation marginalisierter Gruppen mit ihrem Wohnumfeld.

ein strukturelles Problem, mit Auswirkungen auf demokratische Teilhabe und die Identifikation marginalisierter Gruppen mit ihrem Wohnumfeld. Was im Stadtrat nicht benannt wird, kann weder verhandelt noch planerisch berücksichtigt werden. Während Konzepten der „sorgenden Stadt“ zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt wird, bleibt feministische Stadtplanung begrifflich umstritten.

In der Wahlperiode 2019-2024 brachte Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Erfurter Stadtrat den Antrag „Feministische Stadtplanung – Planungsqualität für alle steigern!“ ein (Erfurt 2023a). Ziel war eine gendersensible Stadt- und Verkehrsplanung, die bestehende Benachteiligungen identifiziert und abbaut. Vorgesehen waren u. a. die Entwicklung eines Konzepts, die Einführung einer Prüfliste für Stadtentwicklungspläne sowie Weiterbildungen für Mitarbeitende der Stadtverwaltung. Diese lehnte den Antrag mit Verweis auf bestehende Planungsinstrumente, fehlende Mittel und die Gefahr von

Doppelstrukturen ab. Bereits im Vorfeld des Antrags kam es zu öffentlichen Abwehrreaktionen. Der Vorstandsvorsitzende der Wohnungsbaugenossenschaft WBG Einheit gab in einem Interview mit der Thüringer Allgemeinen Zeitung (2023) an, sich „zutiefst beleidigt, diskriminiert und letztendlich rassistisch angegriffen“ zu fühlen. Einzelne nicht betroffene Akteur*innen erhielten mediale Aufmerksamkeit, während betroffene Gruppen keine vergleichbare Möglichkeit zur Stellungnahme hatten.

Im Stadtrat erreichte die Debatte einen unsachlichen Höhepunkt, als Abgeordneten der Antragstellenden unter Verweis auf ihr Alter die fachliche Kompetenz abgesprochen wurde. Nachdem eine Stadträtin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Erfurt) den gestellten Antrag schlüssig begründete, folgte ein Redebeitrag eines SPD-Stadtrats (Erfurt 2023b). Unter Gelächter seiner Parteikolleg*innen teilte er der Stadträtin sowie einem weiteren Stadtrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Erfurt mit, sie seien „zu jung zum Mitreden“. Die im Diskurs sichtbare paternalistische und adultistische Verschiebung von einer fachlichen hin zu einer altersbezogenen Legitimationsebene war für die Debatte weder sachlich angemessen noch inhaltlich anschlussfähig, da sie keinen Bezug zu feministischer Stadtplanung oder zum konkreten Antrag erkennen ließ.

Der Antrag verfolgte einen konstruktiv-kritischen Ansatz und unterstellte zu keinem Zeitpunkt bewusste Fehlplanung. Vielmehr wurden auf wissenschaftlicher Grundlage bestehende Defizite benannt, die der Stadtrat hätte aufgreifen können. Das Scheitern des Antrags ist daher weniger inhaltlich als politisch-kulturell zu erklären: Beobachtet wurde, dass verletzte männliche Befindlichkeiten und fehlende Diskursbereitschaft gegenüber feministischer Stadtplanung dazu führten, dass eine Weiterentwicklung der kommunalen Planung zugunsten von Frauen und *FLINTA**-Personen ausblieb. Parallel dazu arbeiteten SPD-Frauen in einer kommunalen Arbeitsgruppe unter dem Titel „Stadt der Frauen“ an Aspekten wie Frauenarmut und Beteiligung, während die Beteiligung von Männern gering blieb und öffentliche Debatten weiterhin von Abwehrhaltungen geprägt waren. Schlussendlich erhielt der Antrag keine Mehrheit. Ein nicht beschlossener Antrag im Themenfeldkontext kann vor Ablauf einer Frist von einem Jahr nicht erneut eingereicht werden. Die Debatte zu feministischer Stadtentwicklung wurde damit für ein Jahr komplett stumm gestellt und in Erfurt seither nicht wieder aufgenommen.

Auf Bundesebene hat sich mit dem Begriff der „sorgenden Stadt“ ein sprachlich anschlussfähiges, inhaltlich feministisches Konzept etabliert. Auf kommunaler Ebene lässt sich beobachten, dass feministische Stadtpolitik häufig begrifflich angepasst wird, um politische Mehrheiten zu erreichen.

Auf kommunaler Ebene lässt sich beobachten, dass feministische Stadtpolitik häufig begrifflich angepasst wird, um politische Mehrheiten zu erreichen.

Solange Care-Arbeit überwiegend von Frauen geleistet wird, bleibt Stadtentwicklung im Kern jedoch eine feministische Aufgabe.

Reflexion und Handlungsperspektiven

Warum feministische Stadtplanung in der Kommunalpolitik auf Widerstand stößt und welche Folgen dies für demokratische Teilhabe hat, lässt sich aus den Erfahrungen der Mehrwertstadt als vielschichtiges Problem beschreiben, dem auf unterschiedliche Weise begegnet werden muss.

Eine Ebene betrifft die Belastung der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder. Wie die Studie von Brandt et al. (2021) zeigt, nehmen die Aufgaben der ehrenamtlichen Entscheidungsträger*innen stetig zu, während die Zeit zur Einarbeitung in komplexe Themen abnimmt. Entsprechend notwendig sind unterstützende Zuarbeiten, klare und verständliche Formulierungen sowie gegebenenfalls neue Zuschnitte fachlicher Ausschüsse. Diese Unterstützung kann bis zu einem gewissen Grad durch die Verwaltung und die finanzielle Ausstattung der Fraktionen erfolgen. Unberücksichtigt bleiben dabei jedoch zunehmende parteipolitische Auseinandersetzungen, auf die die Studie ebenfalls verweist. Hinzu kommt, dass Lokalpolitiker*innen häufig über wenig vertieftes Wissen zur feministischen Stadtplanung verfügen. Mögliche Ursachen liegen in unterschiedlichen Erfahrungs- und Lebenshintergründen der Akteur*innen, die insbesondere in Alter und Geschlecht variieren, in landes- oder bundespolitischen Leitlinien mit geringem Fokus auf die Thematik sowie in emotionalen Faktoren, etwa der Annahme, bereits ausreichend Fortschritte erzielt zu haben. Persönliche Befindlichkeiten müssen daher strategisch sensibel mitgedacht werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist das Bewusstsein dafür, dass bereits der Begriff Feminismus bei bestimmten Gesprächspartner*innen Antipathie auslösen kann. Dieses Wissen ermöglicht es, Diskussionen strategisch zu strukturieren. Während für symbolische Auseinandersetzungen wissenschaftlich etablierte und zugleich polarisierende Begriffe geeignet sein können, erfordert das Ziel konkreter Veränderungen eine andere Sprache.

Aus den Erfahrungen der Mehrwertstadt zeigt sich, dass es sich in der kommunalpolitischen Praxis als zielführend erweist, positive Effekte für bestimmte Menschengruppen zu benennen und in Anträgen sowie Debatten hervorzuheben. Auf fachlich wissenschaftlicher und gesellschaftskritischer Ebene müssen Begriffe

Die Erfahrungen der Mehrwertstadt zeigen: Es ist zielführend, positive Effekte für bestimmte Menschengruppen zu benennen und in Anträgen sowie Debatten hervorzuheben.

zwingend trennscharf bleiben, um marginalisierte Gruppen weiter klar zu identifizieren und darüber für sie positive Maßnahmen zu entwickeln. Letztere sind dann im kommunalpolitischen Alltag diskutabel. Die Frage, die sich nicht nur in diesem Kontext stellt, bleibt, wie weit von Prinzipien, in diesem Fall auch von wissenschaftlicher Sprache, abgewichen werden kann, um Vorhaben umzusetzen. Dabei ist die mit einer solchen Strategie einhergehende Verschiebung von Sprache nicht zu vernachlässigen. Gerade auf kommunalpolitischer Ebene scheint es hilfreich, pragmatisch und diplomatisch vorzugehen und öffentlich bewusst auf sprachliche Prinzipien der wissenschaftlichen Ebene zu verzichten. Auf diese Weise können kommunalpolitische Handlungsspielräume erweitert werden, auch wenn Prinzipien dadurch Abwertung erfahren, eine Ambiguität, die es zur Verbesserung für alle mitunter auszuhalten gilt.

Abschließend lässt sich festhalten, dass es keine Universallösung gibt, um Widerstände gegen feministische Stadtplanung in der Kommunalpolitik zu vermeiden. Ziel der Mehrwertstadt ist es daher, kritische Themen kontinuierlich aufzugreifen und im Verlauf der Wahlperiode erneut einzubringen. Hilfreich erscheint zudem eine Debatte „für die Sache“, in der positive Effekte hervorgehoben werden, um Veränderungen im Stadtraum zu beschleunigen, die allen zugutekommen. Wichtig ist dafür, in den kommunalpolitischen Fraktionen mitzuden-

Wichtig ist es, in den kommunalpolitischen Fraktionen mitzudenken, welche Perspektiven qua Besetzung der Ausschüsse fehlen könnten und diese bewusst bei sachkundigen Bürger*innen oder in den Geschäftsstellen über die Mitarbeitenden in die Planung und Beschlussvorlagen mit einzubringen.

ken, welche Perspektiven qua Besetzung der Ausschüsse fehlen könnten und diese bewusst bei sachkundigen Bürger*innen oder in den Geschäftsstellen über die Mitarbeitenden in die Planung und Beschlussvorlagen mit einzubringen. Stadtparlamente prägen Stadtentwicklung direkt und diese Prägung wirkt viele Jahre nach. Es handelt sich damit nicht nur um baulich weitreichende Beschlüsse, sondern auch um Beschlüsse, die gesellschaftliche Zugänge und Teilhabe massiv prägen und besser machen können.

Ein zentraler Auftrag besteht darin, die feministische Perspektive bewusst einzunehmen und kontinuierlich darauf hinzuwirken, dass sie mitgedacht wird. Solange entsprechende Positionen in Verwaltung und Politik nicht ausreichend divers besetzt sind, prägen weiterhin die Perspektiven und Lebensrealitäten derjenigen die Stadtplanung, die diese Positionen innehaben. Dadurch besteht die Gefahr, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung systematisch benachteiligt wird (Hoelzel 2025).

Luise Keffel ist Urbanistin und Kulturschaffende und schreibt in ihrer Rolle der Referentin für aktive Stadtgestaltung der Fraktion Mehrwertstadt im Stadtrat Erfurt.

Birgit Meusel ist Politikwissenschaftlerin und Beraterin für Demokratiestrategien, Beteiligung und Kommunikation. Sie schreibt in ihrer Rolle als Geschäftsführerin der Fraktion Mehrwertstadt.

Literaturverzeichnis

- Brandt, Melina/Dehmel, Gregor/Dehmel, Monika/di Maio, Cristiana/Francke, Annika/Gurill, Linda Marie/Wagener, Paula (2021). Das kommunalpolitische Planetensystem? Zusammenspiel zwischen Bürgerinnen, Bürgern und der Kommunalpolitik in Stadtentwicklungsprozessen. Online verfügbar unter https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/vhw-schriftenreihe-tagungsband/PDFs/vhw_Schriftenreihe_Nr_26_Das_kommunalpolitische_Planetensystem.pdf/ (abgerufen am 09.01.2026).
- Criado-Perez, Caroline (2020). Unsichtbare Frauen. Wie eine von Daten beherrschte Welt die Hälfte der Bevölkerung ignoriert. München, btb Verlag, 51–73.
- Erfurt (2022). Gleichstellungsanalyse. Personalstatistik unter Beachtung der Grundlagen der Thüringer Gleichstellungsgesetzes. Zurzeit nicht veröffentlicht. Das Dokument liegt der Fraktion Mehrwertstadt vor.
- Erfurt (2023a). Bürgerinformationssystem der Landeshauptstadt Erfurt. Feministische Stadtplanung – Planungsqualität für alle steigern! Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Online verfügbar unter https://buergerinfo.erfurt.de/vo0050.asp?__kvonr=52659&voselect=87004844 (abgerufen am 30.01.2026).
- Erfurt (2023b). Bürgerinformationssystem der Landeshauptstadt Erfurt. Sitzung des Stadtrates – 19.04.2023 – 17:03-21:18 Uhr. Niederschrift öffentlicher Stadtrat. Online verfügbar unter https://buergerinfo.erfurt.de/si0057.asp?__ksinr=87004844 (abgerufen am 07.04.2026).
- Erfurt (2025a). Geschäftsordnung für den Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt und seiner Ausschüsse. Online verfügbar unter <https://www.erfurt.de/ef/de/rathaus/stadtrecht/satzungen/110694.html> (abgerufen am 16.01.2026).
- Erfurt (2025b). Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr. Online verfügbar unter https://buergerinfo.erfurt.de/vo0050.asp?__kvonr=52659&voselect=87004844 (abgerufen am 30.01.2026).
- Fabricius, Jojo/Gabauer, Angelika/Hübl, Susanne/Lamprecht, Inga/Müller, Hannah/Saltiel, Rivka (2025). Polylog: Sorgende Stadt zwischen Utopie und Strategie. sub\urban 13 (1). Online verfügbar unter https://irp.cdn-web-site.com/68cfe244/files/uploaded/13_M_Huebl_etAl_v4.pdf (abgerufen am 16.01.2026).
- Fried, Barbara/Wischnewski, Alex (Hg.) (2024). Care-Arbeit vergesellschaften. Kommunalpolitische Werkzeugkiste für eine „sorgende Stadt“. Online verfügbar unter <https://www.rosalux.de/publikation/id/52058/care-arbeit-vergesellschaften> (abgerufen am 23.01.2026).
- Hoelzel, Fabienne (2025). Feministische Stadtplanung. Deutsche BauZeitschrift. Online verfügbar unter <https://www.dbz.de/artikel/feministische-stadtplanung-4265588.html> (abgerufen am 16.02.2026).
- Huning, Sandra/Müller, Hannah (2025). Caring Cities – Potenziale für eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung. Online verfügbar unter https://www.db-thueringen.de/servlets/MCRFileNodeServlet/dbt_derivate_00070109/Huning%20Mueller%202025%20Caring%20Cities%20Bericht%20final.pdf 8 (abgerufen am 29.05.2026).

- Jackowska, Oliwia/Novas Ferradás, María (2022). Who owns public spaces? The trailblazer exhibition on women's everyday life in the City of Vienna (1991). *Planning Perspectives*, 38(2), 253–279. Online verfügbar unter <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/02665433.2022.2074526> (abgerufen am 19.02.2026).
- Jakubowski, Peter (2005). Den Stadtumbau flankieren – Was leisten neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung? *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29286/den-stadtumbau-flankieren-was-leisten-neue-kooperationsformen-in-der-stadtentwicklung/> (abgerufen am 12.12.2025).
- Kern, Leslie (2020). *Feminist City: Claiming Space in a Man-Made World*. London, Verso.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (Hg.) (2022). *KIM-Studie 2022. Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger*. Online verfügbar unter https://mpfs.de/app/uploads/2024/11/KIM-Studie2022_website_final.pdf (abgerufen am 30.01.2026).
- Robert Koch-Institut (Hg.) (2024). *Bewegungsverhalten von älteren Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse der HBSC-Studie 2022 und Zeitverläufe seit 2009/10*. *Journal of Health Monitoring*. Online verfügbar unter https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/11546/JHealthMonit_2024_01_Bewegung.pdf (abgerufen am 30.01.2026).
- Subramanian, Aditi/Rice Cassandra (2023). Girls just wanna have fun. How do we design a better public realm for adolescent and teenage girls? Online verfügbar unter <https://de.scribd.com/document/919135038/20240724-Incubator-Girls-Just-Wanna-Have-Fun-v3> (abgerufen am 29.05.2026).
- The World Bank (Hg.) (2025). *Closing Gender Gaps in Transport. A World of Reasons to Unlock Women's Potential in Transport*. Online verfügbar unter <https://www.worldbank.org/en/topic/transport/brief/closing-gender-gaps-in-transport> (abgerufen am 30.01.2026).
- Wetzel, Holger (2023). *Grünen-Vorstoß lässt Erfurt über „weiße, heterosexuelle Männer“ diskutieren*, Thüringer Allgemeine vom 09.03.2023. Verfügbar unter: <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/erfurt/article237849923/Gruenen-Vorstoss-laesst-Erfurt-ueber-weisse-heterosexuelle-Maenner-diskutieren.html> (abgerufen am 30.01.2026).
- Wetzel, Holger (2024). *Wie viele Frauen sitzen eigentlich im neuen Erfurter Stadtrat? Thüringer Allgemeine vom 28.05.2024*. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/erfurt/article406443518/wie-viele-frauen-sitzen-eigentlich-im-neuen-erfurter-stadtrat.html> (abgerufen am 30.01.2026).



**„STADTPARLAMENTE
PRÄGEN STADTENTWICKLUNG
DIREKT UND DIESE
PRÄGUNG WIRKT VIELE
JAHRE NACH. ES HANDELT
SICH DAMIT NICHT NUR UM
BAULICH WEITREICHENDE
BESCHLÜSSE, SONDERN
AUCH UM BESCHLÜSSE,
DIE GESELLSCHAFTLICHE
ZUGÄNGE UND TEILHABE
MASSIV PRÄGEN UND BESSER
MACHEN KÖNNEN.“**

Luise Keffel & Birgit Meusel

Zwischen Emanzipation und Anpassung: Die Ehe für alle

Carla Riese

Der Beitrag untersucht die Veränderung der staatlichen Konstruktion von Geschlecht im Zuge der Einführung der Ehe für alle in Deutschland. Ausgehend von einer feministisch- und materialistisch-staatstheoretischen Perspektive wird die Ehe als politisches Instrument analysiert, das zur Organisation hierarchischer Geschlechterverhältnisse beiträgt. Empirisch stützt sich die Analyse auf die Entwicklung vom Lebenspartnerschaftsgesetz (2001) bis zur Eheöffnung (2017) und bezieht parlamentarische Debatten sowie zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen ein. Dabei wird gezeigt, dass sich im Untersuchungszeitraum ein Wandel im Verständnis von Familie, Geschlecht und Sexualität vollzogen hat, der zu Veränderungen traditioneller Geschlechterrollen in der Ehe führte. Zugleich wird deutlich, dass diese Veränderungen eng mit neoliberalen Umstrukturierungen des Sozialstaats und ökonomischen Interessen verknüpft sind. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen trugen maßgeblich zur politischen Durchsetzung der Eheöffnung bei. Kritische queere Perspektiven blieben im hegemonialen Diskurs dagegen marginal. Insgesamt zeigt die Analyse: Staatliche Geschlechterverhältnisse sind das Ergebnis von Kämpfen zwischen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Kräften und bleiben trotz Liberalisierungstendenzen von heteronormativen Begrenzungen geprägt.

Empfohlene Zitierung:

Riese, Carla (2026). Zwischen Emanzipation und Anpassung: Die Ehe für alle. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 44–55.

Schlagwörter:

Ehe für alle, Geschlechterverhältnisse, materialistische Staatstheorie, Emanzipationsbewegungen



**„SO ERFREULICH
EMANZIPATORISCHE
VERBESSERUNGEN IM
GESCHLECHTERVERHÄLTNIS
SIND, BLEIT ES EBENSO
WICHTIG, SICH NICHT DARAUF
AUSZURUHEN. ANGESICHTS
DES WACHSENDEN RÜCKHALTS
FÜR DIE AFD UND ANDERE
RECHTSPOPULISTISCHE
STRÖMUNGEN IST ES VON
ZENTRALER BEDEUTUNG,
ERRUNGENSCHAFTEN
AKTIV ZU VERTEIDIGEN UND
IHRE GESELLSCHAFTLICHE
VERANKERUNG ZU STÄRKEN.“**

Carla Riese

Das Geschlecht in der Ehe

Die Vorstellung der Ehe als romantische Verbindung zweier Liebender ist innerhalb der westlichen Gesellschaft stark verbreitet, stellt aber – wenn überhaupt – nur einen Teil der Wahrheit dar. Ganz unabhängig davon, was die Ehe für diejenigen bedeutet, die sie eingehen, hat sie eine gesellschaftspolitische Funktion. Aus feministisch-staatskritischer Perspektive ist die (heterosexuelle) Ehe vor allem ein Instrument der gesellschaftlichen Vergeschlechtlichung, also der Trennung zwischen dem als weiblich konnotierten Privaten – Fürsorge, Emotionalität, Abhängigkeit – und der als männlich verstandenen Öffentlichkeit – Rationalität, Autonomie, Macht (Kreisky und Löffler 2009, 70). Aus einer historisch-staatskritischen Perspektive kann die Ehe als Ergebnis gewaltsamer Bevölkerungspolitiken gesehen werden (Nave-Herz 2013). Diese zielen darauf ab, die Rolle der Hausfrau und die damit verbundene unbezahlte Care-Arbeit zu etablieren, um ein hierarchisches Geschlechterverhältnis aufrechtzuerhalten (Barry 2023, 77ff).¹ Vor diesem Hintergrund kann die Ehe für alle im Jahr 2017 in Deutschland als eine Öffnung der geschlechterbasierten Organisation des Privaten verstanden werden. Schließlich wird in einer Ehe von zwei Cis-Männern die unbezahlte Care-Arbeit nicht von Frauen geleistet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die Vorstellung und die staatliche Organisation der Geschlechterverhältnisse im Zuge der Eheöffnung verändert haben. Außerdem wird im Folgenden der Einfluss ökonomischer Entwicklungen sowie zivilgesellschaftlicher Kräfte auf die Öffnung der Ehe untersucht.

Aus feministisch-staatskritischer Perspektive ist die (heterosexuelle) Ehe vor allem ein Instrument der gesellschaftlichen Vergeschlechtlichung.

Theoretischer Background und methodisches Vorgehen

Dieser Beitrag basiert auf meiner Masterarbeit, in der mithilfe der historisch-materialistischen Policy Analyse (HMPA) die Veränderung der staatlichen Konstruktion von Geschlecht untersucht wurde. Im Fokus des vorliegenden Beitrags stehen die Entwicklung vom Lebenspartnerschaftsgesetz 2001² bis zur Einführung der Ehe für alle 2017 sowie die beteiligten Akteur*innen und ihre Positionen.

Die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare in Deutschland wurde von Auseinandersetzungen um die Vorstellungen von Familie, Geschlecht und Sexualität begleitet. Verschiedene Akteur*innen

1 An dieser Stelle sollen individuelle Entscheidungen von Frauen für oder gegen die Hausfrauenrolle ausgeblendet und sich vorrangig auf Motive und Auswirkungen staatlicher Policies konzentriert werden.

2 Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG): Ziel war die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare ähnlich der Ehe. Das Gesetz ist am 1. August 2001 in Kraft getreten und wurde am 20.09.2017 mit der Ehe für alle abgelöst.

aus Politik und Zivilgesellschaft waren beteiligt und versuchten das eigene Verständnis politisch durchzusetzen.

Der deutsche Staat bildet den Rahmen, innerhalb dessen um die Deutungshoheit über das Verständnis der homosexuellen Ehe gerungen wurde. Aus Perspektive der materialistischen Staatstheorie von Nicos Poulantzas ist der Staat ein Zusammenschluss aus verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, die in einem Verhältnis zueinander stehen (Poulantzas 2002, 155, 159). Er argumentiert, dass sich politische Entscheidungen aus Kämpfen zwischen Akteur*innen der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft entwickeln. Damit betont er die Interdependenz zwischen diesen Sphären (Poulantzas 2002, 47).

Sozialstaatlicher Wandel als Vorbedingung

Im Anschluss an Poulantzas lässt sich die Bedeutung und Interdependenz ökonomischer Interessen für die staatliche Politikgestaltung herausarbeiten. Die staatliche Ausgestaltung von Ehe und Familie steht unter erheblichem Einfluss neoliberaler Ökonomie. Für den Staat ist es zentral, die Familie als Ort von Solidarität und sozialer Reproduktion zu erhalten, um bestehende ökonomische Machtverhältnisse zu stabilisieren (Poulantzas 2002, 99 ff.).

Die staatliche Ausgestaltung von Ehe und Familie steht unter erheblichem Einfluss neoliberaler Ökonomie. Für den Staat ist es zentral, die Familie als Ort von Solidarität und sozialer Reproduktion zu erhalten.

Sozialstaatliche Leistungen sind von marktwirtschaftlichen und (partei-)politischen Verhältnissen abhängig. Generell lässt sich seit Mitte der 1990er-Jahre innerhalb der deutschen Politik eine Entwicklung erkennen, die immer mehr auf neoliberale Denkmuster wie ökonomische Deregulierung und Liberalisierung setzt. Dies gilt auch für die Sozialpolitik (Nullmeier 2014, 15). Infolge der Wiedervereinigung Deutschlands 1989 und des Abflachens des anfänglichen ökonomischen Aufschwungs kam es zu einer hohen Arbeitslosigkeit, Haushaltsbelastung und einer wirtschaftlichen Rezession (Bäcker et al. 2020, 38). Die Dominanz neoliberaler Ideologie in Politik und Wissenschaft führte schließlich zu einem Umbruch in der Sozialpolitik und zum Abbau sozialstaatlicher Leistungen (Bäcker et al. 2020, 21; Nullmeier 2014, 12). Konkret bedeutete das eine Reihe an Steuererleichterungen, Kürzungen und marktorientierten Reformen in der Sozialpolitik bis ins Jahr 2014. Die bekanntesten und einflussreichsten Maßnahmen sind unter dem Begriff „Agenda 2010“ bekannt und stehen maßgeblich für den Abbau des Sozialstaats.

Im Kontext dieser veränderten Sozialpolitik sind graduelle Veränderungen in Bezug auf die Familie zu beobachten. Der leistungsbezogene Anspruch an Familien stieg; sie sollten verstärkt soziale Leistungen ohne staatliche Hilfe übernehmen (Leitner 2007, 328). Außerdem hat sich die Vorstellung von Familien hinsichtlich der Rollenverteilung zwischen Ehepartner*innen verändert, da Frauen neben unbezahlter Reproduktionsarbeit ihre Familie auch finanziell unterstützen sollen und müssen (ebd.). Folglich ist die Norm der Familie nicht mehr vollständig an die streng geschlechtsspezifisch aufgeteilten Sphären der Lohn- und Reproduktionsarbeit gebunden (Bäcker et al. 2020, 842). Diese Maßnahmen gingen nicht mit Reformen oder Anreizen einher, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern und Väter stärker in die Reproduktionsarbeit einbinden sollten (Bäcker et al. 2020, 894). Daran erkennt man: Im Rahmen der Veränderungen des Sozialstaats war die Gleichstellung der Geschlechter kein staatlich forciertes Ziel. Vielmehr sollte versucht werden, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um die Erwerbsquote zu erhöhen. Es zeigt sich, dass unter ökonomischen Zwängen die Vorstellung von Familie mitsamt traditionellen Geschlechterverhältnissen an Bedeutung verliert.

Neben zahlreichen sozialpolitischen Kürzungen war der untersuchte Zeitraum geprägt von der Förderung einer Reihe an familienpolitischen Zugeständnissen, die Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen erleichtern sollten. Mit Poulantzas lassen sich diese Zugeständnisse gegenüber den Bürger*innen als ein Mittel der Sicherung von Machtverhältnissen und der Stabilisierung des Status quo interpretieren (Poulantzas 2002, 60).

Verhältnisse sind wandelbar: Ehe, Geschlecht und Sexualität in Abhängigkeit gesellschaftlicher Kämpfe

Auch auf parlamentarischer Ebene lassen sich Veränderungen im Verständnis der Geschlechterrollen innerhalb der Ehe beobachten. Diese Veränderungen wurden von zivilgesellschaftlichen Kampagnen und rechtlichen Veränderungen im Bereich des Lebenspartnerschaftsgesetzes begleitet, die im Folgenden exemplarisch skizziert werden. Der Diskurs zur Eheöffnung ist vielschichtig und kann daher nur exemplarisch berücksichtigt werden. Ein Großteil der Akteur*innen wird nicht namentlich genannt, ihre Positionen sind jedoch in die Analyse eingeflossen und werden

Auf parlamentarischer Ebene lassen sich Veränderungen im Verständnis der Geschlechterrollen innerhalb der Ehe beobachten. Diese Veränderungen wurden von zivilgesellschaftlichen Kampagnen und rechtlichen Veränderungen im Bereich des Lebenspartnerschaftsgesetzes begleitet.

aus Gründen der Transparenz im Folgenden aufgeführt. Ich beziehe mich in meiner Analyse auf Positionen der CDU/CSU, des Bündnis 90/Die Grünen sowie auf Stellungnahmen aus den federführenden Rechtsausschüssen. Dadurch werden sowohl die Perspektiven einer regierenden Partei berücksichtigt, die sich gegen die Ehe für alle positioniert, als auch die einer Oppositionspartei, die diese befürwortet. Zudem werden die Haltungen der Deutschen Bischofskonferenz als Vertreterin des christlich-konservativen Diskurses und des LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e. V.³ als zivilgesellschaftlichem Akteur untersucht. Ergänzend fließen Beiträge aus dem akademischen und bewegungsorientierten (Queer-)Feminismus sowie aus emanzipatorischen Medien wie L-Mag, Siegessäule, konkret, Jacobin-Magazin, Jungle World und Analyse & Kritik in die Untersuchung ein. Darüber hinaus werden Positionen aus dem rechten Spektrum berücksichtigt.

Zwischen Lebenspartnerschaft und Ehe: Reformprozesse und Konfliktlinien

Im Jahr 2005, nur wenige Jahre nach der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes, kam es zu einigen rechtlichen Veränderungen, die bereits zu einer graduellen Annäherung an die Ehe führten. Konkret wurde dabei sowohl das Güterrecht als auch das Unterhaltsrecht von der Ehe auf das Lebenspartnerschaftsgesetz übertragen. Außerdem ließ die Regelung die Stiefkindadoption zu, also die Möglichkeit, das Kind des*der Partner*in aus vorhergehender Beziehung zu adoptieren (Berning 2014, 171).

Im Jahr 2005 kam es zu rechtlichen Veränderungen, die bereits zu einer graduellen Annäherung an die Ehe führten. Konkret wurde dabei sowohl das Güterrecht als auch das Unterhaltsrecht von der Ehe auf das Lebenspartnerschaftsgesetz übertragen.

Im Verlauf der frühen 2010er-Jahre nahmen Forderungen nach weiteren Reformen für homosexuelle Paare zu. Im Anschluss an die rechtlichen Errungenschaften im Bereich des Lebenspartnerschaftsgesetzes wurde die Ehe für alle als konsequenter nächster Schritt im Abbau der staatlichen Diskriminierung von Homosexuellen gefordert (LSVD 2017). Unter der Regierungskoalition CDU/CSU und FDP, die sich geschlossen gegen die Eheöffnung aussprach, kam es aus der Opposition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken zu verschiedenen Gesetzesentwürfen für eine Eheöffnung, die auf Empfehlung des Rechtsausschusses abgelehnt wurden (Exner-Krikorian 2022, 216 f.). Begleitend erfolgten weitere rechtliche Anpassungen des Lebenspartnerschaftsgesetzes, bspw. die Möglichkeit der Sukzessivadoption für gleichgeschlechtliche Paare im Jahr 2013 (ebd., 212). Die gemeinsame Adoption von Kindern blieb homosexuellen Paaren jedoch weiterhin verwehrt

3 Bis 2024 lief der LSVD+ unter dem Namen „Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V. (LSVD)“.

(ebd., 220). Zudem führte ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 2014 zur steuerlichen Gleichstellung. Dadurch gilt das Ehegattensplitting auch für homosexuelle Paare (Deutscher Bundestag 2013; Exner-Krikorian 2022, 219).

Zwischen Mobilisierung und Widerstand: zivilgesellschaftliche Dynamiken der Ehedebatte

Neben den rechtlichen Anpassungen erhöhten zivilgesellschaftliche Forderungen, wie die Kampagnen des LSVD+s, den Druck auf die Politik (Exner-Krikorian 2022, 211, 302 ff.; LSVD 2017). Der LSVD+ organisierte verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktionen, bspw. die Kampagne „Keine halben Sachen!“ zur steuerlichen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften oder eine Online-Petition mit Campact zur

Der LSVD+ organisierte verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktionen, bspw. die Kampagne „Keine halben Sachen!“ zur steuerlichen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften oder eine Online-Petition mit Campact zur Öffnung der Ehe.

Öffnung der Ehe, die über 100 000 Menschen unterschrieben (LSVD 2017). Damit trug der LSVD+ zur kontinuierlichen Thematisierung, Normalisierung und politischen Durchsetzung der Ehe für alle bei.

Im Jahr 2013 mobilisierte sich auch Widerstand auf zivilgesellschaftlicher Ebene (Fritzsche und Lang 2020, 281). Angelehnt an die französische homophobe Bewegung „Manif pour tous“ (dt.: Demo für Alle), die gegen das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare demonstrierte, kam es in Deutschland zu vermehrter Kritik aus konservativem und rechtem Milieu (ebd., 281). Auch aus queeren und linken Kreisen wurde Kritik an der Forderung der Eheöffnung geäußert. Diese Positionen blieben jedoch gesellschaftlich marginalisiert und fanden auf parlamentarischer Ebene kein Gehör. Einige queere Akteur*innen sahen in der Ehe ein Instrument zur Reproduktion der geltenden hierarchisch organisierten Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse (Bubeck 2000; Degele et al. 2002; Kay 2021). Sie sprachen sich zwar für gleiche Rechte für alle Paare aus, sahen in der Eheöffnung jedoch nicht den richtigen Weg. Kritiker*innen argumentierten, die Legalisierung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare untergrabe die subversiven Wurzeln der Homo-Emanzipationsbewegung und integriere sie in die dominante heteronormative Gesellschaft (Kay 2021, 9; Trott 2019, 570). So fragte die ehemalige Chefredakteurin des queeren Magazins Siegessäule Manuela Kay: „Garantiert uns Normalsein wirklich die Abwesenheit von Hass, Ablehnung und Diskriminierung?“ (2021, 9 f.) Schließlich trage die Eheöffnung nicht zur radikalen Veränderung einer gewaltvollen Institution bei, vielmehr bestätige sie diese und setze damit den gewaltvollen Ein- und Ausschluss von hetero- und homonormativ lebenden Individuen in eine privilegierende staatliche Machtordnung fort. Die Abwertung anderer Lebensformen bliebe dadurch bestehen (Kaufmann 2015; Thiele 2013).

Das parlamentarische Ringen um die Eheöffnung

Auf parteipolitischer Ebene leisteten vor allem Mitglieder der Union Widerstand gegen die Eheöffnung, da sie diese für verfassungswidrig hielten (Geis 2000, 10962). Sie stützten sich auf Artikel 6 Absatz 1 des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter Schutz stellt, und argumentierten, die Zweigeschlechtlichkeit bilde den Wesenskern der Ehe. Dies zeigte sich in Parlamentsdebatten, in denen die Zeugungsfähigkeit als konstitutiver Aspekt der Ehe betont wurde: „Die heterosexuelle ist eben nicht mit der gleichgeschlechtlichen Ehe vergleichbar, da zwei Männer oder zwei Frauen keine Kinder zeugen und gebären können.“ (Woltmann 2017, 22047) Die Deutsche Bischofskonferenz unterstützte diese Haltung. Für sie sei die heteronormative Familie der beste Ort für die Kindererziehung. Außerdem sei sie Teil des göttlichen Schöpfungsplans, der nicht durch Menschen geändert werden könne (Bistum Trier o. D.).

Befürworter*innen fand die Eheöffnung in SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Im Laufe der Zeit sprachen sich aber auch immer mehr Mitglieder von FDP und Union dafür aus. Inhaltlich zielten die Entwürfe vor allem auf einen Abbau der Diskriminierung von Homosexuellen (Beck 2000, 10964). Es erfolgte eine deutliche Abgrenzung vom Motiv der Zeugungsfähigkeit. So sagte etwa die Politikerin Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) 2017 in einer Bundestagsdebatte: „Die Ehe ist keine Reproduktionsgemeinschaft [...] Die Ehe beinhaltet eine Verantwortungsübernahme, hat aber verfassungsrechtlich nicht zwingend etwas mit Reproduktion zu tun.“ (Deutscher Bundestag 2017, 22042) Weiter wurde der Gesetzesentwurf als Maßstab für Offenheit und Modernität stilisiert (Exner-Krikorian 2022, 112, 146 f.). Der Unionspolitiker Dr. Stefan Kaufmann betonte, die Öffnung stärke die Ehe, da ihr besonderer Schutz unberührt bliebe, aber auf mehr Menschen ausgeweitet werden könne (Deutscher Bundestag 2016, 15276). Der Institution der Ehe sollte dadurch neue gesellschaftliche Kraft eingehaucht werden, denn auch wenn der Abbau des Sozialstaats im Jahr 2017 verlangsamt und teilweise revidiert wurde, blieben Ehe und Familie der Ort für gegenseitige Hilfe sowie finanzielle, sorgende und emotionale Unterstützung, die der Staat nicht leistet.

Im Vergleich zu den Diskussionen um das Lebenspartnerschaftsgesetz 2001 zeigte sich 2017 ein deutlicher Wandel. Der besteht vor allem darin, dass ein Wesensunterschied zwischen homo- und heterosexueller Ehe keine Anerkennung mehr findet und stattdessen als Diskriminierung gilt (Deutscher Bundestag 2015, 15276, 2016, 10731). Während 2001 das Lebenspartnerschaftsgesetz von Vertreter*innen aus LSVD+ und Bündnis 90/

Während 2001 das Lebenspartnerschaftsgesetz von Vertreter*innen aus LSVD+ und Bündnis 90/Die Grünen noch als Sinnbild von Modernität und Gleichstellung gefeiert wurde, ist es 15 Jahre später Inbegriff von Diskriminierung und Rückschrittlichkeit.

Die Grünen noch als Sinnbild von Modernität und Gleichstellung gefeiert wurde, ist es 15 Jahre später Inbegriff von Diskriminierung und Rückschrittlichkeit. Dieser Wandel ist Zeugnis eines veränderten Diskurses über Homosexualität und Familie, der aus zivilgesellschaftlichen Kämpfen, rechtlichen Veränderungen und ökonomischen Verhältnissen entstanden ist.

Anfang der 2000er-Jahre diente die biologische Fähigkeit Kinder zu bekommen noch als Begründung für eine Unterscheidung zwischen der heterosexuellen Ehe und der homosexuellen Lebenspartnerschaft. Im Jahr 2017 ist diese Differenzierung für die Mehrheit im Bundestag irrelevant geworden. Das zeugt von einem sich verändernden Blick auf Elternschaft; die biologische Zeugungsfähigkeit eines Paares verliert an Relevanz und homosexuelle Eltern werden in Bezug auf die Ehe heterosexuellen ebenbürtig(er). Jedoch muss betont werden, dass homosexuellen Paaren bei einem Kinderwunsch nach wie vor große gesetzliche Steine in den Weg gelegt werden und die staatliche Regulierung von Elternschaft heteronormativen Regeln folgt (LSVD+ 2026).

Dennoch lässt sich anhand der Veränderungen in den Diskussionen um die Eheöffnung eine Lockerung der geschlechterbezogenen Rollenzuweisungen in der Familie feststellen. Die zur Zeit des Lebenspartnerschaftsgesetzes noch vorherrschende Vormachtstellung der sorgenden Hausfrau und des rational handelnden öffentlichen Mannes brach auf. Konkret bedeutet das: Die staatliche Vorstellung von Familie ist flexibler geworden. Die Mutter- bzw. Vaterrolle kann unabhängig vom biologischen Geschlecht ausgeübt werden, ohne dass notwendigerweise mit negativen gesellschaftlichen Konsequenzen gerechnet werden muss. Das Ausbrechen aus traditionellen Geschlechterrollen wird, zumindest innerhalb homosexueller Ehen, befürwortet. Das bestätigt auch queer-feministische Familienforschung, die in homosexuellen Ehen mit Kindern die Konstruktion der Geschlechterrollen einer emotional fürsorglichen Mutter sowie eines berufstätigen, allenfalls helfenden Vaters beobachtet, die unabhängig des biologischen Geschlechts vollzogen werden (Tichy und Krüger-Krim 2020, 119).

Die staatliche Vorstellung von Familie ist flexibler geworden. Die Mutter- bzw. Vaterrolle kann unabhängig vom biologischen Geschlecht ausgeübt werden, ohne dass notwendigerweise mit negativen gesellschaftlichen Konsequenzen gerechnet werden muss.

Gesellschaftliche Verhältnisse sind veränderbar

Der Beitrag hat einerseits Veränderungen der staatlichen Organisation der Geschlechterverhältnisse im Zuge der Einführung der Ehe für alle untersucht und andererseits den Einfluss ökonomischer

Interessen des Staates und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen auf diese Entwicklung beleuchtet. Es lässt sich feststellen, dass es zu einem Umdenken auf staatlicher Ebene in Hinblick auf Geschlecht und die damit verbundenen Rollenverständnisse innerhalb der Familie gekommen ist. Außerdem gibt es einen liberaleren und affirmativeren Umgang mit Homosexualität als noch im Jahr 2001 beim Beschluss des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Gleichzeitig zeigen sich durch den fehlenden Einfluss kritischer queerer Stimmen auf den Diskurs und die Entscheidung zur Eheöffnung auch die Grenzen der Progressivität der Geschlechterideologie im deutschen Staat. Heterosexualität verliert zwar ihre Notwendigkeit, doch wird nach wie vor an traditionellen Rollenbildern festgehalten, auch wenn diese unabhängig von dem biologischen Geschlecht gelebt werden können. Alternative Familienmodelle außerhalb der Kleinfamilie und queere Identitäten finden keinen Platz in den parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Gleichstellung homosexueller Paare.

Es zeigen sich durch den fehlenden Einfluss kritischer queerer Stimmen auf den Diskurs und die Entscheidung zur Eheöffnung die Grenzen der Progressivität der Geschlechterideologie. Heterosexualität verliert zwar ihre Notwendigkeit, doch wird nach wie vor an traditionellen Rollenbildern festgehalten.

Die Ehe für alle reiht sich ein in eine Zeit, die geprägt war von Liberalisierungstendenzen in Bezug auf Familie und Geschlecht. Diese Veränderungen wurden u. a. durch zivilgesellschaftliche Kämpfe erreicht. Eine weitere Quelle für diese Veränderungen sind Zwänge und Entwicklungen, die aus den ökonomischen Verhältnissen hervorgehen. Damit zeigt sich, dass der staatliche Umgang mit Geschlecht und Sexualität nicht nur auf staatlicher Institutionenebene und in den Parlamenten verhandelt wird, sondern auch in der Zivilgesellschaft, in Kultur und Medien, in der Wirtschaft und in den sozialen Bewegungen. Meine Analyse betont die Verstrickung von ökonomischen Zwängen und identitätspolitischen Kämpfen und zeigt damit, dass wir diese nicht unabhängig voneinander denken dürfen. Staatliche Vertreter*innen ökonomischer Interessen haben die Macht und die Ressourcen, identitätspolitische Diskurse im Interesse der Profitmaximierung zu beeinflussen. Wer in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen Deutungsmacht besitzt, prägt und steuert über politische Maßnahmen und gesellschaftliche Normsetzungen maßgeblich unsere Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität und deren gesellschaftliche Legitimität.

So erfreulich emanzipatorische Verbesserungen im Geschlechterverhältnis sind, ebenso wichtig bleibt es, sich nicht darauf auszuruhen. Angesichts des wachsenden Rückhalts für die AfD und andere rechtspopulistische Strömungen ist es von zentraler Bedeutung, Errungenschaften aktiv zu verteidigen und ihre gesellschaftliche Verankerung zu stärken.

Carla Riese hat ihren Master in Politikwissenschaft an der Universität Leipzig absolviert. Beruflich ist sie im Kampagnenmanagement sowie in der politischen Erwachsenenbildung tätig. Derzeit bereitet sie eine Promotion zur feministisch-materialistischen Staatstheorie mit einem Fokus auf Raum- und Zeittheorien vor. Ihre Arbeitsschwerpunkte: materialistische Staatstheorie, materialistischer Feminismus und politische Bildung.

Literaturverzeichnis

- Bäcker, Gerhard/Naegele, Gerhard/Bispinck, Reinhard (2020). Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland: Ein Handbuch. Wiesbaden, Springer Fachmedien.
- Barry, Céline (2023). Die Produktion der binären Geschlechterordnung in der kapitalistischen politischen Ökonomie. Materialistische Perspektiven auf das Verhältnis von Geschlecht, Rassismus und Kolonialismus. In: Nina Hackmann/Dulguun Shirchinbal/Céline Barry (Hg.). Geschlechter in Un-Ordnung. Zur Irritation von Zweigeschlechtlichkeiten im Wissenschaftsdiskurs. Opladen Berlin Toronto, Verlag Barbara Budrich, 75–94.
- Beck, Volker (2000). Bundestag Plenarprotokoll 14/115. Bundestag.
- Berning, Susanne (2014). Eingetragene Lebenspartnerschaft = Ehe? Die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Rechtsinstitut der eingetragenen Lebenspartnerschaft. In: Yvonne Becker/Friederike Lange (Hg.). Linien der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – Erörtert von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Band 3. Berlin, De Gruyter, 167–198.
- Bistum Trier (o. J.). Katholisches Eheverständnis. Unser Bistum Trier. Online verfügbar unter <https://www.bistum-trier.de/unser-bistum/verwaltung/bischoefliches-offizialat/katholisches-eheverstaendnis/index.html#:~:text=F%C3%BCr%20die%20katholische%20Kirche%20ist,%2C%20wird%20zum%20Sakrament%20erhoben> (abgerufen am 01.04.2025).
- Bubeck, Ilona (2000). Unser Stück vom Kuchen? Zehn Positionen gegen die Homo-Ehe. Berlin, Querverlag.
- Degele, Nina/Dries, Christian/Stauffner, Anne (2002). Rückschritt nach vorn. Soziologische Überlegungen zu „Homo-Ehe“, Staat und queerer Liebe. In: polyphorb (Hg.). (K)ein Geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive. Berlin, Querverlag, 137–152.
- Deutscher Bundestag (2013). Ehegattensplitting auch für Lebenspartnerschaften. Online verfügbar unter: https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2013_06/04-255886 (abgerufen am 02.02.2026).
- Deutscher Bundestag (2015). Plenarprotokoll 18/112.
- Deutscher Bundestag (2016). Plenarprotokoll 18/155.
- Deutscher Bundestag (2017). Plenarprotokoll 18/220.
- Exner-Krikorian, Sabine (2022). Recht auf Liebe: Eine Diskursanalyse über die gleichgeschlechtliche Ehe in Deutschland. Wiesbaden, Springer Fachmedien.
- Fritzsche, Christopher/Lang, Juliane (2020). Die GegnerInnenschaft zur Ehe für alle: Ein autoritär-regressives politisches Projekt? In: Annette Henninger/Ursula Birls (Hg.). Antifeminismen. Bielefeld, transcript Verlag, 265–308.
- Geis, Norbert (2000). Bundestag Plenarprotokoll 14/115. Bundestag.
- Kaufmann, Annelie (2015). Das E-Wort. Jungle World vom 18.06.2015. Online verfügbar unter: <https://jungle.world/artikel/2015/25/das-e-wort> (abgerufen am 14.04.2026).
- Kay, Manuela (2021). Sehnsucht nach Subversion: Ein Weckruf. Querverlag.

- Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2009). Maskulinität und Staat: Beharren und Veränderung. In: Stefanie Wöhl/Birgit Sauer/Gundula Ludwig (Hg.). Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden, Nomos, 5–88.
- Leitner, Sigrid (2007). Gender Screening: Rot-grüne Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. In: Christoph Egle/Reimut Zohlnhöfer (Hg.). Ende des rot-grünen Projektes: Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002 – 2005. Wiesbaden, Springer VS.
- LSVD (2017). Ehe Für Alle – Eine Chronik. Online verfügbar unter <https://blog.lsvd.de/ehe-fuer-alle-eine-chronik/> (abgerufen am 13.02.2026).
- LSVD+ (2026). Schwule Väter: Kinderwunsch und Familiengründung von schwulen Männern. Online verfügbar unter <https://www.lsvd.de/de/ct/689-Schwule-Vaeter-Kinderwunsch-und-Familiengruendung-von-schwulen-Maennern> (abgerufen am 13.02.2026).
- Nave-Herz, Rosemarie (2013). Ehe- und Familiensoziologie: Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde. Weinheim, Beltz.
- Nullmeier, Frank (2014). Die Sozialstaatsentwicklung im vereinten Deutschland: Sozialpolitik der Jahre 1990 bis 2014. In: Uni Bremen & Zentrum für Sozialpolitik (Hg.). Zentrum für Sozialpolitik. Report.
- Poulantzas, Nicos (2002). Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg, VSA-Verlag
- Thiele, Martin (2013). Die rechtliche Gleichstellung der Homo-Ehe als Politikum der Anerkennung pluraler L(i)bensweisen? Ein allzu notwendiger Einwand. Soziologiemagazin 6 (2), 70–77.
- Tichy, Leila Zoë/Krüger-Krim, Helga (2020). „Mama, Mami, Kind“—Zur Diskursivierung lesbischer Elternschaft in Elternzeitschriften. In: Almut Peukert/Julia Teschlade/Christine Wimbauer/Mona Motakef/Elisabeth Holzleithner (Hg.). Elternschaft und Familie jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit. Opladen Berlin Toronto, Verlag Barbara Budrich.
- Trott, Ben (2019). „Etwas Begehrteswertes“: Zur Reproduktion queerer Lebensweisen. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 49 (197).
- Woltmann, Barbara (2017). Plenarprotokoll 18/220. Deutscher Bundestag.



TEIL II

**GESCHLECHT,
UNGLEICHHEIT UND
DEMOKRATISCHE PRAXIS**

Analyse des Gender Gaps in der Links-Rechts-Selbsteinstufung unter Jugendlichen in Deutschland – Ausmaß, Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen¹

Rahim Hajji

Der Gender Gap in der Links-Rechts-Selbsteinstufung unter Jugendlichen ist in Deutschland beobachtbar. Anhand einer empirischen Untersuchung kann gezeigt werden, dass weibliche Jugendliche eher linke und männliche Jugendliche eher rechte Positionen einnehmen. Die Ergebnisse legen nahe, dass dieser Unterschied sowohl durch soziostrukturelle als auch durch einstellungsbezogene Indikatoren erklärt werden kann. Der Gender Gap kann die Demokratie beeinflussen, wenn es beispielsweise um Gleichstellungspolitiken oder Klimapolitik geht.

Empfohlene Zitierung:

Hajji, Rahim (2026). Analyse des Gender Gaps in der Links-Rechts-Selbsteinstufung unter Jugendlichen in Deutschland – Ausmaß, Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 58–73.

Schlagwörter:

Gender Gap, Links-Rechts-Selbsteinstufung, Jugendliche, Demokratie

1 Für die sprachliche Ausarbeitung sowie zur Unterstützung bei der Auswertung der Daten wurden KI-gestützte Tools genutzt. Die inhaltliche Verantwortung, Interpretation der Ergebnisse und finale Formulierungen liegen vollständig beim Autor.



**„DER GENDER GAP IN
DER LINKS-RECHTS-
SELBSTEINSTUFUNG LÄSST
SICH DAMIT ERKLÄREN, DASS
WEIBLICHE JUGENDLICHE
IHRE SOZIALE LAGE EHER
SCHLECHTER EINSCHÄTZEN
UND WENIGER AUTORITÄR UND
MERITOKRATISCH SIND. DAFÜR
SIND SIE STÄRKER INKLUSIV-
DEMOKRATISCH, ÖKOLOGISCH
VERANTWORTUNGSBEWUSST
UND KRITISCHER GEGENÜBER
INSTITUTIONEN EINGESTELLT.“**

Rahim Hajji

Einleitung

Der beobachtete Gender Gap in der politischen Selbstverortung der Jugendlichen ist politisch höchst relevant. Er beschreibt den Befund, dass weibliche Jugendliche im Durchschnitt häufiger zu links-orientierten Positionen tendieren, während männliche Jugendliche sich häufiger rechts verorten (Nennstiel und Hudde 2025). So zeigt sich beispielsweise, dass männliche Jugendliche häufiger rechtspopulistische oder rechtsextreme Parteien unterstützen als weibliche Jugendliche

(Milosav et al. 2025). Zudem wird rechtsmotivierte politische Kriminalität überwiegend von jungen Männern begangen. Der entsprechende Anteil männlicher Tatverdächtiger unter den Jugendlichen liegt bei etwa 90 % (Mediendienst Integration 2026). Der Gender Gap kann sich auch in unterschiedlichen politischen Präferenzen und Wahlentscheidungen niederschlagen und damit beispielsweise Einfluss auf Gleichstellungspolitiken, Klimapolitik, Wohlfahrtsstaat und Migration nehmen (Bernemann 2025; Stamm 2024; Grgic 2025).

Der Gender Gap in der politischen Selbstverortung der Jugendlichen ist politisch höchst relevant. Er beschreibt den Befund, dass weibliche Jugendliche im Durchschnitt häufiger zu links-orientierten Positionen tendieren.

Die Links-Rechts-Selbsteinstufung stellt in der Politikwissenschaft ein zentrales Instrument dar, um Befragte in einem politischen Spektrum zu verorten (Pioro et al. 2011). Politikwissenschaftliche Studien zeigen seit Längerem, dass sich in der Links-Rechts-Selbsteinstufung ein geschlechtsspezifischer Unterschied beobachten lässt (Nennstiel und Hudde 2025; Díez García 2025). In diesem Beitrag wird deshalb untersucht, ob sich geschlechtsspezifische Unterschiede in der Links-Rechts-Selbsteinstufung auch für Jugendliche in Deutschland empirisch nachweisen lassen und welche Erklärungsansätze hierfür relevant sind.

Forschungsstand und Hypothesen

Die Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala wird in den Politikwissenschaften häufig analysiert, weil sie die vielfältigen politischen Einstellungen auf eine Dimension reduziert (Weber und Saris 2015). Vries et al. (2013) zeigten, dass die Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala auf Basis der letzten drei Jahrzehnte zunehmend mit Fremdenfeindlichkeit korreliert und der Zusammenhang mit wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungsvorstellungen abnahm. Nennstiel und Hudde (2025) verweisen darauf, dass rechte Orientierungen in Zusammenhang mit der Bewahrung von traditionellen Werten, mit restriktiven Positionen in der Migrationspolitik, der Aufrechterhaltung der politischen Ordnung und

der Förderung von wirtschaftlichem Liberalismus einhergehen. Linke Orientierungen dagegen stehen für multikulturelle Offenheit, sozialistische Vorstellungen wirtschaftlichen Handelns und politische Reformen zugunsten von Gruppen mit weniger Einfluss, beispielsweise Minderheiten oder Frauen. Nennstiel und Hudde (2025) gehen in ihrer Untersuchung der Frage nach, wie stark Frauen und Männer sich politisch unterscheiden und wie man dies erklären kann. Sie differenzieren zwischen einem traditionellen und einem modernen Gender Gap in der Links-Rechts-Selbsteinstufung (ebd.). Der traditionelle Gender Gap, der in der Bundesrepublik bis etwa 1980 beobachtet wurde, war dadurch gekennzeichnet, dass Frauen im Durchschnitt stärker zu rechten Positionen tendierten, während Männer vergleichsweise häufiger linke Positionen aufwiesen (Nennstiel und Hudde 2025). Der traditionelle Gender Gap war Ausdruck der Orientierung vieler Frauen zu traditionellen Wertvorstellungen und sozialer Sicherheit, so Mayer (2015). Doch die Bildungsexpansion und die stärkere Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen habe dazu beigetragen, dass sich der Gender Gap umkehrte (ebd.): Frauen stufen sich zunehmend häufiger links ein als Männer. Dies wird als moderner Gender Gap verstanden (Nennstiel und Hudde 2025). Die Ursachen des modernen Gender Gaps werden häufig im zunehmenden Streben von Frauen nach Gleichberechtigung und Emanzipation gesehen, das durch eine anhaltende Unzufriedenheit mit dem aktuellen Stand der Geschlechtergleichstellung geprägt ist (Nennstiel und Hudde 2025).

Die Ursachen des modernen Gender Gaps werden häufig im zunehmenden Streben von Frauen nach Gleichberechtigung und Emanzipation gesehen.

Shorrocks (2018) zeigte in ihrer Studie, dass sich jüngere Menschen im Vergleich zu älteren Menschen weiter links auf der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala positionieren. Dabei stellte sie fest, dass bei den jüngeren Menschen der moderne Gender Gap und bei den älteren der traditionelle Gender Gap zu beobachten ist (ebd.). Nennstiel und Hudde (2025) fanden wiederum unter Jugendlichen keinen traditionellen Gender Gap. Zudem zeigten sie, dass in 14 von 32 untersuchten Ländern die männlichen und weiblichen jungen Menschen sich annähernd identisch auf der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala im Durchschnitt positionierten. In den übrigen 18 Ländern stellten die Autoren einen moderaten modernen Gender Gap fest. Zu diesen Ländern gehört auch Deutschland. Die Autoren arbeiteten heraus, dass der moderne Gender Gap mit der Zustimmung zur Gleichstellung der Geschlechter zusammenhängt (Nennstiel und Hudde 2025). Demnach ist in den Ländern der moderne Gender Gap größer, in denen auch die Zustimmung zur Gleichstellung der Geschlechter wichtiger ist. Díez García (2025) interpretierte den modernen Gender Gap unter Jugendlichen in Spanien als Geschlechterkonflikt, der seine Ursache darin hat, dass sich die männlichen Jugendlichen vor dem Hintergrund des wachsenden bildungsbezogenen und beruflichen Erfolgs von Frauen gegen feministische Positionen auflehnen.

Zur Erklärung des Gender Gaps in der Links-Rechts-Selbsteinstufung lassen sich zwei Ansätze unterscheiden, die für die vorliegende Untersuchung aufgegriffen werden:

Der sozialstrukturelle Ansatz geht davon aus, dass die unterschiedliche Selbstverortung von Männern und Frauen auf der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala wesentlich durch die soziale Lage erklärbar ist, die durch Bildungsniveau, Arbeitsmarktposition und Wohnort geprägt ist. Niedrige Bildungsabschlüsse und niedrige berufliche Positionen sind in globalisierten, marktwirtschaftlich organisierten

Der sozialstrukturelle Ansatz geht davon aus, dass die unterschiedliche Selbstverortung von Männern und Frauen auf der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala wesentlich durch die soziale Lage erklärbar ist.

Gesellschaften häufig mit erhöhten ökonomischen Unsicherheiten verbunden (Mayer 2015). Diese ergeben sich insbesondere aus ökonomischen, migrationsbedingten und technologischen Veränderungen, die vor allem Beschäftigte in unteren Qualifikationssegmenten betreffen (Milosav et al. 2025). Männer arbeiten häufiger in Branchen wie dem Handwerk oder der Industrie und sind somit stärker von den Transformationsprozessen betroffen als Frauen, die überdurchschnittlich häufig in personenbezogenen Dienstleistungsberufen, etwa im Bildungs-, Gesundheits- oder Pflegebereich, beschäftigt sind (Wolak und McDevitt 2011). Hinzu kommt, dass Männer häufiger in der Rolle des familialen Hauptverdieners sind und Migration sowie die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen als ökonomische Bedrohung wahrgenommen wird (Mehring et al. 2025, 4). Dies kann dazu beitragen, dass Männer eher restriktive Migrationspositionen sowie traditionelle oder antifeministische Einstellungen vertreten, die mit einer stärkeren Rechtsorientierung einhergehen (Díez García 2025).

Auch der Wohnort spielt eine zentrale Rolle. Ländliche Regionen sind häufig durch eingeschränkte wirtschaftliche Chancen, geringere infrastrukturelle Ausstattung und niedrigere soziale Diversität gekennzeichnet und können Gefühle relativer Deprivation verstärken sowie den direkten Kontakt zu Menschen mit Migrationsgeschichte reduzieren (Maxwell 2019). In der Folge zeigen sich in solchen Kontexten häufiger höhere Zustimmungswerte zu rechten politischen Positionen als in urbanen, diverseren und ökonomisch dynamischeren Regionen (Maxwell 2019).

Aus diesen Überlegungen lässt sich für den Gender Gap daher folgende Hypothese ableiten:

H1 (soziostrukturelle Erklärung des Gender Gap): Der geschlechtsspezifische Unterschied in der Links-Rechts-Selbsteinstufung lässt sich durch Unterschiede in der soziostrukturellen Lage und in der Wahrnehmung sozioökonomischer Deprivation erklären.

Neben sozialstrukturellen Erklärungsansätzen werden in der politikwissenschaftlichen Forschung auch einstellungsbezogene Ansätze herangezogen, um den Gender Gap in der Links-Rechts-Selbsteinstufung zu erklären. Im Mittelpunkt dieser Perspektive steht die Annahme, dass Frauen und Männer im Verlauf ihrer Sozialisation unterschiedliche Werte und Normen entwickeln, die sich in ihren (politischen) Einstellungen niederschlagen (Milosav et al. 2025).

Religionszugehörigkeit, Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit können dem einstellungsbezogenen Ansatz zugeordnet werden, da sie mit jeweils eigenen sozialen Erfahrungsräumen einhergehen und deshalb mit unterschiedlichen Sozialisationsprozessen verbunden sind. Religionszugehörigkeit geht häufig mit traditionelleren Wertorientierungen, insbesondere hinsichtlich Geschlechterrollen, einher und wird daher eher mit konservativen bzw. rechten politischen Einstellungen in Ver-

bindung gebracht (Gidengil et al. 2003). Demgegenüber kann eine eigene Migrationserfahrung oder eine ausländische Staatsangehörigkeit mit positiveren Einstellungen gegenüber Migration und Diversität verbunden sein, was tendenziell linke Positionierungen begünstigt (Begum 2026). Allerdings ist auch hier zu berücksichtigen, dass wahrgenommene ökonomische und soziale Konkurrenzsituationen innerhalb von Migrant*innengruppen zu differenzierten Effekten führen können (Begum 2026).

Religionszugehörigkeit, Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit können dem einstellungsbezogenen Ansatz zugeordnet werden, da sie mit jeweils eigenen sozialen Erfahrungsräumen einhergehen und deshalb mit unterschiedlichen Sozialisationsprozessen verbunden sind.

Frauen werden im Sozialisationsprozess stärker dazu angehalten, soziale Verantwortung, Fürsorge, Empathie und kooperative Orientierungen zu entwickeln (Gidengil et al. 2003). Männer hingegen werden häufiger in Richtung Individualismus, Wettbewerbsorientierung und Durchsetzungsfähigkeit sozialisiert (Gidengil et al. 2003). Der einstellungsbezogene Ansatz legt nahe, dass Frauen aufgrund einer stärkeren Kooperations- und Fürsorgeorientierung eher linke Positionen einnehmen als Männer.

Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass sich der Gender Gap in der Links-Rechts-Selbsteinstufung über Unterschiede in den Einstellungen erklären lässt. In der vorliegenden Untersuchung werden – basierend auf der Datenverfügbarkeit – neben Religionszugehörigkeit, Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund insbesondere autoritäre Einstellungen, meritokratische Einstellungen, demokratische Werte, inklusives Demokratieverständnis, Institutionsvertrauen, klimabezogenes Verantwortungsbewusstsein sowie wahrgenommene Informiertheit über soziale Medien berücksichtigt. Folgende Hypothese lässt sich daraus ableiten:

H2 (einstellungsbezogene Erklärung des Gender Gap): Der geschlechtsspezifische Unterschied in der Links-Rechts-Selbsteinstufung lässt sich durch Unterschiede in politischen Einstellungen sowie durch Unterschiede in Religionszugehörigkeit, Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit erklären.

Methodische Herangehensweise

Zur Prüfung der abgeleiteten Hypothesen werden Daten aus dem Projekt „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen“ verwendet (Quent et al. 2024). Diese wurden mittels eines Online-Access-Panels über das Institut für angewandte Sozialwissenschaften (infas) zwischen dem 25.3.2024 und dem 5.4.2024 erhoben (Quent et al. 2024). Der Datensatz beruht auf den Angaben von 2 099 Jugendlichen zwischen 16 und 27 Jahren (Quent et al. 2024). Die im Anhang befindliche Tabelle 3 bietet einen Überblick über die erhobenen und operationalisierten Konstrukte.

Zur Prüfung der abgeleiteten Hypothesen werden Daten aus dem Projekt „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen: Diskursangebote, Resonanzwege und demokratische Alternativen“ verwendet.

Zur Analyse des Gender Gaps wurden 1 431 (68%) Fälle berücksichtigt. Dies liegt darin begründet, dass nur Fälle für die Auswertung verwendet wurden, die keine ungültigen Angaben aufweisen und sich entweder dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuordnen. Die folgenden Analysen wurden mithilfe eines Gewichtungsfaktors berechnet, um die Stichprobe an die Grundgesamtheit der Jugendlichen anzupassen. Im ersten Schritt wurden uni- und bivariate Auswertungen zur Beschreibung der Daten durchgeführt. Anschließend wurden mehrere Regressionsmodelle spezifiziert, um den Gender Gap unter Kontrolle von Drittvariablen zu quantifizieren.

Ergebnisse

Uni- und bivariate Ergebnisse

Der Mittelwert der Links-Rechts-Selbsteinstufung (1 = links bis 10 = rechts) liegt in der Gesamtstichprobe bei 5,18 (vgl. Tabelle 1). Männliche Jugendliche weisen mit 5,47 einen höheren Mittelwert auf als weibliche Jugendliche mit 4,82 ($t = 6,37$, $p < ,001$). Der Gender Gap beträgt 0,65 Punkte und ist statistisch signifikant.

Variable	männl. Sp %/M	weibl. Sp %/M	Gesamt Sp %/M	Test- statistik	P	Effekt- stärke
N	781	650	1431			
links-rechts, M	5,47	4,82	5,18	F = 40,60	< .001	$\eta^2 = .028$
rechte Selbsteinstufung, Sp %	15	9	12	$\chi^2 = 11,03$	< .001	V = .088
Alter, M	22,38	21,8	22,12	F = 10,70	.001	$\eta^2 = .007$
hohe Bildung, Sp %	58	63	60	$\chi^2 = 4,46$	.035	V = .056
Tätigkeit, Sp %				$\chi^2(8) = 66,13$	< .001	V = .215
Schüler*in	12	17	14			
Hochschule	14	18	16			
Ausbildung	8	11	9			
berufstätig	49	33	42			
Übergang/sonst. Ausb.	7	8	7			
Freiwilligendienst	3	2	2			
Elternzeit	2	7	4			
Bürgergeld	3	3	3			
sonstige Tätigkeit	3	2	3			
Wohnort						
größere Stadt/Gemeinde, Sp %	29	25	27	$\chi^2 = 2,38$	.123	V = .041
Ostdeutschland, Sp %	11	12	11	$\chi^2 = 0,65$	.420	V = .021
Bewertung der soz./öko. Lage						
Zukunft im Vgl. zu Eltern, Sp %	28	17	23	$\chi^2 = 24,69$	< .001	V = .13
gute Wirtschaftslage, Sp %	43	31	37	$\chi^2 = 20,38$	< .001	V = .119
höhere soziale Lage, Sp %	12	9	11	$\chi^2 = 3,52$	.061	V = .050
Religion, Sp %				$\chi^2(3) = 6,57$	.087	V = .068
keine Religion	26	27	26			
christlich	55	50	53			
muslimisch	14	15	15			
buddhistisch/hinduistisch	1	2	2			
jüdisch	2	1	1			

Variable	männl. Sp %/M	weibl. Sp %/M	gesamt Sp %/M	Test- statistik	P	Effekt- stärke
Zuwanderung, Sp %				$\chi^2(3) = 4,59$	.204	V = .057
keine Zuwanderung	58	55	56			
selbst zugewandert	12	11	11			
Eltern zugewandert	21	22	22			
Großeltern zugewandert	10	13	11			
Staatsangehörigkeit, Sp %				$\chi^2(2) = 0,57$	.751	V = .020
deutsch	84	83	83			
doppelte Staatsang.	9	9	9			
ausländisch	8	9	8			
Einstellungen, Sp %						
autoritär	29	26	28	$\chi^2 = 2,09$	.149	V = .038
meritokratisch	8	3	6	$\chi^2 = 23,50$	< .001	V = .128
inklusive Demokratie	34	40	36	$\chi^2 = 5,36$	.021	V = .061
Klimaverantwortung	35	47	41	$\chi^2 = 21,64$	< .001	V = .123
Demokratische Werte	59	68	63	$\chi^2 = 11,67$	< .001	V = .090
Institutionenvertrauen	34	29	31	$\chi^2 = 3,76$	.052	V = .051
Informiertheit Social Media	20	13	16	$\chi^2 = 13,61$	< .001	V = .098

Tabelle 1: Geschlechtsunterschiede in ausgewählten Variablen; Anmerkung: Für die metrischen Variablen, wie Alter und Links-Rechts-Selbsteinstufung, wurden Mittelwerte berichtet. Die Prozentwerte beziehen sich auf die übrigen Variablen und sind auf die jeweilige Geschlechtergruppe prozentuiert. Für kategoriale Variablen wurden Pearson- χ^2 -Tests berechnet; als Effektstärke wird Cramers V berichtet. Für mehrkategoriale Variablen werden die globalen χ^2 -Tests ausgewiesen. Für Mittelwertvergleiche wurden F-Tests berechnet; als Effektstärke wird η^2 ausgewiesen. Aufgrund gewichteter Daten können Zellhäufigkeiten in SPSS gerundet worden sein. N = 1431.

Die bivariaten Analysen zeigen, dass weibliche Jugendliche ein signifikant höheres Bildungsniveau (63 % vs. 58 %) erreichen, ihre wirtschaftliche Lage jedoch signifikant schlechter einschätzen als männliche Jugendliche (31 % vs. 43 %), häufiger in einer Schule (17 % vs. 12 %), einer Ausbildung (11 % vs. 8 %) oder Hochschule (18 % vs. 14 %) sind beziehungsweise sich in Elternzeit (7 % vs. 2 %) befinden. Männliche Jugendliche sind hingegen signifikant häufiger erwerbstätig als weibliche Jugendliche (49 % vs. 33 %).

Weibliche Jugendliche weisen geringere Niveaus an autoritärer (26 % vs. 29 %) und meritokratischer (3 % vs. 8 %) Einstellungen sowie an wahrgenommener Informiertheit über soziale Medien (13 % vs. 20 %) auf. Gleichzeitig zeigen weibliche Jugendliche höhere Werte in Bezug auf klimabezogenes Verantwortungsbewusstsein (47 % vs. 35 %), demokratische Werte (68 % vs. 59 %) sowie ein inklusives Demokratieverständnis (40 % vs. 34 %).

Multivariate Ergebnisse

Eine schrittweise Regressionsanalyse wurde spezifiziert, um zu untersuchen, inwiefern sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Links-Rechts-Selbsteinstufungsskala erklären lassen.

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen (vgl. Tabelle 2) zeigen, dass im ersten Modell die Differenz zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen mit $-0,65$ statistisch signifikant ist und damit dem Ergebnis der bivariaten Mittelwertanalyse entspricht.

Mit jeder Erweiterung des Modells verringert sich der geschlechtsspezifische Unterschied sukzessive, bis im vierten Modell lediglich ein nicht signifikanter Effekt von $-0,18$ verbleibt. In dem zweiten Modell wurden Indikatoren des soziostrukturellen Erklärungsansatzes berücksichtigt, während im dritten Modell ausschließlich einstellungsbezogene Variablen integriert wurden. In dem einstellungsbezogenen Modell reduziert sich der Gender Gap deutlich von $-0,65$ auf $-0,22$. Im Vergleich dazu fällt die Reduktion unter Berücksichtigung

des soziostrukturellen Modells deutlich geringer aus ($-0,65$ auf $-0,49$). Dies spricht dafür, dass einstellungsbezogene Faktoren eine höhere Erklärungskraft für geschlechtsspezifische Unterschiede in der Links-Rechts-Selbsteinstufung besitzen als soziostrukturelle Merkmale. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass beide Variablenblöcke zur Erklärung des Gender Gaps beitragen, einstellungsbezogene Faktoren jedoch einen größeren Anteil der Unterschiede aufklären.

**Einstellungsbezogene
Faktoren besitzen eine
höhere Erklärungskraft
für geschlechtsspezifische
Unterschiede in der Links-
Rechts-Selbsteinstufung als
soziostrukturelle Merkmale.**

Prädiktor	Modell 1	Modell 2 Sozialstrukt.	Modell 3 Einstellungs.	Modell 4 Gesamt
Konstante	5,473***	4,883***	5,228***	4,616***
weiblich (Ref. männlich)	−0,650***	−0,491***	−0,223*	−0,177
Alter (z)		0,157*	0,124**	0,079
Bildung (z)		0,113*		0,222***
Schüler*in		Ref.		Ref.
studierend		0,156		0,253
Ausbildung		0,447*		0,264
berufstätig		0,444*		0,245
Übergang/sonst. Ausb.		0,197		0,041
Freiwilligendienst		0,511		0,473
Elternzeit		1,134***		0,690*
Bürgergeld		0,125		0,186
sonstige Tätigkeit		0,853*		0,727*
Einwohnerzahl		−0,163**		−0,046
Ostdeutschland		0,153		0,287
Zukunftspersp. im Vergl. Eltern (z)		0,398***		0,302***
pers. Wirtschaftslage (z)		0,092		0,04
subjektive soziale Lage (z)		0,150**		0,132**
keine Religionszug.			Ref.	Ref.
christlich			0,173	0,185
muslimisch			0,129	0,062
buddh./hinduist.			0,332	0,388
jüdisch			−0,990*	−0,535
nicht zugewandert			Ref.	Ref.
selbst zugewandert			0,456**	0,448**
Eltern zugewandert			−0,045	0,039
Großeltern zugewandert			−0,341*	−0,215

Prädiktor	Modell 1	Modell 2 Sozialstrukt.	Modell 3 Einstellungs.	Modell 4 Gesamt
deutsch			Ref.	Ref.
doppelte Staatsang.			-0,476**	-0,427*
ausländisch			-0,163	-0,135
autoritäre Einstellungen (z)			0,273***	0,280***
meritokr. Einstellungen (z)			0,268***	0,255***
inklusive Demokratie (z)			-0,256***	-0,281***
Klimaverantwortung (z)			-0,250***	-0,234***
demokratische Werte (z)			-0,171***	-0,162***
Institutionenvertrauen (z)			-0,229***	-0,254***
Informiertheit Social Media (z)			0,241***	0,181***
R ²	0,03	0,11	0,25	0,29
Korr. R ²	0,03	0,10	0,24	0,27
F	40,66***	10,82***	25,71***	17,55***
N	1431	1431	1431	1431

Tabelle 2: Regressionsanalyse zur Erklärung der Links-Rechts-Selbsteinstufung; Anmerkung: Angegeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten. Die abhängige Variable ist die Links-Rechts-Selbsteinstufung; höhere Werte stehen für eine stärkere rechte politische Selbstestufung. Kontinuierliche Prädiktoren wurden z-standardisiert. Gewichtete Daten. * p < .05. ** p < .01. *** p < .001.

Des Weiteren zeigt sich, dass ein höheres Bildungsniveau, eine positivere Einschätzung der eigenen Zukunftsperspektiven im Vergleich zu den Eltern sowie eine höhere subjektive Schichtzugehörigkeit mit stärkeren rechten Einstellungen einhergehen. Ebenso sind eine höhere Informiertheit über soziale Medien sowie stärker ausgeprägte autoritäre und meritokratische Einstellungen positiv mit einer eher rechten Selbstverortung verbunden. Demgegenüber stehen inklusive Demokratievorstellungen, ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein für den Klimaschutz, ausgeprägte demokratische Werte sowie höheres Institutionenvertrauen in

Inklusive Demokratievorstellungen, ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein für den Klimaschutz, ausgeprägte demokratische Werte sowie ein höheres Institutionenvertrauen stehen in Zusammenhang mit einer eher linken Selbstverortung.

Zusammenhang mit einer eher linken Selbstverortung. Der Gender Gap in der Links-Rechts-Selbsteinstufung lässt sich also damit erklären, dass weibliche Jugendliche ihre soziale Lage eher schlechter einschätzen und weniger autoritär und meritokratisch sind. Dafür sind sie stärker inklusiv-demokratisch, ökologisch verantwortungsbewusst und kritischer gegenüber Institutionen eingestellt.

Diskussion

Die Analyse zeigt, dass der Gender Gap in der Links-Rechts-Selbsteinstufung in Höhe von 0,65 Punkten sowohl durch soziostrukturelle als auch einstellungsbezogene Indikatoren reduziert werden kann. Beide Hypothesen finden somit empirische Unterstützung. Allerdings erweisen sich einstellungsbezogene Indikatoren als deutlich erklärungskräftiger, da sie den Gender Gap stärker reduzieren als soziostrukturelle Merkmale. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit Befunden von

Piurko et al. (2011). Trotzdem erscheint es plausibel, dass auch sozioökonomische Deprivation und unterschiedliche Sozialisationsprozesse zur stärkeren linken Selbstverortung weiblicher Jugendlicher beitragen. Die hier versammelten Befunde unterstreichen jedenfalls, dass Geschlecht nicht nur eine wichtige Kategorie für die Zuweisung von sozialem Status und hinsichtlich gesellschaftlicher Teilhabechancen ist, sondern hohe Relevanz für die (Selbst-)Verortungen im Koordinatensystem politischer Wertorientierungen und Identitäten hat. Dies wiederum verweist auf geschlechtersensible Ansätze in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, bei denen u. a. das Spannungsfeld zwischen erlebten Ungleichheit(en) und demokratischen Idealen der Gleichheit fokussiert werden kann.

Die Befunde unterstreichen, dass Geschlecht eine hohe Relevanz für die (Selbst-)Verortungen im Koordinatensystem politischer Wertorientierungen und Identitäten hat.

Rahim Hajji ist Soziologe und Professor für Forschungsmethoden an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Als Vorstandsvorsitzender des Instituts für demokratische Kultur forscht er insbesondere zu politischen Einstellungen.

Literaturverzeichnis

- Begum, Neema (2026). Immigrants Against Immigration: British Ethnic Minority Brexit Voter Attitudes to Immigration. *The Journal of Race, Ethnicity, and Politics* 11 (1), 120–145. <https://doi.org/10.1017/rep.2025.10021>.
- Bernemann, Theresa (2025). Rechtspopulistisches Wahlverhalten: Stand der Forschung. *Krisengefühle statt Kontextbedingungen*, 25–98. https://doi.org/10.1007/978-3-658-46971-9_2.
- Díez García, Rubén (2025). Youth in Spain: moving right?: a liberal-conservative view. 2445-0367. <https://doi.org/10.22325/fes/res.2025.273>.
- Gidengil, Elisabeth/Blais, André/Nadeau, Richard/Nevitte, Neil (2003). Women to the left? Gender differences in political beliefs and policy preferences. *Women and electoral politics in Canada*, 140–159.
- Grgic, Gorana (2025). Pax Transactionalis: Trumps aussenpolitische Agenda (369) 2025. Online verfügbar unter <https://www.research-collection.ethz.ch/items/25aff450-c580-4237-b526-c40419897ecb>.
- Maxwell, Rahsaan (2019). Cosmopolitan Immigration Attitudes in Large European Cities: Contextual or Compositional Effects? *American Political Science Review* 113 (2), 456–474. <https://doi.org/10.1017/S0003055418000898>.
- Mayer, Nonna (2015). The closing of the radical right gender gap in France? *French Politics* 13 (4), 391–414. <https://doi.org/10.1057/fp.2015.18>.
- Mediendienst Integration (2026). Zahl rechtsextremer Straftaten. Online verfügbar unter https://mediendienst-integration.de/extremismus/rechtsextremismus/zahl-rechtsextremer-straftaten/?utm_source=chatgpt.com (abgerufen am 06.04.2026).
- Mehring, Kathina/Off, Gefjon/Wojnicka, Katarzyna (2025). The populist radical right, the gender gap and protective masculinity across European countries. *European Journal of Politics and Gender*, 1–42. <https://doi.org/10.1332/25151088Y2025D000000101>.
- Milosav, Đorđe/Dickson, Zachary/Hobolt, Sara B./Klüver, Heike/Kuhn, Theresa/Rodon, Toni (2025). The youth gender gap in support for the far right. *Journal of European Public Policy*, 1–25. <https://doi.org/10.1080/13501763.2025.2481181>.
- Nennstiel, Richard/Hudde, Ansgar (2025). Is there a growing gender divide among young adults in regard to ideological left–right self-placement? Evidence from 32 European countries. *European Sociological Review* 1. <https://doi.org/10.1093/esr/jcaf021>.
- Piurko, Yuval/Schwartz, Shalom H./Davidov, Eldad (2011). Basic Personal Values and the Meaning of Left-Right Political Orientations in 20 Countries. *Political Psychology* 32 (4), 537–561. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9221.2011.00828.x>.
- Quent, Matthias/Mönig, Alina/Hascher, Marleen/Kerst, Benjamin/Osterberger, Edmund (2024). Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen (RIOET). *Auswertung der quantitativen Befragung*. Magdeburg.
- Shorrocks, Rosalind (2018). Cohort Change in Political Gender Gaps in Europe and Canada: The Role of Modernization. *Politics & Society* 46 (2), 135–175. <https://doi.org/10.1177/0032329217751688>.
- Stamm, Leonie (2024). Feministische Außenpolitik in Deutschland. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften* (1), 101–110. <https://doi.org/10.24338/mip-2024101-110>.
- Vries, Catherine E. de/Hakhverdian, Armen/Lancee, Bram (2013). The Dynamics of Voters' Left/Right Identification: The Role of Economic and Cultural Attitudes. *Political Science Research and Methods* 1 (2), 223–238. <https://doi.org/10.1017/psrm.2013.4>.
- Weber, Wiebke/Saris, Willem E. (2015). The relationship between issues and an individual's left–right orientation. *Acta Politica* 50 (2), 193–213. <https://doi.org/10.1057/ap.2014.5>.
- Wolak, Jennifer/McDevitt, Michael (2011). The Roots of the Gender Gap in Political Knowledge in Adolescence. *Political Behavior* 33 (3), 505–533. <https://doi.org/10.1007/s11109-010-9142-9>.

Anhang

Konstrukt	Beispielitem/Frage (gekürzt)	Antwortformat	Reliabilität
Links-Rechts-Selbsteinordnung (AV)	Wo würden Sie sich auf einer Skala von links (1) bis rechts (10) einordnen?	10-stufige Skala (1–10)	—
Geschlecht	Welches Geschlecht haben Sie?	männlich/weiblich/divers	—
Alter	Wie alt sind Sie?	metrisch (Jahre)	—
Bildung	Höchster Schulabschluss	ordinal (1 = ohne Abschluss bis 4 = (Fach-)Abitur)	—
Religion	Religionszugehörigkeit	kategorial (christlich, muslimisch, andere, keine)	—
Erwerbsstatus	Was machen Sie derzeit?	mehrkategorisch (Schule, Studium, Ausbildung, Beruf etc.)	—
Zuwanderungshintergrund	Zuwanderung (selbst/ Familie)	kategorial (keine/selbst/ Eltern/Großeltern)	—
Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit	deutsch/doppelt/andere	—
Wohnortgröße	Größe des Wohnortes	ordinal (1 = <2 000 bis 7 = >500 000 Einwohner)	—
Subjektive Schichtzugehörigkeit	In unserer Gesellschaft gibt es Bevölkerungsgruppen, die eher oben stehen und solche, die eher unten stehen. Wo würden Sie sich selbst auf einer Skala von 1 bis 10 einordnen?	1 Item	—
Persönliche wirtschaftliche Lage	Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?	1 Item	—
Zukunftsperspektive vergleichend zu Eltern	Zukunft im Vergleich zu den Eltern	1 Item	—
Wahrgenommene Informiertheit über soziale Medien	Wie gut fühlen Sie sich über soziale Medien informiert?	6-stufige Skala, 12 Items	$\alpha = .75$
Inklusive Demokratie	Ausländer nutzen den Sozialstaat aus/Engagement für offene Gesellschaft	4 Items	$\alpha \approx .53-.62$

Konstrukt	Beispielitem/Frage (gekürzt)	Antwortformat	Reliabilität
Autoritäre Einstellungen	Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	2 Items	$\alpha = .55$
Meritokratische Einstellungen	Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es einen Anreiz für persönliche Leistung.	5 Items	$\alpha = .65$
Klimaverantwortung	Jede/r Einzelne trägt Verantwortung dafür, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt hinterlassen.	3 Items	$\alpha = .59$
Demokratische Einstellungen	In einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.	1 Item	—
Institutionenvertrauen	Alles in allem vertraue ich den staatlichen Institutionen wie Behörden, Gerichten und Universitäten in Deutschland.	2 Items	$\alpha = .59$

Tabelle 3: Operationalisierung

Perspektiven zur Stärkung der kommunalpolitischen Partizipation von Frauen in Ostdeutschland am Beispiel Sachsens

Anna Sive & Kathrin Mahler Walther

Der vorliegende Beitrag fasst zentrale Befunde der qualitativen Studie „Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen“ zusammen. In der Studie wird deutlich, dass die geringe Beteiligung von Frauen auf vielfältige, miteinander verflochtene Gründe zurückzuführen ist. Besonders im ländlichen Raum wird die Zunahme anti-demokratischer und rechtsextremer Positionen als große Barriere identifiziert. Zudem zeigt sie, dass Frauen in Kommunalvertretungen häufig Sexismus und Ausschlüsse erleben und sich insgesamt herausfordernden Rahmenbedingungen gegenübersehen. Dies betrifft in besonderem Maße Frauen aus marginalisierten Gruppen, die in der Kommunalpolitik sehr selten vertreten sind. Neben diesen Hürden identifiziert die Untersuchung zentrale Treiber und Erfolgsfaktoren für gelingende politische Partizipation von Frauen und leitet konkrete Handlungsempfehlungen ab. Da umfassende Daten hierzu auf Länderebene bisher fehlen, schließt die Studie eine Forschungslücke. Der vorliegende Beitrag liefert am Beispiel Sachsens Perspektiven für eine stärkere politische Beteiligung von Frauen und damit für eine Erhöhung ihres Anteils in der Kommunalpolitik Ostdeutschlands und darüber hinaus.

Empfohlene Zitierung:

Sive, Anna/ Mahler Walther, Kathrin (2026). Perspektiven zur Stärkung der kommunalpolitischen Partizipation von Frauen in Ostdeutschland am Beispiel Sachsens. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 74–87.

Schlagwörter:

Frauen, Vielfalt, Kommunalpolitik, politische Partizipation, Demokratie, Ostdeutschland



**„DIE QUALITATIVE STUDIE
,ENGAGEMENT VON FRAUEN
IN DER KOMMUNALPOLITIK
IN SACHSEN‘ ZEIGT, WIE
WICHTIG DIE BETEILIGUNG
VON FRAUEN IN DER
KOMMUNALPOLITIK IST,
WELCHE VIELFÄLTIGEN
HÜRDEN DABEI
AKTUELL BESTEHEN
UND WIE ZUNEHMENDE
ANTIDEMOKRATISCHE UND
RECHTSEXTREME HALTUNGEN
ZUSÄTZLICH ALS BARRIERE
FUNGIEREN.“**

Anna Sive & Kathrin Mahler Walther

Einführung und Forschungsdesign

Die Kommunalpolitik bildet die Basis der Demokratie, da ihre Entscheidungen den Alltag und das Lebensumfeld der Menschen unmittelbar prägen. Die Berücksichtigung unterschiedlicher Erfahrungen und Perspektiven kann die Qualität politischer Entscheidungen erhöhen und ihre Akzeptanz stärken. Jedoch bestehen weiterhin erhebliche Zugangsbarrieren: Dies zeigt sich u. a. in der deutlichen Unterrepräsentation von Frauen, jungen Menschen, queeren Personen sowie Menschen mit Migrationsbiografien, mit Behinderungen, mit Sorgeverantwortung oder aus weniger ressourcenstarken sozialen Schichten.

Sachsen zählt bundesweit zu den Schlusslichtern hinsichtlich der politischen Repräsentation von Frauen. Verschiedene übergreifende Studien haben in den letzten Jahren gezeigt, dass die Gründe für den niedrigen Frauenanteil in der Politik vielfältig sind¹. Jedoch gibt es kaum vertiefende Daten zu den Ursachen und deren Wechselwirkung, insbesondere in ostdeutschen

Sachsen zählt bundesweit zu den Schlusslichtern hinsichtlich der politischen Repräsentation von Frauen.

Bundesländern. Vor diesem Hintergrund führte die EAF Berlin e. V.² im Auftrag des damaligen Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) eine qualitative Studie zum kommunalpolitischen Engagement von Frauen in Sachsen durch. Zwischen Oktober 2023 und März 2024 konnten 89 kommunalpolitisch, parteipolitisch und zivilgesellschaftlich aktive Frauen aus ganz Sachsen in leitfadengestützten Einzelinterviews und Fokusgruppen befragt werden. Bei der Auswahl der Teilnehmerinnen wurden unterschiedliche Ämter bzw. Mandate, Altersgruppen, Wohnorte aller 10 sächsischen Landkreise und drei kreisfreien Städte sowie vielfältige lebensweltliche und biografische Hintergründe berücksichtigt. Darüber hinaus wurden, wo möglich, Frauen aus marginalisierten Gruppen in die Stichprobe einbezogen (etwa Frauen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen, queere Frauen, alleinerziehende Frauen oder Frauen in prekären Lebenslagen). Letztere wurden aufgrund kleiner Fallzahlen nicht separat ausgewertet. In der Studie sind alle zum Zeitpunkt der Erhebung in Sachsen gewählten Parteien

1 So zeigt etwa eine Studie der FES (Obinger und Bonk 2022) am Beispiel Brandenburg nicht nur die statistisch geringe Beteiligung von Frauen auf, sondern beleuchtet außerdem die komplexen Barrieren, die Frauen (kommunal-)politisches Engagement erschweren. Und in einer Studie zum Thema Parteikulturen (Lukoschat und Köhler 2021) werden die Gründe für geringere Repräsentation von Frauen in der Politik in unterschiedlichen Feldern beleuchtet und vertieft die Rolle der Parteien für die Förderung von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten in den Blick genommen.

2 Die EAF Berlin e. V. berät Organisationen zu Vielfalt und Chancengleichheit und setzt Projekte zur Demokratieförderung um. Als unabhängiges und gemeinnütziges Institut arbeitet sie an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

außer der als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuften AfD vertreten. Die Auswertung erfolgte mithilfe einer deduktiv-induktiven qualitativen Inhaltsanalyse. Der Vergleich mit der aktuellen Studienlage zu Frauen in der Kommunalpolitik zeigt, dass die für Sachsen erhobenen Daten über das Bundesland hinaus eine hohe Gültigkeit aufweisen (vgl. Blätte 2022; Klewes et al. 2022; Obinger und Bonk 2022; Lukoschat 2021). Der vorliegende Beitrag stellt zentrale Befunde der Studie vor und zeigt Perspektiven zur Stärkung der kommunalpolitischen Partizipation von Frauen auf. Auf Basis der Ergebnisse werden Handlungsempfehlungen für Politik, Verbände und Zivilgesellschaft entwickelt.

Repräsentation und Zugangswege von Frauen in der (Kommunal-) Politik am Beispiel Sachsens

Sachsen zählt zu den Bundesländern mit besonders niedriger Frauenrepräsentation in der Politik: Im Landtag beträgt der Frauenanteil aktuell 27,5 % (Sächsischer Landtag 2026) und liegt damit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 33,2 % (BMBFSFJ 2025). Auf kommunaler Ebene liegt er bei 22 % für Stadt- und Gemeinderäte und 19 % für Kreistage (Mahler Walther et al. 2024, 10). Auch unter den Bürgermeister*innen sind Frauen mit 12 % stark unterrepräsentiert (sachsen.de 2026). Diese Zahlen verdeutlichen den weiterhin hohen Bedarf an Maßnahmen zur Förderung politischer Partizipation von Frauen in Sachsen, Ostdeutschland und deutschlandweit.

Die Ergebnisse der im Folgenden beschriebenen Studie zeigen, dass politisches Engagement von unterschiedlichen Faktoren getragen und ausgelöst wird. Neben persönlichen Werten sind es vor allem Schlüsselmomente wie politische Krisen, lokale Missstände oder Heimatverbundenheit, die Menschen zu Engagement vor Ort bewegen – oft aus Sorge um die Zukunft ihrer Region und kommender Generationen. Auch das Erstarken extrem rechter Kräfte motivierte einen Teil der befragten Frauen, bewusst dagegenzuhalten und sich für die Kommunalwahl 2024 für ein Mandat aufstellen zu lassen.

Neben persönlichen Werten sind es vor allem Schlüsselmomente wie politische Krisen, lokale Missstände oder Heimatverbundenheit, die Menschen zu Engagement vor Ort bewegen.

Zivilgesellschaftliches Engagement gibt häufig den ersten Anstoß für kommunalpolitische Tätigkeiten, da Themen aus der eigenen Lebenswelt inhaltliche Anknüpfungspunkte, Kontakte und Erfahrungen der Selbstwirksamkeit bieten. Fast durchgängig wird davon berichtet, dass die direkte Ansprache und Motivation durch Dritte ein wichtiger Anstoß für die Kandidatur waren. Parteien und

Wählergemeinschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Auswahl und Nominierung von Kandidatinnen, wobei ihre interne Kultur entscheidend für die Förderung von Frauen ist. Die in der Studie beschriebenen parteiinternen Abläufe bestätigen, was auch Lukoschat und Köcher (202, 55–69) in ihrer Studie „Parteikulturen“ bereits zeigen: Der geringe Frauenanteil und fehlende oder unverbindliche Quoten in mehreren Parteien führen zu ungleichen Chancen und begünstigen männlich geprägte Strukturen sowie Ausgrenzung.

Über den initialen Anstoß und die Zugangsmöglichkeiten hinaus braucht es weitere Faktoren, die Frauen langfristig im Engagement halten. Eine zentrale Voraussetzung sind persönliche Ressourcen: Kommunalpolitisches Engagement muss man sich leisten können, zeitlich, finanziell und hinsichtlich des eigenen Persönlichkeitsprofils. Ebenso wichtig ist ein unterstützendes Umfeld, etwa Partner*innen, Familie sowie fördernde Personen im privaten und politischen Kontext, ebenso wie andere Kommunalpolitikerinnen, Fürsprechernde in Parteien oder aufgeschlossene Arbeitgeber*innen.

Herausforderungen und Hürden für Frauen in der Kommunalpolitik

Traditionelle Rollenbilder sowie Erziehung und Sozialisation von Mädchen und Frauen prägen nach wie vor, wie Frauen auf sich selbst blicken, was sie sich zutrauen und was sie anstreben. Dies führt zu Selbstzweifeln, Zurückhaltung und längerem Zögern, politische Funktionen anzustreben. Frauen werden zudem häufig bestimmte Rollen zugewiesen oder ihr Engagement hinterfragt. Gesellschaftlich verankerte Arbeitsteilung reduziert ihre materiellen und zeitlichen Ressourcen.

Besonders in Ostdeutschland, wo Frauen durchschnittlich häufiger in Vollzeit erwerbstätig sind (Pfahl et al. 2023, 3 f.), bleibt ihnen weniger Zeit für politisches oder zivilgesellschaftliches Ehrenamt. Die geringe Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik ist daher maßgeblich auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und die herausfordernde Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Engagement zurückzuführen. Dies führt dazu, dass ihre Interessen oft nicht ausreichend berücksichtigt werden und sich die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik weiterhin primär an Männern mit traditionellen Lebensmustern orientiert.

Die geringe Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik führt u. a. dazu, dass sich die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik weiterhin primär an Männern mit traditionellen Lebensmustern orientiert.

Die institutionellen Rahmenbedingungen kommunalpolitischen Engagements stehen mit den Barrieren, die bezüglich der Vereinbarkeit mit Beruf, Familie und Privatleben bestehen, in unmittelbarer Wechselwirkung. Dazu gehören späte Sitzungen, aufwändige Vorbereitungen, zusätzliche Termine mit Bürger*innen sowie lange Fahrtzeiten in ländlichen Regionen. Hinzu kommen oft eine unzureichende finanzielle Kompensation und fehlende Unterstützung bei der Kinderbetreuung, sodass Frauen mit Kindern eine politische Tätigkeit häufig erst in Erwägung ziehen, wenn diese älter sind. Auch Menschen in sozialen Berufen mit kurzfristigen Einsätzen oder Schichtdiensten haben unter den aktuellen Bedingungen kaum Chancen zur Partizipation.

Die Ratsarbeit erfordert zudem Zeit für die Vorbereitung komplexer Themen, um informierte Entscheidungen treffen zu können. Kommunale Mandate und viele Bürgermeisterämter werden ehrenamtlich ausgeübt, die Kommunen zahlen lediglich eine geringe Aufwandsentschädigung. Der Zeitaufwand variiert je nach Gemeinde stark und kann bis zu 20 Stunden oder mehr pro Woche betragen. Dies schränkt die zeitlichen Möglichkeiten für die berufliche Tätigkeit ein, wird aber finanziell kaum kompensiert.

Besonders Frauen in schlecht bezahlten Berufen, Alleinerziehende oder von Diskriminierung betroffene Personen sind dadurch strukturell benachteiligt. Die befragten Frauen weisen an verschiedenen Stellen darauf hin, dass die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement primär auf eine bestimmte Personengruppe zugeschnitten sind: Männer, die über ausreichende finanzielle Ressourcen verfügen und keine bzw. wenig Sorgearbeit leisten müssen. Für viele potenzielle Kandidatinnen sind diese Bedingungen essenziell für die Entscheidung, ob sie sich politisch engagieren und eine Kandidatur anstreben.

Auswirkungen von Sexismus und Anfeindungen

Fast alle befragten Politikerinnen berichten von Erfahrungen mit Sexismus in der kommunalpolitischen Arbeit. Er begegnet ihnen im Kontakt mit Parteikolleg*innen, Ratsmitgliedern, Bürger*innen und den Medien. Sexismus wird mal offensiv und absichtsvoll gegen sie gerichtet, mal subtil oder unbewusst. Die Frauen erleben etwa, dass ihre Kompetenz angezweifelt wird und sie auf bestimmte typisch weiblich geltende Themen festgelegt werden. Sobald sie sich zu männlich konnotierten

Sexismus begegnet den befragten Politikerinnen im Kontakt mit Parteikolleg*innen, Ratsmitgliedern, Bürger*innen und den Medien. Mal wird er offensiv und absichtsvoll gegen sie gerichtet, mal subtil oder unbewusst.

Themen äußern oder entsprechende Ausschüsse besetzen wollen, wird es noch schwieriger für sie. Die Kommunalpolitikerinnen sehen sich immer wieder damit konfrontiert, dass Ratskollegen ihr persönliches Vereinbarkeitsmodell und damit auch die Qualität ihrer Mutterschaft aufgrund des zeitlich fordernden kommunalpolitischen Engagements anzweifeln. Zudem spielen die Themen Aussehen und Kleidung eine wichtige Rolle. Frauen werden auf ihre Kleiderwahl angesprochen und Äußerlichkeiten oder Figur werden kommentiert – teils als Komplimente verpackt. Darüber hinaus erleben die Frauen sexualisierte Beleidigungen und sexuelle Belästigung. Dies kann sich auch im virtuellen Raum ereignen, etwa in sozialen Netzwerken. Einige der Befragten erstatteten in diesem Kontext bereits Strafanzeige. Die Frauen bauen angesichts dieser Erfahrungen darauf, sich mit inhaltlicher Kompetenz Gehör und Akzeptanz zu verschaffen und klare Grenzen gegen sexistische Angriffe zu setzen. Das benötigt jedoch zusätzliche Energie.

Darüber hinaus berichten die Interviewten, dass unter den männlichen Ratsmitgliedern Netzwerke bestehen, die teils bis in die regionale Wirtschaft hineinreichen und zu denen sie nur schwer Zugang haben. In diesen Netzwerken werden wichtige Informationen ausgetauscht und anstehende Beschlüsse diskutiert, ohne dass Frauen ihre Perspektiven einbringen und Absprachen beeinflussen können.

Einfluss der gesellschaftlichen Stimmung und des politischen Klimas

Die allgemeine gesellschaftliche Stimmung wird von den Teilnehmerinnen in der Studie häufig als polarisiert beschrieben, teilweise sogar als bedrohlich. Der Grad an Besorgnis ist insgesamt hoch. Das politische und gesellschaftliche Klima treibt die Frauen um und verlangt ihnen viel Kraft ab.

Die Analyse der Interviews und Fokusgruppen bestätigt, was auch andere aktuelle Studien³ zeigen: Anfeindungen und Bedrohungen – bis hinein in das private Umfeld – stellen zunehmend ein zentrales Hemmnis für die Repräsentation von Frauen und weiteren marginalisierten Personen in der Kommunalpolitik dar. Die befragten Frauen erleben sexualisierte Beleidigungen oder Drohungen und sprechen teilweise von Angst um sich und ihre Familien.

Anfeindungen und Bedrohungen, bis hinein in das private Umfeld, stellen ein zentrales Hemmnis für die Repräsentation von Frauen und weiteren marginalisierten Personen in der Kommunalpolitik dar.

³ Aktuelle Studien, die sich mit Erscheinungsformen und Auswirkungen von Hass und Hetze in sozialen Medien sowie mit Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffen gegen Politiker*innen, auch auf kommunaler Ebene, befassen sind u. a. Blätte et al. 2023 und Klewes et al. 2022.

Mit dem Erstarken antidemokratischer und extrem rechter Bewegungen wird der Ton in den Räten rauer und antifeministische Angriffe richten sich teilweise mit hoher Aggressivität gezielt gegen Frauen und weitere betroffene Gruppen. Diese reichen von unsachlichen Zwischenrufen bis hin zu sexistischen, rassistischen oder queerfeindlichen Pöbeleien und Beleidigungen. Politikerinnen berichten, dass ihnen das Wort genommen wird und sie ihre Themen nicht einbringen können. Die Betroffenen bemängeln, dass derartiges Verhalten im Rat zu wenig Einhalt geboten wird und dieses dadurch mehr und mehr Normalität erlangt. Die Kommunalpolitikerinnen schildern, dass ihnen ihr Engagement in diesem Klima sehr viel abverlangt. Die Angst, die aufgrund dieser aufgeladenen, teilweise feindlichen Stimmung entsteht, führt auch zu Schutzverhalten hinsichtlich der eingebrachten Themen oder der eigenen Person.

Mehrere Kommunalpolitikerinnen berichten von einem zunehmenden Klima der Angst, besonders in ländlichen Regionen, wo fehlende Anonymität die persönliche Sicherheit beeinträchtigt. Als bedrohlich werden vor allem Gruppen wie die Freien Sachsen, Reichsbürger und AfD-Mitglieder wahrgenommen. Viele Frauen befürchten, dass sie sich zurückziehen, weniger sichtbar werden und damit auch Errungenschaften der Emanzipation und Frauenbewegung gefährdet sind. Die Angst vor Bedrohungen gegen sich oder Familienmitglieder ist für einen Teil der Befragten ein entscheidender Grund, nicht für ein Mandat zu kandidieren.

Als bedrohlich werden vor allem Gruppen wie die Freien Sachsen, Reichsbürger und AfD-Mitglieder wahrgenommen. Viele Frauen befürchten, dass sie sich zurückziehen, weniger sichtbar werden und damit auch Errungenschaften der Emanzipation und Frauenbewegung gefährdet sind.

Strategien, mit Sexismus, Anfeindungen und Bedrohungen umzugehen

Erfahrungen, die Kommunalpolitikerinnen mit Sexismus und angesichts des sich wandelnden gesellschaftlichen und politischen Klimas machen, erfordern erhebliche Anstrengungen zur Bewältigung des emotionalen Drucks. Sie entwickeln dafür unterschiedliche Strategien. Dabei spielen das persönliche Umfeld, lokale (Frauen-)Netzwerke sowie Gleichstellungsstrukturen und Bildungsangebote eine zentrale Rolle. Neben der Stärkung durch unterstützende Netzwerke setzen sich die Frauen mit Strategien der Prävention und Gegenwehr auseinander, informieren sich über Möglichkeiten des persönlichen Schutzes und prüfen die strafrechtliche Relevanz von Vorfällen, um diese gegebenenfalls zur Anzeige zu bringen.

Das Erstarken antidemokratischer Kräfte motiviert zudem einige, sich stärker zu engagieren oder erneut zu kandidieren, um die Demokratie zu stärken. Viele beteiligen sich darüber hinaus an Initiativen und Bündnissen, die Offenheit, Toleranz und Begegnung fördern. Rückhalt, Wertschätzung und Solidarität bei Anfeindungen durch die Bürgerschaft wird durch die Kommunalpolitikerinnen als stärkend erlebt.

Handlungsempfehlungen für die Stärkung politischer Beteiligung von Frauen in Ostdeutschland

Aus der Studie lassen sich die folgenden Handlungsempfehlungen ableiten, die auch über Sachsen hinaus Gültigkeit bei der Stärkung von Frauen in der Kommunalpolitik aufweisen.

Möglichkeiten politischer Bildung und Beteiligung schaffen

Ein breites Angebot politischer Bildung und Beteiligung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ist die Basis für die Entwicklung von Demokratieverständnis, Vertrauen in die Institutionen und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Kinder- und Jugendbeiräte sollten deshalb ebenso wie Dialog- und Beteiligungsformate – etwa thematische Beiräte, Runde Tische, Bürgerräte oder Projekte zur Gestaltung konkreter Orte – stärker etabliert werden. Mit der Einrichtung der Förderrichtlinie Bürgerbeteiligung und dem Sächsischen Beteiligungspreis leistet der Freistaat Sachsen dafür Unterstützung.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Eine starke Zivilgesellschaft mit vielfältigen Initiativen und hoher Beteiligung von Frauen ist entscheidend dafür, dass der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik wachsen kann. Besonders in ländlichen Regionen müssen Angebote verstärkt werden, die sich gleichermaßen oder vorwiegend an Frauen richten. Da diese – ebenso wie junge Menschen – häufiger in Initiativen als in etablierten Vereinen engagiert sind, sollten Fördermöglichkeiten entsprechend in der Breite leicht zugänglich sein. Dies kann bspw. durch niedrigschwellig und breit angelegte Förderprogramme wie den simul+Mitmachfonds gelingen.

Besonders in ländlichen Regionen müssen Angebote verstärkt werden, die sich gleichermaßen oder vorwiegend an Frauen richten.

Gleichstellungsstrukturen stärken

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte spielen eine Schlüsselrolle, indem sie engagierte Frauen ermutigen und vernetzen, Initiativen stärken und Gleichstellungsthemen in die Gremien tragen. Sie können ihre Aufgaben jedoch häufig nur eingeschränkt erfüllen, da Ressourcen, Zeitbudget

und Wertschätzung fehlen. Notwendig sind ausreichende zeitliche und finanzielle Ressourcen sowie gesicherte Stellen. Die aktuelle Entbürokratisierungsdebatte darf nicht zum Abbau von Gleichstellungsstrukturen führen, diese müssen im Gegenteil weiter gestärkt werden und Pflichtaufgabe bleiben.

Frauen ermutigen und vernetzen

Der Bedarf an Unterstützungsstrukturen für Frauen in der Kommunalpolitik bleibt hoch, insbesondere für Vernetzung, Austausch und die Entwicklung gemeinsamer Initiativen. Parteiübergreifende Veranstaltungen und Programme stärken Kompetenzen, Resilienz und soziale Ressourcen, damit Kommunalpolitikerinnen sich mit ihren Positionen wirksam einbringen können. Darüber hinaus sollte die öffentliche Anerkennungskultur gefördert werden, beispielsweise durch die Verleihung eines Preises für herausragende Kommunalpolitiker*innen. Die Einrichtung eines Stiftungsmodells auf Landesebene kann ebenfalls die parteiübergreifende Förderung von Chancengleichheit maßgeblich stärken.

Der Bedarf an Unterstützungsstrukturen für Frauen in der Kommunalpolitik bleibt hoch, insbesondere für Vernetzung, Austausch und die Entwicklung gemeinsamer Initiativen.

Parteikulturen geschlechtergerecht gestalten

In Sachsen ist der Bedeutungsverlust der demokratischen Parteien besonders spürbar. Etablierte Parteien können ihrer Aufgabe, gesellschaftliche Interessen zu bündeln und demokratische Werte zu vermitteln, immer weniger nachkommen. Um dem entgegenzuwirken, müssen sie aktiv neue Perspektiven einbinden, unterrepräsentierte Gruppen ansprechen und flexible Möglichkeiten der Mitarbeit anbieten, ohne eine Mitgliedschaft vorauszusetzen. Wichtig ist dabei eine Willkommenskultur, sind Mentoring-Programme, Schulungen zur Sensibilisierung, die Reflexion männerbündischer Strukturen und Regelwerke gegen Diskriminierung ebenso wie verbindliche Quotenregelungen.

Institutionelle Rahmenbedingungen verbessern

Im kommunalpolitischen Alltag stehen den Frauen oft schwierige Rahmenbedingungen im Weg. Um diese zu verbessern, sollte an unterschiedlichen Punkten angesetzt werden. Sitzungen sollten hybrid gestaltet werden können. Für deren Durchführung benötigt es einen rechtlichen Rahmen ebenso wie für die Übertragung des Stimmrechts. Es bedarf außerdem einer wertschätzenden Kommunikation und klarer Ahndung von verbalen Grenzüberschreitungen in den Gremien. Die Vereinbarkeit der politischen Tätigkeit mit dem Beruf und Privatleben sollte gestärkt werden. Kommunalpolitisches Engagement muss aufgewertet werden, sei es durch die Verbesserung der

Aufwandsentschädigungen oder die Vergabe von Rentenpunkten. Für die Umsetzung bedarf es entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen auf Landes- und kommunaler Ebene.

Schutz vor Beleidigungen und Bedrohungen bieten

Kommunalpolitikerinnen und ihre Familien müssen besser vor Bedrohungen geschützt und angemessen unterstützt werden. Mögliche Maßnahmen sind verbindliche Regelungen in den Räten, Schulungen für Bürgermeisterinnen und vertrauenswürdige Ansprechpersonen bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Den Betroffenen sollten rund um die Uhr unabhängige und spezialisierte Melde- und Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sind die Medien ebenso gefragt wie die Bürger*innen: Eine Kampagne zur Sensibilisierung könnte Menschen erreichen und dafür gewinnen, Politiker*innen vor Ort zu stärken und zu schützen.

Perspektiven unterschiedlicher Frauen einbeziehen

Hemmnisse für Frauen in der Kommunalpolitik gehen über stereotype Rollenzuschreibungen hinaus und ergeben sich auch aus Faktoren wie soziale Schicht, Lebensumstände, Bildung, Queer-Sein, Behinderung oder Migrationsgeschichte. Frauen aus bestimmten Gruppen sind selten in der Politik vertreten, auch weil spezifische Barrieren wie Angst vor Gewalt und Diskriminierung, sprachliche und soziale Hürden oder fehlende Netzwerke kaum adressiert werden. Um echte Gleichberechtigung zu erreichen, müssen diese Barrieren gezielt abgebaut werden.

Fazit

Frauen stoßen in der Kommunalpolitik weiterhin auf hohe Hürden, darunter Zeitmangel, stereotype Rollenbilder, ein raues politisches Klima sowie persönliche Beleidigungen und Bedrohungen, die auch Familienangehörige betreffen. Gleichzeitig gibt es vor Ort in Sachsen viele engagierten Menschen, die sich für ihre Region und die Demokratie einsetzen. Um dieses Potenzial zu stärken, sind umfassende Strategien nötig, die Gleichstellung, Demokratieförderung und zivilgesellschaftliches Engagement miteinander verzahnen, sichere und einladende Räume schaffen sowie intersektionale Perspektiven berücksichtigen. Staatliche Schutzmaßnahmen, gezielte

In Sachsen gibt es vor Ort viele engagierte Menschen, die sich für ihre Region und die Demokratie einsetzen. Um dieses Potenzial zu stärken, sind umfassende Strategien nötig, die Gleichstellung, Demokratieförderung und zivilgesellschaftliches Engagement miteinander verzahnen, sichere und einladende Räume schaffen sowie intersektionale Perspektiven berücksichtigen.

Bildungs- und Beteiligungsangebote und die Unterstützung durch Kommunale Gleichstellungsbeauftragte haben bereits Wirkung gezeigt, wie steigende Frauenanteile bei den Kandidaturen zur letzten Kommunalwahl in Sachsen zeigen. Es gilt, diese Maßnahmen auszubauen und langfristig die demokratische Teilhabe und Repräsentanz von Frauen zu stärken.

In Sachsen und ganz Ostdeutschland bringen sich Menschen aktiv für die Gestaltung ihres Lebensumfelds, für demokratische Werte und eine offene Kultur ein. Die Kraft dieses Engagements sollte in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich präsenter werden. Aktuelle Debatten um das Erstarken extrem rechter Bewegungen und Parteien verdecken bisweilen die Bemühungen der Menschen vor Ort. Besonders wichtig ist

Besonders wichtig ist eine differenzierte Sichtweise auf die spezifischen Bedingungen, die innovativen Potenziale und das breite demokratische Engagement in Sachsen und in Ostdeutschland.

daher eine differenzierte Sichtweise auf die spezifischen Bedingungen, die innovativen Potenziale und das breite demokratische Engagement in Sachsen und in Ostdeutschland, um dieses weiter zu stärken.

Anna Sive ist Senior Expert in der EAF Berlin. Sie führt regelmäßig Studien und Befragungen zu Themen rund um Chancengleichheit, Vielfalt und Diskriminierung durch und war Projektleiterin für die Studie „Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen“ sowie Autorin der Studie „Sexismus am Arbeitsplatz“. Anna Sive berät unterschiedliche Organisationen zu Strategien für mehr Vielfalt und Teilhabe und engagiert sich zivilgesellschaftlich für die Rechte queerer Menschen. Als gebürtige Bautzenerin ist ihr die Sichtbarkeit ostdeutscher Perspektiven ein besonderes Anliegen.

Kathrin Mahler Walther ist geschäftsführende Vorstandsvorsitzende der EAF Berlin. Sie berät Organisationen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und hat für die EAF Berlin verschiedene Studien zu Führungskräften in Politik und Wirtschaft durchgeführt. Für die Studie „Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen“ hatte Kathrin Mahler Walther die strategische Leitung inne. Die gebürtige Leipzigerin engagierte sich in den 1980er-Jahren für die Friedliche Revolution und war später Vertreterin am Runden Tisch der Stadt. Danach war sie im ersten Sächsischen Landtag tätig. Für ihr Engagement erhielt sie das Bundesverdienstkreuz.

Literaturverzeichnis

- Blätte, Andreas/Dinnebier, Laura/Schmitz-Vardar, Merve (2022). Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik. Heinrich-Böll-Stiftung. Online verfügbar unter https://www.boell.de/sites/default/files/2022-12/studie_vielfaeltige-repraesentation-unter-druck_anfeindungen-und-aggressionen-in-der-kommunalpolitik-.pdf (abgerufen am 30.01.2026).
- BMBFSFJ (2025). Digitaler Gleichstellungsatlas. Online verfügbar unter <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/online-rechner/gleichstellungsatlas> (abgerufen am: 30.01.2026).
- Klewes, Joachim/Rauh, Christina/Wazinski, Constantin/Bäcker, Nina-Kristin (2022). Studie: Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK). Online verfügbar unter https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auflage1.pdf (abgerufen am: 30.01.2026).
- Lukoschat, Helga/Köcher, Renate (2021). Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien. EAF Berlin. Diversity in Leadership. Online verfügbar unter https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/2022_EAF_Berlin_Lukoschat_Koecher_Politische_Teilhabe_von_Frauen_Studie.pdf (abgerufen am 30.01.2026).
- Mahler Walther, Kathrin/Sive, Anna/Hempe, Lisa/Dr. Lukoschat, Helga (2024). Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen. Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung. Online verfügbar unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/47766/documents/75229> (abgerufen am 30.01.2026).
- Obinger, Sophie/Bonk, Christiane (2022). Frauen MACHT Brandenburg! Daten – Fakten – Handlungsempfehlungen zur politischen Teilhabe von Frauen in Brandenburg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg. Online verfügbar unter <https://collections.fes.de/publikationen/ident/fes/18891> (abgerufen am 30.01.2026).
- Pfahl, Svenja /Unrau, Eugen/Wittmann, Maïke/Lott, Yvonne (2023). WSI Report Nr. 88, September 2023. Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern auf den Arbeitsmärkten in West- und Ostdeutschland. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Online verfügbar unter https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008698/p_wsi_report_88_2023.pdf (abgerufen am: 21.01.2026).
- Sachsen.de (2026). Wahlstatistik zum Stand 31. Dezember 2024. Online verfügbar unter: <https://wahlen.sachsen.de/wahlstatistik-zum-stand-31-dezember-2024.html> (abgerufen am: 21.01.2026).
- Sächsischer Landtag (2026). Wahlergebnisse und Sitzverteilung. Landtagswahlen in Sachsen. Online verfügbar unter <https://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/landtagswahl-2024/wahlergebnisse-und-sitzverteilung-29953.cshtml> (abgerufen am: 21.01.2026).



**„UNTERSCHIEDLICHE
MASSNAHMEN HABEN
BEREITS WIRKUNG
GEZEIGT, WIE STEIGENDE
FRAUENANTEILE BEI DEN
KANDIDATUREN ZUR LETZTEN
KOMMUNALWAHL IN SACHSEN
ZEIGEN. ES GILT, DIESE
MASSNAHMEN AUSZUBAUEN
UND LANGFRISTIG DIE
DEMOKRATISCHE TEILHABE
UND REPRÄSENTANZ VON
FRAUEN ZU STÄRKEN.“**

Anna Sive & Kathrin Mahler Walther

Demokratie und Geschlecht – warum Gewalt gegen Frauen die Demokratie bedroht

Judith Rahner & Monika Remé

Gewalt ist ein Instrument, mit dem männliche Herrschaft und Kontrolle über Frauen und queere Personen ausgeübt wird und schädliche traditionelle Geschlechterbilder zentral erlernt werden. Ausgehend von der gesellschaftlichen Verankerung geschlechtsspezifischer Gewalt und mit Blick auf neue Formen digitaler Verstärkung legt der folgende Beitrag dar, dass Gewalt weiterhin ein wichtiger Hinderungsgrund für die freie politische Beteiligung aller und damit einer lebendigen Demokratie ist. Allerdings deuten sich im Umgang mit Gewalt aktuell gegenläufige Trends an. Einerseits zeigen sich institutionelle Erfolge der Frauenbewegung, andererseits stellt die autoritäre und antifeministische Wende Erreichtes infrage. Die Autorinnen zeigen deshalb, wie Gewaltbetroffenheit auch als Antrieb zu politischem Handeln gewendet werden kann und fordern politische Reformen und finanzielle Ressourcen gegen Gewalt ein.

Empfohlene Zitierung:

Rahner, Judith/Remé, Monika (2026). Demokratie und Geschlecht – warum Gewalt gegen Frauen die Demokratie bedroht. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 88–103.

Schlagwörter:

Gewalt, Geschlecht, Demokratie, Teilhabe, Geschlechterverhältnis, Antifeminismus



**„WIRD GEWALT GEGEN
FRAUEN GESELLSCHAFTLICH
NORMALISIERT, RELATIVIERT
ODER POLITISCH UNZUREICHEND
BEKÄMPFT, WÄHREND
ZUGLEICH ANTIFEMINISTISCHE
MOBILISIERUNGEN, DIGITALE
ANGRIFFE AUF POLITISCH AKTIVE
FRAUEN UND QUEERFEINDLICHE
GEWALT ZUNEHMEN, VERTIEFT
SICH DIE DISKREPANZ
ZWISCHEN DEM NORMATIVEN
ANSPRUCH DEMOKRATISCHER
GLEICHHEIT UND IHRER
GESELLSCHAFTLICHEN
VERWIRKLICHUNG.“**

Judith Rahner & Monika Remé

Demokratische Gleichheit unter Vorbehalt – zur politischen Bedeutung geschlechtsspezifischer Gewalt

Gewalt gegen Frauen wird häufig als sozialpolitisches Problem, als Frage der inneren Sicherheit oder als spezielles Gleichstellungsthema behandelt. Diese Perspektive greift jedoch zu kurz. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur Ausdruck individueller Devianz oder sozialer Schief lagen, sondern Ausdruck und Instrument struktureller Machtverhältnisse. Gewalt stabilisiert Geschlechterhierarchien und unterminiert damit das zentrale Versprechen demokratischer Ordnungen: gleiche Freiheit, gleiche Sicherheit und gleiche Teilhabe für alle.

Demokratie basiert auf der Idee politischer Gleichheit und Gleichwertigkeit. Dies meint mehr als formale Rechtsgleichheit. Demokratie umfasst die reale Möglichkeit, frei von Angst, Zwang und struktureller Unterordnung am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen (Fraser 1998). Wo Frauen und Mädchen systematisch von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind, wird diese Voraussetzung verletzt. Gewalt produziert Ausschluss und beschränkt Bewegungsfreiheit, ökonomische Handlungsfähigkeit, politische Partizipation und körperliche Selbstbestimmung. Gerade deshalb besitzt geschlechtsspezifische Gewalt eine besondere demokratietheoretische Bedeutung. Demokratien beruhen nicht allein auf Wahlen, Institutionen und formalen Rechten, sondern auf der tatsächlichen Möglichkeit, diese Rechte gleichermaßen wahrzunehmen. Geschlechtsspezifische Gewalt verweist auf die Grenzen dieser Gleichheit. Sie macht sichtbar, wo demokratische Freiheits- und Schutzversprechen für bestimmte Gruppen nur eingeschränkt eingelöst werden.

Wird Gewalt gegen Frauen gesellschaftlich normalisiert, relativiert oder politisch unzureichend bekämpft, während zugleich antifeministische Mobilisierungen, digitale Angriffe auf politisch aktive Frauen und queerfeindliche Gewalt zunehmen, vertieft sich die Diskrepanz zwischen dem normativen Anspruch demokratischer Gleichheit und ihrer gesellschaftlichen Verwirklichung. In diesem Sinne kann geschlechtsspezifische Gewalt als Indikator

demokratischer Erosionsprozesse verstanden werden. Internationale Rechtsinstrumente, wie die Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention), definieren Gewalt gegen Frauen als Ausdruck historisch gewachsener Machtungleichheiten. In der Präambel hält die Istanbul-Konvention fest: „Gewalt gegen Frauen [ist] einer der entscheidenden sozialen Mechanismen, durch den Frauen in eine untergeordnete Position

Gewalt gegen Frauen stellt nicht lediglich ein Defizit innerhalb demokratischer Systeme dar, sondern kann als ein Indikator demokratischer Erosionsprozesse verstanden werden.

gegenüber Männern gezwungen werden.“ (Europarat 2011) Diese normative Einordnung ist demokratietheoretisch brisant, denn sie verdeutlicht, dass es sich nicht um ein Randphänomen handelt, sondern um ein Strukturproblem politischer Ordnung. Im folgenden Beitrag argumentieren wir daher, dass Gewalt gegen Frauen nicht lediglich ein Defizit innerhalb demokratischer Systeme darstellt, sondern als ein Indikator demokratischer Erosionsprozesse verstanden werden kann.

Dazu argumentieren wir zunächst, dass geschlechtsspezifische Gewalt sowohl im Nahfeld (sog. häusliche oder Partnerschaftsgewalt) als auch im öffentlichen Raum ein wichtiger Hinderungsgrund für die freie politische Beteiligung und damit eine lebendige Demokratie ist. Dabei werden auch Ausmaß und neue Entwicklungen der Gewaltbetroffenheit von Frauen vorgestellt. Im zweiten Schritt soll auf den Umgang mit Gewalt in Gesellschaft und Politik eingegangen werden. Hier deuten sich gegenläufige Trends an, wenn einerseits Kämpfe der Frauenbewegung in medialen Debatten und institutionellen Fortschritten zarte Früchte tragen und andererseits die autoritäre Wende Menschenrechte infrage stellt und Gleichstellungsanliegen delegitimiert und finanziell austrocknet. Drittens wollen wir anhand ausgewählter Beispiele deutlich machen, wie Gewaltbetroffenheit auch umgedeutet und als Antrieb zu politischem Handeln gewendet werden kann. Ein politisches Fazit mit Handlungsempfehlungen schließt den Text ab.

Gewalt als Praxis von Unterwerfung und Ausschluss

Feministische Sozialforschung versteht Gewalt als zentrales Feld, in dem Geschlecht und Machtgefälle zwischen den Geschlechtern sozial erlernt werden. So definiert Carol Hagemann-White die „Gewalt im Geschlechterverhältnis“ als „jede Verletzung der körperlichen oder seelischen Integrität einer Person, welche mit der Geschlechtlichkeit des Opfers und des Täters zusammenhängt und unter Ausnutzung eines Machtverhältnisses durch die strukturell stärkere Person zugefügt wird“ (zitiert nach Müller/Schröttle 2012). Dabei wirkt die geschlechtsspezifische Gewalt nicht nur unmittelbar auf die Gewaltbetroffene, sondern darüber hinaus als soziales Wissen, das anderen die eigene Verletzlichkeit bzw. Verletzungsmacht beibringt (Glammeier 2011). Intersektionale feministische Theorie ergänzt diese Perspektive um weitere soziale Ungleichheitskategorien wie Klasse, Ethnizität, Religion, aber auch Sexualität oder sexuelle Identität. Ungleichheitskategorien beeinflussen die Chancen der Subjekte, ihre eigenen Bedürfnisse zu realisieren und stellen so Verletzbarkeit her, die als strukturelle Gewalt oder Gewaltverhältnisse verstanden werden kann. Dabei verstärkt und verändert sich die Verletzbarkeit durch sich überlappende

Feministische Sozialforschung versteht Gewalt als zentrales Feld, in dem Geschlecht und Machtgefälle zwischen den Geschlechtern sozial erlernt werden.

Gewaltverhältnisse, die Ausschluss produzieren. Wenn sich migrantische Frauen nicht trennen können, weil ihr Aufenthalt vom gewalttätigen Ehepartner abhängig ist, ist dies eine solche Verstärkung von Ungleichheit (vgl. Sauer 2011). In dieser Perspektive ist geschlechtsspezifische Gewalt kein bloßes Begleitphänomen sozialer Ungleichheit, sondern konstitutiv für gesellschaftliche Ordnung. Sie vermittelt, wer über wessen Körper verfügen darf, wessen Integrität verletztlich ist und wessen Grenzen durchsetzbar sind. Die Stabilisierung einer solchen Hierarchie erfordert jedoch mehr als die faktische Ungleichverteilung von Macht. Sie bedarf auch kultureller und symbolischer Legitimation. Feministische Theorien argumentieren daher, dass Geschlechterhierarchien auf gesellschaftlichen Deutungsmustern beruhen, die Männlichkeit mit Stärke, Rationalität und Autorität verbinden, während Weiblichkeit mit Abhängigkeit, Emotionalität oder geringerer Durchsetzungsfähigkeit assoziiert wird (Beauvoir 1949; Bourdieu 1997). Diese Zuschreibungen legitimieren nicht nur Überlegenheit und Kontrolle über Frauen, sondern definieren zugleich die Negativfolie zur Konstruktion überlegener männlicher Identität und können als symbolische Gewalt beschrieben werden (Sauer 2011).

Die Abwertung von Weiblichkeit wirkt dabei über die Kategorie „Frau“ hinaus. Eine dominante Form von Männlichkeit sichert ihre Vorrangstellung durch Abgrenzung gegenüber Frauen sowie gegenüber anderen, als minderwertig markierten Männlichkeiten (Connell 1995), beispielsweise homosexuelle Männer, rassifizierte Männer oder „effemierte“ Männer. Die Zuschreibung des „Unmännlichen“ dient der Hierarchisierung. Wer symbolisch mit dem als minderwertig markierten Weiblichen identifiziert wird, verliert Status und Schutz. Gewalt gegen diese Gruppen kann innerhalb einer solchen Ordnung als legitime Disziplinierung gesehen werden.

Sozialpsychologische Analysen verweisen darauf, dass männliche Identitätsbildung häufig über die Abwehr des als weiblich Markierten stabilisiert wird. Frauenfeindlichkeit und Homo- und Transfeindlichkeit fungieren als identitätsstabilisierende Mechanismen, in denen Unsicherheit externalisiert und Hierarchien affektiv abgesichert werden (Pohl 2019). Gewalt wird hier als extreme Form dieser Abwehr-

Sozialpsychologische Analysen verweisen darauf, dass männliche Identitätsbildung häufig über die Abwehr des als weiblich Markierten stabilisiert wird.

prozesse verstanden und ist potenzielles Mittel zur Durchsetzung und Verteidigung patriarchaler Hierarchien. Innerhalb von heterosexuellen Partnerschaften zeigt sich dies deutlich im Unterschied zwischen geschlechtsspezifischer Partnerschaftsgewalt und solchem gewaltvollen Verhalten, das in Paarbeziehungen rund um Streitsituationen oder Alltagskonflikte vorkommt und mit einer geringen Verletzungsgefahr einhergeht, wie wütendes Wegschubsen oder leichtes Ohrfeigen. So

ergeben Studien, dass leichte und einmalige Gewalthandlungen empirisch relativ ähnlich häufig bei Männern und Frauen vorkommen (zuletzt auch Leitgöb-Guzy/Bieber 2026).

Spezifisch an der männlichen Gewalt im Nahfeld sind „Muster von körperlicher, psychischer und sexueller Misshandlung, die Kontrolle und Einschüchterung des Gegenübers zum Ziel haben“ (Schrötte 2010, 137). Diese Gewaltdynamiken eskalieren häufig in Krisensituationen, welche die soziale Position innerhalb oder außerhalb der Beziehung infrage stellen und mit Verunsicherung einhergehen. Risikofaktoren für Partnerschaftsgewalt

Daten bestätigen, dass Frauen und queere Personen insgesamt deutlich häufiger und schwerer von Gewalt betroffen sind als Männer.

sind deshalb sowohl persönliche Umbrüche, also Schwangerschaft, Trennung oder der (gefürchtete) Verlust des Arbeitsplatzes, als auch wirtschaftliche und politische Krisen, bspw. Inflation, Naturkatastrophen, kriegsrische Konflikte oder die Corona-Pandemie. Die neuesten Zahlen aus der deutschen Dunkelfeldstudie zu Gewalterfahrungen innerhalb und außerhalb von (Ex-)Partnerschaften zeigen entsprechend, dass migrantische Frauen überproportional gewaltbetroffen sind (Leitgöb-Guzy/Bieber 2026). Forschungsbefunde weisen darauf hin, dass u. a. strukturelle Belastungen in migrantischen Familien das Risiko für häusliche Gewalt erhöhen können (Ayubi/Satyen 2024). Die Daten bestätigen außerdem, dass Frauen und queere Personen insgesamt deutlich häufiger und schwerer von Gewalt betroffen sind als Männer. So fürchtete jede fünfte befragte Frau, die von Partnerschaftsgewalt betroffen waren, aufgrund der Gewalt um ihr Leben, während es bei Männern nur knapp jeder 20. Betroffene war.

Die Objektifizierung von Frauenkörpern im Kontinuum sexualisierter Gewalt stellt einen weiteren Mechanismus der Abwertung des Weiblichen und Geschlechterhierarchisierung dar. Unter dieses Kontinuum fallen taxierende Blicke, verbale sexuelle Belästigung bis hin zur Vergewaltigung. In der Erfahrung der sexualisierten Objektifizierung, die gesellschaftlich normalisiert ist und bereits Mädchen betrifft, ist die Möglichkeit des Zugriffs auf den verdinglichten Körper enthalten und verweist die Betroffenen permanent auf die Vergewaltigungsdrohung. Während 15 % der Frauen laut der Dunkelfeldstudie in ihrem Leben bereits eine (versuchte) Vergewaltigung erlebt haben, hat mehr als die Hälfte verbale bzw. nicht-körperliche sexuelle Belästigung erlebt (Leitgöb-Guzy/Bieber 2026). Diese Unsicherheitserfahrungen wiederum führen dazu, dass Frauen sich in ihrer Freiheit einschränken (Lavoyer 2024). Die gesellschaftliche Reaktion auf sexualisierte Übergriffe, die den Betroffenen noch immer in einer Täter-Opfer-Umkehr vorschreibt, sie hätten es „besser wissen“ und sich anders verhalten müssen, verstärkt den freiheitsbeschränkenden Effekt der Gewalt.

Anders deutlich wird die intendierte Disziplinierung durch geschlechtsspezifische Gewalt als Unterwerfung unter männliche Vorherrschaft, wenn diese sich gegen politisch aktive oder auch nur meinungsstarke Frauen und Mädchen im öffentlichen, d. h. auch digitalen, Raum äußert. Während auch Männer von Hass und Drohungen im digitalen Raum betroffen sind, werden Frauen und queere Menschen gezielt sexualisiert angegriffen und aus dem digitalen Raum gedrängt. In einer nicht-repräsentativen Studie der Menschenrechtsorganisation Hate Aid berichteten ein Viertel aller von digitaler Gewalt betroffenen politisch engagierten Frauen von Androhung sexueller Gewalt, z. B. Vergewaltigungsdrohungen, unter den Männern lag dieser Anteil bei nur 3%. Deutlich mehr Frauen (47%) als Männer (34%) gaben an, dass die digitale Gewalt gegen sie negative Auswirkungen auf ihr Engagement habe (Hate Aid 2025). Daten zu Politikerinnen auf der kommunalen Ebene weisen auch hier auf eine starke Gewaltbetroffenheit hin (EAF Berlin 2025). Hier setzt sich fort und enthemmt sich, was Politikerinnen im Analogen erleben.

Geschlechtsbasierte Gewalt gegen Politikerinnen ist in gesellschaftliche Machtstrukturen eingebettet. Die Studie „Lauter Hass – leiser Rückzug“ (Das NETTZ 2023) zeigt: 62 % der betroffenen Frauen gaben an, seltener im Netz zu ihrer Meinung zu stehen, im Vergleich zu 51 % der Männer. Politische Räume sind historisch männlich geprägt. Die zunehmende Sichtbarkeit von Frauen und LGBTIQ-Personen in politische Ämter stellt diese Ordnung infrage und kann gewaltförmige Abwehrreaktionen begünstigen (Beck 2020). Die politische Radikalisierungsforschung konnte zudem zeigen, dass wahrgenommene Statusverluste im Kontext gesellschaftlicher Gleichstellungsfortschritte als Kränkung eines vermeintlich legitimen Vorrangs erlebt werden können. Dieses Gefühl eines verletzten Anspruchs auf Dominanz kann Gewaltbereitschaft befördern und antifeministische Mobilisierungen befeuern. Gewalt fungiert hier als Mittel zur symbolischen Wiederherstellung einer als bedroht imaginierten Ordnung (Sauer 2020; Kimmel 2018).

**Geschlechtsbasierte Gewalt
gegen Politikerinnen ist in
gesellschaftliche Macht-
strukturen eingebettet.**

Von systematischer Ungleichheit zu demokratischer Erosion

Insgesamt zeigt sich, dass die Abwertung von Weiblichkeit das verbindende Element unterschiedlicher Gewaltformen bildet. Sie legitimiert Gewalt gegen Frauen, gegen queere und trans Personen sowie gegen Männer, die hegemonialen Männlichkeitsnormen nicht entsprechen. Vor diesem theoretischen Hintergrund lassen sich die folgenden empirischen Befunde zu geschlechtsspezifischer, queerfeindlicher und antifeministisch motivierter Gewalt als statistisch erfassbare Ausdrucksformen einer strukturell legitimierten Ungleichheitsordnung verstehen. So belegen aktuelle Zahlen, dass queerfeindliche Gewalt in Deutschland auf hohem Niveau bleibt und in den letzten Jahren

gestiegen ist. Für das Jahr 2025 sind 1 776 Taten im Bereich „sexuelle Orientierung“ und 1 132 Taten im Bereich „geschlechtsbezogene Diversität“ erfasst worden. Dazu zählen vollendete und versuchte Tötungsdelikte, Körperverletzungen sowie vereinzelt Raub, Freiheitsberaubung, Erpressung und Brandstiftung sowie Sachbeschädigungen, Nötigungen und Propagandadelikte. Es wird von einem hohen Dunkelfeld ausgegangen. Der überwiegende Teil der Taten wurden dem Bereich politisch motivierte Gewalt – rechts – zugeordnet. Diese Verortung kann ein starker Hinweis darauf sein, dass queerfeindliche Gewalt eben nicht isoliert auftritt, sondern eng mit Ideologien verknüpft ist, die Geschlechterhierarchien naturalisieren, heteronormative Zweigeschlechtlichkeit absolut setzen und hegemoniale Männlichkeitsansprüche als gesellschaftliche Leitnorm gewaltförmig stabilisieren.

Eine Demokratie, die auf politischer Gleichheit beruht, gerät in einen strukturellen Widerspruch, wenn zentrale gesellschaftliche Ordnungsprinzipien auf systematischer Ungleichwertigkeit basieren. Wenn Geschlechterhierarchien bestimmen, wessen Körper als verfügbar gilt, wessen Integrität häufiger verletzt wird und wessen Sicherheit weniger selbstverständlich geschützt ist, entstehen ungleiche Ausgangsbe-

Eine Demokratie, die auf politischer Gleichheit beruht, gerät in einen strukturellen Widerspruch, wenn zentrale gesellschaftliche Ordnungsprinzipien auf systematischer Ungleichwertigkeit basieren.

dingungen gesellschaftlicher Teilhabe. Die demokratische Ordnung behauptet Gleichheit, während die soziale Ordnung Ungleichwertigkeit produziert. Das machen vorangegangene Zahlen deutlich. In dieser Diskrepanz liegt der strukturelle Widerspruch. Denn wenn bestimmte Geschlechter oder Geschlechtsidentitäten einem erhöhten Risiko körperlicher, sexualisierter oder digitaler Gewalt ausgesetzt sind, dann ist die formale Gleichheit faktisch unterminiert. Gewalt wirkt selektiv und trifft nicht zufällig, sondern entlang bestehender Hierarchien. Genau hier wird die demokratiethoretische Bedeutung geschlechtsspezifischer Gewalt sichtbar: Gewalt gegen Frauen ist nicht lediglich Ausdruck bestehender Ungleichheitsverhältnisse, sondern kann zugleich als Indikator demokratischer Erosionsprozesse verstanden werden; Erosion als schrittweise Schwächung demokratischer Grundprinzipien, ohne dass demokratische Institutionen notwendigerweise verschwinden. Sie zeigt sich vielmehr dort, wo Gleichheit, Freiheit und gleiche Schutzwürdigkeit zwar formal garantiert bleiben, faktisch jedoch ungleich verwirklicht werden.

Demokratische Erosionsprozesse werden insbesondere dort sichtbar, wo sich Gewaltformen ausweiten, neue Räume der Einschüchterung erschließen oder zunehmend politisch legitimiert beziehungsweise relativiert werden. Dies kann sich in der Zunahme digitaler Gewalt, der verstärkten Bedrohung politisch aktiver Frauen, der Verknüpfung von Antifeminismus mit autoritären Ideologien

oder in Angriffen auf die Rechte von Frauen und queeren Personen äußern (Herberth/Hartmann 2026). Geschlechtsspezifische Gewalt verweist auf solche Erosionsprozesse, wenn sie bestimmte Gruppen systematisch daran hindert, öffentliche Räume zu nutzen, politische Ämter auszuüben, Meinungen frei zu äußern oder gleiche Teilhabe zu gewährleisten. Erosion zeigt sich allerdings nicht erst bei steigenden Gewaltzahlen. Sie zeigt sich auch in Normalisierung, Verharmlosung und der politischen Instrumentalisierung von Gewalt oder wenn Gleichstellung delegitimiert und antifeministische Mobilisierungen an gesellschaftlichem Einfluss gewinnen. Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein Seismograf demokratischer Qualität, denn sie macht sichtbar, ob demokratische Gleichheitsnormen gesellschaftliche Bindekraft verlieren.

Politische und gesellschaftliche Resonanz der Gewalt

Der gesellschaftliche und institutionelle Umgang mit Gewalt gegen Frauen ist selbst Teil jener Machtverhältnisse, die Gewalt ermöglichen und stabilisieren. Feministische Gewaltforschung hat wiederholt darauf hingewiesen, dass Gewalt nicht nur in der Tat selbst besteht, sondern auch in den Deutungsmustern, mit denen sie gesellschaftlich verarbeitet wird. Tabuisierung, Bagatellisierung und Individualisierung von Taten als „Beziehungsdrama“ oder „Einzelfall“ entpolitisieren geschlechtsspezifische Gewalt und verschleiern ihre systematische Dimension. Solche Erzählungen wirken entlastend für gesellschaftliche Mehrheitsverhältnisse und tragen dazu bei, Täterhandeln von strukturellen Gesellschaftsverhältnissen zu entkoppeln. Misogyne Mythen, etwa die Unterstellung, Betroffene hätten Gewalt provoziert oder falsch erinnert, sind in der Forschung als zentrale Mechanismen sekundärer Viktimisierung beschrieben worden (Maiorano/Travers/Vallières2023). Sie verschieben Verantwortung von Täter*innen auf Betroffene und reproduzieren Geschlechterhierarchien. Die empirisch widerlegte Verortung der Gewalt vor allem im „Außen“, d. h. hauptsächlich im öffentlichen Raum und durch fremde Personen verübt, muss als Instrument verstanden werden, das Frauen ins Häusliche zurückdrängt. Intersektionale Analysen weisen zudem daraufhin, dass Täterschaft häufig bestimmten sozialen oder kulturellen Gruppen zugeschrieben wird (z. B. Dudler/Niedieck 2020; Spieß 2023). Gewalt erscheint dann als Problem „anderer“ Milieus, Zugehörigkeiten oder Religionen, während strukturelle Gewalt im gesellschaftlichen Kontext unsichtbar bleibt.

Der gesellschaftliche und institutionelle Umgang mit Gewalt gegen Frauen ist selbst Teil jener Machtverhältnisse, die Gewalt ermöglichen und stabilisieren.

Aufseiten der Betroffenen wirken sich intersektionale Diskriminierungsformen vielfach verschärfend aus. So verstärkt Rassismus sexualisierte Objektifizierung; alte, behinderte oder dicke Personen

müssen besonders um Anerkennung ihrer Verletzungserfahrung kämpfen, da sie nicht der gesellschaftlichen Vorstellung des „Opfers“ entsprechen. Andere Personengruppen, wie queere Personen oder Frauen mit aufenthaltsrechtlichen Barrieren oder Sprachbarrieren, finden im Hilfesystem kaum Angebote oder dürfen diese nur eingeschränkt, bspw. im Landkreis der Wohnsitzauflage, wahrnehmen. Das kann ihre Sicherheit erheblich gefährden. Auch der institutionelle Umgang mit Gewalt ist ambivalent. Defizite in Sensibilisierung, Beweissicherung und Betroffenenorientierung, stereotype Befragungen oder fehlende Unterstützung können die Ohnmachtserfahrungen der Betroffenen verstärken und das Vertrauen in rechtsstaatliche Institutionen unterminieren. Viel zu lange legitimierte das Recht körperliche und sexualisierte Gewalt in der Partnerschaft bzw. Ehe und noch immer fehlt die rechtliche Anerkennung davon, dass Sex ohne Einwilligung Vergewaltigung ist. Nur Ja heißt Ja. Die weiterhin eklatant niedrigen Verurteilungsquoten bei sexualisierter Gewalt signalisieren Frauen, dass ihre Rechte nicht geschützt werden, während Täter*innen die Macht der Institution hinter sich spüren. Ein geschlechterhierarchischer Zugriff auf den Rechtsstaat findet darin Ausdruck (Clemm 2020). Bedrückend niedrig sind deshalb auch die Anzeigequoten bei sexuellen Übergriffen. Bei Frauen liegt diese bei 3 % (Leitgöb-Guzy/Bieber 2026).

Hinzu kommt, dass gesetzgeberische Anpassungen hinter der Realität zurückbleiben, was besonders im digitalen Bereich deutlich wird (Frey 2020). Mit der rasanten Entwicklung generativer Künstlicher Intelligenz und digitaler Plattformökonomie zeichnen sich bereits neue Gewaltformen ab, etwa KI-gestützte Deepfake-Pornografie, automatisierte Hasskampagnen oder algorithmisch verstärkte Misogynie, die überwiegend Frauen treffen. Zugleich folgen regulatorische Antworten auf europäischer und nationaler Ebene der technologischen Dynamik nur verzögert, sodass neue digitale Instrumente zur Verbreitung von Frauenhass schneller verfügbar sind als wirksame Schutzmechanismen. Das verschärft die strukturelle Verwundbarkeit im digitalen Raum weiter.

Mit der rasanten Entwicklung generativer Künstlicher Intelligenz und digitaler Plattformökonomie zeichnen sich bereits neue Gewaltformen ab, etwa KI-gestützte Deepfake-Pornografie, automatisierte Hasskampagnen oder algorithmisch verstärkte Misogynie, die überwiegend Frauen treffen.

Die wiederkehrende zeitliche Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Problemerkennung, öffentlicher Skandalisierung und normativer Reaktion verweist auf eine eingeschränkte Schutzdynamik staatlicher Institutionen und kann das Vertrauen in ihre Durchsetzungs- und Schutzfähigkeit nachhaltig beeinträchtigen. Der Fall der Schauspielerin Collien Fernandes, die ihrem ehemaligen

Partner jahrelange digitale sexualisierte Gewalt in Form von Identitätsmissbrauch und die Verbreitung von Deepfakes vorwirft, ist hierfür eindrückliches Beispiel.

Unter der rot-schwarzen Regierungskoalition beobachten wir in Bezug auf Gewalt gegen Frauen einen Fokus auf rechtspolitische Instrumente, die finanziell günstig sind. Der Koalitionsvertrag sieht bspw. härtere Bestrafungen für Gruppenvergewaltigungen und Strafrechtsverschärfungen bei digitaler Gewalt vor (Bundesregierung 2025). Spannend ist hier jedoch, ob diese auch dann eingesetzt werden, wenn sie beginnen, politisch kostspielig zu werden. Wenn Regulierung Interessen großer

Die rechtsautoritäre politische Bewegung, die hinter der aktuellen US-Regierung steht und sich weltweit ausbreitet, füttert durch Proklamierung einer pseudo-naturgegebenen Geschlechterhierarchie den Nährboden für Gewalt gegen Frauen und queere Personen.

Tech-Konzerne angreift, ist sie aufgrund globaler Machtasymmetrien mit den USA nur schwer durchsetzbar, wie die Kampagne der US-Regierung gegen den europäischen Digital Services Act (DSA) deutlich macht. So verhängte die US-Regierung gegen die beiden deutschen Geschäftsführerinnen der Organisation Hate Aid Einreiseverbote. Die beiden setzten und setzen sich mit ihrer Organisation aktiv für Regulierung und gegen Hass und Hetze im Netz ein. Hate Aid ist ein sog. „Trusted Flagger“, also eine Organisation, die nach dem DSA rechtswidrige Inhalte melden kann. Die Sanktionen wirken deshalb auf Politik und Gesellschaft als ein abschreckendes Signal, sich persönlich für Regulierung zu engagieren. Die rechtsautoritäre politische Bewegung, die hinter der aktuellen US-Regierung steht und sich weltweit ausbreitet, füttert durch Proklamierung einer pseudo-naturgegebenen Geschlechterhierarchie (The White House 2025) den Nährboden für Gewalt gegen Frauen und queere Personen und begründet so das konzertierte Vorgehen gegen Frauenrechte, Diversität und Gleichstellung, den sogenannten Backlash. Gleichzeitig erklärt sie die „eigenen“ Männer zu Beschützern der schwachen Frauen, die durch Gewalt der „anderen“ Männer bedroht seien.

In der De-Priorisierung von Gleichstellung findet der Backlash in Deutschland und Europa bereits seinen Widerhall bzw. werden ideologisch nahestehende Regierungen wie die in Italien und die langjährige Orbán-Regierung in Ungarn in der EU gestärkt. Ohne das Problem der Gewalt gegen Frauen diskursiv anzugreifen, erfolgt die De-Priorisierung de facto über Kürzungen von Gleichstellungspolitik im Allgemeinen und von Unterstützungsangeboten für Gewaltbetroffene im Speziellen. Dabei müssen wir jedoch hervorheben, dass Gewaltschutz und Anti-Gewalt-Politiken in Deutschland auf einem festen rechtlichen Fundament stehen, das aus der bereits erwähnten Istanbul-Konvention und in

ihrer Folge auch Instrumenten wie der europäischen Anti-Gewalt-Richtlinie und dem deutschen Gewalthilfegesetz besteht. Dieses Fundament haben sich Frauenbewegungen transnational und in Deutschland erkämpft und setzen sich gestärkt durch Fortschritte weiter für ein Leben frei von Gewalt ein. So wurde im Bereich des Gewaltschutzes und der Finanzierung von Hilfestrukturen vor allem von Betroffenen und Zivilgesellschaft auf strukturelle Lücken hingewiesen, die nach langjährigen politischen Auseinandersetzungen aufgegriffen wurden.

Selbstermächtigung und politische Umdeutung der Gewalterfahrung

Während Gewalt also individuell und strukturell der Aufrechterhaltung von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern dient, sind es oftmals Betroffene selbst, die individuell oder kollektiv durch öffentliche Interventionen, Kampagnen und Zeugnisse zur Sichtbarmachung dieser Mechanismen beitragen und dominante Deutungsmuster herausfordern – auch unter Einsatz hoher persönlicher Opfer.

Geschlechtsspezifische Gewalt strukturell als Praxis der Machtausübung und Produktion von Ungleichheit zu beschreiben, bedeutet mitnichten, dass die Betroffenen selbst machtlos sind oder bleiben.

Geschlechtsspezifische Gewalt strukturell als Praxis der Machtausübung und Produktion von Ungleichheit zu beschreiben, bedeutet deshalb mitnichten, dass die Betroffenen selbst machtlos sind oder bleiben. Dies zeigte sich exemplarisch wie eindrucksvoll in der #MeToo-Bewegung, in den öffentlichen Aussagen der Überlebenden im Fall Epstein sowie im Fall Gisèle Pelicot, die durch ihre Entscheidung, auf Anonymität zu verzichten und das Verfahren öffentlich führen zu lassen, die gesellschaftliche Debatte über sexualisierte Gewalt maßgeblich mitprägten. Im Fall von Pelicot mündete dies sogar in der historischen Anerkennung des Nur-Ja-heißt-Ja-Prinzips im französischen Strafrecht. Im deutschsprachigen Raum lancierten verschiedene gewaltbetroffene Frauen zuletzt Petitionen mit zehntausenden Unterschriften für eigene Forderungen wie die Strafbarmachung von Voyeur-Aufnahmen oder eigene U-Bahn-Abteile für Frauen, Lesben, Inter, Nicht-binäre und Asexuelle (FLINTA*). Einzelnen Influencer*innen wie Cindy Speich gelingt es, Hass und digitale Gewalt gegen sie ins Lächerliche zu ziehen und damit mehr Aufmerksamkeit für den eigenen kommerziellen Auftritt zu generieren. Politikerinnen wie Renate Künast nahmen digitalen Hass und Gewalt gegen sich zum Anlass, selbst politisch dagegen vorzugehen. Der Fall Collien Fernandes hat in Deutschland wichtige Debatten und große Proteste ausgelöst, darunter sogar Proteste wie „Männer gegen Gewalt“ in Berlin und anderen Städten, die sich explizit an männliche Teilnehmende richteten. Durch den Mut der Betroffenen wurde zudem das lange angekündigte digitale

Gewaltschutzgesetz endlich in den Gesetzgebungsprozess gebracht und um neue Phänomene der bildbasierten sexualisierten Gewalt und KI-Deepfakes erweitert.

In der Initiative #DieNächste haben sich prominente und nicht-prominente Überlebende von häuslicher Gewalt zusammengeschlossen und nutzen ihr Netzwerk reichweitenstark, um politischen Druck für besseren Gewaltschutz auszuüben. Nicht alle politischen Zusammenschlüsse von Gewaltbetroffenen, die aus ihrer Erfahrung Antrieb und Expertise schöpfen, stehen im Fokus der Medien, obwohl sie teils seit Jahrzehnten wegweisende Arbeit leisten. Die Wildwasser Vereine¹ spielen bspw. auf lokaler Ebene eine wichtige Rolle in der Unterstützung von

Nicht alle politischen Zusammenschlüsse von Gewaltbetroffenen, die aus ihrer Erfahrung Antrieb und Expertise schöpfen, stehen im Fokus der Medien, obwohl sie teils seit Jahrzehnten wegweisende Arbeit leisten.

Betroffenen und der Prävention von sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Überlebende von Partnerschaftsgewalt haben sich ebenfalls sowohl auf lokaler als auch auf Bundesebene in verschiedenen Vereinen zusammengeschlossen, um politische Entscheidungsfindung zu beeinflussen. Betroffenenbeiräte mit institutioneller Anbindung bspw. für die Unabhängige Beauftragte des Bundes für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bremen oder in kirchlichen Missbrauchs-Aufarbeitungs-Prozessen spielen für die Gewaltprävention eine wichtige Rolle. In vielen Ländern haben sich aus der Trauer über ermordete Frauen kraftvolle politische Mobilisierungen wie die #NiUnaMenos-Bewegung entwickelt. International und, mit kleineren feministischen Mobilisierungen, auch in Deutschland gibt es unter dem Motto „Take back the night“-Demonstrationen, die gegen die Angst vor geschlechtsspezifischer Gewalt die kollektive Wiedereroberung des öffentlichen Raums zur Aktionsform machen. Diese Beispiele zeigen, dass Gewaltbetroffenheit nicht nur Ausdruck struktureller Ungleichheit ist, sondern auch Ausgangspunkt kollektiver politischer Organisation und demokratischer Teilhabe werden kann.

Gewaltbekämpfung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Gewalt im Geschlechterverhältnis ist ein Instrument, mit dem männliche Herrschaft und Kontrolle über Frauen und queere Personen ausgeübt wird. Als solches ist es eng mit der Reproduktion von schädlichen traditionellen Geschlechterrollen verknüpft. Für eine lebendige Demokratie, die von der freien und gleichen Beteiligung ihrer Bürger*innen lebt, ist das Gift. Umso problematischer ist

¹ Wildwasser wurde zunächst in Berlin als Selbsthilfegruppe von betroffenen Frauen, die in ihrer Kindheit sexualisierte Gewalt erfahren haben, gegründet. Inzwischen betreiben die Vereine an vielen Orten eigene Fachberatungsstellen.

das politische Wiedererstarken antifeministischer Diskurse und Bewegungen. Entscheidend ist deshalb, das politische Wiedererstarken dieser Geschlechterrollen mit einem breiten Katalog an Maßnahmen als Aktionsplan gegen Antifeminismus einzudämmen, die feministische Zivilgesellschaft zu stärken und die demokratische Geschlechtergerechtigkeit in Bildung, Medien und politischer Öffentlichkeit systematisch zu fördern. Gleichzeitig braucht es eine konsequente politische und gesellschaftliche Ächtung der Gewalt. Für eine juristische Ächtung muss neben klaren gesetzlichen Verboten – auch von neuesten digitalen Ausprägungen der Gewalt – die konsequente Rechtsanwendung sichergestellt werden. Verpflichtende Fortbildungen von Polizei und Justiz sowie allen Berufsgruppen, die mit Gewaltbetroffenen arbeiten, sind dafür unabdingbar.

Da geschlechtsspezifische Gewalt eng mit Männlichkeitsnormen verbunden ist, die Dominanz, Kontrolle und Gewalt legitimieren können, müssen Präventionsstrategien gezielt auch Jungen adressieren. Programme zur Gewaltprävention zeigen, dass insbesondere die Auseinandersetzung mit Männlichkeitsbildern und die Förderung egalitärer Geschlechterrollen dazu beitragen können, Gewalt zu reduzieren. Die Istanbul-Konvention gibt dazu von der Bewusstseinsbildung über Schul- sowie Fortbildung bis zur Medienförderung klare

Die mutigen Beispiele von Pelicot oder Fernandes dürfen uns als Inspiration gelten, um gegen Gewalt aktiv zu werden. Darauf ausruhen dürfen wir uns allerdings nicht.

Maßnahmen vor, die künftige Gewalt wirksam verhindern. Eine Gesellschaft kann zudem nicht glaubhaft Gewalt verurteilen, wenn nicht gleichzeitig ausreichend finanzielle Ressourcen für das Recht der Betroffenen auf Schutz und Unterstützung bereitgestellt werden. Die mutigen Beispiele von Pelicot oder Fernandes dürfen uns dabei als Inspiration gelten, um gegen Gewalt aktiv zu werden. Darauf ausruhen dürfen wir uns allerdings nicht. Gerade weil geschlechtsspezifische Gewalt ein Indikator für demokratische Erosion ist, wird ihre konsequente Prävention und Bekämpfung zu einer zentralen Aufgabe demokratischer Selbstverteidigung.

Judith Rahner ist Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats. Sie forscht und berät zu Themen wie Antifeminismus, Geschlechterbildern in reaktionären und extrem rechten Milieus, Diskriminierungen, geschlechtsspezifischer Gewalt (on- und offline) und geschlechtlicher Vielfalt.

Monika Remé arbeitet beim Deutschen Frauenrat als Referentin für Gleichstellungspolitik mit Schwerpunkt Gewalt gegen Frauen verhindern.

Literaturverzeichnis

- Ayubi, Matin/Satyen, Lata (2024). Factors associated with intimate partner violence perpetration among migrant men: A systematic review. *Trauma, Violence, & Abuse* 25 (2), 1365–1381.
- Beck, Dorothee (2020). Ein Tabu mit gewaltigen Konsequenzen. Geschlechtsbasierte personale Gewalt in politischen Institutionen. In: Dorothee Beck/Annette Henninger (Hg.). *Konkurrenz für das Alphamännchen? Politische Repräsentation und Geschlecht*. Roßdorf, Helmer, 167–189.
- Bundesregierung (2025). Verantwortung für Deutschland: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Online verfügbar unter https://www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf (abgerufen am 05.06.2026).
- Clemm, Christina (2020). *AktenEinsicht. Geschichten von Frauen und Gewalt*. München, A. Kunstmann.
- Connell, Robert W. (1995). *Masculinities*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Das NETTZ, Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, HateAid und Neue deutsche Medienmacher*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz (Hg.). (2024). *Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung*. Berlin. Online verfügbar unter https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/download_lauterhass.php (abgerufen am 01.06.2026).
- Dudler, Theresa/Niedick, Jannis (2020). „Fakten können nicht rassistisch sein“? Eine kritische Diskursanalyse der ‚Nafri‘-Debatte. *FZG* 26 (1), 55–69.
- Europarat (2011). Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention, CETS Nr. 210). Online verfügbar unter <https://rm.coe.int/16806b076a> (abgerufen am 6.5.2026).
- EAF Berlin – Robinson, Sarah (2025). Recognize, Resist, Rise Up. Country Report for Germany on Gender-based Violence against Women in Politics. Online verfügbar unter https://www.eaf-berlin.de/fileadmin/eaf/Publikationen/Dokumente/Germany_Country_Report-WP2.pdf (abgerufen am 26.02.2026).
- Fraser, Nancy (1998). Social justice in the age of identity politics: Redistribution, recognition, participation, WZB Discussion Paper, No. FS I 98-108, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin.
- Frey, Regina (2020). Geschlecht und Gewalt im digitalen Raum. Eine qualitative Analyse der Erscheinungsformen, Betroffenheiten und Handlungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung intersektionaler Aspekte. Expertise für den Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Online verfügbar unter www.dritter-gleichstellungsbericht.de (abgerufen am 26.02.2026).
- Glammeier, Sandra (2011). Widerstand angesichts verleiblichter Herrschaft? Subjektpositionen gewaltbetroffener Frauen im Kampf um Anerkennung und ihre Bedeutung für die Prävention von Gewalt. *GENDER* 3 (2), 9–24.
- HateAid/Koch, Lea/Voggenreiter, Anne/Steinert, Janina I. (2025). Angegriffen & alleingelassen. Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild. Online verfügbar unter Studie „Angegriffen & alleingelassen: Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild.“ (abgerufen am 26.02.2026).

- Herberth, Sabine/Hartmann, Ans (2026). Gegenwind oder doch schon ein Sturm? Online verfügbar unter www.gleichberechtigt.org (abgerufen am 26.02.2026).
- Kimmel, Michael (2018). *Healing from Hate. How Young Men Get Into – and Out of – Violent Extremism*. Oakland, University of California Press.
- Lavoyer, Agota (2024). *Jede_Frau. Über eine Gesellschaft, die sexualisierte Gewalt verharmlost und normalisiert*. München, Yes Publishing.
- Leitgöb-Guzy, Nathalie/Bieber, Ina (2026). Ergebnisse der Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag (LeSuBiA)“ I: Gewalterfahrungen innerhalb und außerhalb von (Ex-)Partnerschaften. Online verfügbar unter https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/260210_LeSuBiA_Ergebnisse_I.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (abgerufen am 26.02.2026).
- Maiorano, Nicole/Travers, Áine/Vallières, Frédérique (2023). The Relationship Between Rape Myths, Revictimization by Law Enforcement, and Well-Being for Victims of Sexual Assault. *Violence Against Women* 29 (14), 2873–2890.
- Müller, Ulrike/Schröttle, Monika (2012). Gewalt gegen Frauen und Gewalt im Geschlechterverhältnis. In: Günter Albrecht/Axel Groenemeyer (Hg.). *Handbuch soziale Probleme*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 668–691.
- Pohl, Rolf (2019). *Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen*. 2., erweiterte Aufl. Hannover, Offizin-Verlag.
- Roth, Julia/Winkel, Heidemarie/Scheele, Alexandra (2022). Gewalt im Zentrum weltweiter Angriffe auf Frauen- und Geschlechterrechte: Einleitung. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft* 31 (2), 9–29.
- Sauer, Birgit (2011). Überlegungen zu einem intersektionellen Gewaltbegriff. *GENDER* 3 (2), 44–60.
- Sauer, Birgit (2020). Autoritärer Populismus und Antifeminismus. In: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.). *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld, transcript.
- Schröttle, Monika (2010). Kritische Anmerkungen zur These der Gendersymmetrie bei Gewalt in Paarbeziehungen. *GENDER* 1 (2), 133–151.
- Spies, Tina (2023). Aktuelle Debatten um sexualisierte Gewalt. Hegemoniale Vorstellungen und ‚Othering‘. In: Eva Labouvie (Hg.). *Geschlecht, Gewalt und Gesellschaft*. Bielefeld, transcript Verlag, 121–140.
- The White House (2025). *Defending Women From Gender Ideology Extremism And Restoring Biological Truth To The Federal Government*. Online verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/01/defending-women-from-gender-ideology-extremism-and-restoring-biological-truth-to-the-federal-government/> (abgerufen am 01.6.2026).

Antifeministische Angriffe und Delegitimierung queerer und feministischer Jugendprojekte – ein praxisbezogener Blick auf Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten

Anna Blume Böttcher & Marie Künne

Der Beitrag untersucht Antifeminismus als zunehmende Herausforderung für queere und feministische Projekte der Sozialen Arbeit. Am Beispiel von queer-feministischer Bildungsarbeit und Mädchen*arbeit im ostdeutschen Raum wird aufgezeigt, wie antifeministische Diskurse und Angriffe Arbeitsalltag, Handlungsspielräume und Sicherheitspraktiken prägen. Auf Basis zweier Expert*inneninterviews werden zentrale Problemlagen, z. B. direkte Anfeindungen und politische Einflussnahmen auf Förderstrukturen, herausgearbeitet. Abschließend werden Umgangsstrategien zwischen Selbstschutz, Anpassung und politischer Positionierung skizziert.

Empfohlene Zitierung:

Böttcher, Anna Blume/Künne, Marie (2026). Antifeministische Angriffe und Delegitimierung queerer und feministischer Jugendprojekte – ein praxisbezogener Blick auf Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 104–119.

Schlagwörter:

Antifeminismus, Geschlechtergerechtigkeit, Rechtsextremismus, Angriffe, Demokratie, feministische und queere Soziale Arbeit, Jugendarbeit



**„ANTIFEMINISTISCHE
UND QUEERFEINDLICHE
DYNAMIKEN GREIFEN TIEF
IN DIE ARBEITSREALITÄTEN
FEMINISTISCHER UND
QUEERER SOZIALER ARBEIT
EIN. SIE ÄUSSERN SICH
NICHT NUR IN DIREKTEN
ANGRIFFEN, SONDERN AUCH
IN SUBTILEREN FORMEN
DER DELEGITIMIERUNG, IN
VERÄNDERTEN DISKURSEN
SOWIE IN STRUKTURELLEN
EINSCHRÄNKUNGEN.“**

Anna Blume Böttcher & Marie Künne

Einleitung

Feministische und queere Projekte Sozialer Arbeit geraten zunehmend ins Visier antifeministischer und rechter Akteur*innen¹ – sowohl auf struktureller Ebene als auch durch gezielte Störaktionen oder direkte Angriffe (u. a. Ringhofer 2016, 219; Sasse 2025; Grenz 2025). Fachkräfte berichten von Vorfällen, die sich explizit gegen geschlechterreflektierende und emanzipatorische Ansätze richten. Jugendeinrichtungen werden wiederholt zur Zielscheibe rechter Mobilisierungen (u. a. Opferperspektive 2025) und queere Jugendliche erfahren immer häufiger Gewalt (Vahid-Moghtada, 2025). Darüber hinaus werden Schutz- und Unterstützungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen* angegriffen, (Deutscher Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V. 2022, 5), während sexualpädagogische Bildungsinitiativen unter dem Deckmantel einer vermeintlichen „Frühsexualisierung“ diffamiert werden (Grenz 2025). Auch Mitarbeitende feministischer und queerer Projekte selbst sehen sich immer wieder Bedrohungen und antifeministischen Konfrontationen ausgesetzt (Ringhofer 2016; Sasse 2025). Diese Erfahrungen lassen sich durch die Zahlen der Meldestelle Antifeminismus gesamtgesellschaftlich empirisch stützen: So richteten sich viele der 558 Vorfälle im Jahr 2024, die als antifeministisch kategorisiert werden konnten, gegen zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich Gleichstellung und frauenpolitischen Kontexten. Dabei stellte Queerfeindlichkeit ein zentrales Motiv dar (Lola für Demokratie e. V. 2025).

Feministische und queere Projekte Sozialer Arbeit geraten zunehmend ins Visier von antifeministischen und rechten Akteur*innen.

Der vorliegende Beitrag wirft ein exploratives Schlaglicht auf die Auswirkungen von Antifeminismus auf Mädchen*arbeit sowie auf queer-feministische Bildungsarbeit als zentrale Handlungsfelder feministischer Sozialer Arbeit. Im Sinne eines Theorie-Praxis-Transfers wird untersucht, wie antifeministische Politiken und Interventionen den Arbeitsalltag, die Handlungsspielräume und den Umgang mit Gefährdung in der Mädchen*arbeit sowie in der queer-feministischen Bildungsarbeit prägen und welche Herausforderungen, Strategien und Bedarfe sich daraus ergeben. Dafür wurden Expert*inneninterviews mit zwei Projektmitarbeitenden aus Ostdeutschland geführt und in methodischer Anlehnung an die strukturierende Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) ausgewertet.

In diesem Beitrag wird zunächst der Themenkomplex Antifeminismus – insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden „rechten Normalisierung“ – umrissen. Anschließend wird

1 Trotz eines binären Geschlechterverständnisses antifeministischer Akteur*innen wird in diesem Artikel mit * gegen-
dert, um die Konstruktion und Vielfältigkeit von geschlechtlicher Identität abzubilden.

Antifeminismus im Kontext Sozialer Arbeit und Pädagogik verortet und mit Perspektiven aus der Praxis verschränkt.

Antifeminismus – eine Annäherung

Antifeminismus ist ein zentraler Bestandteil extrem rechter Ideologie und gleichzeitig keine Randerscheinung, sondern bis in die Breite der Gesellschaft hineinwirkend (Kalkstein et al. 2022, 245). Unter Antifeminismus wird die gezielte Ablehnung feministischer und emanzipatorischer Bestrebungen verstanden. Trotz vorhandener Verzahnung und Parallelen zu Sexismus oder Misogynie – der gewaltbereiten Feindschaft gegenüber Frauen –

Trotz vorhandener Verzahnung und Parallelen zu Sexismus oder Misogynie – der gewaltbereiten Feindschaft gegenüber Frauen – ist Antifeminismus als eigenes Phänomen zu markieren.

ist Antifeminismus als eigenes Phänomen zu markieren (FemPI/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus 2022). Die Erziehungswissenschaftlerin Juliane Lang und der Politikwissenschaftler Ulrich Peters beschreiben Antifeminismus als Akteurskonstellation, die sich „in organisierter Form – in explizierter Gegnerschaft zu einem von ihnen als omnipotent beschriebenen Feminismus positionier[t] und/oder sich in Diskussionen um familien-, geschlechter- und sexualitätsbezogene Themen heteronormativ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familialer Lebensformen und eine damit einhergehende Anerkennung derselben in ihrer Vielfalt stell[t]“ (Lang und Peters 2015, zit. nach Lang und Peters 2018, 17).

Es handelt sich bei Antifeminismus also um eine politische Programmatik in „organisierter Form“. Das bedeutet wiederum nicht, dass jede antifeministische Einstellung immer auch mit politischer Organisation einhergeht.

Die Vorstellung davon, dass Geschlechterverhältnisse einer „natürlichen Ordnung“ folgen und demnach feministische Emanzipationsbestrebungen oder queere Kämpfe eine Bedrohung für diese vermeintlich existierende natürliche Ordnung darstellen würden, vereint ein vielfältiges Spektrum an Akteur*innen. An dieser Programmatik bedienen sich die extreme Rechte, christliche Fundamentalist*innen und maskulinistische Akteur*innen ebenso wie Vertreter*innen demokratischer Parteien (Blum 2021; Lang und Peters 2018, 14). Diese „Brückenfunktion“ von Antifeminismus sehen wir zum Beispiel daran, dass antifeministische Einstellungen, wenn auch in unterschiedlicher Stärke, bei Wähler*innen aller größeren Parteien vertreten sind (Kalkstein et al. 2024, 169). Dabei lässt sich ein deutlicher Überhang bei Sympathisant*innen der AfD aufzeigen. Durch diese gesellschaftliche

Anschlussfähigkeit dient Antifeminismus als „Einfallstor“ für weitere Ungleichwertigkeitsideologien (vgl. Amadeu Antonio Stiftung 2023; Henninger 2020, 10; Arbeitskreis geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention 2019).

Antifeminismus ist nicht neu, sondern lässt sich mindestens bis ins beginnende 20. Jahrhundert zurückführen (Planert 1998; Blum 2021). War es damals noch die Abwehr gegen das Frauenwahlrecht, lässt sich aktuell verzeichnen, dass innerhalb antifeministischer Argumentationen „Gender“² zum zentralen Feindbild geworden ist. Verschwörungsideologische Narrative, wie die der angeblich drohenden „Gender-Agenda“ oder der „Gender-Ideologie“, unterstellen und konstruieren hinter feministischen Bestrebungen eine vermeintliche bedrohliche Übermacht (Mayer et al 2018, 37).

Queere und feministische Handlungsfelder Sozialer Arbeit und Pädagogik als Angriffsfläche antifeministischer Mobilisierung

Soziale Arbeit – mit ihren Grundsätzen von Gerechtigkeit und Vielfalt (u. a. Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V. 2025) – kann für Antifeminist*innen per se eine Angriffsfläche bieten. Dabei werden die „normativen Grundlagen der Profession“ (Großmaß 2020 zit. nach Lindner und Stützel 2022, 104) gezielt infrage gestellt³. Besonders im Rahmen eines „rechten Kulturkampfes“ und metapolitischer Strategien⁴ dienen vopolitische Räume wie Gender, Familie, Erziehung und Bildung als attraktive Orte der Mobilisierung (u. a. Baader 2020; Grenz 2025, 183).

Besonders im Rahmen eines „rechten Kulturkampfes“ und metapolitischer Strategien dienen vopolitische Räume als attraktive Orte der Mobilisierung.

Dass feministische Felder Sozialer Arbeit, darunter auch geschlechterreflektierende Mädchen*arbeit und Bildungsprojekte zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, verstärkt ins Visier antifeministischer

2 „Gender“ als Kampfbegriff und missverstandene Interpretation; abweichend der eigentlichen wissenschaftlichen Bedeutung im Kontext von Geschlecht als soziales Phänomen.

3 In einer Gleichzeitigkeit ist die Soziale Arbeit als Profession nicht gefeit davor, selbst zu einer (Re-)Produktion von Ungleichwertigkeitsideologien beizutragen und Anknüpfungspunkte für entsprechende Positionen zu bieten (vgl. Gille et al. 2022; Lindner und Stützel 2022; Lehnert und Radvan 2022).

4 Metapolitische Strategien der extremen Rechten bezeichnen Versuche, gesellschaftliche Werte, Denkweisen und Normen langfristig zu beeinflussen, ohne direkt parteipolitisch zu handeln. Ziel ist es, durch Debatten, Sprache, Kultur und Bildung ein rechtes Weltbild als „normal“ oder akzeptabel erscheinen zu lassen und so politische Veränderungen vorzubereiten.

Anfeindungen und Bedrohungen geraten, lässt sich auch historisch herleiten. So sind Errungenschaften aus der zweiten Frauenbewegung, beispielsweise die Entstehung von Frauenhäusern, Forderungen nach geschlechtlicher und sexueller Selbstbestimmung oder die Kollektivierung von Erfahrungen in patriarchalen Strukturen, in enger Verknüpfung mit Sozialer Arbeit zu sehen. Diese (Selbst-)Organisierung von Frauen* und Mädchen* entzieht sich elementaren patriarchalen Logiken. Entsprechende Strukturen werden seit jeher diffamiert und infrage gestellt (Bessy 2023, 2). Auch heute dienen Einrichtungen und Projekte zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt als Vehikel eines als übermächtig konstruierten Feminismus, einer „Gender-Ideologie“ oder „der Antifa“, wie die Leiterin der Geschäftsstelle des Deutschen Frauenrats Judith Rahner analysiert (Rahner 2019, 7). Rechte Akteur*innen erheben immer wieder Forderungen, entsprechende Arbeitsfelder von öffentlicher Förderung auszuschließen oder bestimmte Einrichtungen komplett zu schließen (Rahner 2019, 6).

Neben Ansprüchen nach Abschaffung und Diffamierungsversuchen gegenüber Projekten der Prävention und Beratung im Kontext geschlechtsspezifischer Gewalt nehmen die polarisierend und emotional geführten Auseinandersetzungen um sexualpädagogische Ansätze eine zentrale Rolle innerhalb des antifeministischen Kampffeldes ein. Aus-

Die polarisierend und emotional geführten Auseinandersetzungen um sexualpädagogische Ansätze nehmen eine zentrale Rolle innerhalb des antifeministischen Kampffeldes ein.

gehend von biologistischen Vorstellungen von Geschlecht und Sexualität werden pädagogische Auseinandersetzungen mit diesen Themen als überflüssig delegitimiert. Zugleich wird jede Form einer Pädagogik der Vielfalt einer vermeintlichen „Gender-Ideologie“ zugerechnet und in verschwörungsideologische Deutungsmuster einer angeblichen „Umerziehung“, „Frühsexualisierung“ oder „Kindeswohlgefährdung“ eingebettet (AfD Sachsen 2025; Initiative Elternaktion 2020). Politische Bildner*innen als vermeintlich ausführende Instanzen dieser „Agenda“ werden dabei zum Feindbild konstruiert (Oldemeier et al. 2020, zit. nach Grenz 2025, 59). Das kann Angriffe auf Einrichtungen und Mitarbeitende nach sich ziehen (Grenz 2025, 56). Beispiele für ebensolche queerfeindlich motivierte Angriffe finden sich ausreichend: Im November 2025 wurde ein queeres Jugendzentrum in der Nähe von Bremen zum Ziel eines rechtsextremen Anschlags (LSVD 2025). Im Oktober 2025 wurde das schwule Anti-Gewalt Projekt Maneo in Berlin Schöneberg ebenfalls zum Ziel von Sachbeschädigung aus vermutlich homofeindlichem Hintergrund (Queer.de 2025). Für Sachsen-Anhalt kündigt die AfD an, dass sie, sollte sie im September 2026 die Landesregierung übernehmen, Regenbogensymbole an Schulen verbieten wolle (LSVD Sachsen Anhalt 2026).

Antifeministische Politiken und ihre Auswirkungen auf feministische und queere Projekte in Ostdeutschland – ein Blick in die Praxis

Um zu verstehen, wie antifeministische Politiken die Praxis beeinflussen, wurden exemplarisch zwei Expert*inneninterviews mit Mitarbeitenden aus queeren und feministischen Projekten geführt. Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse aus diesen Gesprächen zusammen mit einer theoretischen Einordnung vorgestellt.

Um zu verstehen, wie antifeministische Politiken die Praxis beeinflussen, wurden exemplarisch zwei Expert*inneninterviews geführt.

Zum Schutz der Interviewpartner*innen erfolgt die Darstellung und Analyse der Interviewaussagen ausschließlich in anonymisierter Form. Beide Interviewpartner*innen sind hauptamtlich in der queeren und feministischen Beratungs- und Bildungsarbeit in zwei unterschiedlichen ostdeutschen Bundesländern tätig.

Das Projekt von Interviewpartnerin 1 richtet sich an Fachkräfte der Mädchen*arbeit und der geschlechterreflektierenden Arbeit auf Landesebene. Durch Beratung, Netzwerkstärkung, Weiterbildung für Multiplikator*innen und Begleitung bei Fördermittelanträgen werden Akteur*innen vor Ort unterstützt. Interviewpartner*in 2 ist als politische Bildnerin in einem queer-feministischen Verein tätig. Die Bildungsarbeit des Vereins richtet sich an Jugendliche sowie an Multiplikator*innen aus der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit im ländlichen Raum. Ziel der Bildungsformate ist die Sensibilisierung für Themen rund um „queeres Lieben und Leben“ sowie der Abbau queerfeindlicher Einstellungen und Feindbilder. Ergänzend zur Bildungsarbeit bietet der Verein Beratungsangebote sowie offene Begegnungsformate an. Gemeinsam ist der Arbeit beider Interviewpartner*innen, dass sie sich auf Zielgruppen im ostdeutschen (ländlichen) Raum beziehen. Trotz der Verortung in unterschiedlichen Bundesländern zeigen sich strukturelle Gemeinsamkeiten der jeweiligen Sozialräume, deren Bedeutung für die Praxis im weiteren Verlauf des Artikels herausgearbeitet wird.

Antifeministische Delegitimierungs- und Normalisierungsstrategien

Die von den Interviewpartner*innen beschriebenen Angriffe und Auswirkungen lassen sich in drei Ebenen gliedern: in eine individuelle Ebene, in eine Ebene, die die unmittelbare Projektpraxis betrifft, und in eine strukturelle Ebene (angelehnt an Ringhofer 2016).

Auf der *individuellen Ebene* berichten sie davon, dass sie einen deutlichen Anstieg von Anfeindungen sowohl gegen ihre Arbeit als auch gegen sich selbst als Projektmitarbeitende erleben. So komme es vermehrt zu direkten Konfrontationen im Klassenraum und Jugendclubs. Dabei berichten die Interviewpartner*innen davon, dass sich nicht nur die Häufigkeit, sondern auch die politisch-weltanschaulichen Hintergründe von queerfeindlichen und antifeministischen Argumentationen verändert hätten:

*„Wir hatten glaube ich vor ein paar Jahren eher Fokus auf: wie kann ich gut auf christlich-fundamentalistische Dinge antworten, wie kann ich gut auf, zum Beispiel auch islamisch geprägte Argumente reagieren [...] und mittlerweile ist der Fokus definitiv darauf, dass wir auch Lehrkräfte zum Teil abfragen, wisst ihr, ob eure Jugendlichen in gefestigten rechten Strukturen stattfinden [...].“ (Interviewpartner*in 2)*

Zusätzlich erleben die Projektmitarbeitenden Anfeindungen in Form von Hassmails, Drohnachrichten oder direkter Konfrontation. Antifeministischer Akteur*innen versuchen Mitarbeitende im Rahmen von Veranstaltungen gezielt „abzufangen“: „Es gab vor ein paar Jahren, [...] diese Initiative von den besorgten Eltern⁵, die wollten eigentlich gerne Projekte wie unseres vor Schulen abfangen, um sie nicht mehr an die Schulen zu lassen.“ (Interviewpartner*in 2)

Antifeministische Entwicklungen zeigen sich auch auf der *Ebene der unmittelbaren Projektpraxis*. So komme es zu verbalen Angriffen vor Jugendclubs oder Mädchen*-Treffen, die sich explizit gegen die Zielgruppen der Projekte richten und Einrichtungen als „grünversifft“ oder feindlich mit „Antifa“ markiert werden. Hier lässt sich an die oben ausgeführte Einschätzung anknüpfen, dass Einrichtungen, die als Orte zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt wahrgenommen werden, antifeministisch diffamiert werden (Rahner 2019, 7).

Antifeministische Entwicklungen zeigen sich auch in der unmittelbaren Projektpraxis. So werden verbale Angriffe vor Jugendclubs oder Mädchen*-Treffen berichtet.

Mit Blick auf die Zielgruppe Jugendliche beschreiben die Interviewpartner*innen eine doppelte Verschiebung, die in ihrer alltäglichen Arbeitspraxis sichtbar wird: Zum einen sind ein Teil der

⁵ Die Initiative „Besorgte Eltern“ wurde 2013 von einem Familienvater aus Protest gegen eine vermeintliche „Frühsexualisierung“ von Kindern und die „Gender Ideologie“ gegründet. Gemeinsam mit Akteur*innen aus verschwörungsideologischen und christlich fundamentalistischen Kontexten, z. B. der „Demo für alle“, organisierte die Initiative Demonstrationen, auf denen auch der rechte Verschwörungsideologe Jürgen Elsässer sprechen durften. Im Internet verbreitet die Initiative u. a. queerfeindliche und verschwörungsideologische Inhalte auf ihrer Website sowie auf einschlägigen Medien, z. B. kla.tv. (Schmincke 2016; Riedlberger 2015).

Jugendlichen zunehmend selbst von extrem rechter, antifeministischer und insbesondere queerfeindlicher Gewalt betroffen. Zum anderen lassen sich vermehrt extrem rechte und antifeministische Positionen unter Jugendlichen beobachten. Dabei stellten die bundesweiten Angriffe auf CSDs in den letzten beiden Jahren einen Tiefpunkt in der Radikalisierung queerfeindlicher Haltungen unter Jugendlichen dar. Mit Blick auf Ostdeutschland fiel dabei sowohl die hohe Gewaltbereitschaft als auch das junge Alter der Angreifenden auf (dpa 2025). Die Interviewpartner*innen berichten davon, dass Feminismus und Demokratie für viele junge Menschen in ihren Arbeitsbereichen als „uncool“ oder sogar als riskant gelten würden, insbesondere in sozialen Räumen, in denen es kaum Gegenstimmen gebe.

Für feministische und queere Bildungsarbeit sowie Mädchen*arbeit bedeute dies, dass sie mit Jugendlichen arbeiten, die in einer Normalität von Antifeminismus und Queerfeindlichkeit aufwachsen. Dies stellt hohe Anforderungen an die pädagogische Praxis und verstärkt den Druck auf die Projekte. Die Interviewpartner*innen geben beide an, dass die Hegemonie rechten Gedankenguts im ländlichen Raum in Ostdeutschland prägend für ihre Arbeit sei. So beschreiben sie, dass die Jugendlichen, mit denen sie arbeiten, teilweise AfD-Rhetoriken unkritisch aus ihrem Umfeld übernehmen würden: „Das ist ihr Umfeld, das ist die Wahrheit, in der sie stattfinden“ (Interviewpartner*in 2).

Neben dieser skizzierten individuellen und projektbezogenen Ebene erscheinen zudem *strukturelle Angriffe* auf die Arbeitsfähigkeit der Projekte als gravierend. Beide Interviewpartner*innen schildern, dass teilweise jahrzehntelang bestehende Förderungen zunehmend unsicherer werden durch neue Anforderungen in den Antragsverfahren oder Kürzung von Mitteln. Alternativ würde sich vermehrt auf Stiftungsgelder und Spenden bezogen werden (Interviewpartnerin 1). Die Einschätzungen der Projektmitarbeitenden unterscheiden sich dabei hinsichtlich der betroffenen Ebene – ob also Landes- oder kommunale Förderung betroffen ist. Das deutet darauf hin, dass es sich um eine übergreifende Entwicklung handelt.

Den untersuchten Arbeitsfeldern der queeren und feministischen Mädchen*- und Bildungsarbeit werden unterschiedliche rechte und antifeministische Narrative entgegengebracht.

Den untersuchten Arbeitsfeldern der queeren und feministischen Mädchen*- und Bildungsarbeit werden dabei unterschiedliche rechte und antifeministische Narrative entgegengebracht: Der Bereich der Mädchen*arbeit sieht sich dabei weniger einer pauschalen Abwertung ausgesetzt als vielmehr einem wachsenden Rechtfertigungsdruck. Dieser entsteht vor dem Hintergrund der Erzählung einer vermeintlichen „Jungenbenachteiligung“ sowie der Annahme, feministische Anliegen hätten ihre

gesellschaftliche Relevanz bereits verloren. Plastisch wird dies in der Erfahrung, dass feministische Mädchen*arbeit über viele Jahre von kommunalen Verwaltungsmitarbeitenden weitgehend unbeachtet blieb und erst im Zuge einer antifeministischen Diskursverschiebung zunehmend problematisiert wurde. Begriffe, die zuvor selbstverständlich verwendet wurden, etwa „Feminismus“ oder „Intersektionalität“⁶, geraten mittlerweile ins Visier, sobald sie in Anträgen benannt werden. Die queere und feministische Bildungsarbeit sieht sich dahingehend stärker mit einer klaren Feindbildmarkierung, queerfeindlichen und menschenverachtenden Positionen konfrontiert. Dabei wird die grundsätzliche Abschaffung ihrer Arbeit gefordert. Expert*in 2 berichtet davon, dass queere Angebote häufig nicht als Teil sozialer oder pädagogischer Praxis, sondern als politische Programmatik wahrgenommen werde. Vorherrschend sei die Erzählung einer ‚Frühsexualisierung‘ und ‚Indoktrination‘ (Kemper 2024, 80 ff.). Hier ist zu vermerken, dass außerschulische queere und feministische Bildung vorwiegend nicht regelfinanziert und daher besonders umkämpft und prekär ist. Die Ausführungen der Expert*innen verdeutlichen, wie antifeministische Positionen, erschwerte Förderbedingungen sowie verknappte Finanzmittel für queere und feministische Arbeit zunehmend auch in Verwaltungslogiken und kommunalen Entscheidungsprozessen verankert sind und wirken.

Die queere und feministische Bildungsarbeit sieht sich stärker mit einer klaren Feindbildmarkierung, queerfeindlichen und menschenverachtenden Positionen konfrontiert.

Diese skizzierten Erfahrungen auf den drei Ebenen werden nicht als singuläre Vorfälle, sondern als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Verschiebung nach rechts wahrgenommen, die sich in den letzten Jahren verschärft habe: „Und jetzt ist es nicht mehr weg zu denken. Es ist jetzt das ‚new normal‘. Jeden Tag kann mein Telefon klingeln und meine Kollegin erzählt mir sowas.“ (Interviewpartnerin 1)

Konsequenzen und Handlungsstrategien im Umgang mit antifeministischen Angriffen

Eine zunehmende antifeministische Polarisierung bleibt nicht folgenlos für die professionelle Selbstverortung und die Möglichkeiten der Projektumsetzung. Beide Interviewpartner*innen berichten, dass Begriffe wie „Feminismus“, gendergerechte Sprache oder demokratische

6 Intersektionalität beschreibt nach Kimberlé Crenshaw, dass verschiedene Diskriminierungs- und Herrschaftsverhältnisse (z. B. Rassismus, Sexismus, Klassismus) nicht unabhängig voneinander wirken, sondern sich überschneiden und gegenseitig verstärken. Dadurch entstehen Benachteiligungen, die nur verstanden werden können, wenn diese Verschränkungen gemeinsam betrachtet werden (vgl. Crenshaw 1989).

Selbstverständnisse in der Praxis Resonanz auslösen und Widerstände von Jugendlichen, Eltern, lokalen Akteur*innen sowie Fördermittelgebern hervorrufen. Mittlerweile ist in sechs Bundesländern der Gebrauch gendergerechter Sprache im schulischen Kontext stark eingeschränkt oder untersagt. Das beschreiben beide Interviewpartner*innen als konkrete Einschränkung fachlicher Handlungsspielräume. Auch Förderentscheidungen werden politisiert wahrgenommen, etwa die Beendigung der Landesfinanzierung für Beratungsangebote für queere Geflüchtete in Sachsen Ende 2025 (Steinberg 2025), die als Zäsur für etablierte und dringend benötigte Strukturen beschrieben wird.

Ausgehend davon bewegen sich die Projekte in einem Spannungsfeld zwischen Projektschutz und politischer Positionierung. Um Angriffsflächen zu minimieren und die eigene Existenz zu sichern, werden teilweise Anpassungen vorgenommen. Diese bewerten die Interviewpartner*innen ambivalent. Dazu zählen insbesondere Modifikationen in der sprachlichen Rahmung ihrer Arbeit sowie eine bewusste Abwägung zwischen gendergerechter Sprache und Reichweite, etwa wenn „im Zweifel [...] in Workshops nicht gegendert [wird], in der Hoffnung, darüber mehr Personen zu erreichen“ (Interviewpartner*in 2). Einerseits ermöglichen solche Maßnahmen das Weiterarbeiten unter erschwerten Bedingungen, andererseits bürden sie die Gefahr eines „vorausseilenden Gehorsams“ durch welchen zentrale politische Anliegen unsichtbar werden und ein Entpolitisierungsprozess begünstigt werden könne.

Die Projekte bewegen sich in einem Spannungsfeld zwischen Projektschutz und politischer Positionierung. Um Angriffsflächen zu minimieren und die eigene Existenz zu sichern, werden teilweise Anpassungen vorgenommen.

Die Folgen antifeministischer Angriffe und Delegitimierungsversuche zeigen sich auch auf der Ebene der Praktiker*innen selbst. Eine angespanntere Sicherheitslage und unsichere Finanzierungen äußern sich in erhöhter emotionaler Belastung, der Notwendigkeit zusätzlicher Sicherheitsvorkehrungen oder der Entscheidung, Arbeitsstellen zu verlassen. Antifeministische Angriffe wirken damit als Strategie des „Mürbemachens“, die über öffentliche Diskurse hinaus tief in die Arbeitsrealitäten zivilgesellschaftlicher Akteur*innen eingreift und deren langfristige Handlungsfähigkeit gefährdet. Auf struktureller Ebene berichten die Interviewpartner*innen, dass bundesweite Förderprogramme häufig als vergleichsweise „sicherer“ wahrgenommen werden als kommunale Finanzierungen, die stärker von lokalen politischen Mehrheiten abhängen. Gleichzeitig wird ein hoher Bedarf an geschlechterreflektierender und queerer Arbeit beobachtet, der jedoch einer chronischen finanziellen Unterausstattung gegenübersteht.

Im Umgang mit den beschriebenen Angriffen setzen die Projekte auf unterschiedliche Strategien. Als zentrale Ressource wird die Vernetzung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen benannt. Der Austausch mit anderen Projekten wird als entlastend und stärkend beschrieben; allein darüber zu sprechen, was passiert, gebe Mut und Kraft.

Auf die Frage danach, was es zukünftig für ihre Arbeit brauche, antworteten die Interviewpartner*innen einerseits, dass es eine langfristige, sichere Finanzierung für Projekte zu geschlechtergerechter Bildungsarbeit und Sozialer Arbeit nötig sei. Nur langfristige Finanzierung stelle auch nachhaltige gesellschaftliche Verankerung der Arbeit sicher. Daneben brauche es das grundlegende Verständnis davon, dass queere und feministische Arbeit unabdingbar für eine gerechte Demokratie sei. So schließt Interviewpartner*in 2 mit einem Wunsch ab:

„Ich würde mich [...] freuen, wenn zumindest bei den Erwachsenen beim Wort Feminismus nicht sofort die Ohren zugehen oder bei Queerness oder sämtlichen Dingen, die sie vielleicht nicht selbst betreffen, aber definitiv eben stattfinden in ihrem Leben. Weil ich glaube, das würde es den Jugendlichen sehr viel einfacher machen, auch zu sehen, dass wir eben irgendwie alle Menschen sind, die zusammen auch in dieser Welt leben.“

Insbesondere in Sozialräumen, die von rechten Hegemonien geprägt sind, muss queere und feministische Arbeit als dringend notwendige Demokratiewerkarbeit verstanden werden. Umso eindrücklicher und wichtiger ist, dass trotz der beschriebenen Belastungen die Interviewpartner*innen eine klare Haltung äußern, die eigene Arbeit nicht aufzugeben, sondern aktiv zu verteidigen: „Jetzt erst recht! Wir kämpfen jetzt für unsere Berufsfelder. Weil wir wissen, dass die gut sind. Und weil wir wissen, dass wir gut sind. Und wir wissen, was die Jugendlichen brauchen.“ (Interviewpartnerin 1)

Insbesondere in Sozialräumen, die von rechten Hegemonien geprägt sind, muss queere und feministische Arbeit als dringend notwendige Demokratiewerkarbeit verstanden werden.

Fazit

Die Analyse macht deutlich, dass antifeministische und queerfeindliche Dynamiken tief in die Arbeitsrealitäten feministischer und queerer Sozialer Arbeit eingreifen. Sie äußern sich nicht nur in direkten Angriffen, sondern auch in subtileren Formen der Delegitimierung, in veränderten Diskursen sowie in strukturellen Einschränkungen. Die Kürzungen öffentlicher Förderungen für queere

und feministische Arbeit ist Ausdruck dessen, dass Antifeminismus nicht nur Teil rechter Diskurse ist, sondern sich längst in Realpolitik niederschlägt. Antifeminismus erweist sich somit als gesamtgesellschaftliches Phänomen, welches zunehmend in institutionelle und alltägliche Zusammenhänge hineinwirkt. Zugleich wird sichtbar, dass die betroffenen Projekte trotz wachsender Herausforderungen handlungsfähig bleiben und Strategien entwickeln, um ihre Arbeit fortzuführen. Diese bewegen sich jedoch in einem Spannungsfeld zwischen notwendigem Schutz, Anpassungsdruck und dem Versuch, weiterhin emanzipatorisch wirksam zu sein. Abschließend ist festzuhalten: Eine langfristige Absicherung und gesellschaftliche Anerkennung queerer und feministischer Sozialer Arbeit muss unverzichtbarer Bestandteil demokratischer Infrastruktur sein.

Eine langfristige Absicherung und gesellschaftliche Anerkennung queerer und feministischer Sozialer Arbeit muss unverzichtbarer Bestandteil demokratischer Infrastruktur sein.

Anna Blume Böttcher studierte Soziale Arbeit (M. A.). Als politische Bildnerin und Referentin beschäftigt sie sich mit den Themen extreme Rechte im Kontext Soziale Arbeit und Schule, Antifeminismus, geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention, Kontinuität rechter Gewalt und Terror. Aktuell arbeitet sie an der Hochschule RheinMain als wissenschaftliche Mitarbeiterin zu Rechtsextremismus und Soziale Arbeit.

Marie Künne ist Politikwissenschaftlerin (M. A.), politische Bildnerin und systemische Beraterin. Seit vielen Jahren ist sie in der politischen Bildungsarbeit zu den Themenschwerpunkten Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Antifeminismus tätig. Marie Künne lebt und arbeitet in Sachsen und hat in ihrer Arbeit einen Fokus auf ostdeutsche Gegebenheiten. Als systemische Beraterin war Marie Künne in der Beratungsarbeit mit Betroffenen von Antisemitismus tätig und arbeitet aktuell als Referentin zu Antisemitismus an deutschen Hochschulen.

Quellenverzeichnis

- AfD Sachsen (2025). Elternbrief, Online verfügbar unter <https://afd-fraktion-sachsen.de/elternbrief/> (abgerufen am 14.04.2026).
- Initiative Elternaktion (2020). Sexualpädagogik in Schule und Kita. Jetzt aktiv werden: Für eine kindgerechte Sexualerziehung. Online verfügbar unter [broschuere-elternaktion_klein_20200225.pdf](https://www.elternaktion.de/broschuere-elternaktion_klein_20200225.pdf) (abgerufen am 13.04.2026).

Literaturverzeichnis

- Arbeitskreis Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention (2019). Offener Brief zur Förderpolitik des Bundesprogramms Demokratie leben! Und die fehlende geschlechterreflektierende Perspektive auf Rechtsextremismusprävention. Online verfügbar unter <https://bit.ly/41qFvPR> (abgerufen am 06.02.2026).
- Amadeu Antonio Stiftung (2023). Gender matters. Geschlechterreflektierende Ansätze gegen Rechtsextremismus. Online verfügbar unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2023/07/gender-matters-netz.pdf> (abgerufen am 14.04.2026).
- Baader, Meike Sophia (2020). Neue Rechte – „Umerziehung“, „Genderideologie“ und „Frühsexualisierung“ – Kampfbegriffe in einem neuen Kulturkampf. Erziehungswissenschaftliche Themen im Fokus von Populismus und Neuer Rechter. In: Binder, Ulrich/Oelkers, Jürgen (Hg.). Das Ende der politischen Ordnungsvorstellungen des 20. Jahrhunderts. Wiesbaden [Heidelberg]: Springer VS, 129–154.
- Bessy, Albrecht-Ross (2013). Die Geschichte der Frauenhäuser und Psychiatriebetroffene Frauen im Frauenhaus. Online verfügbar unter https://autonome-frauenhaeuser-zif.de/wp-content/uploads/2021/05/af_02_ross.pdf (abgerufen am 03.02.2026).
- Blum, Rebekka (2021). Historische Kontinuitäten und Brüche im deutschen Antifeminismus. Online verfügbar unter <https://www.gender-blog.de/beitrag/antifeminismus-deutschland-kontinuitaeten-brueche> (abgerufen am 05.02.2026).
- Crenshaw, Kimberlé (1989). Demarginalizing the intersection of race and sex: A black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory, and antiracist politics. The University of Chicago Legal Forum, 1989(1), 139–167.
- Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V. (DBSH) (2025). Berufsethik des DBSH Ethik und Werte in der Sozialen Arbeit. Online verfügbar unter https://www.dbsh.de/media/public/dbsh-bund/Profession/2025-05-21_DBSH_Berufs-ethik_2._Fassung.pdf (abgerufen am 08.02.2026).
- Deutscher Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V. (2022). Gewaltschutz unter Druck – Umgang mit Rassismus und Rechtsextremismus im Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen. Online verfügbar unter https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/vielfalt-o-alternative/doc/gewaltschutz_unter_druck_web.pdf (abgerufen am 07.02.2026).
- Dpa Sachsen (2025). Bericht: CSD-Demos im Osten im Fokus Rechtsextremer. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/news/2025-10/28/bericht-csd-demos-im-osten-im-fokus-rechtsextremer> (abgerufen am 07.02.2026).
- FemPl/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (2022). Antifeminismus Plädoyer für eine analytische Schärfe. Online verfügbar unter https://fempinetzwerk.wordpress.com/wp-content/uploads/2022/07/antifeminismus_pladoyer-fur-eine-analytische-scharfe.pdf (abgerufen am 05.02.2026).
- Gille, Christoph/Jagusch, Birgit/Chehata, Yasmine (2022). Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit: Eine dreifache Bewegung. In: Christoph Gille/Birgit Jagusch/Yasmine Chehata (Hg.). Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten. Weinheim, Beltz Juventa, 9–18.
- Grenz, Juno (2025). Bildung in Zeiten von Antifeminismus: Eine bildungs- und queertheoretische Diskursanalyse der Debatte um den „Bildungsplan 2015“. Leverkusen, Verlag Barbara Budrich.

- Henninger Annette/Birsl, Ursula (2020). Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld, Transcript Verlag.
- Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver (2022). Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller, Elmer Brähler (Hg.). Leipziger Autoritarismus Studie, Gießen, Psychosozial-Verlag, 245–270.
- Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna (2024). Antifeminismus und Antisemitismus – eine autoritär motivierte Verbindung?, In: Oliver Decker, Kiehl, Heller, Brähler (Hg.). Leipziger Autoritarismus Studie, Gießen, Psychosozial-Verlag, 161–177.
- Kemper, Andreas (2024). Antifeministische Narrative. Ein Diskursatlas. In: Eine Publikation des Gunda-Werner-Instituts in der Heinrich-Böll-Stiftung. Online verfügbar unter https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2024/07/Zusammenleben-in-der-Migrationsgesellschaft_Antifeministische-Narrative.pdf (abgerufen am 06.02.2026).
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2018). Antifeminismus in Bewegung – Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press UG, Hamburg.
- Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2022). „Unpolitische“ Soziale Arbeit. Das Konzept der ‚professionellen Mütterlichkeit‘ am Beginn der Professionalisierungsgeschichte und seine (Aus-) Wirkungen in die Gegenwart. In: Michaela Köttig/Nikolaus Meyer/Johanna Bach/Connie Castein/Mona Schäfer, Mona (Hg.). Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Opladen/Toronto, Verlag Barbara Budrich, 29–44.
- Lindner, Stefanie/Stützel, Kevin (2022). Die extreme Rechte in Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit. In: Michaela Köttig/Nikolaus Meyer/Johanna Bach/Connie Castein/Mona Schäfer (Hg.). Soziale Arbeit und Rechtsextremismus – Ein Studienbuch für Lernende und Lehrende. Opladen/Toronto, Barbara Budrich.
- Lola für Demokratie e. V. (2025). Antifeministische Zustände...sichtbar machen. Antifeministische Vorfälle in Deutschland 2024. Kurzbericht zu Zahlen und Analysen der Meldestelle Antifeminismus. Online verfügbar unter https://antifeminismus-melden.de/wp-content/uploads/sites/7/2025/08/Antifeminismus2024_KurzberichtMeldestelle_LOLAeV2025_WEB.pdf (abgerufen am 18.04.2026).
- LSVD (2025). Rechtsextremer Angriff auf das queere Jugendzentrum Spektrum in Gifhorn. Pressemitteilung vom 25.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.lsvd.de/de/ct/15917-Rechtsextremer-Angriff-auf-das-queere-Jugendzentrum-Spektrum-in-Gifhorn> (abgerufen am 18.04.2026).
- LSVD Sachsen-Anhalt (2026). AfD-Wahlprogramm 2026: Ein Risiko für queere Menschen in Sachsen-Anhalt. Online verfügbar unter <https://lsvd-lsa.de/afd-wahlprogramm-2026-ein-risiko-fuer-queere-menschen-in-sachsen-anhalt/> (abgerufen am 18.04.2026).
- Mayring, Philip (2015). Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken.12., überarbeitete Auflage. Weinheim/Basel, Beltz Verlagsgruppe.
- Oldemeier, Anna Lena/Backöfer, Ferdinand/Maurer, Susanne/Aleksin, Katharina (2020). Divergenz, Ambivalenz, Kongruenz. Verhältnisbestimmungen zwischen antifeministischem Diskurs und pädagogischem Feld. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.). Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschafts-spaltendem Potential? Bielefeld, Transcript Verlag, 231–264.
- Opferperspektive (2025). Rechte Angriffe auf den Spremberger Jugendclub, 26.03.2025, Online verfügbar unter <https://www.opferperspektive.de/aktuelles/angriff-jugendclub-erebos> (abgerufen am 08.02.2026).
- Planert, Ute (1998). Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität. Göttingen, Vandenhoeck u. Ruprecht.
- Queer.de (2025). Neue Attacke auf schwules Anti-Gewalt-Projekt Maneo. Queer.de vom 03.12.2025. Online verfügbar unter https://www.queer.de/detail.php?article_id=55287 (abgerufen am 18.04.2026).

- Rahner, Judith (2019). Schwerpunkt: Antifeminismus und Rechtspopulismus. Antifeminismus und rechte Narrative im Kontext von Gleichstellungs- und Frauenhausarbeit. In: Frauenhauskoordinierung e. V.: Fachinformation. Aktuelle Debatten und Entwicklungen 2019. Online verfügbar unter https://www.frauenhauskoordinierung.de/fileadmin/redakteure/Publikationen/Newsletter/2019-11-27_FHK_Fachinformation_2019.pdf (abgerufen am 08.02.2026).
- Riedlberger, Johannes (2015). Besorgte Eltern – Wer sie sind und was sie wollen. Belltower News 16. März 2015. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/besorgte-eltern-wer-sie-sind-und-was-wie-wollen-39246/> (abgerufen am 18.04.2026).
- Ringhofer, Hannah (2016). Antifeminismus und feministische Soziale Arbeit. Der neue alte Kampf gegen feministische Errungenschaften. In: soziales_kapital Band 15. Rubrik „Junge Wissenschaft“. Standort Innsbruck. Online verfügbar unter <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/424/764> (abgerufen am 03.01.2026).
- Sasse, Laura (2025). Antifeminismus in der Soziale Arbeit. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/infopool-rechtsextremismus/558460/antifeminismus-in-der-sozialen-arbeit/#footnote-target-2> (abgerufen am 07.02.2026).
- Schmincke, Imke (2016). ‚Besorgte Eltern‘ und ‚Demo für alle‘ – das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen. Input des Panel von Dr. Imke Schmincke, am 31.05.2016 zur „Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus“ des Gunda-Werner-Instituts. Online verfügbar unter https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/07/input_besorgte_eltern_schmincke.pdf (abgerufen am 11.05.2026).
- Steinberg, Alexandra (2025). Kein Geld für die Beratung von queeren Geflüchteten. Sachsen kürzt bei einer besonders vulnerablen Gruppe – während andere Integrationsprojekte weiterfinanziert werden. Kreuzer online vom 03.12.2025. Online verfügbar unter <https://kreuzer-leipzig.de/2025/12/03/leipzig-sachsen-kuerzung-beratung-queer-gefluechtet> (abgerufen am 17.04.2026).
- Vahid-Moghtada, Nikta (2025). Queer auf dem Land: Beleidigungen, tätliche Angriffe, Morddrohungen, mdr.de, 03.05.2025, Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/doebeln-rochlitz/queeres-leben-bedrohung-csd-doebeln-bautzen-100.html> (abgerufen am 08.02.2026).



TEIL III

ANTIFEMINISTISCHE MOBILISIERUNG

Feminismus – eine große Assimilationsagenda?

Hanin El-Auwad, Julia Haas & Saskia Lanser

Der Beitrag befasst sich mit antifeministischen Argumentationen in islamistischen Diskursen in Deutschland. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass Feminismus von islamistischen Akteur*innen häufig als westliches „Importprodukt“ dargestellt wird, das im Widerspruch zum Islam stehe und die eigene Gemeinschaft bedrohe. Antifeministische Vorstellungen von u. a. Geschlechterrollen und Familie und die Ablehnung queerer Lebensweisen spielen eine zentrale Rolle. Im Fokus stehen islamistische Akteur*innen, die religiöse Vorstellungen politisieren und antifeministische Erzählungen über mediale Formate verbreiten. Anhand ausgewählter Beiträge aus dem deutschsprachigen Online-Raum wird mittels qualitativer Inhaltsanalyse untersucht, wie antifeministische Positionen begründet und kommuniziert werden und diese diskurstheoretisch eingeordnet. Ziel ist es, sichtbar zu machen, welche Funktionen diese Argumentationen für Abgrenzung, eigene Identitätsstiftung und die Zementierung traditioneller Geschlechterordnungen erfüllen und aufzuzeigen, wie sie gesellschaftliche und politische Teilhabe begrenzen.

Empfohlene Zitierung:

El-Auwad, Hanin/Haas, Julia/Lanser, Saskia (2026). Feminismus – eine große Assimilationsagenda? In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 122–135.

Schlagwörter:

Antifeminismus, Islamismus, Anti-Gender, Geschlecht, Gleichberechtigung



**„ANTIFEMINISMUS IST IM
ISLAMISTISCHEN DISKURS
WEIT MEHR ALS EINE
BEILÄUFIGE ABLEHNUNG
GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHER
FORDERUNGEN – ER
FUNGIERT ALS ZENTRALES
IDEOLOGISCHES
ABGRENZUNGSMERKMAL
GEGENÜBER DER ALS
,DEKADENT‘ KONSTRUIERTEN
WESTLICHEN GESELLSCHAFT.“**

Hanin El-Auwad, Julia Haas & Saskia Lanser

Wie islamistische Gruppierungen antifeministische Erzählungen für sich nutzen

„[...] sprich der Feminismus [hat] nichts mit unserer Geschichte zu tun, sondern [ist] eine westliche Antwort – und das muss ganz klar gesagt werden – auf ein rein westliches Problem [...], [die] zudem dem Islam vollkommen widerspricht und keinen Bezug zu unserer Scharia und den Offenbarungstexten des Islam hat.“ (Hoffmann 2023a/Realität Islam)

Mit dieser Aussage positioniert sich ein Sprecher der islamistischen Gruppierung Realität Islam deutlich. Realität Islam steht in ideologischer Nähe zur islamistischen Bewegung Hizb ut-Tahrir, für die in Deutschland seit 2003 ein Betätigungsverbot besteht. Akteur*innen von Realität Islam treten besonders durch die Verbreitung von islamistischen Narrativen und Argumentationsmustern in Erscheinung, die gezielt in aktuelle gesellschafts- und politikbezogene Diskurse eingebettet werden, um muslimische Zielgruppen ideologisch zu beeinflussen. Das Zitat steht exemplarisch für eine Erzählung, die sich in islamistischen Öffentlichkeiten in Deutschland zunehmend beobachten lässt: Feminismus wird als westliches „Importprodukt“ konstruiert, das die eigene religiös-kulturelle Ordnung bedrohe und daher abzuwehren sei. Antifeminismus als politische Agenda nimmt dabei in islamistischen Argumentationen einen wachsenden Stellenwert ein, insbesondere wenn es um die Verteidigung traditioneller Rollenvorstellungen und die Abwehr queerer Lebensweisen geht.

Antifeminismus begleitet feministische Bewegungen seit deren Beginn. Bereits im frühen 20. Jahrhundert organisierten sich Gruppen wie der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation gegen Forderungen wie das Frauenwahlrecht (Kaiser 2021). Während Feminismus auf den Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten und die Erweiterung von Rechten zielt, positioniert sich

Antifeminismus ist als Querschnittsthema fester Bestandteil extrem rechten Denkens ebenso wie religiös-fundamentalistischer Strukturen – und, wie im Folgenden argumentiert wird, auch islamistischer Erzählungen.

Antifeminismus als Gegenbewegung zu diesen gesellschaftlichen Liberalisierungsprozessen (Lang und Fritzsche 2018, 340). Dabei handelt es sich nicht nur um eine reaktive Haltung, sondern um eine eigenständige Ideologie, die auf Vorstellungen geschlechtlicher Ungleichwertigkeit basiert und die Aufrechterhaltung patriarchaler Herrschaftsverhältnisse anstrebt (vgl. Blum 2021; femPI Netzwerk/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus 2022; siehe auch Wissen schafft Demokratie 13/2023). In dem Streben nach der Bewahrung einer „natürlichen“ und/oder „gottgewollten“ Geschlechterordnung vereinen sich unterschiedliche Akteursgruppen. Antifeminismus

ist als Querschnittsthema fester Bestandteil extrem rechten Denkens ebenso wie religiös-fundamentalistischer Strukturen – und, wie im Folgenden argumentiert wird, auch islamistischer Erzählungen.

Islamismus ist dabei nicht mit religiösem Glauben oder konservativer Religiosität gleichzusetzen, sondern beschreibt eine Ideologie, die religiös begründet wird und einen exklusiven Wahrheits- und Herrschaftsanspruch erhebt. Islamistische Akteur*innen¹ gehen davon aus, den „einzig wahren“ Islam zu vertreten, lehnen

Islamistische Geschlechterpolitiken knüpfen zwar an patriarchale Lesarten islamischer Traditionen an, verschärfen diese jedoch, indem sie sie in ein starres und unveränderbares System überführen.

Volkssouveränität sowie „menschengemachte Gesetze“ ab und erkennen pluralistische Rechts- und Gesellschaftsordnungen – etwa Menschenrechte – nicht als legitim an (vgl. Seidensticker 2023; Pfahl-Traugber 2011). Die große historische und regionale Vielfalt islamischer Denktraditionen wird dabei negiert; abweichende Auslegungen gelten als unvereinbar und werden abgewertet, was sich häufig auch gegen andere Muslim*innen richtet. Zentral für islamistische Ideologien sind rigide Geschlechterpolitiken, die zwangsläufig in eine antifeministische Grundhaltung münden. Feminismus stellt aus dieser Perspektive eine Bedrohung für vermeintlich eindeutige geschlechtliche Ordnungen dar. Geschlecht wird im Islamismus als eindeutig, binär, heteronormativ und religiös festgelegt verstanden. Geschlechterrollen gelten als „natürlich“ oder „gottgewollt“ und umfassen Identität, Körper, soziale Rolle und sexuelle Orientierung gleichermaßen (vgl. Meiering et al. 2018; El-Wereny 2020). Islamistische Geschlechterpolitiken knüpfen zwar an patriarchale Lesarten islamischer Traditionen an, verschärfen diese jedoch, indem sie sie in ein starres und unveränderbares System überführen. Frauen werden in ihrer Teilhabe am öffentlichen Leben stark eingeschränkt, während Männern größere Handlungsspielräume und Autorität zugeschrieben werden. Entscheidungs- und Machtpositionen sind nahezu ausschließlich männlich besetzt, wodurch eine institutionalisierte Geschlechterhierarchie entsteht (vgl. Meiering et al. 2018; Wolf und Hell 2021). Gleichstellungsprozesse, die Infragestellung traditioneller Geschlechterrollen sowie geschlechtliche und sexuelle Vielfalt werden dabei kategorisch abgelehnt. Feminismus wird so zum zentralen Feindbild, da er die vermeintliche Natürlichkeit oder religiöse Legitimierung geschlechtlicher Zuschreibungen infrage stellt.

Antifeminismus zielt insgesamt auf die Einschränkung von Sichtbarkeit, Teilhabe und Selbstbestimmung vielfältiger Lebensweisen. Die identitätsstiftende Wirkung von Antifeminismus nach innen und als Andockmöglichkeit an gesellschaftliche Debatten wird dabei häufig unterschätzt. In

1 Wir verwenden durchgehend eine geschlechtergerechte Schreibweise, auch wenn die Denkweise antifeministischer und islamistischer Akteur*innen nur ein binäres Geschlechtersystem von Mann und Frau zulässt.

Deutschland und Europa sind Einflussversuche christlich-fundamentalistischer Gruppen gut dokumentiert (Datta 2021). Auch als fester Bestandteil extrem rechter Ideologie ist Antifeminismus spätestens seit dem rechtsterroristischen Anschlag von Halle im Jahr 2019 kaum noch zu bestreiten. Der Täter war ein Anhänger der Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“, in der antisemitische, rassistische und antifeministische Motive zusammenwirken.

Der vorliegende Text untersucht, wie Antifeminismus in islamistischen Diskursen als politisches und identitätsstiftendes Element wirkt. Im Fokus stehen dabei nicht der Islam als Religion oder religiöse Praxis an sich, sondern islamistische Strömungen in Deutschland, die aus religiösen

Antifeminismus wirkt in islamistischen Diskursen als politisches und identitätsstiftendes Element.

Bezügen einen politischen Herrschaftsanspruch ableiten. Zur Analyse der Social-Media-Beiträge islamistischer Akteur*innen wird in dieser Arbeit eine qualitative Inhaltsanalyse mit diskursanalytischer Einordnung kombiniert. Ziel ist es, zentrale antifeministische Argumentationsmuster im besprochenen Material systematisch herauszuarbeiten und zugleich in ihren ideologischen Kontext einzuordnen. Der Blick richtet sich insbesondere auf islamistische Akteur*innen im deutschsprachigen (Online-)Raum, die gezielt Social-Media-Plattformen nutzen, um ihre Narrative und ideologischen Standpunkte zu verbreiten und eine größtmögliche Reichweite im digitalen Raum zu erzielen. Ziel ist es, anhand medialer Beiträge antifeministische Argumentationsmuster herauszuarbeiten und zu zeigen, wie diese sowohl zur Abgrenzung von einer als „moralisch verfallend“ wahrgenommenen Mehrheitsgesellschaft als auch zur Legitimation restriktiver Geschlechterordnungen beitragen.

„Ein Projekt des Westens“?! Antifeministische Argumentationen islamistischer Akteur*innen

Für den Artikel wurden bekannte islamistische Gruppen und Einzelakteur*innen mit hoher Reichweite auf Social Media wie Realität Islam, Botschaft des Islam, Generation Islam und Hanna Hansen², eine der wenigen weiblichen islamistischen Influencerinnen, in den Blick genommen. Die Beobachtung der Social-Media-Auftritte erfolgte im Zeitraum von Juli 2024 bis Dezember 2025. Ausgangspunkt

2 Zum Zeitpunkt der Recherche waren die Videos der Kanäle Generation Islam und Realität Islam noch öffentlich zugänglich. Beide Kanäle stellten im Mai bzw. Juni 2025 ihre Tätigkeit ein und wandelten sich in personalisierte Accounts um. Die zuvor veröffentlichten Inhalte wurden weitgehend entfernt und sind nicht mehr abrufbar. Dies erfolgte im Kontext vereinsrechtlicher Ermittlungen und staatlicher Maßnahmen gegen islamistisch-extremistische Strukturen, vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2025). Durchsuchungsmaßnahmen gegen islamistische Gruppierungen. Online verfügbar unter <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2025/11/0511.html> [abgerufen am 3.12.2025]. Näheres zu den genannten Gruppen findet sich beispielsweise hier: Hartwig 2025; Baaken und Hartwig 2020.

der hier dargelegten Analyse bilden ausgewählte Videoformate der genannten Akteur*innen auf YouTube, die sich mit dem Thema Feminismus und queерem Leben beschäftigen. Die Auswahl der Videos sowie eines ergänzenden Textdokuments erfolgte kriteriengeleitet. Berücksichtigt wurden deutschsprachige YouTube-Kanäle und Akteur*innen, die im Kontext der Islamismusprävention bekannt sind und eine vergleichsweise hohe Reichweite aufweisen. Es wurden Inhalte ausgewählt, die Geschlechterrollen thematisieren, antifeministische Positionierungen enthalten und Bezüge zur deutschen Gesellschaft herstellen. Die gesprochenen Inhalte wurden zunächst transkribiert und anschließend ausgewertet. Die Auswertung von sieben ausgewählten Videos und einem Textdokument erfolgte entlang der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2015) bzw. Kuckartz (2018). Die Ergebnisse werden ergänzend diskursanalytisch eingeordnet, um verschiedene wiederkehrende Argumentationslinien aufzuzeigen und die Bedeutung von Antifeminismus im Kontext islamistischer Ideologie herauszuarbeiten. Im Folgenden werden drei solcher Muster vorgestellt:

1) Die vermeintliche Unvereinbarkeit von Islam und Emanzipation

„Unsere Ummah kennt in ihrer 1 400-jährigen Geschichte keinen Geschlechterkampf. Wir Muslime haben dazu weder historisch noch ideell irgendeinen Bezug.“ (Hoffmann 2023a/ Realität Islam)

Emanzipation und Islam werden hier als grundsätzlich unvereinbar konstruiert. Konzepte von Geschlechtergerechtigkeit als „gottgewolltes“ Prinzip, wie sie etwa die Reformtheologin Nimet Şeker vorschlägt, werden zurückgewiesen. Hoffmann argu-

Emanzipation und Islam werden in islamistischen Erzählungen als grundsätzlich unvereinbar konstruiert.

mentiert, Gott habe alle Menschen unterschiedlich erschaffen; Gleichbehandlung sei daher nicht gerecht. Gerechtigkeit bestehe vielmehr darin, den unterschiedlichen Voraussetzungen Rechnung zu tragen. Wenn „dieser allmächtige Schöpfer [...] unterschiedliche Regelungen für Mann und Frau festlegt, dann ist das die Barmherzigkeit von Allah“ (Hoffmann 2023a/Realität Islam). Diese Argumentationslinie findet sich auch in den Aussagen der islamistischen Influencerin Hanna Hansen, die Emanzipation explizit zurückweist: „Emanzipation ist nicht das, warum wir da sind. Wir haben einen Mann und er soll Mann sein. Wir sind eine Frau und wir sollen Frau sein.“ (Hansen 2025a) Hansen richtet sich in ihrem Aktivismus gezielt an muslimische Frauen, insbesondere auch an Konvertitinnen. Sie vertritt ein Islamverständnis, welches sich u. a. auf ein wortwörtliches Verständnis des Korans beruft und dem zeitgenössischen Salafismus in Deutschland zugeordnet wird. Über soziale Medien verbreitet sie ein Ideal weiblicher Religiosität, das feministische, liberale und vielfältige Lebensweisen ablehnt und traditionelle Geschlechterrollen als religiöse Pflicht darstellt.

In diesen Positionen zeigt sich ein islamistisches Geschlechterverständnis, das auf einer „gottgewollten Ordnung“ beruht. Gerechtigkeit wird – ähnlich wie in anderen biologistisch argumentierenden Ideologien – gerade in der Ungleichbehandlung der Geschlechter gesehen. Die postulierten „unterschiedlichen Regelungen“ stabilisieren patriarchale Strukturen, indem Frauen dem privaten Raum zugewiesen werden, während Männer als Teil des öffentlichen Lebens gelten.

Auch die Gruppe Generation Islam lehnt Emanzipation ab und legt Frauen vorrangig auf Familie und Fürsorge fest. Weibliche Erwerbstätigkeit wird infrage gestellt: „Gleichzeitig sprechen wir von der Emanzipation der Frau. Dass sich Frau befreien muss. Dass die Frau arbeiten gehen muss, genauso wie der Mann [...] Wer soll dann die Kinder erziehen? Wer soll sie überhaupt bekommen?“ (Tamim

2025/Generation Islam) Damit einher geht eine Aufwertung von Mutterschaft und der heterosexuellen Kleinfamilie. In dem Artikel „Feminismus, Empowerment, SuperSisters“ von Generation Islam wird das Hausfrauendasein als einzig Erstrebenswertes inszeniert und der „muslimischen Karrierefrau“ gegenübergestellt (Generation Islam o. D.). Feminismus dränge Frauen in „unnatürliche Konkurrenzsituationen“ (vgl. ebd.). Im Zentrum dieser Argumentationen steht die Vorstellung einer „gottgegebenen“ Geschlechterordnung, deren Infragestellung als Rebellion gegen den göttlichen Willen gilt. Feminismus wird dabei nicht nur als fremde Idee, sondern als aktive Bedrohung dieser Ordnung konstruiert. Eine vergleichbare Position findet sich in einem Video der Gruppe Botschaft des Islam, in dem betont wird:

Im Zentrum der Argumentationen steht die Vorstellung einer „gottgegebenen“ Geschlechterordnung, deren Infragestellung als Rebellion gegen den göttlichen Willen gilt. Feminismus wird nicht nur als fremde Idee, sondern als aktive Bedrohung dieser Ordnung konstruiert.

„[...] dass alle feministischen Strömungen eins gemeinsam haben, sie halten es nicht für notwendig geschweige denn richtig, sich den festen Geschlechterrollen, die Allah (swt) bestimmt hat, unterordnen zu müssen, allein aus diesem Grund kann ein Muslim niemals behaupten, Islam und Feminismus seien miteinander vereinbar. [...] Der Feminismus hat in der westlichen Welt mehrere Wellen erzeugt, die noch mehr Chaos erzeugt haben als Nutzen, denn er ignoriert die menschliche Natur und die Offenbarung Allahs völlig.“ (Botschaft des Islam 2023)

Die Behauptung, Feminismus habe im Westen „mehr Chaos als Nutzen“ erzeugt, dient als Warnung vor einer vermeintlich entgrenzten Moderne. Diese antifeministischen Narrative erhalten durch ihre religiöse Rahmung einen sakralen Überbau und werden so vor innerreligiöser Kritik geschützt.

Gleichzeitig erfüllen sie eine politische Funktion, indem sie eine klare Grenze zwischen einem als authentisch imaginierten Islam und einem als dekadent konstruierten Westen ziehen. Gerade hinsichtlich enger Vorstellungen von Geschlecht und dem Verständnis von Heterosexualität als das „Normale“, das „Gottgewollte“, gelten Homosexualität und geschlechtliche Vielfalt in diesen Erzählungen als unvereinbar mit dem Islam (vgl. auch Korucu und Oschwald 2024).

2) Feminismus – ein rein europäisches Problem!?

„Eigentlich reicht es schon, dass wir als Muslime nichts mit dem Entstehungsgrund der westlichen Idee, genannt Feminismus, [...] zu tun haben [...].“ (Hoffmann 2023a/Realität Islam)

In diesem Video fragt die islamistische Gruppierung Realität Islam suggestiv: „Brauchen wir einen Feminismus?“. Feminismus wird als einheitliches Gebilde, als fremd und westlich dargestellt und weit von sich bzw. der eigenen Gemeinschaft gewiesen. Es heißt, dass

„islamischer Feminismus falsch und klar irreführend ist, weil eine wesensfremde Idee – sprich der Feminismus – nichts mit unserer Geschichte zu tun hat, sondern eine westliche Antwort – und das muss ganz klar gesagt werden – auf ein rein westliches Problem ist [...].“ (Hoffmann 2023a/Realität Islam)

Feministische Ideen werden als fremde Ideen und eine liberale Lebensweise als „das Schlechteste [...]“, was der Menschheit bis heute passiert ist“ (Tamim 2025/Generation Islam) bezeichnet. Gleichstellungspolitische Maßnahmen und Emanzipationsbestrebungen werden als „feministisches Projekt“ liberaler Gesellschaften verunglimpft und pauschal abgelehnt. Diese Sichtweise von Feminismus als Antwort auf ein rein westliches/europäisches Problem skizzieren auch Aktivist*innen der Gruppe Botschaft des Islam. Sie gestehen Frauen in Europa den Kampf gegen Unterdrückung und den Wunsch, sich hieraus zu befreien, zu, enden dann jedoch mit der Schlussfolgerung, dass es heute statt um Rechte darum gehe „Frauen die Stellung der Männer zu geben“. Feminismus, so betonen sie, sei aber „eine Lösung für ein Problem, das dem Islam fremd ist.“ (Botschaft des Islam 2021)

Mit einem rhetorischen Kniff werden in diesem Video die Emanzipationsbestrebungen von Frauen in europäischen Gesellschaften als nachvollziehbar bezeichnet, um diese direkt folgend weit von sich zu weisen. Denn muslimische Frauen seien durch den Islam bereits frei und „islamisch emanzipiert“, Feminismus sei daher nichts, was muslimische

**Islamistische Akteur*innen
behaupten, muslimische Frauen
seien durch den Islam bereits frei
und Feminismus nichts, was sie
für sich beanspruchen sollten.**

Frauen für sich beanspruchen sollten. Mann und Frau würden gleichsam in der Dienerschaft Gottes stehen und göttliche Regeln und Verbote obliegen Frauen wie auch Männern. Nicht Männer machten die Regeln, sondern Gott sei es, der diese Ansprüche formuliere. Dadurch wird die Verantwortung für eine patriarchale Struktur und die Beibehaltung männlicher Dominanz über eine göttliche Ordnung legitimiert. Feminismus wird so auf doppelte Weise negiert: einerseits auf der kulturellen Ebene durch die Verschiebung auf den Westen/westliche Gesellschaften und andererseits auf der Ebene des islamistischen Glaubensverständnisses, indem Feminismus und Islam als unvereinbar dargestellt werden. Die Behauptung, es gäbe keinen islamischen Feminismus, denn es handele sich dabei vielmehr um einen „ganz gewöhnlichen liberal säkularen Feminismus“ (Hoffmann 2023a/ Realität Islam), unterstreicht diese doppelte Abwehr.

3) Die Verführungskraft von Feminismus – die Assimilationsagenda

In der Auseinandersetzung mit Feminismus äußern islamistische Akteur*innen den Vorwurf, dieser sei Teil einer staatlich orchestrierten Assimilationsstrategie gegenüber Muslim*innen. In einem Video von Realität Islam (Hoffmann 2023b) wird insbesondere die Rolle reformorientierter islamischer Stimmen an deutschen Hochschulen problematisiert. Reformtheolog*innen würden laut Suhaib Hoffmann/Realität Islam gezielt eingesetzt, um eine Verbindung zwischen westlichen Werten und islamischer Lehre herzustellen – eine Verbindung, die aus Sicht islamistischer Gruppierungen nicht existieren kann. Diese Akteur*innen gelten innerhalb der islamistischen Rhetorik als verlängerter Arm staatlicher Institutionen, deren Ziel es sei, muslimische Gemeinschaften zu schwächen, indem sie von innen heraus „verwestlicht“ würden. Besonders die Thematisierung von queeren Lebensrealitäten oder feministischen Inhalten wird als Ausdruck dieser Strategie interpretiert. So werde mit Kampagnen wie „Liebe ist Halal“ nicht etwa für eine vielfältigere Gesellschaft geworben, sondern aus Sicht islamistischer Akteur*innen eine gezielte Provokation muslimischer Werte betrieben.

Das zentrale Motiv dieser Argumentation ist eine vermeintlich drohende Unterwanderung muslimischer Gemeinschaften durch feministische und LGBTQ*–Inhalte, die nicht aus diesen selbst hervorgingen, sondern ihnen durch äußere Einflüsse aufgedrängt würden. In diesem Kontext äußert sich auch die islamistische Influencerin Hanna Hansen und warnt ihre Follower*innen

vor der Zerstörung muslimischer Gemeinschaften durch den Angriff auf familiäre Strukturen. „Wenn man die Zivilisation eines Volkes zerstören will“, so Hansen (2025b), sei die Ab- und Entwertung von

**Zentrales Motiv der Argumentation
ist eine vermeintlich drohende
Unterwanderung muslimischer
Gemeinschaften durch feministi-
sche und LGBTQ*–Inhalte.**

Mutterschaft und Hausfrauendasein ein wichtiger Aspekt. Sie baut mit ihren Worten eine Drohkulisse auf und unterstellt ein gezieltes Vorgehen. Hansen beschreibt diesen Prozess in ihrem Video als systematische Manipulation, die auf die Zerstörung der traditionellen Werte abziele. Sie warnt davor, dass die Gesellschaft durch diese Entwicklungen „langsam aber sicher infiltriert“ werde, wodurch die „Fassade“ der traditionellen muslimischen Werte zu bröckeln beginne (Hansen 2025b). Hansen fordert dazu auf, sich von diesen westlichen Einflüssen nicht vereinnahmen zu lassen, sondern sich auf die wahren religiösen Werte zu besinnen und an den traditionellen Überzeugungen festzuhalten. Dadurch wird ein Bild der Bedrohung durch westliche Mehrheitsgesellschaften gezeichnet, gepaart mit einem Abwehrreflex gegen einen etwaigen gesellschaftlichen Wandel und einer klaren Grenzziehung zwischen „uns“ und „denen“. Die staatliche Unterstützung queerer und feministischer Perspektiven wird dabei als Angriff auf die Vorstellung einer geschlechtlich geregelten Familienordnung gewertet. Ein Angriff, der nicht auf Augenhöhe stattfindet, sondern als gezielte Schwächung einer „intakten“ muslimischen Gemeinschaft bezeichnet wird (vgl. auch Hartwig 2025). Feminismus wird in diesem Zusammenhang nicht mehr nur als unvereinbar mit dem Islam abgelehnt, sondern als trojanisches Pferd angesehen, das die Tür zur vollständigen Assimilation öffnet.

Feminismus wird nicht mehr nur als unvereinbar mit dem Islam abgelehnt, sondern als Trojanisches Pferd angesehen, das die Tür zur vollständigen Assimilation öffnet.

So verknüpft sich der Diskurs mit Verschwörungserzählungen, die auch anderweitig bekannt sein dürften, etwa in extrem rechten Fantasien vom „Großen Austausch“. Auch in diesem nutzten Regierungen angeblich Minderheiten, um kulturelle und religiöse Werte zu zersetzen.

Diese Rhetorik verdeutlicht, wie Antifeminismus als identitätsstiftendes Abgrenzungsmerkmal fungiert und Feminismus als gezielter Angriff inszeniert und zum existenziellen Feindbild stilisiert wird. Dies stützt ein dualistisches Weltbild, das keinen Raum für innerislamische Vielfalt oder feministische Stimmen aus muslimischen Kontexten lässt. Die These von der Assimilationsagenda verschmilzt dabei kulturelle Selbstbehauptung mit antifeministischer Rhetorik.

Fazit

Antifeminismus ist im islamistischen Diskurs weit mehr als eine beiläufige Ablehnung gleichstellungspolitischer Forderungen – er fungiert als zentrales ideologisches Abgrenzungsmerkmal gegenüber der als „dekadent“ konstruierten westlichen Gesellschaft. In einer Migrationsgesellschaft wie Deutschland ist Feminismus für islamistische Akteur*innen daher weniger ein

eigenes (d. h. im Selbstverständnis ein innermuslimisches) Thema als vielmehr ein „Problem“ der Mehrheitsgesellschaft. Feminismus sei eine ideologische „Krankheit“, vor der die eigene Gemeinschaft geschützt werden müsse – durch Rückbesinnung auf traditionelle, patriarchal geprägte Strukturen. Diese externalisierende Rhetorik verschiebt feministische Forderungen aus dem Inneren der muslimischen Gemeinschaft in ein feindliches Außen und unterstellt ihnen eine assimilatorische Absicht.

Islamistische Akteur*innen lehnen, ebenso wie andere antifeministische Akteursgruppen, queere Lebensweisen ab und zielen auf die Romantisierung traditioneller Familienrollen und die Reproduktion sowie strukturelle Verankerung hierarchischer Geschlechterverhältnisse ab. Ziel unterschiedlicher antifeministischer Akteursgruppen ist es, Gesellschaft nach ihren Vorstellungen hin zu gestalten und eine patriarchale Ordnung zu verteidigen oder sie wiederherzustellen. Antifeminismus dient islamistischen Akteur*innen als machtpolitisches Instrument zur Stabilisierung patriarchaler Strukturen – sowohl nach innen zur Disziplinierung der eigenen Community als auch nach außen zur Abgrenzung gegenüber pluralistischen, emanzipatorischen Gesellschaftsmodellen. Aufgrund des Anspruchs, göttliche Wirkungsmacht weltlich umzusetzen, übertragen islamistische Akteur*innen ihre Beweggründe auf eine übersinnliche, nicht-hinterfragbare Macht – nämlich Gott. Die Externalisierung von Feminismus auf die Mehrheitsgesellschaft ist der Versuch, sich selbst gegen Gleichstellungsbestrebungen, die Gewährleistung emanzipatorischer Freiheitsrechte und den Einbezug von queeren Lebensweisen zu wehren. Eine gesellschaftliche Ordnung, die auf islamistischen Grundannahmen basiert, schränkt nicht nur Frauen ein und delegitimiert queere Menschen, sondern überlässt schlussendlich Männern die Entscheidungsmacht über Frauen, Frauenkörper, Kinder sowie die Art des Zusammenlebens aller Menschen.

Die antifeministische Positionierung unterstützt ein klares Freund-Feind-Schema und verstellt zugleich den Blick auf die innerislamische Vielfalt feministischer Stimmen. Antifeminismus dient islamistischen Akteur*innen damit nicht nur zur Abgrenzung von einer vermeintlich dekadenten Mehrheitsgesellschaft, sondern auch zur Stabilisierung von Machtverhältnissen innerhalb der eigenen Gemeinschaft. Zusätzlich liegt ein Selbstverständnis vor, für alle „wahren“ Muslim*innen zu sprechen und entsprechend in muslimische bzw. muslimisch geprägte Diskursräume in

Antifeminismus dient islamistischen Akteur*innen als machtpolitisches Instrument zur Stabilisierung patriarchaler Strukturen – sowohl nach innen zur Disziplinierung der eigenen Community als auch nach außen zur Abgrenzung gegenüber pluralistischen, emanzipatorischen Gesellschaftsmodellen.

Deutschland hineinzuwirken. Dabei wird übersehen, dass feministische und queere Stimmen längst auch innerhalb muslimischer Kontexte in Deutschland wirksam sind – und nicht bloß von außen an diese herangetragen werden.

Hanin El-Auwad hat in Köln und Amman Islam- und Geschichtswissenschaften studiert. Er ist Absolvent der „bpb MasterClass: Präventionsfeld Islamismus 2020/2021“, derzeit Mitarbeiter in einer Beratungsstelle für Islamismus- und Radikalisierungsprävention in NRW und begleitet junge Menschen, Angehörige und Fachkräfte im Umgang mit islamistisch motivierten Radikalisierungsprozessen.

Julia Haas ist Soziologin und Mitarbeiterin der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V. in einem Projekt mit dem Schwerpunkt Antifeminismus. Sie arbeitet auf wissenschaftlicher und bildnerischer Ebene zu den Themen Frauen in der extremen Rechten und Antifeminismus. Sie ist Mitglied des Netzwerks feministische Perspektiven und Interventionen gegen die (extreme) Rechte, kurz: femPI.

Saskia Lanser ist Fachreferentin der AJS NRW, einer landesweit tätigen Fachstelle in Nordrhein-Westfalen zur Förderung des erzieherischen und gesetzlichen Kinder- und Jugendschutzes. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Radikalisierung im Jugendalter, Aufwachen im Kontext religiöser bzw. weltanschaulicher Fragestellungen und dem Umgang mit Extremismus in der Jugendhilfe. Sie ist Projektleitung von „Plan P.-Fachstelle Prävention islamistischer Radikalisierung im Jugendalter“ und Ansprechpartnerin im Informations- und Dokumentationszentrum Sekten/Psychokulte (IDZ) der AJS NRW.

Quellenverzeichnis

- Botschaft des Islam (2021) [Kanal: Botschaft des Islam]. Beide Geschlechter sind etwas Besonderes. Worte zum Nachdenken, veröffentlicht am: 01.05.2021. Quelle: YouTube, online verfügbar unter https://www.youtube.com/watch?v=CTl0qpYy_rE (abgerufen am 03.03.2025).
- Botschaft des Islam (2023) [Kanal: Botschaft des Islam]. Feminismus und Islam? Starke Worte, veröffentlicht am: 01.06.2023. Quelle: YouTube, online verfügbar unter <https://youtu.be/eIVRTOGcwSU?feature=shared&t=56> (Ab 00:56) (abgerufen am 03.03.2025).
- Hansen, Hanna (2025a) [Kanal: Hanna Hansen]. Vortrag Mönchengladbach 04.01.2025, Veröffentlicht am: 05.01.2025, Quelle: YouTube, online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=7QvYfTvL5sM> (abgerufen am 20.12.2025).
- Hansen, Hanna (2025b) [Kanal: Hanna Hansen]. Vortrag Hanna Hansen in Medina. Bildungspaket (21.04.25), Veröffentlicht am: 29.04.2025, Quelle: YouTube, online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=rY-UEm-Lymgg> (abgerufen am 20.12.2025).

Für die folgenden Quellen gilt:

Die zitierten Social-Media-Videos oder Homepage-Beiträge waren zum Zeitpunkt der Sichtung (zuletzt abgerufen am 03.03.2025) öffentlich zugänglich. Es liegt keine archivierte Version vor. Der hier wiedergegebene Inhalt basiert auf einem zum Zeitpunkt der Sichtung erstellten Transkript, sodass eine exakte Wiedergabe des Originals nicht gewährleistet ist. Von allen bereits gelöschten und im Text zitierten Videos liegen die zugehörigen YouTube-.srt-Dateien gesichert vor. Diese Textdateien geben die gesprochenen Inhalte in zeitlich codierter Form wieder und ermöglichen eine Überprüfung der erstellten Transkription.

- Generation Islam (o. D.). Feminismus, Empowerment, SuperSisters. Quelle: <https://generation-islam.de/feminismus-empowerment-supersisters> Zugriff am: 25.10.2024 [nicht mehr verfügbar].
- Hoffmann, Suhaib (2023a) [Kanal: Realität Islam]. „Islam & Feminismus? Wir klären auf!“ Veröffentlicht am: 06.08.2023. Quelle: YouTube. Zugriff am: 03.03.2025 [nicht mehr verfügbar].
- Hoffmann, Suhaib (2023b) [Kanal: Realität Islam]. LGBTQ-Kurnaz: „Wenn der Staat ‚Imame‘ züchtet...“ Veröffentlicht am: 16.07.2023. Quelle: YouTube. Zugriff am: 03.03.2025 [nicht mehr verfügbar].
- Tamim, Ahmad (2025) [Kanal: Generation Islam]. „Die Scharia regelt ALLE Probleme“ Veröffentlicht am: (07.05.2025). Quelle: YouTube. Zugriff am: 03.03.2025 [nicht mehr verfügbar].

Literaturverzeichnis

- Baaken, Till/Hartwig, Friedhelm (2020). Die Peripherie des religiös begründeten Extremismus. Handreichung 1 „Die wichtigsten Merkmale der Peripherie des Extremismus“. Bonn. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/modus_bpb_Handreichung-1_0.pdf (abgerufen am 04.12.2025).
- Blum, Rebekka (2021). Historische Kontinuitäten und Brüche im deutschen Antifeminismus. Online verfügbar unter <https://www.gender-blog.de/beitrag/antifeminismus-deutschland-kontinuitaeten-brueche> (abgerufen am 21.11.2025).
- Datta, Neil (2021). Die Spitze des Eisbergs. Religiös-extremistische Geldgeber gegen Menschenrechte auf Sexualität und reproduktive Gesundheit in Europa 2009 – 2018. Online verfügbar unter https://www.epfweb.org/sites/default/files/2022-02/EPF_EN_TOTI_9SEP%20DEF_%20DEU_FINAL.pdf (abgerufen am 21.11.2025).
- El-Wereny, Mahmud (2020). Radikalisierung im Cyberspace. Die virtuelle Welt des Salafismus im deutschsprachigen Raum – ein Weg zur islamistischen Radikalisierung? Bielefeld, transcript Verlag.

- femPI Netzwerk/Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (2022). Antifeminismus – Plädoyer für eine analytische Schärfe. Impulspapier. Online verfügbar unter https://fempinetzwerk.files.wordpress.com/2022/07/antifeminismus_pladoyer-fur-eine-analytische-scharfe.pdf (abgerufen am 21.11.2025).
- Hartwig, Friedhelm (2025). Islamistische Propaganda auf Social Media. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/islamismus-2025/561179/islamistische-propaganda-auf-social-media/> (abgerufen am 04.12.2025).
- Kaiser, Tobias (2021). Stimmen gegen das Wahlrecht – der „Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“ und andere GegnerInnen. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/frauenwahlrecht/278830/stimmen-gegen-das-wahlrecht-der-deutsche-bund-zur-bekaempfung-der-frauenemanzipation-und-andere-gegnerinnen/> (abgerufen am 21.11.2025).
- Korucu, Canan/Oschwald, Sebastian (2024). LGBTIQ* –Feindlichkeit in islamistischen Social-Media-Beiträgen. Online verfügbar unter <https://www.ufuq.de/aktuelles/lgbtiq-feindlichkeit-in-islamistischen-social-media-beitraegen/> (abgerufen am 04.12.2025).
- Kuckartz, Udo (2018). Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Aufl. Weinheim/Basel, Beltz.
- Lang, Juliane/Fritzsche, Christopher (2018). Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht. *Feministische Studien* 36(2), 335–346. Online verfügbar unter <https://www.degruyterbrill.com/document/doi/10.1515/fs-2018-0036/pdf?licenseType=limitedFree> (abgerufen am 21.11.2025).
- Mayring, Philipp (2015). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12. Aufl. Weinheim/Basel, Beltz.
- Meiering, David/Drizi, Aziz/Foroutan, Naika (2018). Brückennarrative – Verbindende Elemente für die Radikalisierung von Gruppen. In: PRIF-Report Nr. 7, Frankfurt. Online verfügbar unter https://www.prif.org/fileadmin/Daten/Publicationen/Prif_Reports/2018/prif0718.pdf (abgerufen am 04.12.2025).
- Pfahl-Traub, Armin (2011). Islamismus – Was ist das überhaupt? Definition – Merkmale – Zuordnungen. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt/> (abgerufen am 04.12.2025).
- Seidensticker, Tilman (2023). Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen. 5. Aufl. München, C.H.Beck Verlag.
- Wolf, Ariane/Hell, Elisabeth (2021). Antifeminismus. Warum sexistische Ideologien eine Aufgabe für die Extremismusprävention sind. In: *Violence Prevention Network* (Hg.). Schriftenreihe Heft 8. Online verfügbar unter <https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2022/01/Violence-Prevention-Network-Schriftenreihe-Heft-8-1.pdf> (abgerufen am 04.12.2025).

Facetten des Femonationalismus in der europäischen extremen Rechten: Alice Weidel im Vergleich mit Marine Le Pen und Giorgia Meloni

Sabine Volk

Die extreme Rechte gilt als patriarchal und antifeministisch. Gleichsam stehen nicht nur in Deutschland, sondern auch international immer mehr Frauen an der Spitze starker extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwiefern sich weibliche Führungsfiguren für die Stärkung von Frauenrechten und gegen parteipolitischen Antifeminismus einsetzen. Dieser Beitrag widmet sich der Fragestellung aus kritischer Perspektive, indem er insbesondere das Phänomen des „Femonationalismus“ (die Vereinnahmung von feministischen Themen als Teil einer rassistischen Politik) beleuchtet. Zu diesem Zweck vergleicht und kontrastiert er die Diskursstrategien dreier weiblicher Führungsfiguren des europäischen parteipolitischen Rechtsextremismus: Alice Weidel, Giorgia Meloni und Marine Le Pen.

Empfohlene Zitierung:

Volk, Sabine (2026). Facetten des Femonationalismus in der europäischen extremen Rechten: Alice Weidel im Vergleich mit Marine Le Pen und Giorgia Meloni. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 136–147.

Schlagwörter:

Antifeminismus, extreme Rechte, Europa, Femonationalismus, Frauen, Parteipolitik



**„LE PEN, WEIDEL UND MELONI
IST DER STRUKTURELLE
ANTIFEMINISMUS IHRER
JEWEILIGEN PARTEIEN
GEMEINSAM, DIE SICH
DIE STEIGERUNG DER
NATIONALEN GEBURTENRATE
UND DIE FÖRDERUNG
,EINHEIMISCHER‘ FAMILIEN
ALS OBERSTES ZIEL IN DER
GESCHLECHTERPOLITIK
GESETZT HABEN.“**

Sabine Volk

Einleitung

Die extreme Rechte gilt aufgrund ihrer maskulini-
nistischen Prägung als sexistisch und misogyn
– alles in allem als antifeministischer Akteur (Lang
und Fritzsche 2018; Sauer 2024). Antifeminismus
kann hier als eine Ideologie der Ungleichheit,
also als eine rechte bis rechtsextreme Weltan-
schauung, verstanden werden, die sich gegen
die Gleichstellung der Geschlechter und femi-
nistische Emanzipationsbewegungen sowie für
patriarchale und heteronormative Gesellschafts-

modelle einsetzt (Fetz 2024). Entgegen einer oftmals unzulänglichen medialen Darstellung und
öffentlichen Wahrnehmung ist der Antifeminismus ein fest etabliertes ideologisches Standbein der
extremen Rechten (Blum 2025). Gleichsam stehen nicht nur in Deutschland, wo Alice Weidel seit
2017 eine zentrale Führungsfigur in der AfD ist, sondern auch international immer mehr Frauen an
der Spitze starker extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien: In Italien hat Giorgia Meloni
die postfaschistische Partei Fratelli d'Italia (FdI) an die Macht gebracht; in Frankreich erlangte
Marine Le Pen mit ihrem Rassemblement National (RN) mehrmals fast die Präsidentschaft. Däne-
mark hatte schon ab 1995 vorgelegt mit der Rechtspopulistin Pia Kjaersgaard, die zeitweise sogar
als Parlamentspräsidentin fungierte (Meret 2015). In Finnland ist die extrem rechte Riikka Purra
momentan stellvertretende Ministerpräsidentin. Die Liste ließe sich fortsetzen, denn „Frauen
[sind] selbstverständlicher Teil extrem rechter Szenen und übernehmen heute häufiger denn je
Führungsaufgaben“ (Lang 2025, 48 f.).

Nicht nur in Deutschland, wo Alice Weidel seit 2017 eine zentrale Führungsfigur in der AfD ist, sondern auch international stehen immer mehr Frauen an der Spitze starker extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwiefern sich weibliche Führungsfiguren
extrem rechter Parteien für die Stärkung von Frauenrechten und gegen parteipolitischen Antifemi-
nismus einsetzen. Immerhin haben sie selbst zumeist von feministischen Errungenschaften und
Gleichstellungsinitiativen profitiert. Dieser Beitrag widmet sich dieser Fragestellung aus kritischer
Perspektive, indem er insbesondere die Vereinnahmung von feministischen Themen, etwa die
Geschlechtergleichstellung, durch die extreme Rechte beleuchtet. Dieses Phänomen wird in der
internationalen Forschungslandschaft als „Femonationalismus“ (Farris 2017) bezeichnet, d. h. der
rassistisch-motivierte Appell an Frauenrechte und die Ethnisierung von Sexismus und patriarchaler
Gewalt durch zumeist rechte politische Akteur*innen.

Die femonationalistische Diskursstrategie hat sich teils auch in der AfD verfangen. Beispiele hierfür sind etwa die rassistische Posterkampagne zur Bundestagswahl 2017, als die Partei mit „Burkas? Wir steh’n auf Bikinis“ warb, oder die Betonung des „Frauenschutzes“ als Argument gegen die Ausweitung der Rechte von trans Frauen. Zugleich fällt die AfD, allen voran ihre profilierten (männlichen) Figuren wie Björn Höcke („Deutschland muss wieder mannhaft werden!“) und Maximilian Krah („Feministinnen sind alle hässlich und grässlich“), eher durch antifeministische Töne auf. Es scheint also ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen antifeministischen und femonationalistischen Diskursstrategien in den offiziellen Parteipositionen und der öffentlichen Kommunikation zu bestehen.

Ausgehend von dieser Beobachtung nimmt sich der vorliegende Beitrag zum Ziel, das Phänomen des Femonationalismus in der gegenwärtigen extremen Rechten kritisch zu beleuchten. Zu diesem Zweck vergleicht und kontrastiert er die Diskursstrategien dreier weiblicher Führungsfiguren des europäischen parteipolitischen Rechtsextremismus: Alice Weidel, Giorgia Meloni und Marine Le Pen. Der vergleichende Ansatz ermöglicht es, verschiedene Facetten der Instrumentalisierung von feministischen Themen zu analysieren und abseits von nationalstaatlicher Tagespolitik einzuordnen. Die Analyse bezieht sich dabei auf verschiedene Quellen der Parteikommunikation, nämlich offizielle Parteiprogramme sowie die Kommunikation der drei Anführerinnen auf X/Twitter seit 2022.

Das Konzept „Femonationalismus“ und der Forschungsstand

Zunächst soll kurz das Konzept des Femonationalismus beleuchtet werden (siehe auch Beitrag von Matthias Meyer, Lydia Weiler & Cynthia Möller in diesem Band). Der Begriff wurde von der Soziologin Sara R. Farris (2017) geprägt und bezeichnet die mehr strategisch als inhaltlich-motivierte Nutzung feministischer Diskurse zur Legitimierung rassistischer und muslimfeindlicher Politik, insbesondere durch nationalistische und neoliberale

Der Begriff „Femonationalismus“ bezeichnet die mehr strategisch als inhaltlich-motivierte Nutzung feministischer Diskurse zur Legitimierung rassistischer und muslimfeindlicher Politik.

Akteure. So beschreibt Farris das Phänomen des *femonationalism* als „die Instrumentalisierung feministischer Themen durch Nationalisten und Neoliberale in anti-islamischen (aber, wie ich zeigen werde, auch anti-immigrationsbezogenen) Kampagnen“ (Farris 2017, 4; eigene Übersetzung). Insbesondere zielen femonationalistische Diskurse darauf ab, „xenophobe und rassistische Politik durch das Anpreisen der Geschlechtergleichstellung voranzutreiben“ (ebd.). Der Begriff ist inspiriert von Jasbir Puar (2007) früherer Forschung zum Thema Homonationalismus, welche auf eine

ähnlich gelagerte Instrumentalisierung von Homosexuellen-Rechten und -Interessen im Rahmen exkludierender Politik verweist.¹

Den Kern von femo- und homonationalistischen Diskursen bildet eine Ethnisierung bzw. Rassifizierung von Sexismus, d. h. Sexismus, Misogynie sowie Queerfeindlichkeit werden ausschließlich als Probleme von muslimischen und nicht-weißen Männern dargestellt (Calderaro 2023; Scrinzi 2024). Damit wird eine fremdenfeindliche Politik als „Schutz“ der (implizit immer weißen und „einheimischen“) Frauen vor den „ausländischen“ Frauenhassern legitimiert. Auch auf internationaler Bühne spielt der Femonationalismus eine Rolle: Hier wird der „liberale Westen“ in orientalistischer Manier mit dem rückständigen, frauenverachtenden Rest der Welt als überlegen und daher weisungsbefugt dargestellt. Wahres Interesse an der Verbesserung der Lebensverhältnisse von Frauen im In- und Ausland steht allerdings meist nicht dahinter. Im Gegenteil: Femonationalistische Diskurse gehen, wie das Beispiel der AfD es anschaulich zeigt, Hand in Hand mit einer antifeministischen Politik, die reproduktive Rechte einschränken und die heteronormative Familie mit einem (männlichen) Alleinverdiener stärken will (Lang 2017; Volk 2025).

Femonationalistische Diskurse gehen, wie das Beispiel der AfD es anschaulich zeigt, Hand in Hand mit einer antifeministischen Politik.

Das Konzept des Femonationalismus hat schnell Einzug in die europäische Rechtsextremismusforschung gefunden, insbesondere auch in Bezug auf Deutschland und die AfD. Etwa analysierten Viola Dombrowski und Katharina Hajek (2021) die rassistische Mobilisierung der AfD im Nachgang der sogenannten Kölner Silvesternacht 2015/16 durch die femonationalistische Linse. Nicole Doerr (2021) verwendete das Konzept, um die (selbst in höchstem Maße sexistische) Bildsprache der eingangs bereits angesprochenen AfD-Wahlkampagne im Jahr 2017 zu erklären. Kürzlich verglich Christian Niedling (2025) die femonationalistische Rhetorik in den Facebook-Auftritten von Alice Weidel und der finnischen Rechtspopulistin Riikka Purra. Nicht zuletzt spielt das Konzept mehrmals eine Rolle in einer vergleichenden Studie zu den Fällen Le Pen, Weidel und Meloni, die von Ursula Bitzegeio und Cécile Calla (2025) für die von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Reihe zum „weiblichen Antlitz des Rechtspopulismus -extremismus in ausgewählten Ländern“ erstellt wurde.

1 Aus kritischer Perspektive muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass das Hauptwort in beiden Wortneuschöpfungen, also „Nationalismus“, im Kontext der extremen Rechten nicht ideal gewählt ist. In der vergleichenden Rechtsextremismusforschung wären wohl *Femonativismus* bzw. *Homonativismus* passender: Das Konzept des Nativismus bezeichnet eine explizit xenophobe Form des Nationalismus und wird von dem viel rezipierten Autoren Cas Mudde (2019) als zentrales Ideologem der extremen Rechten genannt (neben Autoritarismus). Da in dem Umfang des vorliegenden Beitrags keine umfassende Begriffsdiskussion geleistet werden kann, hält er an dem etablierten Konzept des Femonationalismus vorerst fest.

Facetten des Femonationalismus in der europäischen extremen Rechten

Vor dem Hintergrund der bestehenden wissenschaftlichen Literatur beleuchtet dieser Beitrag die inzwischen stärker ausdifferenzierten Facetten des Femonationalismus und setzt sie in den europäischen Vergleich. Die drei extrem rechten Führungsfiguren Le Pen, Meloni und Weidel können hierbei als „neuer Typus Frau der extremen Rechten“ verstanden werden, die „adrett“, „gepflegt“ und „klassisch“, gleichzeitig aber „modern“, mit Social-Media-geeignetem Make-up und „fernsehtauglich“ (Bitzegeio und Calla 2025, 6) auftreten. Die folgende Analyse basiert auf Sekundärliteratur zu den drei Politikerinnen und auf empirischem Anschauungsmaterial, das mithilfe des kostenlosen digitalen Werkzeugs Zeeschuimer für den Zeitraum von Anfang 2022 bis Ende 2025 von den jeweiligen X-Accounts der drei Politikerinnen erhoben wurde. Konkret wurden zunächst die Tweets von Le Pen, Meloni und Weidel mit dem Zeeschuimer-Werkzeug „gescrapt“ und dann mithilfe einer Stichwortsuche (u. a. *Frau**, *Feminis**, *Geschlecht**, *Gender**) diejenigen Tweets aus dem Datensatz ausgewählt, die sich mit „Frauenthemen“ von Feminismus und Gleichstellung bis hin zu Schutz von Frauen vor patriarchaler Gewalt beschäftigten. Diese Tweets wurden diskursanalytisch ausgewertet im Hinblick auf die Instrumentalisierung von feministischen Themen und Diskursen.

Basierend auf der Auswertung von X-Beiträgen der drei extrem rechten Führungsfiguren kann klar festgestellt werden: Marine Le Pen, Giorgia Meloni und Alice Weidel bedienen sich alle drei femonationalistischer Diskurse, d. h. sie vereinnahmen feministische Themen und Frauenrechte für eine rassistische, muslimfeindliche und nationalistische Agenda. Jedoch verweist die vergleichende Analyse auch auf gewichtige Unterschiede. Die folgende Analyse identifiziert daher drei verschiedene Typen von Femonationalismus.

Basierend auf der Auswertung von X-Beiträgen der drei extrem rechten Führungsfiguren kann klar festgestellt werden: Marine Le Pen, Giorgia Meloni und Alice Weidel bedienen sich femonationalistischer Diskurse.

Marine Le Pens rassistischer Femonationalismus

Der RN oder „Nationale Sammelbewegung“, die Nachfolgepartei des Front National (FN), ist die größte extrem rechte Partei Frankreichs und eine der wichtigsten Akteure im Rechtsaußen-Spektrum Europas. Marine Le Pen führte die Partei von 2011 bis 2021 offiziell an und ist seitdem die inoffizielle Chefin. Sie übernahm die Partei von ihrem Vater, dem rechtsextremen und antisemitischen Jean-Marie Le Pen. Seitdem etablierte sie die Partei als feste Größe in der französischen Politik und

versuchte, die traditionelle Randposition der extremen Rechten zu überwinden, u. a. durch die Umbenennung der Partei und einen nach außen hin moderateren Auftritt. Tatsächlich war sie sowohl 2017 als auch 2022 die Hauptkonkurrentin des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macrons für das Präsidentenamt.

Marine Le Pen bedient sich auf X besonders prominent einer femonationalistischen Rhetorik. Ihre Vereinnahmung von feministischen Diskursen rund um die Gleichberechtigung der Geschlechter kann als „klassischer“, also rassistisch ausgerichteter Femonationalismus (Farris 2017) bezeichnet werden, denn sie legt den Fokus auf den Schutz von einheimischen Frauen vor vermeintlich muslimischen

Marine Le Pens Vereinnahmung von feministischen Diskursen rund um die Gleichberechtigung der Geschlechter kann als „klassischer“, also rassistisch ausgerichteter Femonationalismus (Farris 2017) bezeichnet werden.

Gewalttättern und allgemeiner männlichen Muslimen. Sie postet regelmäßig zu den Themen Frauenrechte und Frauenschutz im Kontext von Migration und Islam: So reduziert Le Pen patriarchale Gewalt gegen Frauen auf Muslime und Einwanderer und setzt oftmals Muslime mit islamistischen Fundamentalisten gleich. Beispielsweise schrieb Le Pen am 8. März 2024, dem Internationalen Frauentag, in einem Tweet in femonationalistischem Ton: „Heute [...] wird uns bewusst, dass die Frauenrechte, von denen wir glaubten, sie seien für immer errungen, täglich infrage gestellt werden. Angesichts des Vormarsches des Multikulturalismus, der die Freiheiten der Frauen bedroht, müssen wir unsere zivilisatorischen Werte überall und für alle erneut durchsetzen.“ Im Einklang mit etablierten rechtsextremen Diskursen (z. B. Häusler 2002) nutzt Le Pen den Begriff des Multikulturalismus hier als Chiffre für die vermeintliche Ideologie der Einwanderungspolitik der französischen und europäischen Eliten. Oftmals äußert sie sich zudem stark islamkritisch, spricht etwa über „barbarische Bräuche, die ausgerottet werden müssen“ (Tweet vom 06.02.2024). Nicht zuletzt scheint sie den Islam und islamische Kultur im Allgemeinen im Hinblick auf die Gleichberechtigung kurzerhand mit dem islamistischen Fundamentalismus gleichzusetzen (z. B. Tweet vom 20.10.2023).

Le Pens Appell an Frauenrechte im Rahmen ihrer rassistischen Politik ist eine Ausprägung ihrer sogenannten „Entdämonisierungsstrategie“ (franz. *dédiabolisation*) (Lorimer et al. 2025). Gleichsam steht ihre Projektion von Sexismus und Misogynie auf nicht-europäische Kulturen in einem Spannungsverhältnis zu den Positionen des RN in Bezug auf Geschlechterrollen und die Gleichstellung. Tatsächlich fokussiert sich die Partei oftmals in pronatalistischer Manier auf die Steigerung der Geburtenrate – und eben nicht auf die Gleichstellung von Frauen. Im Wahlprogramm zur Präsidentschaftswahl 2022 fordert der RN etwa, „französische Familien zu ermutigen, mehr Kinder

zu bekommen“². Im Vergleich zur deutschen AfD geht der RN hier allerdings moderater vor; etwa setzt er sich nicht für die strengere Regulierung des Abtreibungsrechts ein und fordert auch nicht die Abschaffung von Gleichstellungsbeauftragten.

Alice Weidels Verschränkung von rassistischem und transfeindlichem Femonationalismus

Die deutsche AfD unterscheidet sich stark von dem oftmals als französisches Pendant bezeichneten RN. Die AfD ist in den letzten Jahren nicht von (Versuchen der) Mäßigung, sondern von einer inhaltlichen und rhetorischen Radikalisierung geprägt gewesen (Weisskircher 2024) – auch und gerade in Bezug auf die Geschlechter- und Gleichstellungspolitik (Volk 2025). Seit 2022 schon erfolgt diese Radikalisierung unter der Führung von Alice Weidel, die im Widerspruch zu den verbrieften Positionen zu Homo-Ehe und Adoptionsrecht in einer lesbischen Beziehung zwei Kinder großzieht. Nachdem Weidel lange Zeit dem angeblich gemäßigten Flügel der AfD zugehörig zu sein schien, signalisierte spätestens ihre Übernahme des rassistischen Remigrations-Diskurses in den Jahren 2024/25 ihr Bekenntnis zur rechtsextremen Ideologie ihrer Partei.

Auch Alice Weidel benutzt in ihrer politischen Kommunikation auf X femonationalistische Diskurse, die Sexismus und Misogynie ausschließlich als Merkmal muslimischer Männer und nicht-europäischer Kulturen darstellen. Beispielsweise schrieb sie in Bezug auf die BILD-Berichterstattung zu einem sexuellen Übergriff in einem Kölner Schwimmbad: „Deutsche Frauen und Mädchen gelten inzwischen als Freiwild für enthemmte Männerhorden. Eine Bundesregierung,

Anders als bei Le Pen finden wir bei Weidel allerdings nicht nur den klassisch rassistischen, sondern auch einen neuartigen queer- bzw. transfeindlichen Femonationalismus.

die vollständig darauf verzichtet, Kontrolle auszuüben und unter deren ‚Führung‘ solche Taten praktisch folgenlos bleiben, macht diese ekelhaften Zustände erst möglich.“ (Tweet vom 18.09.2023) Hier wie auch anderswo verbindet Weidel ihre nationalistische und rassistische Rhetorik mit einem antielitären Populismus – ein diskursives Merkmal, das typisch für die gegenwärtige extreme Rechte in Europa ist. Anders als bei Le Pen finden wir bei Weidel allerdings nicht nur den klassisch rassistischen, sondern auch einen neuartigen queer- bzw. transfeindlichen Femonationalismus. Ähnlich ungehemmt wie im vorigen Tweet kommentierte Weidel die Reformpläne der Ampel-Koalition für den Geschlechtseintrag: „Das Selbstbestimmungsgesetz hebt nicht nur das Grundgesetz aus, sondern auch Intimsphäre und geschützte Bereiche von Frauen: Demnächst werden sich Männer in Frauengefängnisse, Umkleiden, Saunen und Frauenhäuser klagen können.“ (Tweet vom 23.08.2023) Stellenweise verknüpfte Weidel auch den transfeindlichen Femonationalismus mit der rassistischen

2 Rassemblement National, Wahlprogramm für die Präsidentschaftswahl 2022, S. 28.

Variante, etwa in Bezug auf einen NIUS-Artikel zur Entscheidung der Berliner CDU, transgeschlechtliche Asylbewerber*innen nicht abzuschieben. So ätzte sie im Dezember 2023: „Wer sich als Asylbewerber in Berlin für eine Frau hält, der darf nicht abgeschoben werden. Verantwortlich dafür: Die CDU. Das ist Leitkultur a la Merz“ (Tweet vom 22.12.2023)

Ähnlich wie bei Le Pen und dem RN steht bei Weidel und der AfD die femonationalistische Rhetorik auf X in einem Spannungsverhältnis zu den offiziellen Parteipositionen im Bereich Geschlechterpolitik und Frauenrechte. Seit 2014 sind die AfD-Wahlprogramme durch antifeministische Inhalte geprägt; so betonen sie eine „traditionelle“, also heteronormative Familienpolitik, die auf höhere Geburtenraten unter (ethnisch deutschen) Frauen abzielt (Volk 2025). Im

Die reaktionäre Position der AfD in Bezug auf die reproduktiven Rechte von Frauen wäre für Le Pens RN undenkbar.

Wahlprogramm für die Europawahl 2024 hebt die Partei ihre Unterstützung für Menschen hervor, die „traditionelle Geschlechterrollen leben“³ – und eben nicht für Frauen, die etwa im Arbeitsleben gerecht bezahlt werden oder über ihren Körper selbstbestimmt verfügen wollen. Hier zeigen sich auch bedeutende Unterschiede zu den französischen und italienischen Rechtsaußen-Akteur*innen: Die reaktionäre Position der AfD in Bezug auf die reproduktiven Rechte von Frauen wäre für Le Pens RN undenkbar, steht das Recht auf Abtreibung doch sogar in der französischen Verfassung und wird von einer breiten gesellschaftlichen und politischen Mehrheit gestützt. Zudem unterscheidet sich die traditionalistische Haltung der AfD in der Familienpolitik, die Frauen in erster Linie als Mütter versteht, stark von Melonis feministischer Forderung nach Lohngleichheit für Frauen, wie der nächste Abschnitt zeigen wird.

Giorgia Melonis pseudo-emanzipatorischer Femonationalismus

Die FdI oder „Brüder Italiens“ ist eine der größten und erfolgreichsten extrem rechten Parteien Italiens. Sie entstand 2012 aus der postfaschistischen Alleanza Nazionale. Giorgia Meloni, die schon seit ihrer Jugend in rechtsextremen Gruppierungen wie etwa dem Movimento Sociale Italiano aktiv war, ist Mitbegründerin und seither die einzige Vorsitzende der FdI. Unter ihr kam die Partei 2022 erstmals in die Regierungsverantwortung und Meloni wurde Italiens erste weibliche Regierungschefin. Seither hat sie die italienische Politik im Vergleich zu den häufigen Regierungswechseln und Neuwahlen der jüngeren Vergangenheit stabilisiert. Auf der internationalen Bühne wirkt sie unerwartet gemäßigt, insbesondere aufgrund ihrer Unterstützung der Ukraine im russischen Angriffskrieg (Ruzza und Loner 2025). Innenpolitisch verfolgt sie jedoch eine reaktionäre Agenda, wie gerade auch ihre Geschlechterpolitik zeigt.

3 Alternative für Deutschland, Wahlprogramm für die Wahl zum Europaparlament am 9. Juni 2024, S. 46.

Auch Giorgia Meloni, die mit der Aussage „Ich bin Giorgia, ich bin eine Frau, ich bin eine Mutter, ich bin Italienerin, ich bin Christin und niemand wird mir das nehmen“ auf einer Großkundgebung im Jahr 2019 viral gegangen war, setzt auf X auf eine femonationalistische Kommunikationsstrategie. Lasio et al. (2026, 2) bezeichnen sie auf Grundlage der Auswertung zahlreicher Beiträge in den sozialen Medien sowie einer Auswahl ihrer politischen Reden seit 2015 sogar als „paradigmatisches Beispiel“ für Femonationalismus. Im Vergleich zu Marine Le Pen und Alice Weidel wirkt der Femonationalismus Melonis auf X in ihrer Amtszeit als italienische Regierungschefin allerdings positiver besetzt, weniger aggressiv und ansatzweise sogar emanzipatorisch. Tatsächlich setzt Meloni stärker auf die Zelebrierung (nationaler) Frauen als auf die Abwertung von Muslimen oder trans Frauen. Beispielsweise widmet Meloni immer wieder Tweets dem Gedenken an bedeutende (italienische) Frauen, etwa der damals kürzlich verstorbenen linken Schriftstellerin und Aktivistin Michela Murgia (Tweet vom 11.08.2023). Auch ist ihr Tonfall feministisch, wenn sie am internationalen Weltfrauentag auf X schreibt: „Es lebe die Freiheit, die Stärke und der Mut der Frauen! Sie kämpfen für ihre Träume. Sie entscheiden sich trotz aller Schwierigkeiten für die Mutterschaft und geben alles, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Es lebe die Unabhängigkeit und die Würde der Frauen! Wir brauchen keinen Jahrestag, um stolz auf uns zu sein.“ (Tweet vom 08.03.2022) Dieser Tweet steht beispielhaft für Melonis Kombination aus feministischem Tonfall und antifeministischer Ideologie: Frauen sollten in erster Linie aufgrund von Mutterschaft stolz sein.

Melonis Anleihen an feministische Rhetorik und Inhalte sind teils im Einklang mit den offiziellen Parteipositionen, von denen einige sich stark von AfD-Positionen unterscheiden. Das FdI-Wahlprogramm für die Europawahl 2024 fordert etwa explizit die Chancengleichheit von Frauen und listet Maßnahmen für deren wirtschaftliche Emanzipation und die Verringerung des Lohngefälles (S. 17). Auch verlangt die Partei nach härteren Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und die Anerkennung von Vergewaltigung „als ein Verbrechen, das auf fehlender Einwilligung beruht“⁴.

Melonis pseudo-emanzipatorischer Femonationalismus geht mit einem strukturellen Antifeminismus in der FdI einher.

Hier bedient sie sich eines femonationalistischen Arguments, nämlich wenn sie die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zwar nicht direkt mit muslimischen Männern in Verbindung bringt, dann aber doch subtiler auf „Kulturen“ verweist, die Frauen „ihrer Freiheit und Würde berauben“ (S. 17). Gleichsam geht auch Melonis Femonationalismus mit einem strukturellen Antifeminismus in der FdI einher. So verschreibt sich das Wahlprogramm 2024 offiziell einem differenzfeministischen Ansatz, nur um sogleich die sogenannte Gender-Theorie zu verurteilen: „Die Verteidigung der Rechte von Frauen basiert auf der Wertschätzung von Unterschieden: Aus diesem Grund werden wir weiterhin gegen Ideologien kämpfen, die Identitäten leugnen, wie beispielsweise die Gender-Theorie.“ (S. 17)

4 Fratelli d'Italia, Wahlprogramm für die Wahl zum Europaparlament am 9. Juni 2024, S. 17.

Außerdem ist die Fdl – genau wie AfD und RN – durch pronatalistische und familistische, d. h. auf die sogenannte traditionelle heteronormative Kleinfamilie ausgerichtete Positionen geprägt. Etwa propagiert das Fdl-Wahlprogramm 2024 einen Anstieg der italienischen Geburtenrate (S. 17) und strebt die Verringerung der Abtreibungszahlen an (S. 8).

Fazit

Die vergleichende Analyse der extrem rechten Führungsfiguren Le Pen, Weidel und Meloni belegt ihren muslim- bzw. islamfeindlichen Femonationalismus, der bei allen dreien zu finden ist. Darüber hinaus zeigen sich weitere Facetten aktueller femonationalistischer Kommunikationsstrategien: So prägt Weidel zusätzlich einen aggressiven transfeindlichen Femonationalismus, während Meloni zumindest in ihrer Rhetorik teils das Thema Geschlechtergleichstellung bedient. Allen drei gemein ist zudem der strukturelle Antifeminismus ihrer jeweiligen Parteien, die sich die Steigerung der nationalen Geburtenrate und die Förderung „einheimischer“ Familien als oberstes Ziel in der Geschlechterpolitik gesetzt haben.

Abschließend muss festgestellt werden, dass die lange Zeit zumindest unterbelichtete, wenn nicht von einigen Forschenden schlichtweg ignorierte Dimension von Geschlecht eine zunehmende Bedeutung im Feld annimmt: sowohl in der extremen Rechten, die die strategische Mobilisierung von Geschlechterthemen und *Gender* zunehmend in ihr Portfolio integriert, als auch in der Rechtsextremismusforschung. Der vorliegende Beitrag macht die Dimension Geschlecht doppelt sichtbar, nämlich zum einen auf der Akteursebene und zum anderen auf ideologischer bzw. diskursiver Ebene. Zukünftige Forschung zum Thema Femonationalismus und im Bereich der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusforschung im Allgemeinen sollte auch Fälle außerhalb Europas in den Blick nehmen: Japan beispielsweise hat eine erste weibliche Ministerpräsidentin, Sanae Tackaichi, die im Anschluss an ihre Wahl schnell bekräftigte, auf keinen Fall eine Feministin zu sein. Weibliche Führungsfiguren in der extremen Rechten können also auch Patriarchat.

**Weibliche Führungsfiguren
in der extremen Rechten
können auch Patriarchat.**

Sabine Volk, Dr., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) der Universität Tübingen. Ihre Forschung konzentriert sich auf politische Akteur*innen und Ideologien in der extremen Rechten. Der vorliegende Beitrag ist im Rahmen einer Kooperation mit der italienischen Politikwissenschaftlerin Dr. Marianna Griffini von der Northeastern University London entstanden.

Literaturverzeichnis

- Bitzegeio, Ursula/Calla, Cécile/Friedrich Ebert Stiftung (Hg.) (2025). Rechtsextreme Spitzenpolitikerinnen in Italien, Frankreich und Deutschland. Eine ländervergleichende Charisma-Analyse. In: *Triumph der Frauen: Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern*.
- Blum, Rebekka (2025). Von wegen neu: Die lange unterschätzte Bedeutung von Antifeminismus für die extreme Rechte. *Psychosozial* 48 (3), 59–67.
- Calderaro, Charlène (2023). The racialisation of sexism: how race frames shape anti-street harassment policies in Britain and France. *Policy & Politics* 51 (3), 413–438.
- Doerr, Nicole (2021). The Visual Politics of the Alternative for Germany (AfD): Anti-Islam, Ethno-Nationalism, and Gendered Images. *Social Sciences* 10 (1), 1–15.
- Dombrowski, Viola/Hajek, Katharina (2021). Zwischen Femonationalismus und Antigenderismus. Rechtspopulistische Geschlechterpolitiken in Deutschland. *Gender: Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 6, 42–58.
- Farris, Sara (2017). In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism. Durham/London, DUP.
- Fetz, Simon (2024). Antifeminismus und Antigenderismus. In: Christine M. Klapeer/Johanna Leinius/Franziska Martinsen (Hg.). *Politik und Geschlecht: Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung*. Opladen, Barbara Budrich, 181–192.
- Häusler, Alexander (2002). Multikulturalismus als Bedrohung deutscher Identität. In: Christoph Butterwegge/Janine Cremer/Alexander Häusler/Gudrun Hentges/Thomas Pfeiffer/Carolin Reißlandt/Samuel Salzborn (Hg.). *Themen der Rechten – Themen der Mitte: Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67–91.
- Lang, Juliane (2017). Feindbild Feminismus: Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In: Stephan Grigat (Hg.). *AfD & FPÖ: Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*. Baden-Baden, Nomos, S. 61–78.
- Lang, Juliane (2025). *Rechtsextremismus und Geschlecht im Wandel*. Wiesbaden, Springer.
- Lang, Juliane/Fritzsche, Christopher (2018). Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht. *Feministische Studien* 36 (2), 335–346.
- Lasio, Diego/Girei, Emanuela/Oliveira, Joao Manuel de/Piras, Luana/Serri, Francesco (2026). Employing women's rights as a racist weapon: The case of Giorgia Meloni in Italy's radical right. *WSIF* 114, 103237.
- Lorimer, Marta/Griffini, Marianna/de Jonge, Léonie (2025). Snap Out of It? Governmental Instability and Far-Right Mainstreaming in the Dutch and French Elections of 2023/2024. *JCMS* 63 (1), 209–223.
- Meret, Susi (2015). Charismatic Female Leadership and Gender: Pia Kjaersgaard and the Danish People's Party. *Patterns of Prejudice* 49 (1–2), 81–102.
- Mudde, Cas (2019). *The far right today*. Cambridge, Polity Press.
- Niedling, Christian (2025). Gender, fear, and right-wing populism: A study of Facebook representations of female leaders in the context of femonationalism. *Yearbook of the Finnish Association of Applied Languages* 82, 100–126.
- Puar, Jasbir K. (2007). *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times*. Durham/London: DUP.
- Ruzza, Carlo/Loner, Enzo (2025). Institutionalizing Populist Ambiguity of the Radical Right: Giorgia Meloni and Brothers of Italy in the International Arena. *Populism*, 1–30. doi: 10.1163/25888072-bja10083.
- Sauer, Birgit (2024). Maskulinistische Identitätspolitik. In: Margarete Menz/Daniel Rellstab/Miriam Stock (Hg.). *Körper und Emotionen in Bewegung: Migrationsgesellschaftliche Perspektiven auf Bildung, Politik und Familie*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden, 85–103.
- Scrinzi, Francesca (2024). The Racialization of Sexism: Men, Women and Gender in the Populist Radical Right. London/New York, Routledge.
- Volk, Sabine (2025). The AfD and Antifeminism in Germany, 2014–2025: Family First, Trans Panic Second. *German Politics*, 1–21. <https://doi.org/10.1080/09644008.2025.2587228>.
- Weisskircher, Manès (Hg.). (2024). *Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics: From the Streets to Parliament*. London/New York, Routledge.

Weiblich, wehrhaft, weiß. Feministisch? Femonationalismus als Mobilisierungsstrategie der extremen Rechten

Matthias Meyer, Lydia Weiler & Cynthia Möller

Die extreme Rechte und Rechtsextremismus sind nach wie vor stark männlich konnotierte Phänomene. In den vergangenen Jahren rückt jedoch zunehmend Forschung zu extrem rechten Frauen (Bitzan 2000), ihren Inszenierungen und Vernetzungen (Rösch 2023; Haas 2020) sowie zu den Folgen ihrer Unsichtbarmachung (Lehnert und Radvan 2016) in den Fokus. Anschließend an diese Forschung analysieren wir in diesem Beitrag die strategische Bedeutung extrem rechter aktivistischer Frauengruppen und verorten sie im transnationalen Phänomen des *Femonationalismus*. Im Zentrum steht die Positionierung dieser Gruppierungen zwischen Vorfeld und Partei und das daraus resultierende Potenzial für Mobilisierung und Vernetzung sowie spezifisch die Wahlmobilisierung der bislang am schlechtesten erreichten Wählerinnengruppe rechtsextremer Parteien: junge Frauen. Darüber hinaus beleuchten wir das vorherrschende Mobilisierungsnarrativ – der Schutz von (bestimmten) Frauen – und ordnen es theoretisch ein.

Empfohlene Zitierung:

Meyer, Matthias/Weiler, Lydia/Möller, Cynthia (2026). Weiblich, wehrhaft, weiß. Feministisch? Femonationalismus als Mobilisierungsstrategie der extremen Rechten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 148–163.

Schlagwörter:

Femonationalismus, extreme Rechte, Geschlechterrollen, politische Parteien in Europa



**„FEMONATIONALISMUS
ALS TRANSNATIONALES
UND ANSCHLUSSFÄHIGES
MOBILISIERUNGSPHÄNOMEN
BEEINFLUSST NICHT NUR
GESCHLECHTERBILDER,
SONDERN AUCH POLITISCHE
ALLIANZEN NACHHALTIG.“**

Matthias Meyer, Lydia Weiler & Cynthia Möller

Wer: Überblick

Im April 2025 gründete sich in Großbritannien die Women's Safety Initiative (WSI), fünf Monate später hat sie mehr als 15 000 Follower*innen auf Instagram, Anfang 2026 sind es knapp 33 000. Auf ihrer Website erklärt sie, die „Gefahren unkontrollierter Migration aufdecken“ zu wollen sowie „Frauen und Mädchen an erste Stelle“ zu setzen (WSI 2025). Damit reiht sich die WSI in eine Reihe anderer, dem Spektrum der sog. Neuen Rechten¹ zugehörigen Frauengruppierungen in Europa ein. Lukreta in Deutschland, das Collectif Némésis in Frankreich (mit Ablegern in Italien und der Schweiz) und DAria in Italien zeigen ein ähnliches Profil. Diese aktivistischen Gruppierungen, in deren Namen öffentlich ausschließlich weibliche Personen auftreten, geben an, sich um die ‚tatsächlichen‘ Probleme von Frauen zu kümmern und parteipolitisch unabhängig zu sein².

Was sie von anderen extrem rechten Akteur*innen unterscheidet, ist der positive Verweis auf Errungenschaften des westlichen Feminismus und daran anschließende rechte Umdeutungen. Mit Bezug auf die „Befreiung der Frau“ wird unter dem Hashtag #noworld-hijabday gegen weibliche Verhüllung agitiert (Lukreta 2022; WSI & Gill 2025) und der „Schutz der Frau“ wird über das völkisch-rassistisch umgedeutete Konzept der „Remigration“ eingefordert (Lukreta & Lukreta Norden 2025). Lukreta nutzt regelmäßig den Slogan „Remigration schützt Frauen“ und vertreibt Sticker mit dieser Aufschrift (Lukreta 2025). Ende August 2025 produzierten Lukreta, Némésis und die Junge Tat gemeinsam ein Video mit der Botschaft „Remigration creates peace“ (Lukreta & Collectif Nemesis 2025). Ähnliche Aktionen finden seit 2016 von

Was sie von anderen extrem rechten Akteur*innen unterscheidet, ist der positive Verweis auf Errungenschaften des westlichen Feminismus und daran anschließende rechte Umdeutungen.

1 Der Begriff „Neue Rechte“ ist weniger als klar abgrenzbare Akteurs- oder Ideologiekategorie zu verstehen denn als diskursives Phänomen der Eigen- und Fremdzuschreibung. Einerseits fungiert er als affirmative Selbstbezeichnung extrem rechter Akteur*innen, die sich darüber gezielt vom historischen Nationalsozialismus und parteiförmigen Rechtsextremismus abzugrenzen suchen. Diese Selbstzuschreibung dient der intellektuellen Aufwertung, der Verschiebung diskursiver Grenzen im vorpolitischen Raum sowie der Herstellung kultureller Hegemonie im Sinne einer metapolitischen Strategie. Andererseits ist der Begriff Gegenstand kritischer Fremdzuschreibungen in der Forschung, die insbesondere auf ideologische Kontinuitäten, strategische Mimikry und die Funktion der behaupteten „Neuheit“ als Distinktions- und Legitimationsressource verweisen. Entsprechend wird die „Neue Rechte“ in wissenschaftlichen Debatten teils als Teil des Rechtsextremismus, teils als vermittelnde Strömung zwischen Rechtsextremismus und konservativem Denken oder als Fortsetzung älterer rechter Traditionslinien eingeordnet – Deutungen, die von neurechten Akteur*innen selbst ausdrücklich zurückgewiesen werden, zugunsten einer Betonung innerrechter Pluralität (vgl. Schilk 2024, 131; Jäger und Freund-Möller 2024, 347).

2 Laut eigenen Aussagen ist die WSI „non-partisan“ und sieht sich keiner politischen Partei zugehörig (siehe hierzu auch: <https://womensafety.uk/faq/>).

der Identitären Bewegung (IB) (Bender 2016) und seit 2018 auch mit spezifischem Fokus auf Frauen statt, damals unter dem Kampagnenmotto „Frauen wehrt euch! #120db – Die Töchter Europas“ (Fröhlich und Bartels 2018). Der Name #120db ist an die Lautstärke eines Taschenalarms angelehnt, der nach der Silvesternacht in Köln Frauen vermehrt empfohlen wurde. Die selbsternannte Frauenrechtsinitiative positionierte sich vor allem für den Schutz von Frauen vor migrantischen Männern. Bereits hier ging es jedoch nie um den Schutz aller Frauen, sondern um weiße, christliche, westeuropäische Frauen. Die Entstehung der Initiative knüpfte an die #MeToo-Bewegung an, indem die Akteur*innen der IB sich an der hochwirksamen Online-Mobilisierung über Trends und geschlechterspezifische Themensetzungen orientierten (Al-Kahlaf 2018). Wie bei der IB oder der Jungen Tat aus der Schweiz sind die Aktionen von Lukreta, Collectif Némésis und anderen öffentlichkeitswirksam inszeniert, die tatsächlichen Mitgliederzahlen hingegen weitestgehend unbekannt: Némésis hatte nach eigener Aussage Ende 2024 etwa 200 Mitglieder (Chavanes 2024), dem stehen über 104 000 Follower*innen allein auf Instagram gegenüber (Stand: Januar 2026). Neben aktionsbezogenen Inszenierungen wird die Social-Media-Reichweite jedoch auch genutzt, um über andere, vermeintlich harmlose Themen wie traditionelle Geschlechterbilder Reichweite zu (vor allem) jungen Frauen aufzubauen (vgl. hierzu auch den Diskurs zu Tradwives, Rösch 2023).

Wie: Femonationalismus

Mit *Femonationalismus* wird eine bestimmte Instrumentalisierung feministischer Diskurse und Positionen für rechtsextreme Mobilisierung bezeichnet (Farris 2021; 2011; Dombrowski und Hajek 2021; siehe auch Beitrag von Sabine Volk in diesem Band). Der Begriff beschreibt die Verschränkung nationalistischer Ideologie mit feministischen Narrativen, die zur Legitimation

Femonationalismus beschreibt die Verschränkung nationalistischer Ideologie mit feministischen Narrativen, die zur Legitimation rassistischer Politik eingesetzt wird.

rassistischer Politik eingesetzt wird. Der Begriff des Feminismus wird strategisch genutzt, ohne tatsächlich an einer Gleichstellung aller Geschlechter und damit auch den Rechten queerer und trans*Personen interessiert zu sein (Farris 2021, 109 f.). Reinhild Boßdorf von Lukreta formuliert es selbst so: „Obwohl ich dem modernen intersektionellen Feminismus [...] nichts abgewinne, halte ich es trotzdem für richtig, den Begriff zu kapern und für die eigenen Zwecke zu nutzen.“ (Boßdorf 2025, 14)

Bei genauerem Blick zeigt sich, dass Femonationalismus Nationalismus mit Antigenderismus und Ethnopluralismus verbindet und dies in feministische Sprache kleidet. Antigenderismus³ als Verteidigung einer strikten Geschlechterbinarität bedeutet dabei die Ablehnung inklusiver Geschlechtervielfalt und des damit einhergehenden emanzipatorischen Strebens nach Gleichstellung und Anerkennung aller Geschlechter. Er fungiert als ideologischer Rahmen, in dem geschlechterpolitische Liberalisierungen als Bedrohung einer vermeintlich biologischen begründeten, cis-heteronormativen Ordnung markiert werden. Antigenderismus ist dabei als breite gesellschaftliche Klammer zu verstehen und kann bis weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft hinein mobilisieren und verschiedene politische Lager verbinden. Innerhalb dieser Geschlechterbinarität wird Frauenschutz prominent platziert – nicht als inklusiver Schutz von Frauen und Menschen, die sich als weiblich identifizieren, sondern als Schutz weißer (und in der Regel jedenfalls kulturell als christlich eingeordneter) heterosexueller cis-Frauen. Wie u. a. in dem häufig von Lukreta genutzten Slogan „Migration schützt Frauen“ deutlich wird, geht es den Akteur*innen um eine spezifisch kulturalistisch-rassistische Deutung des gesamtgesellschaftlichen Problems von Gewalt gegen Frauen (BKA 2025). Aufgrund der demonstrativen Inszenierung ihrer eigenen Weiblichkeit erscheinen unter dem Banner des Femonationalismus die rassistischen Argumentationen – vor allem gegen migrantische Männer – einem breiteren Publikum glaubwürdig.

Innerhalb einer Geschlechterbinarität wird Frauenschutz prominent platziert als Schutz weißer (und in der Regel jedenfalls kulturell als christlich eingeordneter) heterosexueller cis-Frauen.

Die Bedeutung der Silvesternacht 2015/2016 als diskursives Ereignis (Dietze 2016; Weiß et al. 2021; Werthschulte 2017), in deren Folge Gewalt gegen Frauen als „importiertes“ Problem interpretiert und damit ethnisiert wurde, geht über den deutschsprachigen Raum hinaus. Auch die unter dem Pseudonym Alice Cordier auftretende Gründerin des französischen Collectif Némésis nennt dezidiert und direkt zu Beginn eines Interviews die „Vergewaltigungen von Köln“ (Royer 2024) als prägend für ihren politischen Werdegang. Damit wird die Kölner Silvesternacht zu einem transnationalen Referenzpunkt femonationalistischer Mobilisierung. Ein zentrales Element des Antigenderismus ist die Verächtlichmachung von trans*Frauen als angebliche „sexual predators“, die bis in die gesellschaftliche Mitte anschlussfähig ist. Die Anschlussfähigkeit ergibt sich aus einer doppelten Brückenfunktion: Trans*identitäten fungieren als Bedrohungserzählung für die cis-heteronormative Kernfamilie und stellen zugleich traditionelle Geschlechterrollen sowie patriarchale Strukturen

3 Der Begriff „Antigenderismus“ (vgl. Hark und Villa 2015; Strube et al. 2020) wird aufgrund der Reproduktion des extrem rechten Kampfbegriffs „Genderismus“ von Anfang an problematisiert (Hark und Villa 2015, 8), aber vor allem aufgrund der präzisierenden Abgrenzung zu dem breiter gefassten Begriff „Antifeminismus“ genutzt.

infrage. Femonationalistische Akteur*innen verknüpfen diese Trans*feindlichkeit mit dem vorgeblichen Schutz weißer, kulturell-christlicher cis-Frauen mit rassistischen und migrationsfeindlichen Forderungen. Dadurch entsteht ein hohes Mobilisierungspotenzial, das sowohl antigenderistische als auch rassistische Ressentiments integriert und als kulturelle Selbstbehauptung inszeniert (Freund-Möller und Lundström 2024).

Warum: Youth Gender Voting Gap

Dass es eine zunehmende Diskrepanz im Wahlverhalten von Männern und Frauen gibt, scheint auch Akteur*innen innerhalb der extremen Rechten bewusst zu sein. Eine Vertreterin von Lukreta formuliert es so: „Ohne Frauen geht es nicht. [...] Das zeigt nicht nur die Geschichte, sondern auch aktuelle Wahlstatistiken und deren Folgen.“ (Cofflet 2025) Diese Beobachtung verweist auf ein zentrales Problem für extrem rechte Parteien: Junge Frauen

Junge Frauen unterstützen extrem rechte Parteien deutlich seltener als junge Männer. Nachwahlbefragungen und Wahlstatistiken zeigen klare Geschlechterunterschiede.

unterstützen sie deutlich seltener als junge Männer. Nachwahlbefragungen und Wahlstatistiken zeigen klare Geschlechterunterschiede. Laut Nachwahlbefragung wählten bei der Bundestagswahl 2025 Männer im Alter von 18–24 Jahren knapp 60 % häufiger die AfD als Frauen desselben Alters (Hudde 2025, 9). Die Nachwahlbefragung in Thüringen zeigt ähnliche Ergebnisse. Dort haben 46 % der Männer zwischen 18 und 24 Jahren die AfD gewählt, bei Frauen im gleichen Alter waren es 30 % und damit 1/3 weniger (Richter et al. 2024). Dieses Phänomen eines Gender-Gaps (siehe dazu auch der Beitrag von Rahim Hajji in diesem Band), der sich „[i]nsgesamt verstetigt“ und „in den mittleren Altersgruppen schrumpft, während er in der jüngsten Altersgruppe wächst“ (Hudde 2025, 13) wird auch auf supranationaler Ebene unter „youth gender gap in support for the far right“ (Milosav et al. 2025) oder „gender youth gap in far-right voting“ (Off et al. 2025) diskutiert. Junge extrem rechte Aktivistinnen erkennen das Problem: „Wenn die AfD auch auf lange Sicht politisch mitmischen will, muss sie sich auch um die Frauen bemühen. Warum sollte ich als Frau beispielsweise eine Partei wählen, bei der ich kaum sichtbar bin?“ (Boßdorf 2025, 16)

Zwei Studien widmen sich diesem Phänomen mit jeweils umfassendem Datenmaterial aus 27 bzw. 32 europäischen Ländern. Eine Studie von Milosav et al. (2025) nutzt die Wahldaten von etwa 25 000 Wähler*innen aus 27 europäischen Staaten aus den European Election Studies (EES). Die Autor*innen stellen einen beträchtlichen und wachsenden Unterschied in der Wahlpräferenz nach Geschlecht fest: 21 % vs. 14 % Zustimmung zu (extrem) rechten Parteien im Jahr 2024. Damit

ist die Differenz in der Wahlpräferenz ähnlich wie in der oben genannten Nachwahlbefragung in Thüringen: Auch hier präferieren junge Frauen extrem rechte Parteien um etwa 33 % weniger als gleich alte Männer. Dabei stellen die Autor*innen eine in Richtung jüngerer Kohorten stark wachsende geschlechtsspezifische Lücke fest, die vor allem durch übermäßige Unterstützung junger Männer für die extreme Rechte bedingt ist. Eine weitere Studie aus dem Jahr 2025 mit einem anderen Datensatz ergänzt das Bild. Diese orientiert sich an 466 089 Selbstpositionierungen auf einer Links-rechts-Skala aus dem Eurobarometer (EB), die nahezu ausschließlich Face-to-Face durchgeführt werden. Für Deutschland kommen sie zu dem Ergebnis eines etwas kleineren und zeitlich gesehen stabilen Gender-Gaps (Nennstiel und Hudde 2025). Es gibt jedoch einige Merkmale in den Untersuchungsdesigns, die diese Unterschiede erklären, etwa unterschiedliche Zeiträume (die Daten der Studie von Nennstiel und Hudde enden 2023, die Daten von Milosav et al. konzentrieren sich auf 2024) und unterschiedliche Erhebungsdesigns (und einer resultierenden stärkeren Relevanz *sozialer Erwünschtheit* bei Nennstiel und Hudde). Hinzu kommt die unterschiedliche Abgrenzung der Altersspannen, die regelmäßig die Vergleichbarkeit von altersbezogenen Studien erschwert: Nennstiel und Hudde berücksichtigen mit der Altersspanne 20 bis 29 ausschließlich junge Erwachsene, während Milosav et al. mit der Spanne 16 bis 29 auch die späte Adoleszenz miteinschließen. Insgesamt unterstützen weitere Daten die Aussagen von Milosav et al. und legen nahe, dass die Effekte sehr aktuell sind und sich teilweise noch stärker in der Wahlabsicht als im *Wahlverhalten* zeigen (Abou-Chadi 2024).

Bei dem Rückschluss von weiblicher Repräsentation auf das Wahlverhalten von Frauen – und hier vor allem jungen Frauen – wird jedoch häufig auf *formale* Repräsentation fokussiert, also Frauen in sichtbaren Positionen. Während diese formale Repräsentation keine negativen Affekte auf das Wahlverhalten hat, sind tatsächliche positive Effekte im europäischen Vergleich jedoch nur bei *inhaltlicher* Repräsentation feststellbar (Chueri und Damerow 2023). Inhaltliche Repräsentation bedeutet dabei eine Übereinstimmung zwischen der eigenen Position und der Position der jeweiligen Partei zu Themen, die Geschlechtergerechtigkeit betreffen. Damit rückt die Frage in den Vordergrund, wie extrem rechte Parteien für junge Frauen glaubwürdig vermitteln können, dass ihre Programmatik mit deren Interessen vereinbar ist. Hier erfüllen Gruppierungen wie Lukreta eine doppelte Funktion: Wie im Folgenden gezeigt wird, fungiert sie einerseits als Nachwuchsförderung für Frauen (als Steigerung formaler Repräsentation). Vor allem aber agiert Lukreta so, dass die inhaltliche Repräsentation gestärkt wird. Rechtsextreme Politik wird als im Interesse von Frauen liegend vermittelt. Nicht nur fungieren die im Namen Lukretas auftretenden Frauen als glaubwürdige

**Rechtsextreme Politik
wird als im Interesse von
Frauen liegend vermittelt.**

Legitimationsfiguren rassistischer Abschiebepolitiken. Vielmehr wird durch die so hergestellte Nähe politischer Ziele zu den (vermeintlichen) Interessen von Frauen *nach innen* genau jene Repräsentation erzeugt, die tatsächliche Veränderungen im Wahlverhalten und eine nachhaltige Bindung von Wählerinnen verspricht.

Wahlverwandtschaft: Lukreta als Bindeglied zwischen Partei, Vorfeld und transnationaler Vernetzung

„Vorfeld, Partei und Fraktion – wir arbeiten Hand in Hand für ein besseres Deutschland und ein neues Europa.“

Mit diesem Satz schloss der Instagram-Kanal der AfD-Delegation im EU-Parlament am 17. Dezember 2025 einen Post über den Besuch der rechten Frauengruppe Lukreta (AfD 2025). Was hier wie eine lockere Begegnung klingt, hat System. Der Besuch verweist auf eine enge und zunehmend institutionalisierte Verzahnung zwischen parteiförmigen Strukturen und vorfeldnahen Frauen-

Lukreta fungiert als infrastrukturelles Scharnier, das parteipolitische, vorfeldnahe und transnationale Ebenen der extremen Rechten miteinander verbindet.

gruppen. Lukreta fungiert dabei als infrastrukturelles Scharnier, das parteipolitische, vorfeldnahe und transnationale Ebenen der extremen Rechten miteinander verbindet. Wie eng die Verzahnung zwischen Lukreta und der AfD tatsächlich ist, zeigt ein explorativer Blick auf drei bekannte Mitglieder: Die selbsterklärte „AfD- und Lukreta-Süßmaus“ (Gehrckens 2026) Julia Gehrckens wurde Ende November 2025 überraschend in den Vorstand der neu gegründeten Jugendorganisation der AfD „Generation Deutschland“ gewählt. Auf ihrem Instagram-Account plädiert sie für „millionenfache Remigration“ und wirbt neben ländlich-ästhetisierten Lukreta-Gruppenfotos gezielt für einen Eintritt in die neue Jugendorganisation der AfD (Gehrckens 2025). Gehrckens illustriert damit exemplarisch, wie Lukreta als Rekrutierungsfeld für weiblichen Nachwuchskader für parteiförmige Strukturen fungiert.

Eine weitere zentrale Figur ist die rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilte Marie-Thérèse Kaiser (Zuschlag 2024). Kaiser ist seit mehreren Jahren AfD-Abgeordnete im Kreistag Rotenburg (Wümme) und arbeitet seit 2024 hauptberuflich für die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel (Kaiser 2026). Parallel dazu moderiert sie den Podcast „Wir klären das!“ des rassistischen und zum Vorfeld zählenden Kampagnenprojektes „Ein Prozent“ (Wurmstädt 2021). „Ein Prozent“ versteht sich als „professionelle Widerstandsplattform für deutsche Interessen“ und „Motor der Gegenkultur“⁴ und

⁴ Vgl. hierzu <https://www.einprozent.de/>.

verbindet, finanziert und organisiert Projekte und Akteur*innen der extremen Rechten. Es steht sinnbildlich für die enge Zusammenarbeit zwischen „neu“-rechtem Umfeld, etwa der IB, rechtsextremen Medien wie Compact und parteiförmigen Strukturen wie der AfD, die dieses maßgeblich tragen (Mobit 2018). Trotz Unvereinbarkeitsbeschlusses der AfD mit der IB trägt Kaiser so zur personellen und inhaltlichen Verstetigung neurechter Netzwerke bei und fungiert als Knotenpunkt zwischen Vorfeld, Partei und rechter Medienlandschaft.

Als Aushängeschild der Gruppe gilt Lukreta-Gründerin Reinhild Boßdorf, die sich selbst als in „dritter Generation rechts“ (Boßdorf 2024) beschreibt. Ihre familiären Verflechtungen – etwa zu ihrer Mutter Irmhild Boßdorf als AfD-Europaabgeordneter – verbinden sich mit einer parteipolitischen Tätigkeit auf europäischer Ebene (Jungbluth 2026). In Abbildung 1 sind die zahlreichen parteipolitischen und vorfeldbezogenen Vernetzungen dargestellt. In ihrer Person bündeln sich rechter Familialismus (die ideologische Überhöhung der Kernfamilie), vorfeldnaher Aktivismus und parteiförmige Einbindung.

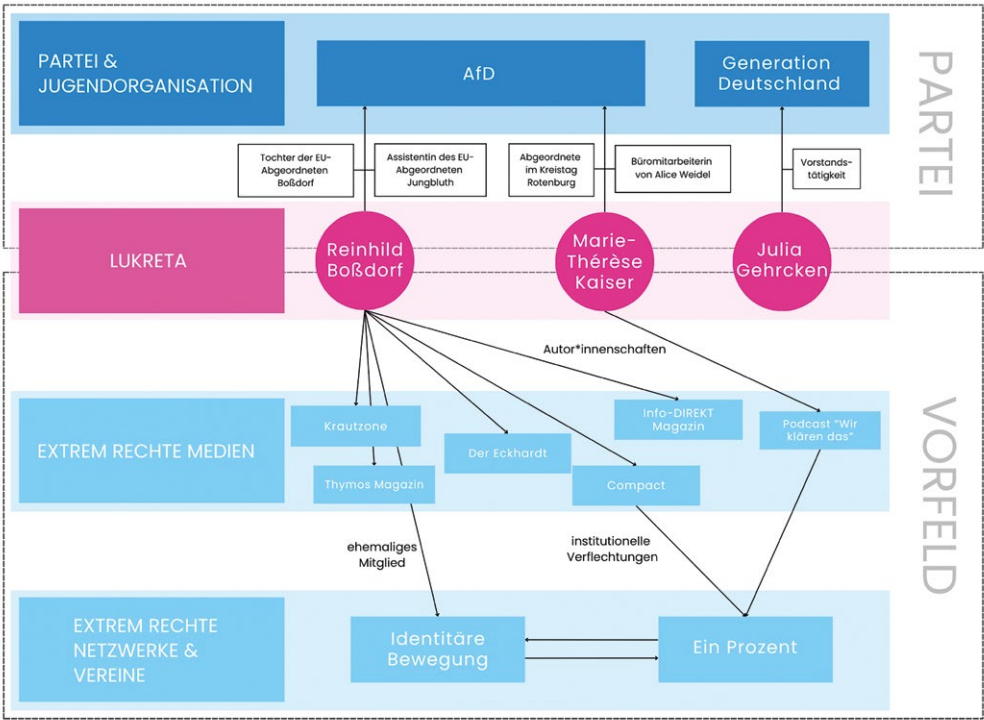


Abbildung 1: Vernetzung ausgewählter Akteurinnen in Partei- und Vorfeldstrukturen

Verstärkend wirkt die mediale Präsenz: Als Autorin für rechte Medien tritt Boßdorf regelmäßig in Podcasts und diversen (Online-)Formaten auf und vermittelt so zwischen unterschiedlichen Öffentlichkeiten (Boßdorf 2021; Sedlmayr 2025).

Die hier genannten Frauen sind innerhalb von Lukreta keine Einzelfälle⁵. Sie stehen exemplarisch für eine neue Generation weiblicher Akteurinnen, die gezielt zwischen parteipolitischen und vorfeldnahem Kontexten pendeln und diese miteinander verschränken. Die Vermittlungsfunktion zwischen Partei und Vorfeld wird durch eine ausgeprägte und vielfältige organisatorische Infrastruktur ergänzt. Neben kontinuierlichem Online-Content und lokalen Aktionen veranstaltet Lukreta regelmäßig sogenannte „Meet-ups“ in verschiedenen deutschen und österreichischen Städten. Besonders relevant sind Veranstaltungen, die seit 2022 maßgeblich von Irmhild und Reinhild Boßdorf organisiert werden.

Charakteristisch für jene Formate ist ein enges Nebeneinander von Parteiaktiven und Vorfeldakteur*innen (Ayyadi 2024; Hansen 2022; MBR Köln 2024); zugleich war und ist diese Infrastruktur von Beginn an international ausgerichtet und bildet den zentralen Übergang zwischen Partei-Vorfeld-Verzahnung und transnationaler Vernetzung. Für letztere dienen vor allem Veranstaltungen im Umfeld des Europäischen Parlaments als dauerhafte Plattform (INFO-Direkt 2023; Fachstelle

Die Anschlussfähigkeit femonationalistischer Gruppen wie Lukreta zeigt sich besonders deutlich in der Vernetzung mit ideologisch verwandten Frauengruppen.

Gender, GMF und Rechtsextremismus 2022). Der seit mehreren Jahren stattfindende „internationale Frauenkongress“⁶ der Fraktion Europa der Souveränen Nationen (ESN) stellt hierfür ein zentrales Beispiel dar (vgl. u. a. Lukreta & WSI 2025). Er fungiert als ein institutionalisierter Bezugspunkt, an dem parteiförmige Akteur*innen und internationale Frauengruppen des extrem rechten Vorfelds systematisch zusammengeführt werden. Dass diese Formate auch nach dem Ausschluss der AfD aus der früheren Identität und Demokratie (ID)-Fraktion (Tagesschau 2024) in ähnlicher Weise fortgeführt werden, verweist auf die Verstetigung der transnationalen Netzwerke, die nicht nur symbolisch rechte Frauen sichtbar machen, sondern auch über einzelne Personen hinaus Bestand haben. Die Anschlussfähigkeit femonationalistischer Gruppen wie Lukreta zeigt sich besonders deutlich in der Vernetzung mit ideologisch verwandten Frauengruppen. Sie verstehen sich selbst

⁵ Weitere Beispiele sind Anna Leisten, Mary Khan-Hohloch oder Isabelle Cofflet.

⁶ In den Vorjahren liefen Anmeldungen und Organisation solcher Veranstaltungen über den AfD-Abgeordneten Maximilian Krah (Lukreta 2024), dessen SS-verharmlosende Aussagen sowie die Spionageaffäre um einen Mitarbeiter 2024 zum Ausschluss der AfD-Abgeordneten aus der Fraktion Identität und Demokratie (ID) führte (Tagesschau 2024).

als Teil einer „europäischen Schwesternschaft“, zu der neben den diversen Gruppen von Collectif Némésis auch das WSI zählt (Collectif Némésis 2026). Die Selbstbeschreibung als „Schwesternschaft“ rahmt die Kooperation als solidarisches, grenzübergreifendes Projekt und verdeckt dabei die exklusionsorientierte und rassifizierende Agenda. Durch gegenseitige Bezüge, gemeinsame Kampagnen oder Auftritte auf internationalen Veranstaltungen, wie etwa dem „5. Internationalen Frauenkongress“ im Sommer 2025, erhöht sich nicht nur die Sichtbarkeit und Vernetzung unter den Gruppen. Vielmehr können Narrative, Aktionsformen und Selbstbilder synchronisiert und über nationale Grenzen verbreitet werden (vgl. Cofflet 2025; Lukreta & WSI 2025; WSI & Lukreta 2025).

Über diese institutionalisierten Räume hinaus wirken soziale Medien als Katalysator, da sich die – teilweise enorme – Reichweite auf sozialen Medien politisch kapitalisieren lässt. So folgen beispielsweise allein Cordier 201 000 Personen auf Instagram (Stand: Januar 2026). Die steigenden Zahlen an Follower*innen von Lukreta weisen darauf hin, dass auch diese Reichweite strategisch ausgebaut werden kann. Noch im Januar 2025 beschrieb Reinhild Boßdorf Lukreta öffentlich als eine Art Vorfeldstruktur, die jungen Frauen politische Aktivität ermögliche – gerade jenen, die nicht primär in Parteiorganisationen wie die AfD oder ihre Jugendverbände eintreten wollen (Westpol 2025).

Zentrale Vertreterinnen der anderen genannten Gruppen sind ihrerseits ähnlich in etablierte rechtslibertäre, rechtskonservative oder extrem rechte Netzwerke eingebunden. So schreibt die Gründerin der WSI Jess Gill u. a. für das Mises Institute, einen einflussreichen rechten und paläoliberalen⁷ Thinktank, und unterstützt öffentlich die rechtsextreme Partei Reform UK (Gill 2024). Alice Cordier wiederum ist mit dem Institut de Formation Politique (IFP) verbunden, deren Ziel es ist, die französische (extreme) Rechte von den Republikanern bis zum Rassemblement National (RN) und La Manif pour tous zu vereinen.

Fazit: She’s just a girl’s girl?

Der Beitrag zeigt, dass rechtsextreme Frauengruppen wie Lukreta, Collectif Némésis oder die Women’s Safety Initiative an der Schnittstelle zwischen Parteistrukturen und Vorfeld operieren und dabei gezielt feministische Narrative für ihre Zwecke instrumentalisieren und reaktionär wenden. Unter Rückgriff auf das Konzept des Femonationalismus lässt sich diese

**Vor allem Antigenderismus
fungiert als gesellschaftliche
Klammer, die bis weit in die
Gesellschaft hineinwirkt.**

⁷ Mit „paläoliberal“ werden Strömungen bezeichnet, die im Bereich der Wirtschaft und Politik ultralibertäre bis anarcho-kapitalistische Positionen vertreten und diese mit kulturkonservativen bis (extrem) rechten Ansichten kombinieren.

Praxis als systematische Aneignung und Umkodierung feministischer Diskurse beschreiben, die der Legitimation rassistischer, exkludierender, kulturalisierender und antigenderistischer Positionen dient – und damit unvereinbar mit der Gleichstellungsorientierung feministischer Anliegen sind. Unter dem Label eines vermeintlichen Schutzes ‚der Frau‘ wird so eine hohe Anschlussfähigkeit über das extrem rechte Spektrum hinaus entfaltet. Vor allem Antigenderismus fungiert dabei als gesellschaftliche Klammer, die bis weit in die Gesellschaft hineinwirkt und durch die gemeinsame Ablehnung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt verbindet. Damit geht eine Rezentrierung einer weißen, kulturell christlich codierten cis-Weiblichkeit einher.

Darüber hinaus wird deutlich, dass es sich bei den betrachteten Gruppierungen nicht um rein nationale Phänomene handelt, sondern um transnational vernetzte Akteur*innen. Über Social-Media-Reichweiten, ästhetisierte Inszenierungen „wehrhafter Weiblichkeit“ und den Bezug auf ähnliche Narrative – insbesondere ethnopluralistisch aufgeladener Frauenschutz und „Remigration“ – erfolgt eine Synchronisierung von Diskursen, Aktionsformen und Selbstbildern auf supranationaler Ebene. Die vorliegende Darstellung zeigt außerdem, dass dies keine spontane Entwicklung ist, sondern eine langfristig geplante und aufgebaute Agenda darstellt. Aus dieser Perspektive erscheint Femonationalismus nicht nur als analytische Kategorie zur Beschreibung ideologischer Verschränkungen, sondern als praktisch wirksame Mobilisierungs- und Organisationsressource, die parlamentarische und außerparlamentarische Akteur*innen länderübergreifend verbindet.

Schließlich verdeutlicht die Analyse die strategische Bedeutung solcher Akteurinnen im Kontext des sich vertiefenden „Youth Gender Voting Gap“: Während extrem rechte Parteien anhaltend Schwierigkeiten haben, junge Frauen zu erreichen, können Gruppierungen wie Lukreta durch ihre Inszenierung als parteipolitisch unabhängige und primär an Sachpolitik – wie in diesem Fall Frauenschutz – orientierte Initiativen als Einstiegsangebot für die extreme Rechte

Während extrem rechte Parteien anhaltend Schwierigkeiten haben, junge Frauen zu erreichen, können Gruppierungen wie Lukreta durch ihre Inszenierung als parteipolitisch unabhängige und primär an Sachpolitik orientierte Initiativen als Einstiegsangebot für die extreme Rechte agieren.

agieren. Dabei ist neben der weiblichen Nachwuchsförderung für Parteistrukturen vor allem die Wahllegitimierung und Wählerinnenbindung für das bislang stark unausgeschöpfte Wahlpotenzial rechtsextremer Parteien bei jungen Frauen von zentraler Bedeutung. Femonationalismus als transnationales und anschlussfähiges Mobilisierungsphänomen beeinflusst so nicht nur Geschlechterbilder, sondern auch politische Allianzen nachhaltig.

Matthias Meyer, M. A., studierte Soziologie, Philosophie und Gesellschaftstheorie in Hamburg und Jena, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IDZ Jena und forscht im Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX). Forschungsschwerpunkte: Rechtsextremismus und dessen Intersektionen mit gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen, „Neue“ Rechte, Wissenschafts-Praxis-Transfer

Lydia Weiler studiert Soziologie im Master an der Universität Jena und war von 2024 bis 2026 studentische Mitarbeiterin im Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung (Wi-REX). Forschungsschwerpunkte: extreme Rechte und ihr Verhältnis zu Arbeitswelt, sozialer Frage und Gewerkschaften

Cynthia Möller, Dr. phil., ist Co-Bereichsleiterin des Forschungsbereichs Diversität und Engagement am IDZ Jena sowie Projektleiterin des Wissensnetzwerks Rechtsextremismus (Wi-REX) Standort Jena. Forschungsschwerpunkte: historischer und gegenwärtiger Rechtsextremismus, Analyse kollektiver und individueller (Geschlechter-)Identitäten und deren Bedeutung für die Entstehung rechter Ideologien

Quellenverzeichnis

- AfD [afdimeuparlament] (2025). Heute hatten wir wieder mehrere Besuchergruppen im Parlament. [...]. Instagram. 17.12.2025. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/afdimeuparlament/p/DSXQQVpivR9/> (abgerufen am 22.01.2026).
- Boßdorf, Reinhild (2021). Reinhild Boßdorf über “Feminismus von rechts”, Frauenmorde und Quotenregelungen. Info-DIREKT – Das Magazin für Patrioten. Podcast. 05.05.2021. Online verfügbar unter <https://open.spotify.com/episode/6vH2CSAdzKnI1QBmhc3sGc> (abgerufen am 22.01.2026).
- Boßdorf, Reinhild (2024). Jung – weiblich – rechts. Der Eckart. 09.07.2024. Online verfügbar unter <https://dereckart.at/jung-weiblich-rechts/> (abgerufen am 22.01.2026).
- Boßdorf, Reinhild (2025). «Ich bin Feministin von Rechts». Reinhild Boßdorf im Gespräch mit Paul Klemm. COMPACT Magazin für Souveränität 8, 14–16.
- Cofflet, Isabelle (2025). Frauenkongress 2025: Ein Ort weiblicher Vernetzung und Stärke. Freilich Magazin. 13.07.2025. Online verfügbar unter <https://freilich-magazin.com/gesellschaft/frauenkongress-2025-ein-ort-weiblicher-vernetzung-und-staerke> (abgerufen am 22.01.2026).
- Collectif Némésis (2026). Nos sections – Némésis est partout! Online verfügbar unter <https://www.collectif-nemesis.com/nos-sections> (abgerufen am 22.01.2026).
- Gehrckens, Julia (2026). Instagram-Profil. Instagram. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/julia.maria.ge/> (abgerufen am 22.01.2026).
- Gehrckens, Julia (2025). Wir freuen uns auf dich! Instagram. 15.12.2025. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/p/DSSCcxMDDru/> (abgerufen am 22.01.2026).
- Gill, Jess (2024). We're going to win. Instagram. 15.06.2024. Online verfügbar unter https://www.instagram.com/p/C8P71UKNB7v/?hl=de&img_index=1 (abgerufen am 22.01.2026).

- INFO-Direkt (2023). Erster internationaler Frauenkongress: Jetzt vernetzen sich auch Patriotinnen. 15.05.2023. Online verfügbar unter <https://info-direkt.eu/international/erster-internationaler-frauenkongress-jetzt-vernetzen-sich-auch-patriotinnen> (abgerufen am 22.01.2026).
- Jungbluth, Alexander (2026). Abgeordnete Europäisches Parlament, Fraktion Europa der Souveränen Nationen. Online verfügbar unter https://www.europarl.europa.eu/meps/de/256941/ALEXANDER_JUNGBLUTH/assistants#detailedcardmep (abgerufen am 22.01.2026).
- Kaiser, Marie-Thérèse (2026). Über mich. Online verfügbar unter <https://www.marietheresekaiser.de/über-mich> (abgerufen am 22.01.2026).
- Lukreta [lukreta_official] (2022). #NoWorldhijabday Es ist wieder so weit: am 1. Februar findet zum 9. Mal der internationale Worldhijabday statt [...]. Instagram. 31.01.2022. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/p/CZTfYtV83>. (abgerufen am 22.01.2026).
- Lukreta [lukreta_official] (2024). Am Samstag fand der dritte internationale Frauenkongress der ID-Fraktion auf Einladung von Maximilian Krah in Köln statt. [...]. Instagram. 11.03.2024. Online verfügbar unter https://www.instagram.com/p/C4XU6ScNsGI/?hl=de&img_index=1 (abgerufen am 22.01.2026).
- Lukreta [lukreta_official]/Lukreta Norden [rasende_rebellen] (2025). Weihnachtsmarkt verschönern. Instagram. 22.10.2025. Online verfügbar unter https://www.instagram.com/rasende_rebellen/p/DSktZqZiqJ8/ (abgerufen am 22.01.2026).
- Lukreta [lukreta_official] (2025). Wir sind Generation Remigration, denn Remigration schützt Frauen! Instagram. 06.09.2025. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/p/DOQ1rZODICw> (abgerufen am 22.01.2026).
- Lukreta [lukreta_official]/Collectif Némésis [collectif.nemesis] (2025). Remigration creates peace! The short video about the Action at Basel [...]. Instagram. 03.09.2025. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/p/DOJgNmiiOm> (abgerufen am 22.01.2026).
- Lukreta [lukreta_official]/WSI [womensafety_uk] (2025). Impressionen vom 5. Internationalen Frauenkongress der ESN-Fraktion. Instagram. 01.07.2025. Online verfügbar unter https://www.instagram.com/p/DLkps6_ML_V (abgerufen am 22.01.2026).
- Royer, Matisse (2024). Feministin Alice Cordier über Frankreich: „Viele Frauen gehen mit Pfefferspray aus dem Haus“. Freilich Magazin. 22.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.freilich-magazin.com/gesellschaft/feministin-alice-cordier-ueber-frankreich-viele-frauen-gehen-mit-pfefferspray-aus-dem-haus> (abgerufen am 22.01.2026).
- Sedlmayr, Alexander (2025). Rechts-feministische Umtriebe im BRD-Untergrund. Thymos Podcast #16. 09.02.2025. Podcast. Online verfügbar unter <https://thymosmagazin.de/2025/02/09/rechts-feministische-umtriebe-im-brd-untergrund-thymos-podcast-16/> (abgerufen am 22.01.2026).
- WSI [womensafety_uk]/Gill, J. [jessgill03] (2025). The burqa removes women's humanity. We're here [...]. Instagram. 29.06.2025. Online verfügbar unter https://www.instagram.com/womensafety_uk/reel/DLfl7M1KgZR/ (abgerufen am 22.01.2026).
- WSI [womensafety_uk]/Lukreta [lukreta_official] (2025). Amazing to meet our French and German sisters to come together and talk about how mass immigration is impacting women's safety. Instagram. 28.06.2025. Online verfügbar unter https://www.instagram.com/womensafety_uk/p/DLcZXqzqhNF (abgerufen am 22.01.2026).

Literaturverzeichnis

- Abou-Chadi, Tarik (2024). A gendered far-right wave among young voters in Western Europe? European Journal of Politics and Gender. <https://doi.org/10.1332/25151088Y2024D0000000065>.
- Ayyadi, Kira (2024). Die Macht der Inszenierung. Wie extrem rechte Influencerinnen online junge Menschen ködern. Amadeu Antonio Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-macht-der-inszenierung/> (abgerufen am 22.01.2026).

- Bender, Justus (2016). Spartanischer Aktivismus auf dem Brandenburger Tor. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 28.08.2016. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/protestaktionen-neurechter-bewegungen-in-berlin-14409902.html> (abgerufen am 01.10.2025).
- BKA (2025). Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten. Bundeslagebild 2024. Online verfügbar unter <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/StraftatenGegenFrauen/StraftatengegenFrauenBLB2024.html?nn=237578> (abgerufen am 26.01.2026).
- Chavanes, Julien (2024). Némésis, des identitaires grimées en féminists. Le Monde. 24.11.2024. Online abrufbar unter https://www.lemonde.fr/m-le-mag/article/2024/11/24/nemesis-des-identitaires-grimees-en-feministes_6411300_4500055.html [26.01.2026].
- Chueri, Juliana/Damerow, Anna (2023). Closing the gap: how descriptive and substantive representation affect women's vote for populist radical right parties. West European Politics 46 (5), 928–946. <https://doi.org/10.1080/01402382.2022.2113219>.
- Dietze, Gabriele (2016). Das ‚Ereignis Köln‘. Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 25(1), 93–102. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48200-3>.
- Dombrowski, Viola/Hajek, Katharina (2021). Between femonationalism and anti-genderism. Right-wing populist gender politics in Germany. Gender Special Issue 6, 42–58. <https://doi.org/10.3224/84742528.03>.
- Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus (2022). Rechtsalternative Allianzen im EU-Parlament: Antifeminismus statt „Frauenrechtlerinnen“. Belltower News. 14.12.2022. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/feminismus-von-rechts-144183/> (abgerufen am 22.01.2026).
- Farris, Sara (2021). Femonationalismus. Konvergenzen und ideologische Formationen im Namen der Frauenrechte. In: Elke Gaugele/Sara Held (Hg.). Rechte Angriffe – Toxische Effekte. Umformierungen extrem Rechter in Mode, Feminismus und Popkultur. Bielefeld, transcript, 107–128.
- Farris, Sara (2011). Die politische Ökonomie des Femonationalismus. Feministische Studien 29(2), 321–334.
- Freund-Möller, Cynthia/Lundström, Nora (2024). Organisierte Trans*feindlichkeit: Struktur, Verbreitung und Auswirkungen auf Communities und Gesellschaft. In: Albrecht Lüter/Dana Breidscheid/Moritz Konradi/Sarah Riese (Hg.). Berliner Monitoring Queerfeindliche Gewalt, Dritte Ausgabe 2024, Schwerpunktthema Bi+Feindlichkeit und Gewalt. Berlin, Camino, 257–272.
- Fröhlich, Alexander/Bartels, Gunda (2018). Rechte Aktion am Rande der Berlinale. #MeToo von Rechts: Störaktion bei Filmbranche-Podium. Tagesspiegel. 19.02.2018. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/berlin/metoo-von-rechts-storaktion-bei-filmbranche-podium-5279332.html> (abgerufen am 01.10.2025).
- Haas, Julia (2020). „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg, Marta Press.
- Hansen, Friederike (2022). „Lukreta“: „Frauenkongress“ von rechtsradikaler Frauengruppe und AfD in Münster. Belltower News. 15.06.2022. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/lukreta-frauenkongress-von-rechtsradikaler-frauengruppe-und-afd-in-muenster-133219/> (abgerufen am 22.01.2026).
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015). Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, transcript.
- Hudde, Ansgar (2025). Die Polarisierung der Geschlechter. Der moderne Gender-Gap im Wahlverhalten bis 2025. Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.fes.de/feshistory/blog/die-polarisierung-der-geschlechter> (abgerufen am 22.01.2026).
- Jäger, Sarah/Freund-Möller, Cynthia (2024). Anti-Genderismus auf Social Media. Zur Dynamik der Diskursverflechtungen zwischen der extremen Rechten und dem konservativen Protestantismus. In: Hans-Ulrich Probst/Dominik Gautier/Karoline Ritter/Charlotte Jacobs (Hg.). Topoi und Netzwerke der religiösen Rechten. Verbindende Feindbilder zwischen extremer Rechter und Christentum. Bielefeld, transcript, 343–368.
- MBR Köln (2024). „Frauenkongress“ der rechten Szene. Online verfügbar unter www.mbr-koeln.de/artikeltext/„frauenkongress“-der-rechten-szene (abgerufen am 22.01.2026).

- Milosav, Đorđe/Dickson, Zachary/Hobolt, Sara B./Klüver, Heike/Kuhn, Theresa/Rodon, Toni (2025). The youth gender gap in support for the far right. *Journal of European Public Policy*. <https://doi.org/10.1080/13501763.2025.2481181>.
- Mobit (2018). „Ein Prozent“ – Eine extrem rechte Organisation im Kampf um „kulturelle Hegemonie“. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). *Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Gesellschaftlicher Zusammenhalt*, Band 3. Jena, 169-177. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD3/IDZ_WsD_03_Web.pdf.
- Nennstiel Richard/Hudde, Ansgar (2025). Is there a growing gender divide among young adults in regard to ideological left-right self-placement? Evidence from 32 European countries. *European Sociological Review*. <https://doi.org/10.1093/esr/jcaf021>.
- Off, Gefjon/Alexander, Amy/Charron, Nicholas (2025). „Is There a Gender Youth Gap in Far-Right Voting and Cultural Attitudes?“ *European Journal of Politics and Gender*. <https://doi.org/10.1332/25151088Y2025D000000077>.
- Richter, Christoph/Helmert, Cornelius/Salheiser, Axel (2024). Thüringen im ‚Superwahljahr‘ 2024. Analyse der AfD-Wahlergebnisse in den Kommunal- Europa- und Landtagswahlen. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/IDZ_Wahlanalyse_B5_WEB.pdf (abgerufen am 26.02.2026).
- Rösch, Viktoria (2023). Heimatromantik und rechter Lifestyle. Die rechte Influencerin zwischen Self-Branding und ideologischem Traditionalismus. *Gender* 15(2), 25–40. <https://doi.org/10.3224/gender.v15i2.03>.
- Schilk, Felix (2024). Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten. Zur Soziologie konservativer Krisennarrative. Bielefeld, transcript.
- Strube, Sonja A./Perintfalvi, Rita/Hemet, Raphaela/Metze, Miriam/Sahbaz, Cicek (Hg.) (2021). *Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus: Mobilisierung – Vernetzung – Transformation*. Bielefeld, transcript.
- Tagesschau (2024). AfD aus rechter ID-Fraktion in EU-Parlament ausgeschlossen. 23.05.2024. Online verfügbar unter https://www.tagesschau.de/europawahl/parteien_und_programme/krah-afd-europaparlament-100.html (abgerufen am 26.02.2026).
- Westpol (2025). Wie Rechtsextreme auf Social Media für die AfD werben. WDR. 15.01.2025. YouTube. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=HnNsUbgY2nY> (abgerufen am 26.02.2026).
- Weiß, Tobias/König, Marina/Stecker, Christian/Müller, Jochen/Blätte, Andreas/Lewandowsky, Marcel (2021). „Seit Köln“, und „nach Chemnitz“ – Schlüsselereignisse im parlamentarischen Diskurs. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 15(1), 39–80. <https://doi.org/10.1007/s12286-021-00480-x>.
- Werthschulte, Christian (2017). „Nach“ Köln ist wie „vor“ Köln. Die Silvesternacht und ihre Folgen. *APuZ: Köln* 67(1), 10-17. Online verfügbar unter https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2017-01-03_online.pdf (abgerufen am 26.02.2026).
- Wurmstädt, Milena (2021). Hetze im Harmlos-Style: Der Videokanal „Wir klären das“ von EinProzent. *Belltower News*. 08.02.2021. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/hetze-im-harmlos-style-der-videokanal-wir-klaren-das-von-einprozent-111375/> (abgerufen am 26.02.2026).
- Zuschlag, André (2024). Landgericht verurteilt AfD-Politikerin: Volksverhetzung auf Facebook. *taz*. 08.05.2025. Online verfügbar unter <https://taz.de/Landgericht-verurteilt-AfD-Politikerin/!6006153/> (abgerufen am 26.02.2026).

„Die Sicherheit unserer Frauen steht auf dem Spiel“ – Geschlechternarrative in lokalen Protesten gegen Geflüchtetenunterkünfte

Sophia Fechter

Ausgehend von der Beobachtung, dass der vermeintliche Schutz westlicher Frauen in migrationspolitischen Debatten immer wieder als Legitimation für Abwehrpraktiken gegenüber nicht-westlichen Migrant*innen fungiert, untersucht der Beitrag, wie geschlechtsspezifische Sicherheitsnarrative in kommunalen Protesten gegen Geflüchtetenunterkünfte aufgegriffen werden. Analysiert werden zwei Bürgerinitiativen, die sich 2023 gegen geplante Sammelunterkünfte formierten. Im Zentrum steht die Frage, inwiefern sie Geflüchtete als Bedrohung lokaler Frauen konstruieren und die Ablehnung der Unterkünfte im Namen eines vermeintlichen Frauenschutzes legitimieren. Die Analyse zeigt: Beide Initiativen externalisieren Gewalt gegen Frauen kulturell, indem sie Geflüchtete als homogene, muslimisch codierte Männergruppe und zugleich als Gefahr für lokale Frauen konstruieren. In einem Fall erscheinen Frauen und Mädchen vor allem als passive Symbole einer bedrohten lokalen Heimat; im anderen wird stärker eine gleichstellungspolitische Sprache genutzt, die die Unterakunftsabwehr als Verteidigung westlicher emanzipatorischer Errungenschaften rahmt.

Empfohlene Zitierung:

Fechter, Sophia (2026). „Die Sicherheit unserer Frauen steht auf dem Spiel“ – Geschlechternarrative in lokalen Protesten gegen Geflüchtetenunterkünfte. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 164–175.

Schlagwörter:

Geschlecht und Migration, Sicherheitsdiskurse, kommunale Aushandlungen, Bürgerinitiativen



**„DIE ANALYSE ZEIGT, DASS
DER SCHUTZ WESTLICHER
FRAUEN IN LOKALEN
PROTESTEN GEGEN
GEFLÜCHTETENUNTERKÜNFTE
ALS MORALISCHE
LEGITIMATIONSSTRATEGIE
GENUTZT WIRD, UM
MIGRATIONSPOLITISCHE
ABWEHR ALS VERTEIDIGUNG
VON SICHERHEIT,
GLEICHBERECHTIGUNG
UND LOKALER ORDNUNG
ERSCHEINEN ZU LASSEN.“**

Sophia Fechter

Thema und übergeordneter Diskurs

Als Bundeskanzler Friedrich Merz im Oktober 2025 Kritik an seiner Aussage über ein „Problem im Stadtbild“ mit dem Hinweis konterte, man solle „die Töchter fragen“, lässt sich dies als wichtiger diskursiver Moment verstehen (Jäger et al. 2024, 222; Böhl 2025). Die Äußerung wurde medial und politisch breit aufgegriffen, kommentiert und auf ein etabliertes Narrativ zugespitzt: Nicht mehr nur die Sicherheitsrisiken städtischer Räume stand im Zentrum, sondern auch die Frage nach der Schutzbedürftigkeit westlicher Frauen vor migrantischen Männern (Adamek 2025; Epstein 2025; Kelle 2025; Schwarze 2025).

Die Verschränkung von Sicherheits-, Geschlechter- und Migrationsdiskursen wird besonders dort wirksam, wo der Schutz westlicher Frauen zur Legitimation von Ausschluss- und Abwehrpolitiken dient. Yurdakul et al. (2018, 290–293) zeigen, dass sexualisierte Gewalt durch männliche Migranten an Straf- und Aufenthaltsrecht gekoppelt werden: Wenn „fremde Männer“ deutsche Frauen gefährden, resultieren daraus nicht nur strafrechtliche Fragen, sondern

Die Verschränkung von Sicherheits-, Geschlechter- und Migrationsdiskursen wird besonders dort wirksam, wo der Schutz westlicher Frauen zur Legitimation von Ausschluss- und Abwehrpolitiken dient.

auch migrationspolitische Konsequenzen. Farris (2017, 27 f.) zeigt, dass rechte Parteien in Europa, die feministische Anliegen sonst häufig ablehnen, den Schutz westlicher Frauen dann betonen, wenn migrationsfeindliche Positionen legitimiert werden sollen (vgl. hierzu auch die Beiträge von Volk sowie von Meyer et al. in diesem Band). Zugleich macht sie deutlich, dass das Bild des nicht-westlichen, muslimischen und patriarchalen „Anderen“ auch in neoliberalen und feministischen Diskursen aufgegriffen wird, um migrationsbezogene Anliegen in Namen der Frauenrechten durchzusetzen (Farris 2017, 1–5).

Diese Strategien wirken, weil sie auf etablierte postkoloniale Deutungsmuster zurückgreifen, die bis heute medial und politisch reproduziert werden: Studien belegen, dass Migrant*innen, Geflüchtete sowie der Islam im öffentlichen Diskurs vielfach über Sicherheits- und Misstrauensnarrative als kriminell, rückständig oder bedrohlich markiert werden. Dabei erscheinen Geflüchtete in der medialen Darstellung oft als überwiegend homogene männliche Gruppe und werden überproportional mit Gewalt- und Sexualdelikten verknüpft. Migrantische Stimmen bleiben meist ausgeblendet (Drüecke 2016, 17–35; Hestermann 2025, 3; Maurer et al. 2021, 3–26; Van Berkum et al. 2026, 12–15; Yurdakul et al. 2018, 289–290).

Nach Jäger et al. (2024, 82–116) ist Wahrheit keine objektive Entdeckung, sondern eine historisch variable diskursive Konstruktion, bei der Institutionen und Machtverhältnisse festlegen, welche Aussagen Legitimität erhalten. Durch repetitive Reproduktion verfestigen sich mediale, politische und alltägliche Zuschreibungen über nicht-westliche Migrant*innen als scheinbar selbstverständliches Wissen. Eine zentrale Rolle spielen dabei diskursive Ereignisse, die Sagbarkeitsfelder qualitativ verschieben (Jäger et al. 2024, 221–223). So überlagerte etwa nach der Kölner Silvesternacht 2015/16 eine Ethnisierung von Sexismus die vormalige Willkommenskultur: Sexualisierte Gewalt wurde als rein importiertes Problem externalisiert, nicht-weiße Männer zu einer homogenen Tätergruppe konstruiert und Forderungen nach Abschiebungen sowie Verschärfungen des Asylrechts gewannen an Gewicht (Dietze 2016, 93–101; Drüeke 2016, 3–36; Yurdakul et al. 2018, 287–293; Jäger et. al 2024, 215–223).

Der Untersuchungsgegenstand

Diskurse operieren nach Jäger et al. (2024, 217–218) auf verschiedenen, sich gegenseitig durchdringenden Ebenen wie Politik, Medien und Alltag. Während politische und mediale Diskurse zur Verflechtung von Migration, Sicherheit und Geschlecht häufig untersucht wurden, stehen kommunale Aushandlungen seltener im Fokus – obwohl gerade dort Fragen des Zusammenlebens konkret werden, etwa wenn geplante Geflüchtetenunterkünfte Gegenproteste in Form von Petitionen, Demonstrationen oder Bürgerinitiativen (BI) auslösen.

Als überwiegend informelle, projektbezogene und ressourcenschwache Zusammenschlüsse sind BI ein aufschlussreicher Untersuchungsgegenstand, da sie politischen Druck vor allem über öffentliche Mobilisierung erzeugen müssen (Bräuer 2020, 25–27; Mayer-Tasch 1985, 17). In Bezug auf die moralische Legitimation der Unterakunftsablehnung liegt es daher nahe, dass sie auf bestehende negative Wissensbestände über Geflüchtete zurückgreifen.

Für den vorliegenden Kontext wird die Frage analysiert, inwiefern BI gegen Geflüchtetenunterkünfte auf Vorstellungen nicht-westlicher Männer als Bedrohung lokaler Frauen zurückgreifen und damit jene Legitimationsstrategien der Abwehr im Namen des Frauenschutzes reproduzieren, die politische und öffentliche Diskurse vielfach prägen. Zugleich wird untersucht, wie sich die BI dabei selbst verorten und präsentieren. Die Analyse erfolgt anhand zweier Fallbeispiele, in denen BI Geschlechternarrative nutzen, um geflüchtete Männer als Bedrohung lokaler

Es wird u. a. die Frage analysiert, inwiefern BI gegen Geflüchtetenunterkünfte auf Vorstellungen nicht-westlicher Männer als Bedrohung lokaler Frauen zurückgreifen.

Frauen zu markieren. Mithilfe der Kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Jäger et al. (2024, 123–211) werden die Textquellen auf sprachlich-rhetorische Mittel, Symbole, Binarismen, Normalitätsvorstellungen und Deutungshoheiten sowie auf Rückkopplungen an gesamtgesellschaftliche Wissensbestände untersucht.

Initiativen und Standorte wurden anonymisiert. Das Erkenntnisinteresse richtet sich auf diskursive Legitimationsstrategien und nicht auf eine Bewertung der konkreten Unterbringungsprozesse in den einzelnen Gemeinden. Die Anonymisierung schützt lokale Kontexte und vermeidet eine Reichweitenverstärkung rechtsextremer Akteur*innen.

Fallbeispiel BI-A

BI-A wurde 2023 in einer hessischen Kommune gegründet, um eine geplante Großunterkunft zu verhindern, und nach deren Realisierung noch im selben Jahr wieder aufgelöst. Die ausschließlich in der Planungsphase aktive BI trat vor allem über eine Webseite und eine Online-Petition in Erscheinung (Webseite BI-A; openPetition BI-A 2023). Für die KDA wird zunächst die Webseite als zentrales Diskursfragment analysiert; anschließend werden Interviewaussagen einbezogen, die in der Frankfurter Neuen Presse abgedruckt wurden (Seipel 2023).

Die Webseite ist schlicht aufgebaut und wenig bildreich. Im Zentrum steht ein Erklärungstext. Möglichkeiten zur Interaktion oder Gegenrede fehlen. Das Kontaktformular ist anonymisiert und die Sprecher*innen werden insgesamt nicht sichtbar.

Der Text beginnt damit, dass die BI sich zur „unpolitischen“ und „neutralen“ Initiative erklärt und betont, sie habe „nichts gegen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten“; Schutz für „schutzsuchende Familien“ sei „humanitäre Pflicht“ (Webseite BI-A). Im Anschluss an diese positive Selbstbeschreibung folgt die negative Kategorisierung der im Ort erwarteten Geflüchteten. Diese werden als „Weltflüchtlinge“ beschrieben, die „aus sicheren Herkunftsländern“

Im Anschluss an eine positive Selbstbeschreibung folgt die negative Kategorisierung der im Ort erwarteten Geflüchteten.

kämen und damit als „Wirtschaftsflüchtlinge“ anzusehen seien. Daran anknüpfend folgert die BI: „Der Begriff ‚Weltflüchtlinge‘ umschreibt hierbei, dass es sich bei den Menschen fast ausschließlich um junge Männer aus muslimischen Herkunftsländern handelt.“ (Webseite BI-A) Die Aufnahme wird als direkte Bedrohung für die Sicherheit im Ort gezeichnet: „Sollte der Bau tatsächlich genehmigt werden, entsteht in dem bisher noch idyllischen Ort ein Brennpunkt.“ (Webseite BI-A)

Das „Wir“ erscheint humanitär, nüchtern, neutral und verantwortungsvoll („humanitäre Pflicht“), während das „Sie“ als gefährlich, unpassend und abwehrbedürftig markiert wird („Weltflüchtlinge“, „Wirtschaftsflüchtlinge“). Verstärkt wird diese Gegenüberstellung durch das Kollektivsymbol des „Brennpunkts“. Die Bezeichnung ruft Vorstellungen von sozialen Problemen und Kriminalität auf. Der „idyllische Ort“ fungiert als positives Gegensymbol für Ordnung und Normalität. So entsteht ein symbolischer Innenraum, der als schutzwürdig und zugleich bedroht erscheint (Jäger et al. 2024, 186–187). Die Betonung „muslimischer Männer“ aktiviert etablierte mediale und politische Deutungen, in denen Islam und nicht-westliche Männlichkeit mit Patriarchalität und Bedrohung verknüpft werden.

Im nächsten Absatz wird argumentiert, dass Geflüchtete aufgrund „von verschiedenen Religionen und/oder Geschlechtern“ getrennt würden, um „Streitigkeiten oder Übergriffe“ zu vermeiden, aber „wir gesellschaftlich in den vergangenen Jahren eines besseren belehrt“ wurden (Webseite BI-A). Diese vermeintliche „Belehrung“ lässt das „Wir“ als ehemals naiv, nun jedoch desillusioniert und wissend erscheinen. Geflüchteten wird kollektiv unterstellt, die Erwartung eines friedlichen,

Die Ethnisierung von Sexismus konstruiert muslimische Geflüchtete als Träger einer bedrohlichen Männlichkeit, die von außen in die eigene Gesellschaft importiert wird.

regelkonformen Zusammenlebens enttäuscht und Vertrauen verspielt zu haben. So konstruiert die BI eine Solidargemeinschaft mit der Leserschaft und aktiviert ein vermeintlich geteiltes negatives Alltagswissen (Jäger et al. 2024, 83–93). Darauf folgt: „in den meisten Groß- und Kleinstädten trauen sich junge Frauen, aus Angst vor Übergriffen, nicht mehr alleine auf die Straße“ (Webseite BI-A). Diese Behauptung aktiviert ein Überfremdungsnarrativ, laut dem Frauen andernorts ihre Bewegungsfreiheit bereits eingebüßt haben, während die Frau im noch intakten Ort die Heimatidylle symbolisiert. Diese Ethnisierung von Sexismus konstruiert muslimische Geflüchtete als Träger einer fremden, bedrohlichen Männlichkeit, die von außen in die eigene Gesellschaft importiert wird (Jäger et al. 2024, 201; Dietze 2016, 94). Des Text verstärkt diese Negativzuschreibungen explizit: „diese jungen Männer“ seien unwillig „sich in unsere Gesellschaft zu integrieren und unsere Werte anzunehmen“ (Webseite BI-A). Über nationale Besitzmarker wie „unsere Gesellschaft“ und „unsere Werte“ konstruiert die BI eine vermeintlich homogene deutsche Zugehörigkeit und eine abgewertete Außengruppe (Drücke 2016, 36).

Als nächstes Diskursfragment wird ein kurzes Medieninterview mit den BI-Initiatorinnen analysiert, das in der Frankfurter Neuen Presse aufgegriffen wurde. Die beiden Sprecherinnen, die nun als Frauen erscheinen und ihre Nachnahmen preisgeben, warnen darin vor einem „Asylzustrom von überwiegend jungen Männern aus kulturfremden Ländern“ und benennen die „Angst vor Übergriffen“ als „großen Faktor“ (Seipel 2023). Der Begriff „Asylzustrom“ fungiert dabei als Kollektivsymbol, das

Migration als naturhafte, unkontrollierbare Masse rahmt (Bozay 2019, 179 f.). Die Sprecherinnen verweisen auf einen vermeintlichen Vorfall im unmittelbaren Nahraum: Zwei Mädchen, „so 13 oder 14 Jahre alt“, seien von „Flüchtlings“ belästigt worden und hätten sich in einen Rewe „gerettet“ (Seipel 2023). Diese Erzählung erzeugt einen Realitätseffekt und soll die erwartete Zukunft im Ort belegen. Potenzielle Gewalt an Frauen symbolisiert dabei die fundamentale Störung des lokalen Friedens; die lokalen Mädchen werden zur Figur einer bedrohten Heimat.

Fallbeispiel BI-B

BI-B ist eine seit 2023 aktive Initiative aus einer süddeutschen Gemeinde gegen den Bau einer Landeserstaufnahmestelle (LEA). Die BI begründet ihre Ablehnung über vielseitige Themen (Webseite BI-B). Eine eigene Unterseite des Arbeitskreises (AK) Frauen rahmt den Konflikt zusätzlich als Frage weiblicher Sicherheit. Dieses Webseitenfragment sowie ein Interview mit Vertreterinnen des AK in einer regionalen Zeitung bilden die analysierten Diskursfragmente (Webseite AK BI-B; Mathes 2024).

Die visuelle Selbstinszenierung auf der Webseite beginnt mit einem Foto von vier weiß gelesenen Frauen mittleren Alters auf einer grünen Wiese. Sie tragen legere Kleidung und eine der Frauen trägt eine Kreuzkette. Die unbearbeitete Bildqualität und der ländliche Hintergrund vermitteln Authentizität und lokale Verankerung (Jäger et al. 2024, 162–167). Die namentliche Nennung der Gründerinnen erzeugt Vertrautheit. Mit der Aussage „– NEIN – wir sind weder rechts noch links. Wir sind Frauen!“ wird politische Positionierung zurückgewiesen und durch eine geschlechtliche Selbstverortung ersetzt (Webseite AK BI-B). Die Frauen selbst werden somit zum Symbol für die besorgte lokale Nachbarin.

Der Text benennt „Sicherheit für Frauen“ als Hauptthema des AK. Diese Sicherheitsfrage wird unmittelbar an kulturelle Differenz gekoppelt: „Es ist kein Geheimnis, dass Männer anderer Kulturen das Bild der Frau für sich entsprechend definieren.“ (Webseite AK BI-B) Die Formulierung „Es ist kein Geheimnis“ präsentiert die unbelegte Behauptung als allgemein bekanntes Wissen. Die Bezugnahme auf „Männer anderer Kulturen“ aktiviert etablierte Deutungsmuster, in denen vor allem nicht-westliche bzw. muslimische Männer mit Frauenfeindlichkeit verknüpft werden. Die Aussage homogenisiert geflüchtete Männer zu einer Gruppe und schreibt ihnen pauschal ein negativ besetztes Frauenbild zu. Damit etabliert der Text eine binäre Ordnung: Auf der einen Seite steht eine implizite Wir-Gruppe, die Frauenrechte und Gleichberechtigung für sich beansprucht; auf der anderen kulturell markierte Männer mit vermeintlich problematischem Frauenbild (Jäger et al. 2024, 198). Frauenschutz erscheint dadurch nicht als allgemeines patriarchales Problem, sondern als „Kultur der Anderen“.

Frauenschutz erscheint nicht als allgemeines patriarchales Problem, sondern als „Kultur der Anderen“.

Der Text führt fort: „Wir möchten das Bewusstsein der Problematik von Gewalt und Unterdrückung gegenüber Frauen schaffen und die Öffentlichkeit über diese Herausforderungen aufklären.“ (Webseite AK BI-B) Die Aussage besetzt emanzipatorische Anliegen und inszeniert die Frauen als handlungsmächtige Subjekte. Diese aufgemachte Problematisierung wird jedoch lediglich auf die LEA zugespitzt: Durch „mehr als 1 200 Flüchtlinge, hauptsächlich Männer anderer Kulturen“, die „für eine unbestimmte Zeit“ bleiben, könne die Sicherheit von Frauen „nicht gewährleistet werden“ (Webseite AK BI-B). Bauplanung, Migration, Geschlecht und Sicherheit verschränken sich zu einer scheinbar kausalen Kette, die den Bau der Unterkunft als zwangsläufigen Import kulturimmanenter Gewalt und Verlust weiblicher Sicherheit herstellt (Jäger et al. 2024, 126 f.).

Im nächsten Abschnitt folgt: „Gewalt von Männern gegenüber Frauen ist ein ernstes Problem, das nicht toleriert werden darf. Kulturelle Sensibilität und Bildung sind entscheidend, um stereotype Vorstellungen zu überwinden und Respekt für Frauen als gleichberechtigte Individuen zu fördern.“ (Webseite AK BI-B) Der AK inszeniert sich erneut als progressive Stimme für Frauenrechte, blendet aber die Selektivität des Schutzdiskurses aus: Geflüchtete Frauen bleiben unsichtbar. Die BI beansprucht damit Deutungshoheit über Schutzwürdigkeit: Sie entscheidet diskursiv, wer Schutz verdient und wer als Gefahr erscheint. Der Text folgert schließlich: „Jahrzehnte haben Frauen in Deutschland für Gleichberechtigung gekämpft“ und man sei „nicht bereit, in unserem Land rückschrittliche Denkweisen zu akzeptieren!“ (Webseite AK BI-B). Gleichberechtigung erscheint als vollendete deutsche Normalität und zugleich als fragiles Gut, das durch den Zuzug Geflüchteter in patriarchale, kulturfremde Verhältnisse zu kippen droht. Die konstruierte Fremdgruppe erscheint nicht als Träger eigenen Wissens und kultureller Vielseitigkeit, sondern ausschließlich der westlichen Moderne geistig, moralisch und kulturell unterlegen.

Als weiteres Diskursfragment dient das Interview in einer regionalen Zeitung, in dem eine Sprecherin den Vorwurf fremdenfeindlicher Geschlechterrollen abwehrend zurückweist: „Man muss doch in diesem Land noch sagen dürfen, was man denkt, ohne dass man sofort in die tiefste braune Ecke geschoben wird“ (Mathes 2024). Diese Entlastungsstrategie wird durch Normalitätsmarker verstärkt: Die Sprecherinnen bezeichnen sich als „anständig erzogen“ und „mit beiden Beinen im Beruf und im Leben“ stehend (Mathes 2024). Zugleich betonen sie eine spezifisch weibliche Deutungskompetenz. Frauen könnten „ganz anders über das Thema Sicherheitsbedenken sprechen, als Männer es könnten“ (Mathes 2024). Der Eindruck entsteht, dass die vertretenen Positionen für Frauen im Allgemeinen anschlussfähig

In ihren Interviewaussagen homogenisieren BI-Vertreterinnen die Geflüchteten und schreiben ihnen vermeintliche kulturelle Merkmale zu.

sind. Auch in ihren Interviewaussagen homogenisieren die BI-Vertreterinnen die Geflüchteten und schreiben ihnen vermeintliche kulturelle Merkmale zu: Eine Sprecherin sagt, die Frauen hätten „in ihren Kulturen nichts zu sagen und sind weniger wert“ (Mathes 2024). Eine Sprecherin berichtet über einen schulischen Vorfall, bei dem zugewanderte Schüler Mädchen pornografische Bilder gezeigt hätten und die Schule daraufhin von „kurzen Röcken“ abgeraten habe. Das wird als Beleg für eine bereits stattfindende Einschränkung weiblicher Rechte dargestellt (Mathes 2024).

Abschließender Vergleich und Rückkopplung an Gesamtdiskurs

Die Analyse bestätigt, dass auch in lokalen Aushandlungen der Schutz westlicher Frauen als Legitimationsstrategie genutzt wird, um die Ablehnung von Asylunterkünften als notwendige Abwehrmaßnahme erscheinen zu lassen. Beide BI externalisieren Gewalt gegen Frauen kulturell. Sie konstruieren Geflüchtete als vermeintlich homogene, muslimisch codierte Gruppe, die als unvereinbar mit westlichen Werten gerahmt wird. Im direkten Kontrast dazu wird die eigene Nation als neutral und gleichberechtigt inszeniert, wobei interne Differenzen in beiden Gruppen unsichtbar gemacht werden (Eriksen 2010, 134).

In BI-A bleibt die Rolle der Frau sekundär und rein funktional: Frauen werden nicht als eigenständige Subjekte sichtbar, sondern fungieren als symbolische Körper einer bedrohten lokalen Ordnung. Damit knüpft die BI an nationalisierte Geschlechterbilder an, in denen Frauen als schutzbedürftige „Trägerinnen des Kollektivs“ und Repräsentantinnen der Nation erscheinen (Farris 2017, 67–72; Yuval-Davis 2006, 21–28, 45–52). Die Behauptung, Frauen trauten sich andernorts nicht mehr auf die Straße, inszeniert ein bereits eingetretenes Überfremdungsszenario, von dem sich der eigene Ort noch als intakte „Idylle“ abhebt. Erzählungen über lokale Belästigungen werden als Vorzeichen dieses Kontrollverlusts gedeutet. Die Gefährdung lokaler Frauen durch den markierten „Anderen“ beweist die scheinbare Bedrohung des Kollektivs.

BI-B reproduziert hingegen eine gleichstellungspolitische Artikulationsform: Frauen treten als handelnde Nachbarinnen auf, die ihre Migrationsabwehr in eine Sprache von Gewaltaufklärung, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung übersetzen, wodurch der Protest als Verteidigung emanzipatorischer Errungenschaften erscheint (Dietze 2016, 95). Während geflüchtete Frauen ausgeblendet bleiben, wird

Während geflüchtete Frauen ausgeblendet bleiben, wird Gleichstellung als Besitzstand der eigenen Gemeinschaft gerahmt, der gegen das vermeintlich problematische Frauenbild von „Männern anderer Kulturen“ verteidigt werden müsse.

Gleichstellung als Besitzstand der eigenen Gemeinschaft gerahmt, der gegen das vermeintlich problematische Frauenbild von „Männern anderer Kulturen“ verteidigt werden müsse. Darin zeigen sich Anschlussstellen zu Farris' (2017, 54–56) Beobachtung, dass bestimmte gleichstellungspolitische Stimmen Sexismus primär muslimischen Communitys zuschreiben und westliche Emanzipation als überlegenes Werteprojekt markieren.

Die aufgezeigten Geschlechternarrative sind keine lokalen Einzelprodukte, sondern sie reaktivieren und festigen etablierte Wissensbestände über die Schutzbedürftigkeit westlicher Frauen vor migrantischen Männern (Drüeke 2016, 35–37). Beide BI blenden die Individualität von Fluchtschicksalen aus und kollektivieren Geflüchtete über die Verbindung von Männlichkeit und Gefährlichkeit. Sie reproduzieren damit eine auch in Leitmedien nachweisbare diskursive Verengung von Geflüchteten auf negative, kriminalisierende Bilder erwachsener Männer, über die gesprochen wird, ohne ihnen selbst eine Sprecher*innenposition zuzugestehen (Maurer et al. 2020, 16–20; Hestermann et al. 2020, 8 f.).

Gestützt wird diese Abwertung durch Kollektivsymbole wie „Asylflut“, „Brennpunkt“ oder „Wirtschaftsflüchtling“. Solche Symbole zirkulieren über verschiedene Diskursebenen hinweg und rufen innerhalb der „Wir“-Gruppe geteilte Bilder, Affekte und negative Bewertungen ab (Jäger et al. 2024, 125 f; Bozay 2019, 179 f.). Die BI greifen damit auf ein etabliertes Repertoire des Migrationsdiskurses zurück, das komplexe gesellschaftliche Auseinandersetzungen verdichtet, vereinfacht und in scheinbar

selbstverständliche Deutungen überführt. Dies zeigt sich auch in Formulierungen, die behaupten, es sei „kein Geheimnis“, dass Geflüchtete ein bestimmtes Frauenbild hätten: Die Behauptung wird nicht belegt, sondern als gemeinsamer Wissensbestand vorausgesetzt. Die Entlarvung solcher Behauptungen schafft die notwendige gesellschaftliche Kritikfähigkeit, um rassistische Exklusionsstrategien zu dekonstruieren.

Die Entlarvung solcher Behauptungen schafft die notwendige gesellschaftliche Kritikfähigkeit, um rassistische Exklusionsstrategien zu dekonstruieren.

Sophia Fechter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Demokratiezentrum Hessen der Philipps-Universität Marburg. Als Politikwissenschaftlerin und Friedens- und Konfliktforscherin (M. A.) untersucht sie Konfliktpotenziale im Kontext der Unterbringung von Geflüchteten sowie deren Aushandlung in kommunalen Räumen. Auf dieser Grundlage entwickelt sie praxisorientierte Ansätze, um die gewonnenen Erkenntnisse für eine (präventive) kommunale Konfliktbearbeitung nutzbar zu machen.

Literaturverzeichnis

- Adamek, Sascha (2025). „Ein Bundeskanzler darf so nicht reden“: Wie ich mich mit meiner Tochter über Merz' „Stadtbild“ streite. Focus Online vom 22.10.2025. Online verfügbar unter https://www.focus.de/politik/deutschland/ich-sprach-mit-meiner-tochter-19-ueber-merz-stadtbild-ein-argument-ueberzeugt_6af3daec-b2b5-4e9a-ab36-ddac04078778.html (abgerufen am 22.05.2026).
- Böhl, Lukas (2025). Das genaue Zitat von Friedrich Merz. Die Aussage zum Stadtbild im Wortlaut. STUTTGARTER ZEITUNG vom 21.10.2015. Online verfügbar unter <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.friedrich-merz-stadtbild-aussage-wortlaut-mhsd.c674d7a6-52bd-4cbf-a68a-12f1700128fc.html> (abgerufen am 29.01.2026).
- Bozay, Kemal (2019). Symbolische Ordnung, Klassifikationen und Definitionsmacht im Fokus der Fluchtdiskurse. In: Emre Arslan/Kemal Bozay (Hg.). Symbolische Ordnung und Flüchtlingsbewegungen in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden, Springer VS, 31–53.
- Bräuer, Marco (2017). Energiewende und Bürgerproteste. Eine Untersuchung der Kommunikation von Bürgerinitiativen im Themenfeld Netzausbau. NEU – Nachhaltigkeits-, Energie- und Umweltkommunikation. Ilmenau, Universitätsverlag Ilmenau.
- Dietze, Gabriele (2016). Das ‚Ereignis Köln‘. Femina politica: Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft 25 (1), 93–102. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v25i1.23412>.
- Drücke, Ricarda (2016). Die TV-Berichterstattung in ARD und ZDF über die Silvesternacht 2015/16 in Köln. Studie im Auftrag des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.
- Epstein, Mirjam (2025). Ohne Leitkultur keine Gleichberechtigung. Cicero Online vom 04.11.2025. Online verfügbar unter <https://www.cicero.de/innenpolitik/stadtbild-debatte-leitkultur-keine-gleichberechtigung> (abgerufen am 22.05.2026).
- Eriksen, Thomas Hylland (2010). Ethnicity and Nationalism. Anthropological Perspectives. 3. Aufl. London, Pluto Press.
- Farris, Sara. R. (2017). In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism. Durham / London, Duke University Press.
- Hestermann, Thomas (2020). Berichterstattung über Eingewanderte und Geflüchtete. Die Unsichtbaren. Eine Expertise für den Mediendienst Integration. Hamburg, Hochschule Macromedia.
- Hestermann, Thomas (2025). Kriminalität und Migration: Das Bild in deutschen Medien. Expertise. Hamburg, Macromedia University of Applied Sciences.
- Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete/Wamper, Regina/Nothardt, Benno (2024). Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung. 8. Aufl. Münster, Unrast Verlag.
- Kelle, Birgit (2025). Rassismusdebatte nach „Stadtbild“-Aussage: Die zynischen Töchter Deutschlands. Nius vom 01.11.2025. Online verfügbar unter <https://nius.de/kommentar/toechter-stadtbild-rassismus-debatte-birgit-kelle> (abgerufen am 22.05.2026).
- Mathes, Susanne (2024). Interview mit dem Frauenarbeitskreis der Bürgerinitiative BI-B. Zeitung anonymisiert vom 16.06.2024. Originaltitel und URL aus Anonymisierungsgründen nicht angegeben (abgerufen am 22.05.2026).
- Maurer, Marcus/Jost, Pablo/Kruschinski, Simon/Haßler, Jörg (2021). Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration. Mainz, Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
- Mayer-Tasch, Peter C. (1985). Die Bürgerinitiativbewegung: Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem. Reinbek bei Hamburg, ROWOHLT Taschenbuch.
- openPetition BI-A (2023). Online-Petition der Bürgerinitiative BI-A. Originaltitel und URL aus Anonymisierungsgründen nicht angegeben (abgerufen am 22.05.2026).

- Schwarze, Elisa (2025). Friedrich Merz und das „Stadtbild“: So reagiert das Netz auf seine Töchter-Aussage. Der Spiegel vom 21.10.2025. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/friedrich-merz-und-das-stadtbild-so-reagiert-das-netz-auf-seine-toechter-aussage-a-5eb7030c-11c3-4bca-a804-1ac2348514e1> (abgerufen am 22.05.2026).
- Seipel, Judith (2023). Berichterstattung über Bürgerinitiative BI-A. Zeitung anonymisiert vom 24.01.2023. Originaltitel und URL aus Anonymisierungsgründen nicht angegeben (abgerufen am 22.05.2026).
- Van Berkum, Merle/Niepert, Juliane/Fengler, Susanne (2026). Abschlussbericht: Migrationsberichterstattung in Deutschland (WP6). Göttingen/Dortmund, Georg-August-Universität Göttingen/Erich Brost Institut für internationalen Journalismus.
- Webseite AK BI-B (o. J.). Frauenarbeitskreis der Bürgerinitiative BI-B. Onlinequelle. Originaltitel und URL aus Anonymisierungsgründen nicht angegeben (abgerufen am 22.05.2026).
- Webseite BI-A (o. J.). Webseite der Bürgerinitiative BI-A. Onlinequelle. Originaltitel und URL aus Anonymisierungsgründen nicht angegeben (abgerufen am 22.05.2026).
- Webseite BI-B (o. J.). Webseite der Bürgerinitiative BI-B. Onlinequelle. Originaltitel und URL aus Anonymisierungsgründen nicht angegeben (abgerufen am 22.05.2026).
- Yurdakul, Gökçe/Korteweg, Anna C./Hamann, Ulrike (2018). Symbolische und materielle Grenzziehungen. Geschlecht und ‚Rasse‘ im Diskurs über Gewalt und Fluchtbewegungen in Kanada und Deutschland. In: Iman Attia/Mariam Popal (Hg.). *BeDeutungen dekolonisieren: Spuren von (antimuslimischem) Rassismus*. Münster, Unrast Verlag, 276–296.
- Yuval-Davis, Nira (1997). *Theorizing Gender and Nation*. London, SAGE Publications Ltd.

„Bitch Hunt“ – misogyny Straflust im Dienst des Patriarchats

Interview mit Veronika Kracher

In unserem Interview, geführt von IDZ-Geschäftsführerin Anne Tahirovic, beleuchten wir die Dynamiken digitaler Hasskampagnen gegen prominente Frauen. Autorin und Publizistin Veronika Kracher zeigt an Beispielen von Chappell Roan und Amber Heard, wie Misogynie als „Bitch Hunt“ funktioniert: eine kollektive Straf- und Kontrollpraxis, die Frauen bestraft, die patriarchalen Normen widersprechen. Dabei wird deutlich, dass Misogynie ein strukturelles Phänomen ist, das durch Doppelstandards, die Verharmlosung männlicher Gewalt und die Verbreitung von Rape-Culture-Narrativen geprägt ist. Veronika Kracher plädiert für eine reflektierte und verantwortungsvolle Nutzung digitaler Räume und für die Verlagerung von Aktivismus in reale, kollektive Strukturen: Die Bekämpfung von Misogynie erfordert nicht nur Online-Counterspeech, sondern eine tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltung.

Empfohlene Zitierung:

Kracher, Veronika/ Tahirovic, Anne (2026). „Bitch Hunt“ – misogyny Straflust im Dienst des Patriarchats. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie und Geschlecht, Band 19. Jena, 176–187.

Schlagwörter:

Misogynie, patriarchale Gewalt, Hasskampagnen, Rape-Culture, Antifeminismus



**„MIT ‚BITCH HUNT‘ IST
EIN VON MISOGYNEN
DOPPELSTANDARDS
GEPRÄGTES, KOLLEKTIV
DURCHEXERZIELTES
STRAFBEDÜRFNIS
GEGENÜBER EINER ALS
FEINDBILD MARKIERTEN,
UNBOTMÄSSIGEN
FRAU GEMEINT, DEREN
‚VERBRECHEN‘ DARIN
BESTEHT, PATRIARCHALEN
ANFORDERUNGEN AN
WEIBLICHKEIT NICHT
ENTSPRECHEN ZU WOLLEN.“**

Anne Tahirovic

In deinem Ende Februar 2026 erschienenem Buch „Bitch Hunt. Warum wir es lieben, Frauen zu hassen“ analysierst du u. a. digitale Hasskampagnen gegen prominente Frauen. Kannst du ein aktuelles Beispiel schildern, an dem sich diese Dynamiken zeigen?

Veronika Kracher

Wir beobachten immer wieder, dass sich eine digitale Öffentlichkeit, die natürlich auch in den analogen Raum ausstrahlt, regelmäßig zusammenrottet, um kollektiv ihr misogynen Strafbedürfnis an einer als legitimes Feindbild markierten Frau auszulassen. Ein aktuelles Beispiel ist die lesbische Musikerin Chappell Roan. Ein brasilianischer Fußballspieler hat auf Instagram behauptet, Chappell Roan habe an einem Hotelbuffet ihren Security auf seine Tochter „gehetzt“, obwohl diese nur schauen wollte, ob es sich tatsäch-

lich um die Musikerin handelt. Diese unbelegte Behauptung wurde im Netz sofort für bare Münze genommen, weiterverbreitet und mit brutaler Häme und Empörung kommentiert, etwa im Sinne von: „Ich wusste schon immer, dass Chappell Roan eine Bitch ist.“

Im öffentlichen Diskurs ist es schlimmer, wenn eine Frau als unsympathisch gilt. Dafür darf sie kollektiv angegriffen, verurteilt, verhöhnt werden und dieser Hass wird regelmäßig zu Content verarbeitet.

Besonders faszinierend finde ich in solchen Fällen diese massiven Doppelstandards: auf der einen Seite angebliche Transgressionen der angegriffenen Frau, auf der anderen Seite der gesellschaftliche Umgang mit Männern, die Sexualstraftäter sind. Ich habe festgestellt: Im öffentlichen Diskurs ist es schlimmer, wenn eine Frau als unsympathisch gilt. Dafür darf sie kollektiv angegriffen, verurteilt, verhöhnt werden und dieser Hass wird regelmäßig zu Content verarbeitet. Gleichzeitig werden Männer wie Michael Jackson, der gerade wieder in einem Film rehabilitiert wird, Johnny Depp, der Frauen geschlagen hat, Kevin Spacey, dem mehrere Männer Gewalt vorwerfen, Till Lindemann, dem mehrere Frauen Gewalt vorwerfen, R. Kelly oder P. Diddy ganz anders behandelt. Ich nenne das „Bitch Hunt“: ein von misogynen Doppelstandards geprägtes, kollektiv durchexerziertes Strafbedürfnis gegenüber einer als Feindbild markierten, unbotmäßigen Frau, deren „Verbrechen“ darin besteht, patriarchalen Anforderungen an Weiblichkeit nicht entsprechen zu wollen.

Anne Tahirovic

Du sprichst in Deinem Buch häufig von einem „Wir“, wenn es um Misogynie geht. Warum ist es Dir wichtig, Misogynie als kollektives Problem zu fassen – und welche Rolle spielt dabei weibliche Misogynie?

Veronika Kracher

Mir geht es mit diesem Wir darum aufzuzeigen, dass Misogynie keine individuelle Entscheidung zum Frauenhass ist, sondern ein systematisches Problem. Ich würde da auf zwei Ebenen argumentieren. Erstens wachsen wir alle – auch Mädchen und Frauen – mit einer internalisierten Abwertung des Weiblichen auf, weil wir in einer Gesellschaft leben, in der Geschlechter hierarchisiert werden und alles, was nicht männlich konnotiert ist, gesellschaftlich als minderwertig gilt. Mädchen und Frauen werden im Patriarchat außerdem in ein Konkurrenzverhältnis zueinander erzogen; sie sehen sich gegenseitig als Konkurrentinnen um männliche Aufmerksamkeit, um Sichtbarkeit oder auch im Arbeitsverhältnis. Das ist natürlich zu verurteilen und muss durch feministische Solidarität ersetzt werden. Zweitens ist es mir ein Anliegen, auch weibliche Misogynie sichtbar zu machen – obwohl heterosexuelle cis Männer natürlich primär die Täter und Profiteure von Misogynie sind. Man hat sie in der Hasskampagne gegen die US-amerikanische Schauspielerin Amber Heard sehr deutlich gesehen. Deren Analyse nimmt einen großen Teil meines Buches ein und ich zeige auf, wie und warum hier Frauen zu Mittäterinnen patriarchaler Gewalt geworden sind.

Wir wachsen alle mit einer internalisierten Abwertung des Weiblichen auf, weil wir in einer Gesellschaft leben, in der Geschlechter hierarchisiert werden und alles, was nicht männlich konnotiert ist, gesellschaftlich als minderwertig gilt.

Anne Tahirovic

Bevor wir noch einmal genauer auf die Hasskampagne gegen Amber Heard schauen, würde ich gern wissen: Was bedeutet Misogynie als „systematisches Problem“, was passiert da genau?

Veronika Kracher

Ich arbeite viel mit dem Misogynie-Begriff der Philosophin Kate Manne. Sie beschreibt Misogynie als exekutiven Arm des Patriarchats, also als Kontroll- und Strafmechanismus gegenüber Frauen und generell weiblich gelesenen Personen, die sich patriarchalen Anforderungen an Weiblichkeit verweigern. Es handelt sich um etwas Systematisches, kollektiv Durchgeführtes, das Ausdruck eines allgemeinen Geschlechterverhältnisses ist. Dieses Geschlechterverhältnis ist totalitär und allumfassend.

Anne Tahirovic

Im Fall Colleen Fernandes sehen wir einerseits breite Solidarität, andererseits sofort die alte Abwehrfigur: Sie wolle nur Aufmerksamkeit, ihre Geschichte sei zum Beispiel wegen eines angeblichen Karriereknicks nicht glaubwürdig. Ist diese Verschiebung vom Tatvorwurf zum reflexhaften Vorwurf, eine Frau erfinde oder instrumentalisieren Gewalt, ein Paradebeispiel für „Bitch Hunt“?

Veronika Kracher

Ja, definitiv. Ich bin der festen Überzeugung, dass, falls es zu einem Prozess zwischen Fernandes und Ulmen kommt, Ulmen und sein Anwaltsteam ziemlich genau das Playbook durchziehen werden, das Johnny Depp bei Amber Heard angewendet hat: sie zu diskreditieren, zu diffamieren, sie als unglaublich darzustellen und tief in die Mottenkiste der Rape-Culture-Mythen zu greifen.

Anne Tahirovic

Wenn Frauen oder auch queere Personen online angegriffen werden: Worum geht es dabei aus deiner Sicht eigentlich?

Veronika Kracher

Wir haben da mehrere Aspekte. Es geht einmal darum, marginalisierte Personen zu bestrafen. Frauen und queere Personen werden ganz häufig angegriffen, wenn sie für Sichtbarkeit eintreten und es wagen, ihre eigenen Interessen zu vertreten. Deswegen folgt Misogynie immer auch als Strafe für diese Unbotmäßigkeit der Sichtbarkeit und dafür, dass sie sich nicht patriarchalen Anforderungen unterwerfen. Wir haben also zunächst diesen Strafaspekt: „Du hast dich zu weit aus dem Fenster gelehnt, und dafür erfährst du jetzt Sanktion“.

Dann gibt es den Aspekt der Warnung: Wenn ich eine marginalisierte Person öffentlich angreife und diffamiere, hat das immer auch die Funktion, andere marginalisierte Personen davon abzuhalten, sich ebenfalls öffentlich zu äußern. Das ist Teil des systematischen Charakters. Die Strafe, gerade die öffentlich vollzogene Strafe, soll signalisieren: Lehn dich nicht zu weit aus dem Fenster, sonst passiert dir das Gleiche. Hinzu kommt auf der Täterseite, dass die Abwertung geschlechtsmarginalisierter Menschen eine narzisstische Überhöhung mit sich bringt. Ich kann mich als „echter Mann“ fühlen, indem ich Frauen und queere Personen erniedrige, weil sie eben keine Männer oder keine „richtigen“ Männer sind. Patriarchaler Gewalt wohnt fast immer ein kollektiver Bonding-Moment inne. Das sehen wir in Social Media sehr deutlich. Ein drastisches Beispiel ist, dass Männer kollektiv KI-Tools auf der Plattform X genutzt haben, um sexualisierte Deepfakes von Frauen und Mädchen zu erstellen. Dieses kollektive Zusammenschließen von Männern, um gemeinsam eine exponierte Frau anzugreifen und zu erniedrigen, bestätigt bzw. macht die eigene männliche Vorherrschaft erfahrbar, die gemeinsam am Feindbild exerziert wird.

Frauen und queere Personen werden ganz häufig angegriffen, wenn sie für Sichtbarkeit eintreten und es wagen, ihre eigenen Interessen zu vertreten. Deswegen folgt Misogynie immer auch als Strafe für diese Unbotmäßigkeit der Sichtbarkeit und dafür, dass sie sich nicht patriarchalen Anforderungen unterwerfen.

Anne Tahirovic

Du hast gerade angedeutet, dass Hasskampagnen „Spaß“ machen können. Kannst du das mit Blick auf die Täterseite ausführen?

Veronika Kracher

Es macht vielen tatsächlich Spaß. Ich fände es hier sehr angemessen, hier mit Klaus Theweleits Buch „Das Lachen der Täter“ zu arbeiten. Er analysiert darin das Psychogramm von Gewaltlust und beschreibt einen bestimmten Tätertypus, bei dem die Gewaltausübung libidinös besetzt ist. Menschen Gewalt anzutun macht nach diesem Modell Spaß und erregt. Das lässt sich auf digitale Räume übertragen, in denen Gewaltausübung leichter wird – einmal wegen des Online-Disinhibition-Effekts, also der Ten-

Wenn sich Männer in Gruppen zusammenschließen, um kollektiv Gewalt an einer exponierten Frau auszuüben, verstärkt das die eigene Selbstbestätigung. Durch die hohe Zahl der Mitmachenden erscheinen die eigenen Positionen und Handlungen dann als legitim.

denz, online enthemmter zu agieren, weil man das Gegenüber eher als Haufen Pixel denn als Person wahrnimmt, und zweitens wegen massenpsychologischer Momente: Wenn sich Männer in Gruppen zusammenschließen, um kollektiv Gewalt an einer exponierten Frau auszuüben, verstärkt das die eigene Selbstbestätigung. Durch die hohe Zahl der Mitmachenden erscheinen die eigenen Positionen und Handlungen dann als legitim.

Anne Tahirovic

Wenn du auf konkrete Fälle wie Amber Heard schaut: Was lässt sich daran besonders gut zeigen?

Veronika Kracher

Zum einen, wie bereitwillig und offen ganz „normale“ Menschen, die sprichwörtliche nette Nachbarin, einem bodenlosen Frauenhass freien Lauf lassen, wenn das Feindbild es vermeintlich „verdient“ hat. Ob das Feindbild es verdient hat, ist stark patriarchal geprägt. Beim Fall Amber Heard haben wir gesehen, wie bereitwillig Menschen, darunter auch einige Feministinnen, Lügen und Desinformationen über sie geglaubt haben, weil diese ihre von Misogynie und Rape-Culture-Narrativen geprägten Vorannahmen bestätigt haben. Ein Beispiel ist ein Bild aus dem Gerichtssaal, auf dem sich Amber Heard einfach nur die Nase putzt. Auf X wurde dieses Bild mit dem Text verbreitet: „Ich kann nicht glauben, dass Amber Heard die Dreistigkeit hat, im Gerichtssaal Kokain zu nehmen.“ Es war offensichtlich, dass sie sich nur die Nase putzt, aber weil Amber Heard zur persona non grata erklärt worden war, haben Leute diese Behauptung bereitwillig geglaubt. In

meinem Buch beschreibe ich das als eine Art verschwörungsähnliches Denken: In diesem Prozess haben Hunderttausende Menschen bereitwillig jeglichen Menschenverstand abgegeben, um ihre eigenen Vorurteile zu bestätigen. Wenig überraschend ist zum anderen, dass rechtsextreme Akteure – sei es Donald Trump Jr., das rechte Mediennetzwerk The Daily Wire von Ben Shapiro oder im deutschen Kontext Magazine wie „PI-News“, „Krautzone“ oder „Compact“ – den Prozess und den Hass auf Amber Heard gezielt genutzt haben, um antifeministische Radikalisierung zu betreiben. Dieser Prozess war ein wichtiger Punkt im rechten Kulturkampf: bei der Normalisierung und Verbreitung von Desinformation, die bereitwillig affirmiert wird, und beim Verbreiten von Rape-Culture-Narrativen sowie der Verzerrung der Debatte um häusliche Gewalt. Es wurde oft behauptet: „Amber Heard lügt, also lügen wahrscheinlich alle anderen Frauen auch. Johnny Depp ist das eigentliche Opfer.“ Das ist ein klassisches Muster in maskulinistischen Kreisen: Männer, die Täter sind, als Opfer zu inszenieren und antifeministische Narrative zu verbreiten.

Ein klassisches Muster in maskulinistischen Kreisen ist es, Männer, die Täter sind, als Opfer zu inszenieren und antifeministische Narrative zu verbreiten.

Anne Tahirovic

Du hast auch über das Beispiel „Drachenlord“ geschrieben. Rainer Winkler ist über Jahre hinweg Ziel von massivem Cybermobbing und organisierter digitaler wie analoger Belästigung gewesen. Was zeigt sich an diesem Fall in Hinblick auf Kampagnenlogiken?

Veronika Kracher

Beim Beispiel „Drachenlord“ geht es mir weniger um Rainer Winkler selbst als um die Leute, die sich an ihm abarbeiten. Es ist wenig verwunderlich, dass sie sich einen Mann ausgesucht haben, der von hegemonialen Männlichkeitsidealen weit entfernt ist: Er ist dick, spricht breites Fränkisch, wirkt unbeholfen und ist nicht die „hellste Kerze auf der Torte“. Er entspricht einem Typus, der auch auf dem Schulhof gemobbt wird. Die Täter solcher Hasskampagnen müssen ihre Gewalt vor sich selbst rechtfertigen, und das tun sie über die vermeintlichen Transgressionen des Opfers. Rainer Winkler hat durchaus Handlungen und Äußerungen getätigt, die zu verurteilen sind. Aber die Verurteilung steht in keinem Verhältnis zur Strafe. Wer sich mit Mobbingdynamiken auskennt, weiß, dass die Vorwürfe der Angreifer*innen häufig projektiver Natur sind. Wenn jemand, der selbst mit dem Nationalsozialismus kokettiert oder aus einem rechten Spektrum kommt, sich darüber echauffiert, dass Winkler über den Holocaust gewitzelt und ihn als „nice Sache“ bezeichnet hat, entspringt deren „Kritik“ wohl kaum einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Vernichtungsantemitismus. Wir haben es hier mit einem kollektiv durchgeführten Strafbedürfnis zu tun, das durch die

Transgressionen des Feindbildes legitimiert wird. Diese Transgressionen werden aber hochgejazzt und verzerrt. Irgendwann ist es völlig egal, was das Opfer tut: Alles wird negativ ausgelegt und als falsch gewertet, und es findet sich immer etwas, um die eigene Gewalt zu rechtfertigen.

Anne Tahirovic

Was bedeutet das alles für öffentliche Debatten? Verändert sich eher, worüber gesprochen wird, oder wie gesprochen wird?

Veronika Kracher

Vor allem verändert sich, wie gesprochen wird. Ich habe ja bereits den Online-Disinhibition-Effekt erwähnt: die Tendenz, sich in digitalen Räumen kälter, zynischer, roher und herablassender zu begegnen als in einem Gespräch unter vier Augen. Man nimmt die andere Person weniger als Mensch und mehr als abstrakten Pixelhaufen wahr. Durch Anonymität sinkt die Hemmschwelle, sich unfreundlich oder offen aggressiv zu verhalten. Wenn man sich Kommentarspalten anschaut –

Wenn man sich Kommentarspalten anschaut, sieht man, dass es oft nicht um Argumente oder Austausch geht, sondern um Beleidigungen, Demütigungen und die Selbstinszenierung als Person, die die schärfsten, herablassendsten Witze machen kann.

auch unter feministischen Posts und sogar in linken Kreisen – sieht man, dass es oft nicht um Argumente oder Austausch geht, sondern um Beleidigungen, Demütigungen und die Selbstinszenierung als Person, die die schärfsten, herablassendsten Witze machen kann. Es hat in den letzten Jahren eine deutliche Verrohung stattgefunden. Zur Frage, worüber gesprochen wird, würde ich mir nicht anmaßen, einen umfassenden Überblick über „das ganze Internet“ zu beanspruchen, aber die Veränderung der Kommunikationsweise ist sehr deutlich.

Anne Tahirovic

Die Entwicklungen, die du beschreibst, passieren nicht zufällig. Unter welchen Bedingungen entstehen sie?

Veronika Kracher

Social-Media-Plattformen im Kapitalismus haben wenig Interesse daran, eine demokratische Meinungsvielfalt abzubilden; sie wollen Profit durch Content generieren. Geld lässt sich nicht mit nuancierten Analysen verdienen, sondern mit Polemik, Wut und Empörung. In meinem Buch arbeite ich mit mehreren Studien, die zeigen, dass Material, das Empörung hervorruft, schneller geteilt wird, unabhängig vom Wahrheitsgehalt. Empörungscontent wird selten gründlich gecheckt,

sondern weitergeleitet, weil Empörung ein Gefühl ist, das sich ausbreiten will. Ich kenne das auch von mir und meinem Umfeld: Man schickt sich empörende Inhalte gegenseitig mit Nachrichten wie „Hast du diesen sexistischen Müll gesehen?“ Der Algorithmus belohnt Content, der heftige, vor allem negative Gefühle evozieren soll, und benachteiligt Inhalte, die auf Dialog, Verständnis und Empathie zielen. Hinzu kommt, dass große Tech-Konzerne sich zunehmend einer faschisierenden Gesellschaft andienen. Elon Musk treibt das auf X sogar aktiv voran. Seit seiner Machtübernahme ist X zu einem Sumpf von Rassist*innen, Antisemit*innen, Verschwörungsgläubigen und anderen Menschenfeind*innen geworden. Progressiven Stimmen bleibt in einem solchen Klima oft nur der Rückzug. Gleichzeitig liegt es im Interesse rechtsgerichteter Plattformen, eine Stimmung zu schüren, die reaktionäre Ideologien stützt. Das alles geschieht nicht im luftleeren Raum, sondern in einer zunehmend autoritär werdenden Gesellschaft, in der Hass gegen marginalisierte Menschen normalisiert wird. Menschenfeindlicher Content, ob misogyn, sozialchauvinistisch, queerfeindlich, antisemitisch oder geflüchtetenfeindlich, trifft auf bereits vorhandene Ressentiments und verstärkt sie weiter. Diese strukturellen Bedingungen und die Plattformökonomie fallen hier zusammen.

Anne Tahirovic

Du hast Misogynie als „Straf- und Kontrollmechanismus“ bezeichnet. Kannst du das Verhältnis von Misogynie, Patriarchat und Antifeminismus noch einmal erläutern?

Veronika Kracher

Misogynie ist, wie Kate Manne argumentiert, der Straf- und Kontrollmechanismus des Patriarchats. Frauen und weiblich gelesene Personen sollen bestimmte Anforderungen an Weiblichkeit erfüllen. Das bedeutet zum einen, weiblich kodierte Güter bereitzustellen – Zuneigung, Anerkennung, Fürsorge, Pflege, Reproduktionsarbeit, Sex. Zum anderen sollen sie männlich kodierte Güter wie Anerkennung, Respekt, öffentliche Teilhabe, Sichtbarkeit, Macht, Reichtum oder Erfolg nicht einfordern.

Frauen sollen also eine 24/7-Rolle als Mutter, Therapeutin, Hausfrau, Putzkraft erfüllen und in der Privatheit verbleiben, statt die Öffentlichkeit einzunehmen und für ihre Interessen zu kämpfen. Misogynie zeigt sich bereits im Kleinen: in Doppelstandards bei der Bewertung von Frauen in der Öffentlichkeit, in Wut über eine zurückgewiesene Anmache, in häuslicher Gewalt. Die höchste Form ist Femizid oder der misogyn motivierte Terrorakt, wie Incels ihn verüben. Misogynie ist systematisch:

Misogynie zeigt sich bereits im Kleinen: in Doppelstandards bei der Bewertung von Frauen in der Öffentlichkeit, in Wut über eine zurückgewiesene Anmache, in häuslicher Gewalt. Die höchste Form ist Femizid oder der misogyn motivierte Terrorakt, wie Incels ihn verüben.

Sie hält Frauen klein und hindert sie daran, Rechte zu erkämpfen. Antifeminismus bezeichne ich als organisierte Form von Misogynie. Er ist der politisierte Kampf gegen feministische Errungenschaften. Feminismus steht dafür, dass Frauen nicht länger selbstverständlich weiblich kodierte Güter bereitstellen müssen und das Recht haben, männlich kodierte Güter einzufordern. Antifeminismus entsteht, wenn gekränkte Männlichkeit und Misogynie sich politisieren und Misogynie auf eine organisierte politische Ebene tragen. Antifeminismus findet im öffentlichen Raum statt und dient dazu, ideologisch zu legitimieren, warum Frauen auf ihre Rechte „verzichten müssen“. Man kann sagen: Misogynie ist die Exekutive des Patriarchats, Antifeminismus ist der ideologische Überbau. Beides bedingt sich: Antifeminismus liefert die organisierte ideologische Rechtfertigung für Misogynie.

Anne Tahirovic

Warum ist dieser Kampf gegen Emanzipation und Gleichberechtigung für viele Männer so attraktiv?

Veronika Kracher

Weil wir in patriarchalen Verhältnissen leben, die auf der systematischen Ausbeutung und Abwertung von Frauen und queeren Menschen beruhen, und die meisten Männer von ihrer Vormachtstellung profitieren. Die Soziologin Raewyn Connell spricht von der „patriarchalen Dividende“: all die Vorteile, die Männer aus diesen Strukturen ziehen – ernster genommen zu werden, weniger permanente Angst vor Gewalt zu haben, bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen usw. Hinzu kommt, dass Männer von klein auf lernen, ein vermeintliches Anrecht auf weiblich kodierte Güter zu haben, etwa auf Reproduktionsarbeit oder Sex. Der Soziologe Michael Kimmel nennt das „aggrieved entitlement“: das Gefühl, aufgrund des eigenen Mannseins ein Anrecht auf X zu haben, verbunden mit Wut, wenn dieses Anrecht nicht erfüllt wird. Viele Männer erhöhen sich narzisstisch, indem sie Frauen und andere marginalisierte Gruppen erniedrigen – im Locker-Room-Talk, in sexistischen Kommentarspalten, durch Sexualisierung oder Entwertung von Frauen in der Öffentlichkeit oder durch häusliche Gewalt. Wenn Frauen, queere Personen und andere Marginalisierte dafür kämpfen, dass diese Abwertung nicht mehr normal ist, sondern geächtet wird, dann erschwert das diese narzisstische Selbstüberhöhung. Das erleben viele als bedrohlich. Sie haben Angst, ihre patriarchale Vorherrschaft zu verlieren, und wollen sie gegen Feminismus und queere Emanzipation verteidigen. Letztlich wollen sie ihr vermeintliches Recht auf Diskriminierung und Ausbeutung verteidigen.

Viele Männer haben Angst, ihre patriarchale Vorherrschaft zu verlieren, und wollen sie gegen Feminismus und queere Emanzipation verteidigen. Letztlich wollen sie ihr vermeintliches Recht auf Diskriminierung und Ausbeutung verteidigen.

Anne Tahirovic

Wenn wir jetzt noch einmal konkret auf digitale Räume schauen: Warum gelingt es progressiven oder feministischen Positionen deiner Ansicht nach oft weniger, im Netz ähnliche Reichweiten und Dynamiken zu entfalten?

Veronika Kracher

Erstens, weil das System strukturell verzerrt. Social-Media-Plattformen pushen reaktionäre Inhalte oft stärker. Wir sehen etwa auf Meta, dass antifaschistische Inhalte gesperrt oder eingeschränkt werden, während rechte Inhalte durchrutschen. Zweitens ziehen sich marginalisierte Stimmen zurück, weil Sichtbarkeit fast zwangsläufig mit Angriffen beantwortet wird und viele das psychisch nicht dauerhaft leisten können. Es wirkt oft nicht „wert“, die eigene Gesundheit für permanente Online-Präsenz aufzuopfern. Drittens

sind digitale Räume algorithmisch auf die Bedienung negativer Emotionen und Ressentiments ausgelegt, nicht auf progressive, solidarische oder positive Inhalte. Und schließlich stellt sich viertens die Frage, wie emanzipatorische Organisation in digitalen Räumen überhaupt aussehen kann. Ich sehe digitale Räume eher als Vorarbeit – als Vorlauf, um Menschen zu informieren und zu vernetzen. Gesellschaftliche Veränderung entsteht nicht durch das Konsumieren von Instagram- oder TikTok-Posts, sondern durch kollektive Organisation: in Gewerkschaften, Geflüchteteninitiativen, Frauenräten, queeren Kollektiven und anderen realen Strukturen.

Ich sehe digitale Räume eher als Vorarbeit – als Vorlauf, um Menschen zu informieren und zu vernetzen. Gesellschaftliche Veränderung entsteht nicht durch das Konsumieren von Instagram- oder TikTok-Posts, sondern durch kollektive Organisation.

Anne Tahirovic

Wo müssen wir konkret ansetzen – bei Plattformen, Politik, Medien –, wenn wir wirklich etwas verändern möchten?

Veronika Kracher

Wir müssen an mehreren Punkten ansetzen. Plattformen müssen in die Verantwortung genommen werden. Es braucht Awareness vonseiten der Politik für Hassgewalt auf Plattformen und es braucht Interventionen – etwa durch Gesetze gegen Deepfakes oder Instrumente wie den Digital Services Act. Gleichzeitig haben wir selbst Verantwortung in digitalen Räumen: Counterspeech leisten, Betroffene von Hassgewalt unterstützen, unsere eigenen Affekte reflektieren – also uns fragen, ob unsere spontane Empörung wirklich ins Netz gehört. In den meisten Fällen lautet die Antwort:

nein. Das Internet wäre ein besserer Ort, wenn zwischen Impuls und Post ein paar Minuten liegen würden, in denen man sich fragt, ob man das wirklich veröffentlichen will. Darüber hinaus sollten wir uns als Gesellschaft fragen, was es bedeutet, wenn ein gekränkter Milliardär eine der wichtigsten Nachrichten- und Diskussionsplattformen der Welt einfach kaufen und de facto zerstören kann. Wir haben es mit einer Monopolisierung von Produktionsmitteln und Kommunikationsinfrastruktur zu tun, mit der Einzelne Diskurse massiv beeinflussen können. Das sollte reguliert und verhindert werden. Digitale Räume müssen gegen reaktionäre Machtübernahmen verteidigt werden, aber politischer Aktivismus darf sich nicht auf sie beschränken.

Veronika Kracher ist Autorin und Publizistin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Antifeminismus, (digitale) Misogynie, Internetkultur, Online-Radikalisierung und Rechtsextremismus. 2020 hat sie im Ventil-Verlag das Buch „Incels – Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults“ veröffentlicht, 2026 ihr zweites Buch „Bitch Hunt – Warum wir es lieben, Frauen zu hassen“ im Verbrecher Verlag.

Anne Tahirovic studierte Politologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Universität Sarajevo (BiH) und der Freien Universität Berlin. Seit 1. November 2016 war sie Koordinatorin des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), am 1. April 2021 übernahm sie die Geschäftsführung, die sie bis heute innehat.

AKTUELLES AUS DER FORSCHUNG

Kurzzusammenfassungen aus den IDZ-Bereichen „Digitale Konfliktforschung“, „Diversität, Engagement & Diskriminierung“ sowie „Rechtsextremismusforschung und demokratische Kultur in Thüringen“

In unserer Rubrik „Aktuelles aus der Forschung“ präsentieren wir in alphabetischer Reihenfolge Kurzzusammenfassungen ausgewählter aktueller wissenschaftlicher Publikationen internationaler Autor*innen. Vorgestellt werden wissenschaftliche Studien, Artikel und Bücher.

Die Inhalte der jeweiligen Publikationen werden entweder zusammengefasst wiedergegeben und/oder es werden Passagen direkt aus den angegebenen Originalquellen zitiert; diese Stellen sind dann mit Anführungszeichen versehen.

Behjat, Shila (2025). Frauen und Revolution

Über die Publikation

Shila Behjats Werk beschäftigt sich mit der Rolle von Frauen in zeitgenössischen Demokratiebewegungen. Dabei weist die Autorin in ihrem Buch darauf hin, dass Frauen in der Geschichte häufig treibende Kräfte hinter revolutionären Umbrüchen, Demokratiebewegungen und Aufständen waren. Gleichzeitig sei deren Rolle aber „bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung[en]“.

Methode

Im Buch wird die Rolle von Frauen in Revolutionen, so die Autorin, anhand konkreter Ereignisse wie der „Frau, Leben, Freiheit“-Bewegung und individueller Biografien von Frauenrechtlerinnen dargestellt. Dazu hat die Autorin Gespräche mit Protagonistinnen der Frauenbewegungen aus unterschiedlichen Ländern geführt. Gleichzeitig wird die Rolle von Frauen in politischen Aufständen eingeordnet. Behjat bezieht sich in ihrem Buch vor allem auf die Bewegungen im Iran, Sudan, Belarus und Polen in den letzten fünf Jahren.

Zentrale Befunde/Aussagen

„Vom Iran bis Belarus, von Fridays for Future bis zu den großen Diskriminierungsdebatten – Revolutionen und gesellschaftliche Wandlungsprozesse haben heute oft ein weibliches Gesicht. Ausgehend von den mutigen Frauen im Iran fragt die vielfach ausgezeichnete Journalistin Shila Behjat nach den Besonderheiten weiblichen Protests. Aus Gesprächen mit den Anführerinnen der Bewegungen entsteht eine lebendige Reportage, die zeigt: Auch unter widrigsten Umständen sind Frauen schon lange nicht mehr nur Opfer, sondern Protagonistinnen der Geschichte. Ist es längst angebrochen, das weibliche Zeitalter? „Frauen und Revolution“ ist ein engagiertes Plädoyer – für ein neues Frauenbild, einen Feminismus der Stärke und weibliche Solidarität, die keine Ländergrenzen kennt.“ (aus der Verlagswerbung)

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.hanser-literaturverlage.de/buch/shila-behjat-frauen-und-revolution-9783446281417-t-5519>

Quelle

Behjat, Shila (2025). Frauen und Revolution. Hanser Verlag, München.

da Empoli, Giuliano (2025). Die Stunde der Raubtiere. Macht und Gewalt der neuen Fürsten

Über die Publikation

In diesem Buch analysiert der Politikwissenschaftler und Publizist Giuliano da Empoli die Verschiebung westlicher Demokratien hin zu Autokratien und fragt, wer davon profitiert. Er beschreibt „Tech-Konquistadoren“ (S. 90) und knüpft an die Machtlogik der Borgianer des 16. Jahrhunderts (S. 45) an. Diese „Raubtiere“ bedrohten heute die regelbasierte Ordnung (S. 67).

Methode

Da Empoli verbindet politische Analyse mit historischer Tiefenschärfe und essayistischer Zuspitzung. Er verknüpft aktuelle Ereignisse mit ideengeschichtlichen Linien von der Renaissance bis zur Gegenwart und stützt sich dabei auch auf eigene Erfahrungen als Politikberater.

Zentrale Befunde/Aussagen

Da Empoli diagnostiziert eine Zeit der Gewalt, Unberechenbarkeit und Enthemmung. Begünstigt werde diese Entwicklung durch Big Tech: zunächst durch soziale Netzwerke, heute durch Künstliche Intelligenz. In einer Tour de Force durch die letzten zehn Jahre zeigt er die Traditionslinie politischer „Raubtiere“ von Niccolò Machiavelli über die Borgias bis in die Gegenwart. Ausgehend von Einblicken in die UN-Generalversammlung 2024 beschreibt er eine Politik, die von „fast nur männlichen Körpern“ geprägt sei (S. 16). Die internationale Ordnung erscheine als Boys Club aus Politik, Tech-Oligarchie und Wissenschaft, der Deutungshoheit und Machtverteilung unter sich aushandelt. Auffällig ist, dass seine Erzählungen nahezu ausschließlich von Männern handeln. Trotz der zweiten Auflage 2025 wirkt das Buch zugleich als Rückschau und Prophezeiung. So prognostiziert er etwa: „Seine (Trumps) Wiederwahl im Jahr 2025 wird wahrscheinlich zum vollständigen Aussterben der Berufsdiplomaten führen.“ (S. 32) Die Eskalation globaler Gewalt erklärt er damit, dass Angriff wieder billiger sei als Verteidigung; digitale bis biologische Kriegsführung könnte mithilfe von KI dezentral von zuhause aus geführt werden (S. 37–39). Über Donald Trump führt er zu Wladimir Putin und Mohammed bin Salman sowie zu Tech-Akteuren wie Eric Schmidt, Demis Hassabis und Sam Altman.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/da-empoli-stunde-raubtiere/product/38898663>

Quelle

da Empoli, Giuliano (2025). Die Stunde der Raubtiere. Macht und Gewalt der neuen Fürsten. 2. Auflage. C. H. Beck, München.

Lang, Juliane (2025). Rechtsextremismus und Geschlecht im Wandel

Über die Publikation

Juliane Langs Buch bietet einen breiten Überblick über die wichtigsten Aspekte des Themenfeldes – von rechtsextremen Zugriffen auf die Lebenswelten von Frauen und Mädchen und verschiedenen Perspektiven auf geschlechtsspezifische Sozialisations-, Politisierungs- und Radikalisierungsmuster bis hin zur Rolle von Frauen im Kontext des Rechtsterrorismus. Die Autorin gilt als ausgewiesene Expertin einer „geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusforschung“. Sie forscht und lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen und ist u. a. Principal Investigator im BMFTR-geförderten Verbund GERDEA (Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen und der zeitgenössischen extremen Rechten. Dynamiken – Effekte – Ambivalenzen).

Methode

Juliane Lang betrachtet verschiedene Felder geschlechterreflektierender Rechtsextremismusforschung im Zeitverlauf und fragt nach der Bedeutung der Ergebnisse für einen Transfer in unterschiedliche Anwendungsfelder. Das Buch leistet einen wissenschaftlichen Beitrag zum Verständnis der vergeschlechtlichten Dimensionen des (bundesdeutschen) Rechtsextremismus und zeigt Handlungsperspektiven auf. Juliane Lang verortet die geschlechterreflektierende Rechtsextremismusforschung im In-Between der Disziplinen von Rechtsextremismus- und Geschlechterforschung und formuliert ein Plädoyer für eine stärkere gegenseitige Bezugnahme.

Zentrale Befunde/Aussagen

„Der alleinige Blick auf die vergeschlechtlichten Dimensionen erklärt das Phänomen Rechtsextremismus nicht umfassend, und doch lässt sich das Phänomen nur ausreichend beschreiben und analysieren, wenn dieser Eingang findet. [...] Vor dem Hintergrund einer weitgehenden Vernachlässigung geschlechterrelevanter Fragestellungen in der frühen Rechtsextremismusforschung war (und ist) es Anliegen geschlechterreflektierender Forschung im Feld, auf die Bedeutung von Geschlecht für die Analyse der autoritären und extremen Rechten zu verweisen.“ (Aus der Einführung, S. 6)

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-48009-7>

Quelle

Lang, Juliane (2025). Rechtsextremismus und Geschlecht im Wandel. Springer VS, Wiesbaden.

Lavizzari, Anna/Terlizzi, Andrea (2026). Strategies of agenda denial: Anti-gender opposition to LGBTQ+ policies in Italy

Über die Publikation

Der Beitrag widmet sich dem Thema *agenda denial*, also wie politischen Anliegen, spezifisch LGBTQ+-Gleichstellungsmaßnahmen, ein Platz auf der politischen Agenda verweigert wird, um den Status quo aufrechtzuerhalten.

Methode

Der Artikel untersucht die Frage anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse von Transkripten mehrerer Parlamentsdebatten sowie offiziellen Dokumenten der Anti-Gender-Organisationen, wie Pressemitteilungen, Interviews oder Zeitungsartikeln. Dabei wird auf drei Ebenen eingegangen: konkrete Argumentationstechniken, die übergeordnete agenda denial-Strategie sowie die Art der argumentativen Grundlage (emotional oder rational) der Anti-Gender-Akteur*innen.

Zentrale Befunde/Aussagen

Empirisch zeigt sich, dass in parlamentarischen sowie außerparlamentarischen Kontexten die agenda denial-Strategie *attack and redefinition* gegenüber der Strategie *avoidance* dominiert, es also häufiger zu einer direkten Konfrontation kommt. In Hinblick auf die argumentativen Grundlagen zeigt sich, dass rational orientierte Argumente vorrangig bei der *avoidance*-Strategie eingesetzt werden, um mit selektiven Daten und Fakten zu rechtfertigen, eine Beschäftigung mit LGBTQ+-Gleichstellungsgesetzen sei nicht nötig. Emotional basierte Argumente werden dagegen eher bei *konfrontativen* Strategien genutzt, um diesen durch das Auslösen von Wut oder Angst mehr Nachdruck zu verleihen. Insgesamt zeigt sich, dass durch agenda denial maßgeblich gestaltet wird, welche Anliegen als legitim konstruiert und welche Gruppen als schutzbedürftig angesehen werden. Dies unterstreicht die zunehmende ideologische Annäherung zwischen rechten Parteien und außerparlamentarischen Anti-Gender-Organisationen. Darüber hinaus wird, je nach konkreter Politik, Akteur*in und Publikum, strategisch zwischen rational-kognitiven und emotional-affektiven Unterfütterungen der Argumente changiert. Letztere verflechten sich zunehmend mit populistischen Kommunikationsstilen und Verschwörungsideen.

Die vollständige Publikation finden sie hier:

<https://doi.org/10.1017/S1475676526101327>

Quelle

Lavizzari, Anna/Terlizzi, Andrea (2026). Strategies of agenda denial: Anti-gender opposition to LGBTQ+ policies in Italy. *European Journal of Political Research*, 1–22.

Luy, Mischa (2025). Die erwartete Katastrophe. Eine sozialwissenschaftliche Analyse des Preppens

Über die Publikation

Über das Preppen bestehen viele Mythen und vereinfachte Sichtweisen. Dass hinter dem Phänomen tiefer liegende Bedürfnisse in krisenbehafteten Gesellschaften stecken und Preppen bei Weitem nicht so randständig ist, wie es oft scheint, zeigt die Dissertation von Mischa Luy. Sie ist eine der ersten empirischen Untersuchungen in ein schwer zugängliches Milieu.

Methode

Luy nutzt in seiner qualitativen Studie narrative Interviews und konnte dabei zehn Personen (neun Männer, eine Frau) über ein Gesuch in einschlägigen Gruppen auf Facebook akquirieren. Die Berufsstände sind vielfältig: von Polizisten und Ingenieuren bis zu einer Psychologin und einem Lehrer. Luy wertete mithilfe des Grounded-Theory-Ansatzes die Inhalte aus.

Zentrale Befunde/Aussagen

In der Auswertung der Interviews zeichnet Luy auf Grundlage seiner Interviews verschiedene Topoi des Preppens nach. Da wäre zunächst das Vulnerabilitätsbewusstsein von Prepper*innen, wonach die eigene und gesellschaftliche Verletzlichkeit einen Grundimpuls dafür gibt, auf Katastrophen vorbereitet zu sein und eine gewisse Vigilanz an den Tag zu legen. Luy hebt dabei die Bedeutung apokalyptischer Semantiken hervor und geht auf kulturpessimistische Gesellschaftsdiagnosen ein. Einen weiteren Topos beschreibt Luy als Suffizienzerwartung: den „Wunsch auf Konservierung, Herstellung und den Ausbau von Suffizienz“ (S. 191). In diesem Sinne spiegeln sich Bedürfnisse nach sozialer Absicherung: Sicherheit besteht darin, dass sowohl die eigene Versorgung und Unversehrtheit als auch die Versorgung anderer gewährleistet ist. Luy leuchtet in seiner Analyse auch die Graustufen aus – bspw. wenn er die Lust an der Katastrophe im Kontext filmischer und popkultureller Anleihen beschreibt. Abschließend geht er auf den Zusammenhang von Rechtsextremismus und Preppen ein und gibt dabei ein differenziertes Bild, das der Diversität des Phänomens gerecht wird. Luy's Studie zeichnet sich durch einen reflektierten Umgang mit seinen Gesprächspartner*innen aus.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://psychosozial-verlag.de/programm/2000/2700/3453-detail>

Quelle

Mischa Luy (2025). Die erwartete Katastrophe. Eine sozialwissenschaftliche Analyse des Preppens. Gießen, Psychosozial Verlag.

Mühlhoff, Rainer (2025). Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus

Über die Publikation

Das Buch bietet einen äußerst fundierten und gut lesbaren Überblick über zentrale Begriffe, ideologische Strömungen und aktuelle Entwicklungen an der Schnittstelle von New Tech und Alt-Right.

Methode

Aus ideologiekritischer Perspektive analysiert der Philosoph und Informatiker Mühlhoff systematisch das Spannungsverhältnis zwischen Tech-Ideologien, autoritär-antidemokratischen und faschistischen Strömungen und demokratischen, rechtsstaatlichen Prinzipien und Institutionen. Ausführlich werden die zentralen politischen Manifeste der Tech-Branche analysiert. Zusätzlich werden historische Fallanalysen vor dem Hintergrund gegenwärtigen Entwicklungen diskutiert, um Kontinuitäten.

Zentrale Befunde/Aussagen

Mühlhoff zeigt, dass KI-Systeme keineswegs neutrale Werkzeuge sind, sondern über tiefgreifende politische und gesellschaftliche Implikationen verfügen. Das Narrativ, wonach KI durch die massenhafte Verarbeitung von Daten nahezu alle gesellschaftlichen Probleme lösen könne, entfaltet eine starke Sogwirkung, verdeckt jedoch die wesentlichen Konfliktlinien: KI-Anwendungen klassifizieren Menschen mittels wahrscheinlichkeitstheoretischer Vorhersagen auf Basis massenhaft gesammelter Verhaltensdaten. Dadurch verstärken sie bereits bestehende Ungleichheiten und verändern demokratische Verständigungsprozesse über Fragen von Faktizität, Repräsentation und Partizipation grundlegend. Diese Prozesse gehen einher mit einer Umverteilung kollektiver Ressourcen hin zu privatwirtschaftlichen Oligopolen. Ohne demokratische Kontrolle wird KI so zu einem idealen Instrument „autoritärer oder gar faschistischer Tendenzen“ (S. 35). Den eigentlichen Kern dieser problematischen Allianz erkennt Mühlhoff in den ideologischen Wurzeln von Alt-Right und Big Tech. Viele prägende Denkfiguren einflussreicher Tech-Akteur*innen teilen trotz aller Unterschiede zentrale Annahmen der autoritären Rechten: die Naturalisierung sozialer Ungleichheit, die Privilegierung elitären Wissens und eine grundsätzliche Skepsis, teils sogar offene Ablehnung gegenüber zentralen demokratischen Prinzipien.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.reclam.de/produktdetail/kuenstliche-intelligenz-und-der-neue-faschismus-9783150147894>

Quelle

Mühlhoff, Rainer (2025). Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus. Ditzingen, Reclam.

Nassehi, Armin (2026). Anmerkungen zum Antisemitismus. Die Funktion der Judenfeindschaft und das westliche Selbstverhältnis

Über die Publikation

Der Münchner Soziologe Armin Nassehi untersucht die gesellschaftliche Funktion des modernen Antisemitismus. Dafür entwickelt er ein systemtheoretisch fundiertes Argument, wonach sich im modernen Antisemitismus grundlegende Probleme westlicher Selbstverhältnisse artikulieren.

Methode

Wissend um die politisierten Diskussionen um Antisemitismus-Definitionen vermeidet Nassehi eine eindeutige Bestimmung und normative Bewertungen des Gegenstands (S. 104) und umkreist in der Plausibilisierung seiner These einen „funktionalistischen Zirkel“ (S. 71). Aufbauend auf Überlegungen Jean-Paul Sartres versteht er Antisemitismus als Bezugsproblem, das sein Objekt selbst hervorbringt und fragt nach den Bedingungen, unter denen Antisemitismus als persistentes Problem sichtbar wird.

Zentrale Befunde/Aussagen

Als Systemtheoretiker fragt Nassehi danach, „welches Problem des Antisemiten durch den Antisemitismus gelöst werden soll“ (S. 59). Ihn interessiert, warum der moderne Antisemitismus ausgerechnet im Zuge jüdischer Emanzipation und Assimilation im 19. und 20. Jahrhundert derart virulent und gewaltförmig wurde (S. 41). Trotz großer Schnittmengen zu anderen Formen des Ressentiments sei Antisemitismus insofern eigenständig, als ihm „die Unmöglichkeit einer bruchlosen Selbstbeschreibung in der Sozialdimension“ (S. 142 f.) innewohne. Das Jüdische sei im historischen Prozess der Modernisierung weder eigen noch fremd, sondern werde zu einer Art „selbstähnlichem Fremden“ (S. 79). Auf diese Weise bietet Antisemitismus dort eine entlastende Funktion an, wo moderne Gesellschaften mit ihren eigenen Widersprüchen konfrontiert werden. Demnach sei der moderne Antisemitismus ein „Lackmustest“ (S. 143) dafür, wenn moderne Selbstbeschreibungen ihre Probleme auslagern und so eine „Konfrontation mit eigener Unzulänglichkeit“ (S. 74) umgehen. Die Funktion des Antisemitismus bestehe darin, „Formen des Selbst adressierbar zu machen, sie dennoch nicht als unmittelbare Selbstkritik zu formulieren“ (S. 164).

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/nassehi-anmerkungen-antisemitismus/product/40256432>

Quelle

Nassehi, Armin (2026). Anmerkungen zum Antisemitismus. Die Funktion der Judenfeindschaft und das westliche Selbstverhältnis. München, C.H. Beck.

Pollmann, Anna/Möllmann, Christopher (Hg.). (2025). Schlüsselbegriffe gesellschaftlichen Zusammenhalts

Über die Publikation

Das zweibändige ‚Nachschlagewerk‘ ist ein Publikationsprojekt im Kontext des vom BMFTR geförderten FGZ und wurde vom Konstanzer Standort des FGZ initiiert und editiert.

Methode

Das Buch versammelt wissenschaftliche Essays namhafter Autor*innen zu folgenden Stichworten: Allianzen, alte Bundesrepublik, altern, Antisemitismusdefinition, B1 (gemeint ist das Sprachniveau), barrierefrei, Beziehungsanbahnung, Bruderland, citizenship, Dauerleihgabe, eckiger Tisch, Eigenheim, einsam, Einzugsgebiet, Engagement, erben, gesundheitliche Versorgungsstrukturen, gleichwertige Lebensverhältnisse, Grundsicherung, intersektional, Kneipe, Ko-, Kohleausstieg, Labor, Manifest, mehrsprachig, Mindestlohn, Mitte-Studie, moralisieren, Nebenklage, obdachlos, Plattformökonomie, politische Bildung, Privileg, Racial Profiling, repräsentativ, Schulbuch, Seenotrettung, soziale Mischung, soziale Reproduktion, streiten, Suchbarkeit, Tierwohl, trans, Umfrage.

Zentrale Befunde/Aussagen

„Ließe sich die politische und mediale Rhetorik der Bundesrepublik des vergangenen Jahrzehntes auf eine Sehnsuchtsformel bringen, es wäre die des ‚gesellschaftlichen Zusammenhalts‘. In der modernen Gesellschaft hatte der Bewegungsbegriff des Fortschritts das Versprechen ökonomischen Wohlstands, technologischer Entwicklung und politischer Emanzipation gebündelt. Die Rede vom ‚Zusammenhalt‘ evoziert dagegen eher Bewahren als Modernisieren, eher Nostalgie als Utopie, eher Immobilisierung als Bewegung. [...] In diesem kritischen Vokabular wird die rasante Verbreitung des ‚Zusammenhalts‘ in verschiedenen Praxisfeldern nachgezeichnet und durchleuchtet. Durch marginale, konflikthafte und in alltäglichen Praktiken situierte Begriffe wird die hegemoniale Rede vom Zusammenhalt dabei vorzugsweise von den Rändern her erschlossen und dezentriert.“ (Aus der Verlagswerbung)

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.wallstein-open-library.de/9783835356979-schlüsselbegriffe-gesellschaftlichen-zusammenhalts.html> (PDF-Version, Open Access)

Quelle

Pollmann, Anna/Möllmann, Christopher (Hg.). (2025). Schlüsselbegriffe gesellschaftlichen Zusammenhalts: Ein kritisches Vokabular. 2 Bände. Wallstein, Göttingen.

Rieger-Ladich, Markus (2025). Identitätspolitik. Zur Zukunft eines umstrittenen Projekts

Über die Publikation

Das Essay diskutiert die Möglichkeit zu emanzipatorischer Identitätspolitik und fragt u. a. danach, ob Entwicklungen in Teilen der Linken hin zu exklusiver Solidarität und partikularistischer Anteilnahme „falschen theoriepolitischen Entscheidungen“ geschuldet seien (S. 15).

Methode

Rieger-Ladich baut sein Argument auf, indem er den Rückblick auf die Gleichheitsversprechen der Aufklärung sowie auf die Emanzipationsbewegungen von Arbeiter*innen, Schwarzen und Frauen wirft. So zeichnet er die Notwendigkeit zum Aufstand all jener nach, die von den großen Philosophen der Aufklärung in ihren Versprechen auf Freiheit und Gleichheit missachtet wurden, um die von eben jenen Philosophen doch universalistisch rechtfertigten Rechte selbst einzufordern.

Zentrale Befunde/Aussagen

Besondere Aufmerksamkeit wirft Rieger-Ladich auf das Combahee River Collective, ein Bündnis Schwarzer und lesbischer Frauen, die im Jahr 1974 erstmals explizit die eigene Identität zum Kern ihrer Politik machten: „Uns ist bewusst, dass wir die einzigen Menschen sind, denen wir wichtig genug sind, um beständig für unsere Befreiung zu kämpfen.“ (S. 52) Dennoch kommt Rieger-Ladich zu dem Schluss, dass es diesem den Zerwürfnissen der Frauenbewegung entsprungenen Kollektiv nicht um eine Essentialisierung von Identität ging, sondern eine breite Bündnispolitik als Mittel zum Ziel galt. Der Autor zeichnet im weiteren Verlauf nach, wie es mit der vollständigen Dekonstruktion von Identität und Subjekt im französischen Poststrukturalismus schließlich zur Kehrtwende kommt: Aus dem für die politische Praxis notwendigen So-tun-als-ob (strategischer Essentialismus) folgte eine Verhärtung von „Identität“, der das Fluide, Ephemere und Uneindeutige (S. 77) abhandengekommen scheint. Dennoch weist Rieger-Ladich die Kritik zurück, dass es dadurch zu einer Annäherung linker und rechter Identitätspolitik gekommen sei, schließlich ist für letztere doch die Ablehnung universalistischer Gleichheit zentral.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.reclam.de/produktdetail/identitaetspolitik-zur-zukunft-eines-umstrittenen-projekts-9783150146620>

Quelle

Markus Rieger-Ladich (2025). Identitätspolitik. Zur Zukunft eines umstrittenen Projekts. Ditzingen, Reclam.

Scheele, Sebastian (2025). Privileg und Politik: Allyship in feministischen und antirassistischen Bewegungen

Über die Publikation

Sebastian Scheele analysiert, wie sich der Privilegiendiskurs als „eine bestimmte Art der Verhandlung von Machtverhältnissen“ (S. 8) v. a. im pädagogischen Kontext entwickelt und verfestigt hat. Im Zentrum stehen feministische und antirassistische soziale Bewegungen im deutschsprachigen Raum.

Methode

Der Privilegiendiskurs wird mittels einer an Foucault orientierten Diskursanalyse untersucht. Dabei werden in der Arbeit Strukturen von Wissensbeständen und „die Regeln der Sagbarkeit“ analysiert, inspiriert von der wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Reiner Keller. Aus einer Bewegungsperspektive rekonstruiert Scheele die Entstehung und Verfestigung des Diskurses entlang der drei Arenen Schule/Hochschule, berufliche Fortbildung und Workshop.

Zentrale Befunde/Aussagen

Scheele konstatiert ein ambivalentes Potenzial des Privilegiendiskurses. Einerseits ermöglicht dieser eine Sensibilisierung für Machtverhältnisse und die eigene Positioniertheit. Andererseits besteht die Gefahr, dass kollektive politische Handlungsmöglichkeiten zugunsten individualisierter Verantwortungszuschreibungen in den Hintergrund treten (S. 240). Anhand der Analyse verschiedener Handlungsanleitungen zu Allyship wird deutlich, dass es für eine erfolgreiche Themen- und Problemadressierung durch soziale Bewegungen mehr erfordert als die Reflexion eigener Privilegien. Auch wenn die Reflexion die „ethische Substanz“ des Privilegiendiskurses darstellt (S. 179) und sich die Reflexion durch ihre Unabschließbarkeit auszeichnet, besteht die Gefahr, dass politische Praxis hinter der fortlaufenden Beschäftigung mit eigenen Privilegien zurücktritt. Vor diesem Hintergrund plädiert er dafür, dass Bewegungen auch als Aufgaben, Arbeitsteilungen und andere Dynamiken in kollektiven Prozessen betrachtet werden. Abschließend entwickelt er eine „Werkzeugkiste“ für soziale Bewegungen und zeigt, wie Erkenntnisse des Privilegiendiskurses produktiv integriert werden können (S. 265–272).

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.edition-assemblage.de/buecher/privileg-und-politik/>

Quelle

Scheele, Sebastian (2025). Privileg und Politik: Allyship in feministischen und antirassistischen Bewegungen. Münster, edition assemblage.

Schilk, Felix et al. (Hg.). (2026). Hybrider Rechtsextremismus

Über die Publikation

Der Sammelband betrachtet den Forschungsstand zu Konzepten, Ausdrucksformen und Präventionsansätzen eines neuartigen, hybriden Rechtsextremismus, also eines Rechtsextremismus, der durch „große Variabilität und Fluidität gekennzeichnet“ ist und „adaptiv auf diskursive Gelegenheiten und gesellschaftliche Rahmenbedingungen“ (S. 8) reagiert. Die Publikation verdeutlicht, dass Rechtsextremismus ein durch Ambivalenz und Anpassungsfähigkeit gekennzeichnetes Feld, ist das zwischen Machtstreben und der Flucht in eskapistische Alternativwelten oszilliert.

Methode

Die Publikation umfasst 13 Beiträge zu fünf Schwerpunkten, die sich über eine Vielzahl qualitativer und quantitativer methodischer Ansätze, von Netzwerkanalysen über die Untersuchung von Computerspielen bis hin zu Gruppendiskussionen, erstrecken.

Zentrale Befunde/Aussagen

Die Beiträge des Bandes verbindet die Einsicht, dass eine Heterogenität und scheinbare Widersprüchlichkeit rechtsextremer Phänomene es ermöglicht, die Demokratie zu destabilisieren – beispielsweise durch den Spagat zwischen simultaner Fundamentalopposition und gemäßigter Realpolitik. Entscheidend für diese Wandlungsfähigkeit sind u. a. neue Ideologiekonstrukte, bei denen der rechtsextreme Kern mit angrenzenden Weltanschauungen oder Brückennarrativen, wie Antisemitismus oder Antifeminismus, vernetzt und somit anschlussfähiger wird. Auch neue Einstiegsräume, z. B. in den Beiträgen zu Active Clubs oder die Tradwife-Bewegung sowie zu lose organisierten, thematisch fokussierten Verbänden, erleichtern die Mobilisierung. Zudem wird die Relevanz digitaler Räume als Katalysator rechtsextremer Mobilisierung und Radikalisierung hervorgehoben. Der Band prognostiziert ein Zeitalter des hybriden Rechtsextremismus, das in der Prävention ein Verständnis für Ideologie und Kommunikation extremistischer Gruppen und die Logiken digitaler Plattformen und Werkzeuge erfordert.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.transcript-open.de/isbn/11113>

Quelle

Schilk, Felix/Probst, Hans-Ulrich/Müller-Huschke, Valerie/Ostern, Anna Rosa/Hüfner, Kilian (Hg.). (2026). Hybrider Rechtsextremismus. Hegemonie und Eskapismus in (extrem) rechten Netzwerken, Kulturen und Narrativen. Bielefeld, Transcript.

Schindler, Frederik (2025). Höcke. Ein Rechtsextremist auf dem Weg zur Macht

Über die Publikation

Der Band gibt einen Überblick über die politische Biografie des Thüringer AfD-Landessprechers Björn Höcke, seinen ideologischen Hintergrund sowie seine Vertrauten und Netzwerke. Dies hilft dabei, nachzuvollziehen, wie Höcke zu einem der bundesweit prägendsten AfD-Politiker werden konnte.

Methode

Der Band beruht auf Schindlers langjähriger journalistischer Tätigkeit mit Fokus auf die AfD (Recherchen, Interviews mit wesentlichen Protagonist*innen und Analyse von Höckes Reden).

Zentrale Befunde/Aussagen

Mit diesem Band zeigt Schindler auf, wie Höcke strategisch vorgegangen ist und weiterhin vorgeht, um einerseits seinen eigenen Einfluss zu vergrößern und Macht innerhalb und außerhalb der Partei zu gewinnen. Andererseits will Höcke die AfD auch inhaltlich gestalten und im Sinne seiner rechtsextremen Ideologie ausrichten. Diese Darstellung hilft, Höckes herausragende Rolle in der inhaltlichen und politischen Entwicklung der AfD zu begreifen und macht gleichzeitig die Gefahr deutlich, die von ihm für die demokratische Verfasstheit Thüringens und darüber hinaus ausgeht. Um Höckes systematisches Vorgehen nachvollziehbar und verständlich darzulegen, geht Schindler auf Höckes biografische Prägung vor Gründung der AfD ein und legt seine Netzwerke und ideologischen Weggefährten offen. Damit zeigt er, dass Höckes rechtsextreme Ausrichtung bereits vor der Gründung der AfD bestand und er sie bewusst nutzte, um die Partei in seinem Sinne umzugestalten. Schindler betrachtet auch Höckes Vorgehen innerhalb der Partei. Insbesondere zeigt er auf, wie es Höcke gelang, Kritiker*innen und Gegner*innen aus der Partei zu drängen und sich trotz anfänglich starkem Gegenwind, Parteiausschlussverfahren und strafrechtlicher Verurteilungen zu einem der einflussreichsten Parteifunktionäre in Thüringen und bundesweit zu entwickeln. Damit leistet der Band einen Beitrag dazu, der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, welche Gefahr von Höcke ausgeht und wie stark die demokratische Kultur durch ihn und seine Netzwerke herausgefordert wird.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://www.herder.de/geschichte-politik/shop/p4/92060-hoecke-klappenbroschur/>

Quelle

Schindler, Frederik (2025). Höcke. Ein Rechtsextremist auf dem Weg zur Macht. Herder, Freiburg, Basel, Wien.

Valentim, Vicente (2024). The Normalization of the Radical Right. A Norms Theory of Political Supply and Demand

Über die Publikation

Vicente Valentim bietet einen erweiterten Blick auf die Normalisierung radikal rechter Positionen und Parteien, indem er die Rolle gesellschaftlicher Normen in diesem Prozess ins Zentrum rückt.

Methode

Valentim kombiniert unterschiedliche methodische Zugänge: In Survey-Experimenten werden den Befragten Informationen über das Verhalten Dritter präsentiert, um den kausalen Einfluss sozialer Normen auf die eigene Wahlbereitschaft zu isolieren. Ergänzend setzt Valentim Listenexperimente ein, um den verzerrenden Effekt sozialer Erwünschtheit zu minimieren und latente Einstellungen von öffentlich gezeigtem Verhalten zu trennen. Dies wird mit Längsschnittdaten abgeglichen und durch einzelne qualitative Fallanalysen ergänzt.

Zentrale Befunde/Aussagen

Politikwissenschaftliche Literatur unterstellt häufig eine direkte Korrelation zwischen Einstellungen und Wahlverhalten. Valentim argumentiert hingegen für eine vermittelnde Stufe: den Einfluss gesellschaftlicher Normen und sozialer Sanktionierung. Normalisierung wird nicht als bloße Änderung des Wahlverhaltens, sondern als sozialer Prozess betrachtet. Entscheidend ist, was als gesellschaftlich akzeptabel gilt, da Menschen ihr Verhalten an wahrgenommene soziale Normen anpassen. Laut Valentim haben mehr Menschen latente rechtsradikale Einstellungen, zeigen diese aufgrund sozialer Normen aber nicht öffentlich. Diese Hemmschwelle sinkt jedoch mit zunehmender Legitimierung dieser Positionen durch mediale oder politische Akteur*innen. So wird die Wirkung von „Cordon sanitaire“- bzw. „Brandmauer“-Strategien deutlich, die nicht auf Einstellungen zielen, sondern auf die Aufrechterhaltung jener sozialen Normen und Sanktionierungen. So lässt sich auch ein Paradox aus politikwissenschaftlicher Forschung gut erklären: Während sich in Befragungen viele Personen pro-demokratisch äußern, sind wesentlich weniger gewillt, antidemokratische Politiker*innen abzustrafen.

Die vollständige Publikation finden Sie hier:

<https://academic.oup.com/book/57946>

Quelle

Valentim, Vicente (2024). The Normalization of the Radical Right. A Norms Theory of Political Supply and Demand. Oxford University Press, Oxford.

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

Aktuelle Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung

Gegenwind oder doch schon ein Sturm?



Für viele kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte gehören antifeministische Anfeindungen inzwischen zum Arbeitsalltag. Doch wie lassen sich diese erkennen, einordnen und professionell bewältigen?

Die Handreichung richtet sich an kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sowie ihre Verbündeten in Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Auf Grundlage von Befragungen, Interviews und Praxiserfahrungen werden typische Angriffsmuster analysiert und eingeordnet. Zugleich stellt die Handreichung bewährte Strategien und konkrete Handlungsmöglichkeiten vor – praxisnah, fundiert und direkt anwendbar: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/gegenwind-oder-doch-schon-ein-sturm/>.

Podcast: Pinke Pille – Der Antifeminismus-Monitor



Antifeminismus ist kein Randphänomen – er ist Mainstream. Und gefährlich. In „Pinke Pille“ nehmen wir antifeministische Ideologien auseinander und zeigen, wie sie rechte Jugendkulturen, Influencer*innen, Politik und Popkultur beeinflussen. Wir sprechen über rechtsextreme Jugendgruppen, digitale Männlichkeitskulte und Ostmullen, über den Schulterschluss von Antifeminismus, Rassismus und Antisemitismus – und wie all das mit Anti-Gender-Hetze verknüpft ist: <https://pinke-pille.podigee.io/>.

Der Podcast Pinke Pille ist nicht nur ein Podcast zum Hören, sondern auch ein Video-Podcast, der zum Anschauen einlädt. Alle Aufzeichnungen sind auf dem Youtube-Kanal zu sehen: <https://www.youtube.com/@PinkePille>.

Gender matters. Geschlechterreflektierende Ansätze gegen Rechtsextremismus



Lange Zeit waren geschlechterreflektierende Ansätze in der Rechtsextremismusprävention kaum auffindbar – eine Leerstelle, die nicht zuletzt auch ein Ergebnis der fehlenden Geschlechterdimension staatlicher Förderprogramme ist. Die vorliegende Expertise zieht nun Zwischenbilanz: Wie steht es um die gegenwärtige geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention? Welche Ansätze wurden umgesetzt? Wo befinden sich noch Lücken und was sind Herausforderungen?

Antworten geben quantitative Befragungen der Modellprojekte des aktuellen Bundesprogramms und leitfadengestützte Interviews mit Projektmitarbeitenden, die darüber hinaus deutlich machen, was aktuelle Erfordernisse sind: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/gender-matters/>.

Feindbild Zivilgesellschaft



Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland: Immer häufiger werden Demokratieprojekte Ziel rechtsextremer Angriffe, ihre Arbeit wird zunehmend erschwert. Die demokratische Zivilgesellschaft gerät dabei gezielt unter Druck: Projekte werden angegriffen, Förderungen infrage gestellt und Engagierte eingeschüchtert. Gleichzeitig verbreiten rechts-extreme Akteur*innen demokratiefeindliche Narrative, die darauf abzielen, zivilgesellschaftliches Engagement zu delegitimieren. So entsteht ein Feindbild der Zivilgesellschaft, das die Bedingungen für Demokratiearbeit zunehmend verschärft.

Der Sicherheitsreport „Feindbild Zivilgesellschaft“ analysiert diese Entwicklungen, ordnet die Angriffe systematisch ein und widerlegt zentrale Narrative. Zudem kommen Betroffene selbst zu Wort und es werden konkrete Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Angriffen aufgezeigt: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/feindbild-zivilgesellschaft/>.

Diese und weitere Publikationen finden Sie auf: www.amadeu-antonio-stiftung.de

DEMOKRATIE BEKOMMT RÜCKENWIND

Gemeinsam mit dir setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stellt.

Das sind wir

Was uns verbindet, ist die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft stark ist, wenn wir füreinander eintreten. Dass wir gemeinsam für Demokratie und Menschenwürde und ein respektvolles Miteinander eintreten. Seit der Gründung der Amadeu Antonio Stiftung 1998 setzen wir uns dafür ein, dass genau das Realität wird – mit dir und mit allen, die nicht wegschauen. Denn es braucht jede Stimme, jeden Schritt und jede Tat gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Mach mit!

Damit wir diese Arbeit machen können, sind wir auf Spenden angewiesen. Jede einzelne Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit der Amadeu Antonio Stiftung. Damit wir uns weiterhin gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus engagieren können. Gemeinsam. **Sei dabei.**

www.amadeu-antonio-stiftung.de/spenden

Ja, ich bin dabei!



Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

SWIFT-BIC: ENODEM1GLS

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**

Zusammen ...

- **UNTERSTÜTZEN** wir Menschen, die von antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt betroffen sind. Wir leisten konkrete, unbürokratische Hilfe und setzen uns dafür ein, dass ihre Perspektiven gehört werden: in der Öffentlichkeit, im Bundestag, auf der Straße.
- **FÖRDERN** wir Initiativen und Projekte in ganz Deutschland, die sich stark machen für eine lebendige und demokratische Zivilgesellschaft – besonders dort, wo es schwierig ist, und oft im ländlichen Raum.
- **FORSCHEN** und **BEOBACHTEN** wir Entwicklungen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Unser Fachwissen fließt in Studien, Publikationen, Beratungen und in konkrete Forderungen an die Politik.
- **SORGEN** wir dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben – damit sie nicht vergessen oder verdrängt werden. Ob mit Pressearbeit, Social Media oder Artikeln auf Belltower.News – wir machen Haltung sichtbar. Und wir gehen weiter: mit Workshops, Bildungsarbeit und Fortbildungen für alle, die in ihrem Umfeld etwas bewegen wollen.

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) befindet sich in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.



Mitglied im



Bundesverband
Deutscher
Stiftungen



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Der Amadeu Antonio Stiftung folgen

[instagram.com/amadeuantoniofoundation](https://www.instagram.com/amadeuantoniofoundation)

[facebook.com/AmadeuAntonioStiftung](https://www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)

[linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung](https://www.linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung)

Impressum

Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Redaktion:

Dr. Axel Salheiser, Dr. Cynthia Möller, Anne Tahirovic & Susanne Haldrich

Verleger und Träger:

Amadeu Antonio Stiftung, Karl-Marx-Allee 1, 10178 Berlin

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Manuela Bojadžijev (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Gideon Botsch (Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam), Prof. Dr. phil. Oliver Decker (Universität Leipzig), Univ.-Prof. Dr. Silke van Dyk (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Wolfgang Frindte (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Prof. Dr. Nicole Harth (Ernst-Abbe-Hochschule Jena), Prof. Dr. Annett Heft (Eberhard Karls Universität Tübingen und Weizenbaum Institut Berlin), Dr. phil. Dana Ionescu (Georg-August-Universität Göttingen), PD Dr. Steffen Kailitz (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden), Prof. Dr. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein), apl. Prof. Dr. Thomas Ley (Goethe-Universität Frankfurt a. M.), Dr. Britta Schellenberg (Centrum für angewandte Politikforschung an der LMU München), Prof. Dr. Thorsten Thiel (Universität Erfurt), Prof. Dr. Jens-Christian Wagner (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Redaktionsanschrift und Kontaktdaten:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) | Tatzendpromenade 2a | 07745 Jena

Telefon: 03641 - 27 19 403 | Fax: 03641 - 27 18 307 E-Mail: mail@idz-jena.de

www.idz-jena.de | [instagram.com/idz_jena](https://www.instagram.com/idz_jena) | [facebook.com/idzjena](https://www.facebook.com/idzjena) | <https://bsky.app/profile/idz-jena.bsky.social>

Hinweise zu Autor*innenschaft und Publikationsrechten: Die in diesem Band veröffentlichten Beiträge stellen die wissenschaftlichen Analysen und Schlussfolgerungen der jeweiligen Autor*innen dar und entsprechen nicht notwendigerweise der Position der Herausgeberschaft. Die inhaltliche Verantwortung sowie die Urheberrechte verbleiben bei den Autor*innen; eine Zweitveröffentlichung der Beiträge ist unter Verweis auf diese Ausgabe gestattet.

Bezug: Die Publikation kann unter bestellung@idz-jena.de bestellt und unter www.idz-jena.de heruntergeladen werden. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN für Print- und Online-Ausgabe: ISSN (Online): 2512-9716 | ISSN (Print): 2512-9732

Gestaltung: timespin Digital Communication GmbH

Finanziert durch: Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

Freistaat
Thüringen



Ministerium
für Soziales, Gesundheit,
Arbeit und Familie

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMSGAF dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/ die Autorin bzw. tragen die Autor/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

WISSEN SCHAFFT DEMOKRATIE

Geschlechtergerechtigkeit steht im Zentrum demokratischer Auseinandersetzungen und zugleich im Fokus von Gegenbewegungen, die unter Begriffen wie Antifeminismus oder in Angriffen auf Gleichstellungspolitiken sichtbar werden. Antifeminismus, Heterosexismus und Anti-Gender-Narrative werden lauter und politisch einflussreicher, während Errungenschaften von Gleichstellung und queerer Sichtbarkeit als Bedrohung inszeniert werden. Der Band nimmt diese Spannungen zum Ausgangspunkt und fragt, warum Vielfalt so häufig Abwehr hervorruft und welche Potenziale eine Demokratie entfaltet, wenn sie Geschlechtergerechtigkeit als grundlegendes Prinzip begreift.

Die Beiträge beleuchten Geschlecht als zentrale Strukturkategorie demokratischer Ordnung: Sie reichen von theoretischen Perspektiven auf eine „Politik der Liebe“ über feministische Stadtplanung und die Transformation von Familien- und Geschlechterbildern bis hin zu Fragen politischer Teilhabe, struktureller Ungleichheit und geschlechtsspezifischer Gewalt. Ein weiterer Fokus liegt auf antifeministischen Mobilisierungen – von islamistischen Diskursen über rechtsextreme Strategien bis hin zu lokalen Protesten und digitalen Hasskampagnen.

Der Sammelband zeigt, wie eng Demokratie und Geschlechterverhältnisse miteinander verwoben sind, und macht deutlich: Eine Demokratie, die Geschlechtergerechtigkeit als Voraussetzung versteht, gewinnt.



idz-jena.de



[instagram.com/idz_jena](https://www.instagram.com/idz_jena)



idz-jena.bsky.social



[linkedin.com/company/idzjena](https://www.linkedin.com/company/idzjena)



INSTITUT FÜR DEMOKRATIE
UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**